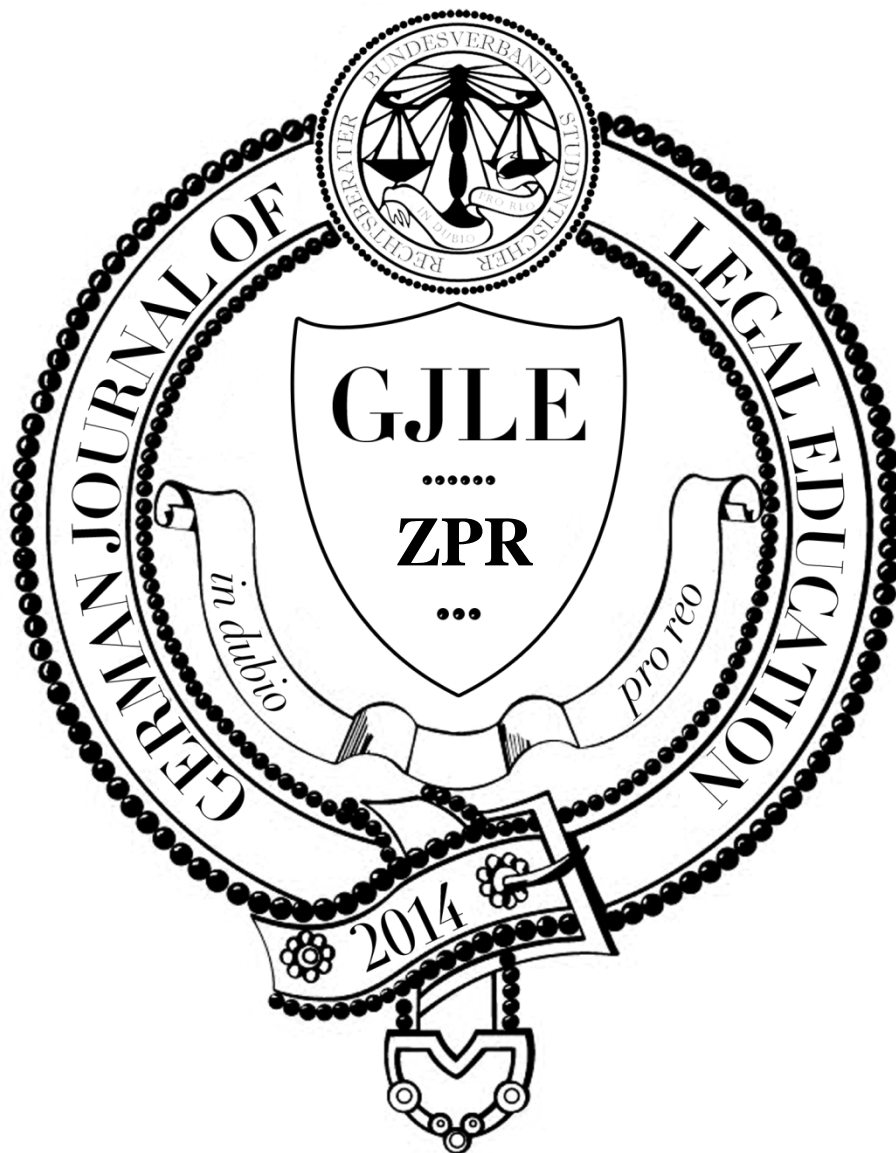


**GJLE**  
**GERMAN JOURNAL OF LEGAL EDUCATION**

**ZPR**  
**ZEITSCHRIFT FÜR PRAKTISCHE RECHTSWISSENSCHAFT**

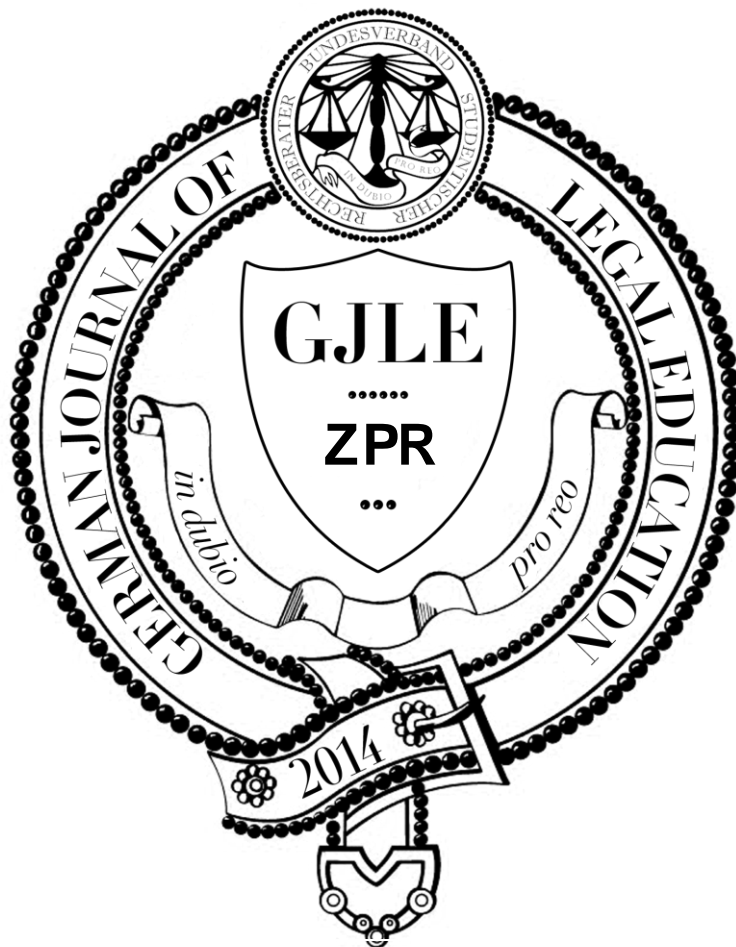


**Vol. 4**  
**2017/2018**

**27.05.2017**  
**EST. 2014**

**GJLE**  
**GERMAN JOURNAL OF LEGAL EDUCATION**

**ZPR**  
**ZEITSCHRIFT FÜR praktische RECHTSWISSENSCHAFT**



**Vol. 4**  
**2017/2018**

**27.05.2017**  
EST. 2014



# **Inhaltsverzeichnis**

<b>Geleitwort.....</b>	<b>1</b>
<b>Die Studentische Rechtsberatung Bielefeld aus der Perspektive eines unterstützenden Rechtsanwalts .....</b>	<b>6</b>
<b>Die „Law Angels“ des Innovations- und Ideenraum Passau e.V. – Zwischen Universität und der Lebenswirklichkeit von Startup-Unternehmen.....</b>	<b>16</b>
<b>Die RLC Trier: Kostenlose Rechtsberatung in der ältesten Stadt Deutschlands .....</b>	<b>33</b>
<b>Die Refugee Law Clinic Hamburg: Aufbau einer Beratung für geflüchtete Frauen .....</b>	<b>47</b>
<b>Studentische Rechtsberatung auf der agäischen Insel .....</b>	<b>57</b>
<b>„Ich habe da ein Problem mit meinem Vermieter“ Ein typisierter Fall der Legal Clinic Hannover .....</b>	<b>68</b>
<b>Die Humboldt Law Clinic Grund- und Menschenrechte .....</b>	<b>77</b>
<b>Regensburgs Rechtberatung für Flüchtlinge .....</b>	<b>88</b>
<b>In Dubio pro peritia – Praktische Studienerfahrungen, die Rechtsstellung eines Praktikanten und Erkenntnisse aus Europa –</b>	<b>96</b>
<b>Clinical legal education in the United Kingdom: Origins, growth and the technological innovations and challenges of its future .....</b>	<b>107</b>

<b>Street Law Clinic in Ireland: A journey without end.....</b>	<b>138</b>
<b>Service-Learning, Teaching Innovation and Legal Clinic in Spanish Universities: On the way!.....</b>	<b>158</b>
<b>The "Immigration and Asylum Clinic" of theUniversity of Brescia facing the problem of immigration in Europe: new challenges to the effectiveness of migrants' rights.....</b>	<b>191</b>
<b>Teaching Law, Promoting Social Justice – Notes on the development of Clinical Legal Education in Italy –.....</b>	<b>226</b>
<b>Rezension zu: Deckenbrock / Henssler, Kommentar zum Rechtsdienstleistungsgesetz (2015).....</b>	<b>241</b>
<b>Autorenverzeichnis .....</b>	<b>245</b>



## **Geleitwort**

Im vierten Jahr des Erscheinens des „German Journal of Legal Education“ (GJLE), auch „Zeitschrift für praktische Rechtswissenschaft“ (ZPR), sind studentische Rechtsberatungen, *law clinics*, nun erfreulicherweise alltäglich geworden. An (fast) allen juristischen Fakultäten Deutschlands gibt es sie und die früher immer wieder aufgeworfenen juristischen Fragen kann man wohl als beantwortet und die immer wieder gehörten Kritikpunkte als geklärt bezeichnen. Von den Beteiligten – Beratern und Beratenen – hört man nur Positives.

Ist also alles gut?

Der Gesetzgeber bestimmt seit 2003 in § 5a Abs. 3 DRiG und in den Justizausbildungsgesetzen der Länder Praxisbezüge als sogenannte Schlüsselqualifikationen zum Inhalt des Studiums. Auch der Wissenschaftsrat hat 2012 diese u.a. in Form studentischer Rechtsberatungen in seinen Empfehlungen als „Modell für die Lehre im rechtswissenschaftlichen Studium“ bezeichnet, um Reflexionskompetenzen zu fördern, aber auch weil die Menge des Lernstoffes dazu geführt habe, dass die „Grenzen der Studierbarkeit erreicht“ seien. Wissenschaftlichkeit und Praxisbezug sollten verbunden werden.<sup>1</sup>

Schaut man sich die Angebote zu Schlüsselqualifikationen an den Fakultäten an, so sind diese – abgesehen von leuchtenden Vorbildern wie in Mainz<sup>2</sup> – eher dezent. Oft gehen sie vom akademischen Mittelbau oder (was inhaltlich durchaus sinnvoll ist) von zu Lehrbeauftragten gemachten Praktikern aus, werden von den Fakultäten aber nur als Anhängsel der eigentlichen Lehre betrachtet, sozu-

---

<sup>1</sup> Wissenschaftsrat, Perspektiven der Rechtswissenschaft in Deutschland. Situation, Analysen, Empfehlungen, vom 9.11.2012, S. 57 f.

<sup>2</sup> [www.jura.uni-mainz.de/309\\_DEU\\_HTML.php](http://www.jura.uni-mainz.de/309_DEU_HTML.php), [Stand: 27.05.2017].

sagen als notwendiges Übel, nicht als Kernbereich.<sup>3</sup> Insbesondere auch studentische Rechtsberatungen gibt es meist nicht, weil sie gefördert würden, sondern trotzdem. Sie sind ein schöner Beweis für Kreativität und Lebendigkeit trotz fehlender personeller Kontinuität und schlechter Ressourcen.

In der aktuell laufenden Reform der Juristenausbildung wird von den politisch Verantwortlichen nun immerhin über eine Begrenzung der Stofffülle diskutiert, was hier nicht vertieft werden soll, denn auch Begrenzungen können problematisch sein. Die Schwerpunktbereiche, wo am Ende des Studiums insbesondere im Rahmen der häuslichen Arbeit ein besonderer Grad an Wissenschaftlichkeit möglich ist<sup>4</sup>, sollen hingegen abgeschafft oder zumindest beschränkt werden. Über die Grundlagenfächer wird auf der politischen Ebene nicht gesprochen; es wird so getan, als ob sie selbstverständlich wären. Schlüsselqualifikationen werden nicht thematisiert und wenn, dann nur in der Literatur als Gegensatz zur Wissenschaftlichkeit.<sup>5</sup>

Stehen wir also vor der Entscheidung zwischen Praxisorientierung und Wissenschaftlichkeit? Besteht denn überhaupt ein Widerspruch?

Man sollte zunächst fragen, was Wissenschaftlichkeit überhaupt bedeutet und da bekommt man viele Antworten. Die Grundlagenorientierung gehört sicherlich dazu, Reflexion und kritisches Denken. Schwer zu verorten ist allerdings der (deshalb?) oft vernachlässigte Umstand, dass die Rechtswissenschaft heute

---

<sup>3</sup> Der Umgang mit Schlüsselqualifikationen ist „lieblos“, wie *Kilian*, Wandel des juristischen Arbeitsmarktes – Wandel der Juristenausbildung, AnwBl 10/2016 S. 698 (704) zutreffend konstatiert.

<sup>4</sup> Exemplarischer Beleg § 2 Abs. 3 JAG NRW: Darüber hinaus soll der Prüfling im Rahmen der universitären Schwerpunktbereichsprüfung seine Fähigkeit zu vertieftem wissenschaftlichen Arbeiten beweisen.

<sup>5</sup> Vgl. *Hufen*, Der wissenschaftliche Anspruch des Jurastudiums, JuS 2017, S. 1 ff., der zwar auch das Reformpapier des Wissenschaftsrates lobt, die dortigen Aussagen zum Praxisbezug aber übergeht, ebenso wie schon die meisten Beiträge im JZ-Heft 14/2013, das sich damit auseinander setzte.



eine sogenannte Professionswissenschaft ist, also nicht in erster Linie ihren eigenen wissenschaftlichen Nachwuchs sondern für ein bestimmtes Berufsbild ausbildet.<sup>6</sup>

Die Probleme beginnen bereits damit, dass dieses Bild das des Richters ist und nur eine Minderheit der ausgebildeten Juristen dieses Amt auch tatsächlich am Ende ausübt. Sie gehen weiter, wenn man den Abwehrkampf der juristischen Fakultäten gegen Bachelor und Master und gegen die Fachhochschulen betrachtet, denn einen rechtfertigenden Unterschied, warum man nur mit Universitätsstudium Staatsexamen machen darf, muss es ja geben. Oder handelt es sich am Ende gar nicht um eine „richtige“ Wissenschaft?

Als ich mit dem Studium begann, wurde uns immer wieder gesagt, wir müssten wissenschaftlich arbeiten, aber niemand erklärte so richtig, was damit gemeint sei. Ich hatte schon damals Zweifel, was denn wissenschaftlich daran ist, viel Stoff in sich hineinzuschaukeln und den ausgetretenen Pfaden der h.M. hinterher zu laufen. Erstmals während der Promotion hatte ich das Gefühl, dass meine Suche etwas mit Wissenschaft zu tun haben könnte.

Die Wissenschaftlichkeit des Fachs oder der Ausbildung deshalb in Frage zu stellen, ist natürlich Unfug. Aber etwas mehr kritische Distanz und Reflexion, was wir Juristen eigentlich sind und tun, wäre aus meiner Sicht wünschenswert.

Letztlich kann doch niemand leugnen, dass zu einem guten Juristen bzw. einer guten Juristin mehr gehört, als fachliches Wissen. Die Geister scheiden sich mehr an der Frage, ob überfachliche Qualifikationen, sogenannte *soft skills*, naturgegeben sind oder erlernbar bzw. ob es Aufgabe der Universitäten ist, sie zu fördern. Und da es immer schwieriger ist, etwas Neues zu etablieren, als das

---

<sup>6</sup> Ausführlich *Kilian* (Fn. 3) S. 698 f.

Bestehende zu erhalten, haben es die Schlüsselqualifikationen leider nicht leicht.

Im Ergebnis kann man die Erfahrungen, die im Zusammenhang mit studentischen Rechtsberatungen gesammelt wurden, sehr konstruktiv darlegen. Jeder, der Studierende in oder nach der Rechtsberatung erlebt hat, weiß, wie motivationssteigernd diese für das gesamte Studium sein kann. Die Erlebbarkeit von echten Rechtsproblemen, die Kommunikation mit Mandanten und die Erkenntnis, wofür man bestimmtes Wissen in der Praxis braucht, fördern oftmals die Freude am Studium und die Bereitschaft, sich auf dessen Anforderungen vertieft einzulassen, nicht nur Scheine zu „erschlagen“. Dieses (überobligatorische?) Engagement wird auch frühzeitig nach außen sichtbar – vermutlich *ein* Grund dafür, warum es so erstaunlich leicht war, Bielefelder Anwälte und Anwältinnen als Unterstützer für „meine“ Rechtsberatung zu gewinnen.<sup>7</sup>

Wegen vieler Hindernisse, die mit der Realisierung von studentischer Rechtsberatung einhergehen, braucht es viel Idealismus, Durchhaltevermögen und Hoffnungen. Aber das Engagement lohnt sich. Wir sollten weiterhin optimistisch den Rahmen für eine wissenschaftliche und praxisorientierte Juristenausbildung schaffen.

---

<sup>7</sup>

Dazu den Erfahrungsbericht von Rechtsanwalt *Steffen Kurth* in diesem Band.



# Die Studentische Rechtsberatung Bielefeld aus der Perspektive eines unterstützenden Rechtsanwalts

## Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung .....	6
B. Vorstellung des Beitragsverfassers und der Studentischen Rechtsberatung Bielefeld .....	7
I. Beitragsverfasser.....	7
II. Studentische Rechtsberatung Bielefeld .....	7
C. Erfahrungen im Wintersemester 2016 / 2017 .....	10
D. Fazit und Ausblick .....	12

### A. Einleitung

Nachdem bereits die Initiatorin<sup>1</sup> der Bielefelder Studentischen Rechtsberatung sowie eine als Beraterin engagierte Studentin<sup>2</sup> die hiesige *law clinic* vorgestellt und ihre jeweiligen Erfahrungen geteilt haben, fehlte bislang noch der Erfahrungsbericht eines an dem Projekt ehrenamtlich teilnehmenden Rechtsanwaltes. Die Lücke soll der vorliegende Beitrag schließen.

---

<sup>1</sup> Hähnchen, Studentische Rechtsberatung Bielefeld – Ein Werkstattbericht, in: GJLE 3 (2016), S. 81-85.

<sup>2</sup> Schöneberg, Studentische Rechtsberatung in Bielefeld, in: GJLE 2 (2015), S. 119-122.

## **B. Vorstellung des Beitragsverfassers und der Studentischen Rechtsberatung Bielefeld**

### **I. Beitragsverfasser**

Der Verfasser des vorliegenden Beitrages war vor seiner derzeitigen Tätigkeit als Rechtsanwalt in einer überörtlichen Sozietät als Richter tätig und promoviert berufsbegleitend bei *Prof. Dr. Susanne Hähnchen*, welche Initiatorin der Studentischen Rechtsberatung Bielefeld ist und ihn auf das Projekt aufmerksam gemacht hat. Infolgedessen engagiert er sich zusammen mit drei Kanzleikollegen seit dem Wintersemester 2016 / 2017 als Betreuer studentischer Berater.

### **II. Studentische Rechtsberatung Bielefeld**

Den Ruf des Gesetzgebers nach einer praxisorientierteren Ausrichtung des rechtswissenschaftlichen Studiums<sup>3</sup> hat die Universität Bielefeld gehört und verfolgt seit Jahren das Ziel, Jurastudenten Grundkenntnisse über Aufgaben und Arbeitsmethoden der rechtsberatenden Praxis zu vermitteln.<sup>4</sup> An vorderster Front steht dabei seit 2012 die Studentische Rechtsberatung, welche an den Lehrstuhl von *Prof. Dr. Susanne Hähnchen* für Bürgerliches Recht, Deutsche und Europäische Rechtsgeschichte sowie Privatversicherungsrecht angebunden ist. Seitdem haben sich mehrere Hundert Studierende der Fakultät für Rechtswissenschaft in der Rechtsberatung engagiert und bei der Bearbeitung von realen Fällen wertvolle Einblicke zu den in der rechtsberatenden Praxis anfallenden Aufgaben sowie der dort erforderlichen Arbeitsweise erworben. Um die Praxis-

---

<sup>3</sup> Vgl. § 5a Abs. 3 Satz 1 DRiG, § 7 Abs. 2 Satz 1 JAG NRW.

<sup>4</sup> Vgl. § 2 Abs. 2 S. 2 der Studien- und Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Bielefeld vom 15.02.2012, abrufbar unter [http://www.jura.uni-bielefeld.de/angebote/dokumente\\_ordnungen/Jg41-05\\_2012-02-15\\_15.pdf](http://www.jura.uni-bielefeld.de/angebote/dokumente_ordnungen/Jg41-05_2012-02-15_15.pdf), [Stand: 27.05.2017].

## *Die Studentische Rechtsberatung Bielefeld aus der Perspektive eines unterstützenden Rechtsanwalts*

orientierung der Studentischen Rechtsberatung weiter zu stärken, kooperiert diese seit dem Wintersemester 2016 / 2017 mit mehr als einem Dutzend ortsansässiger Rechtsanwälte / -innen, welche die studentischen Berater bei der Mandatsbearbeitung unterstützen.

Pro Semester können etwa 40 interessierte Studenten ab dem vierten Semester sich in der Studentischen Rechtsberatung engagieren, welche dadurch den Nachweis einer sog. Schlüsselqualifikation erhalten. Während des Semesters übernehmen die studentischen Rechtsberater die Bearbeitung zweier Mandate. Zur Vorbereitung hierauf nehmen sie zu Beginn eines Semesters entsprechend § 6 Abs. 2 RDG<sup>5</sup> an einer Einführungsveranstaltung teil, welche neben Grundwissen zur Kommunikation, Gesprächsführung und Konfliktbewältigung auch erste Kenntnisse in den Bereichen Fristenkontrolle, Haftung, Streitwertberechnung und anwaltliches Standesrecht vermittelt.<sup>6</sup>

Als Mandanten stehen die Angebote der Bielefelder Studentischen Rechtsberatung jedem Studierenden der hiesigen Universität offen. Die rechtlichen Probleme, zu welchen die Studierenden eine Beratung wünschen, können grundsätzlich aus der gesamten Breite des Zivilrechts kommen; besonders häufig sind in der Vergangenheit Fragen zu miet- und kaufrechtlichen Problemen gewesen. Allerdings eignen sich nicht alle Fälle gleichermaßen für die Studentische Rechtsberatung. Zum einen werden in der Regel nur solche Fälle übernommen, welche einen Gegenstandswert von bis zu 750,00 Euro aufweisen; damit wird

---

<sup>5</sup> Hierzu *Dux/Prügel*, Studentische Rechtsberatung in Deutschland, in: JuS 2015, S. 1148, 1151 f.; *Horn*, Studentische Rechtsberatung in Deutschland, in: JA 2013, S. 644, 646 f.

<sup>6</sup> S. für die weiteren Einzelheiten [http://www.jura.uni-bielefeld.de/lehrstuehle/haehnchen/studentische\\_rechtsberatung/berater\\_werden](http://www.jura.uni-bielefeld.de/lehrstuehle/haehnchen/studentische_rechtsberatung/berater_werden), [Stand: 27.05.2017].

*Die Studentische Rechtsberatung Bielefeld aus der Perspektive eines unterstützenden Rechtsanwalts*

*de facto* eine Haftungsobergrenze geschaffen.<sup>7</sup> Unabhängig vom Gegenstandswert gänzlich ausgeschlossen ist die Beratung in Steuerrechtssachen sowie in Mandaten gegen die Universität Bielefeld.

Die Beratung selbst läuft dergestalt ab, dass sich die an einer Beratung interessierten Studenten per E-Mail bei der Studentischen Rechtsberatung Bielefeld melden und ihren jeweiligen Fall schildern. Sollte dieser sich für eine Beratung durch die Jurastudenten eignen, was die Mitarbeiter der Studentischen Rechtsberatung überprüfen, wird der Ratsuchende zu zwei Besprechungsterminen eingeladen. Beide Termine werden durch ein aus zwei rechtswissenschaftlichen Studenten bestehendes Team geleitet und durch mindestens einen ehrenamtlich tätigen Volljuristen begleitet. Demnach treten im Rahmen der Bielefelder Studentischen Rechtsberatung – anders als wohl in anderen *law clinics*<sup>8</sup> – die anleitenden Volljuristen bei den Besprechungsterminen gegenüber dem Ratsuchenden in Erscheinung. In dem ersten Beratungsgespräch geht es vornehmlich um das Herausarbeiten des Begehrens des Mandanten, die Aufklärung des Sachverhaltes und die erste Sichtung von Unterlagen, welche der Ratsuchende mitgebracht hat. Anschließend präsentieren die studentischen Berater in einem zweiten Termin die Lösungen, welche sie mit Unterstützung der anleitenden Volljuristen in den etwa zwei Wochen, die zwischen dem ersten und dem zweiten Besprechungstermin liegen, entwickelt haben.

---

<sup>7</sup> Vgl. *Dux/Prügel*, Studentische Rechtsberatung in Deutschland, in: JuS 2015, S. 1148, 1151.

<sup>8</sup> Vgl. *Hannemann/Dietlein*, Studentische Rechtsberatung und Clinical Legal Education in Deutschland, 2016, S. 87; *Horn*, Studentische Rechtsberatung in Deutschland, in: JA 2013, S. 644, 648.

### **C. Erfahrungen im Wintersemester 2016 / 2017**

Nicht nur der Verfasser dieses Beitrages, sondern, soweit bekannt, auch alle übrigen Beteiligten haben überwiegend positive Erfahrungen im Zusammenhang mit dem Projekt der Studentischen Rechtsberatung gemacht.

Zufrieden waren zunächst die ratsuchenden Studierenden. So haben diejenigen Mandanten, welche an dem anschließenden Evaluationsprozess teilgenommen haben, einstimmig angegeben, die Studentische Rechtsberatung Bielefeld weiterempfehlen zu wollen, und ihr Bestnoten gegeben. Nicht verheimlicht werden soll, dass nicht alle Ratsuchenden an der Umfrage teilgenommen haben. Die ausgeteilten Feedback-Bögen haben aber immerhin etwa die Hälfte von ihnen ausgefüllt, sodass deren Einschätzung hinreichend repräsentativ sein dürfte. Zumal sich die für das Wintersemester 2016 / 2017 gefundenen Ergebnisse weitestgehend mit den Erkenntnissen aus den Umfrage-Bögen decken, welche von Mandanten im vorangegangenen Sommersemester ausgefüllt worden waren.<sup>9</sup>

Auch die an dem Projekt teilnehmenden Jurastudierenden haben mehrheitlich positive Erfahrungen gesammelt, wie dem Beitragsverfasser aus eigener Wahrnehmung sowie Berichten anderer sich ehrenamtlich engagierender Volljuristen bekannt ist. Zu schätzen haben die studentischen Rechtsberater etwa gewusst, nicht abstrakt an Problemen, sondern an einem realen Fall zu arbeiten. Hinzu kommt, dass sie durch das Projekt nicht nur ihr fachliches Wissen auf die Probe stellen, sondern auch ihre soziale Kompetenz (insbesondere Kommunikations-

---

<sup>9</sup> S. hierzu [http://www.jura.uni-bielefeld.de/lehrstuehle/haehnchen/studentische\\_rechtsberatung/Statistik\\_Evaluation\\_SoSe16\\_Beratene.pdf](http://www.jura.uni-bielefeld.de/lehrstuehle/haehnchen/studentische_rechtsberatung/Statistik_Evaluation_SoSe16_Beratene.pdf), [Stand: 27.05.2017].



*Die Studentische Rechtsberatung Bielefeld aus der Perspektive eines unterstützenden Rechtsanwalts*

sowie Teamfähigkeit) verbessern und Einblicke in den Berufsalltag eines Rechtsanwaltes erlangen konnten.<sup>10</sup>

Darüber hinaus hat auch der Verfasser dieses Beitrages im Zusammenhang mit der Unterstützung zweier Teams studentischer Rechtsberater überwiegend positive Erfahrungen gemacht. Besondere Freude hat es bereitet, die Berater / -innen bei der Herausarbeitung des Sachverhaltes sowie der Entwicklung von Lösungsmöglichkeiten eine Hilfestellung zu geben. Dass vor allem deshalb, weil man sich noch gut hat daran erinnern können, vor nicht allzu langer Zeit selbst in einer ähnlichen Situation und vor ähnlichen Problemen wie die rechtsberatenden Studenten gestanden zu haben.

Die vorstehenden positiven Erfahrungen sollen indes nicht darüber hinwegtäuschen, dass es im Wintersemester 2016 / 2017 aus Sicht der teilnehmenden Volljuristen auch eine Reihe von Schwierigkeiten und Herausforderungen gab. Heraussticht dabei zunächst die lange Zeit herrschende Unsicherheit, wie die Hochschule das ehrenamtliche Engagement der Bielefelder Anwaltschaft rechtlich werten würde. Die Frage war nicht nur für die teilnehmenden Rechtsanwälte, sondern insbesondere auch für die hinter ihnen stehenden Haftpflichtversicherungen von nicht unerheblichem Interesse. Letztlich ist es wohl der Initiatorin des Projektes zu verdanken, dass die Hochschulverwaltung die Tätigkeit der partizipierenden Juristen als Lehrauftrag ausgestaltete.<sup>11</sup>

---

<sup>10</sup> In dieselbe Richtung etwa auch *Hannemann/Dietlein*, Studentische Rechtsberatung und Clinical Legal Education in Deutschland, 2016, S. 151; *Schöneberg*, Studentische Rechtsberatung in Bielefeld, in: GJLE 2 (2015), S. 119, 122.

<sup>11</sup> Vgl. zur Verbreitung derartiger Lehraufträge im Rahmen Studentischer Rechtsberatungen *Hannemann/Dietlein*, Studentische Rechtsberatung und Clinical Legal Education in Deutschland, 2016, S. 59.

Als weitere Herausforderung stellten sich in der Praxis die begrenzten räumlichen Kapazitäten der Universität aufgrund deren Umbaus dar. Zudem wurden die ansonsten durchaus positiven Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit den studentischen Beratern dadurch getrübt, dass eines der vom Beitragsverfasser zusammen mit einer Kollegin betreuten Rechtsberaterteams im Anschluss an das erste Mandantengespräch nicht mehr kontaktiert werden konnte und auch zum späteren Besprechungstermin zur Enttäuschung des Ratsuchenden nicht erschien.

#### **D. Fazit und Ausblick**

Die Studentische Rechtsberatung Bielefeld ist aus Sicht des Verfassers für alle Beteiligten wert- und sinnvoll ist. Den Ratsuchenden wird durch das Pilotprojekt ermöglicht, kostenlos eine erste Einschätzung zu einem sie betreffenden juristischen Problem von angehenden Juristen zu erhalten.<sup>12</sup> Letzteren wiederum wird durch die Bielefelder *law clinic* die Möglichkeit eröffnet, ihre theoretischen Kenntnisse in der Praxis anzuwenden und ihre, im späteren Berufsalltag wichtigen sozialen Fähigkeiten unter Anleitung eines Volljuristen auf die Probe zu stellen.<sup>13</sup> Den das Projekt begleitenden Rechtsanwälten wird es wiederum ermöglicht, ihre Erfahrung weiterzugeben und Studenten für ihren Berufsstand zu begeistern. Alles in Allem also eine win-win-win-Situation.

Hieran ändern auch die zuletzt geschilderten Probleme nichts. Die angesprochene Raumproblematik wird ab dem kommenden Semester hoffentlich dadurch entschärft, dass neben dem Verfasser des Beitrags einige andere das Projekt

---

<sup>12</sup> Horn, Studentische Rechtsberatung in Deutschland, in: JA 2013, S. 644, 645 m.w.N.

<sup>13</sup> S. auch Hannemann/Dietlein, Studentische Rechtsberatung und Clinical Legal Education in Deutschland, 2016, S. 2.

*Die Studentische Rechtsberatung Bielefeld aus der Perspektive eines unterstützenden Rechtsanwalts*

begleitende Rechtsanwälte angeboten haben, ihre Kanzleiräume den jeweils betreuten Beraterteams für die Beratungsgespräche zur Verfügung zu stellen. Ein Nebeneffekt hiervon wird es vielleicht sogar sein, dass dadurch, dass die Gespräche in Kanzleiräumen statt universitären Seminarräumen geführt werden, die professionelle Atmosphäre der studentischen Beratung noch verstärkt wird. Zugleich wird es den Rechtssuchenden und studentischen Beratern ermöglicht, erste Einblicke in das Kanzleiumfeld zu erlangen. Für die teilnehmenden Volljuristen wiederum hat das Arrangement den Vorteil, dass anderenfalls eintretende Zeitverluste (Fahrwege zu Besprechungsterminen in den Hochschulräumen) vermieden werden. Das Öffnen von Kanzleiräumen für die studentischen Rechtsberater birgt allerdings auch die latente Gefahr, dass bei Ratsuchenden der Eindruck entsteht, es erfolge letztlich eine professionelle Rechtsberatung durch den Volljuristen, und somit an eine Haftung des Anwalts nach §§ 311 Abs. 2, 3, 241 Abs. 2, 280 Abs. 1 BGB gedacht werden kann.<sup>14</sup> Der Gefahr wird dadurch Rechnung getragen werden, dass eingangs der Beratung sowohl schriftlich als auch mündlich seitens der studentischen Rechtsberater darauf hingewiesen wird, dass eine Beratung nur durch sie erfolgt.

Auch das – lediglich vereinzelt – aufgetretene Problem, dass Beraterteams zu den Besprechungsterminen nicht erscheinen, wird wohl ab dem kommenden Sommersemester verstärkt angegangen. So wird versucht werden müssen, im Vorfeld noch stärkere Begeisterung für die Studentische Rechtsberatung bei den teilnehmenden Jurastudierenden hervorzurufen. Das wird hoffentlich dadurch gelingen, dass man ihnen noch mehr vor Augen führt, dass sie durch ihr Engagement nicht nur einem Ratsuchenden helfen, sondern auch ihr eigenes juristi-

---

<sup>14</sup> Vgl. *Hannemann/Dietlein*, Studentische Rechtsberatung und Clinical Legal Education in Deutschland, 2016, S. 87; *Horn*, Studentische Rechtsberatung in Deutschland, in: JA 2013, S. 644, 648.

*Die Studentische Rechtsberatung Bielefeld aus der Perspektive eines unterstützenden Rechtsanwalts*

sches Wissen sowie soziale Fähigkeiten schärfen können. Gleichzeitig wird ihnen allerdings auch deutlich gemacht werden müssen, dass sie im Falle des Nichterscheinens keinen Leistungsnachweis in Form einer Schlüsselqualifikation erlangen. Nochmals betont sei jedoch, dass das Nichterscheinen eines Beraterteams im letzten Semester ein vereinzelt aufgetretenes Problem gewesen ist und ganz überwiegend sowohl das Interesse der Ratsuchenden als auch der Jurastudenten sowie schließlich der Bielefelder Anwaltschaft weiterhin erheblich ist. So gab es auch im Vorfeld zum gerade beginnenden Sommersemester 2017 von allen drei Gruppen mehr Anfragen als tatsächlich bewältigt werden konnten. Es ist daher zu erwarten, dass auch in Zukunft der Andrang von allen Seiten (Ratsuchenden, Jurastudierenden, Rechtsanwaltschaft) nicht abebbt, zumal eine Zusammenarbeit der Studentischen Rechtsberatung mit einem großen Wohlfahrtsverband bevorsteht.



# Die „Law Angels“ des Innovations- und Ideenraum Passau e.V. – Zwischen Universität und der Lebenswirklichkeit von Startup-Unternehmen

## Inhaltsverzeichnis

<b>A. Projektskizze.....</b>	<b>18</b>
<b>B. Organisatorische und didaktische Herausforderungen .....</b>	<b>19</b>
I. Projektvorbereitung.....	19
1. Vereinbarkeit des „Law Angels“ Projekts mit dem RDG .....	20
a) Erlaubnistatbestand während des Praktikums .....	20
b) Erlaubnistatbestand außerhalb des Praktikums .....	23
c) (Keine) Erlaubnis für Einweisungsveranstaltungen an der Universität erforderlich.....	23
2. Anerkennung des Praktikums InnoRivers durch das BayStMdJ .....	24
II. Auswahl der Gründer und der Studierenden .....	24
1. Auswahl der Gründer .....	25
2. Auswahl der „Law Angels“ .....	26
III. Einweisung in der Vorlesungszeit .....	27
IV. Praktikum bei InnoRivers .....	28
<b>C. Fazit.....</b>	<b>30</b>
<b>D. Ausblick .....</b>	<b>31</b>

*Die „Law Angels“ des Innovationszentrums Passau e.V. – Zwischen Universität und der Lebenswirklichkeit von Startup-Unternehmen*

Law Clinics<sup>1</sup> sind als Angebot für zukünftige (Voll-)Juristen in Deutschland, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten in der Praxis zu erproben, nicht mehr wegzudenken – sei es als „universitätsinterne“ studentische Rechtsberatung<sup>2</sup> oder als „universitätsexterne“ Rechtsberatung für Flüchtlinge<sup>3</sup>, Verbraucher<sup>4</sup> und Beratung für Gefangene.<sup>5</sup> Rechtsanwälte registrieren Law Clinics hingegen nur einzeln.<sup>6</sup>

Dabei werden Law Clinics als Lehr- und Erfahrungskonzept gelobt, weil sie veranschaulichen, dass praktische Rechtsanwendung und Rechtswissenschaft vielfältig aufeinander bezogen sind<sup>7, 8</sup>. Dennoch bleibt ihre Einrichtung und der Betrieb anspruchsvoll und kann nur mit Unterstützung eines Volljuristen realisiert werden.<sup>9</sup> Dies veranschaulicht nicht zuletzt ein (aus anderen Gründen) kritisierendes Urteil des OLG Brandenburg aus dem Jahr 2015. Darin wurde Studierenden die Eintragung ihrer studentischen Rechtsberatung als e.V. versagt, weil die Initiatoren nicht darlegen konnten, wer die Anleitung der Studierenden

---

<sup>1</sup> Oder auch Legal Clinics.

<sup>2</sup> Während „hochschulinterne“ Law Clinics nur Studierende beraten, erbringen „externe“ Law Clinics Rechtsdienstleistungen in einem bestimmten Rechtsgebiet gegenüber einem unbestimmten Personenkreis, *Vogler*, GJLE/ZPR 2014, S. 12 ff.

<sup>3</sup> Z.B.: Studentische Rechtsberatung Passau e.V. (<https://www.srb-passau.de/> [Stand: 27.05.2017]), die freilich auch eine Refugee Law Clinic betreiben und daher auch „Außenstehende“ beraten.

<sup>4</sup> Humboldt Consumer Law Clinic, <http://lawclinic.rewi.hu-berlin.de/clc/>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>5</sup> Legal Clinic für Gefangene Bremen in Kooperation mit dem Verein für Rechtshilfe im Justizvollzug des Landes Bremen e.V.

<sup>6</sup> Vgl. das Berufsbarometer 2015 des Soldan Instituts, nach dem 90 % der befragten Rechtsanwälte keine Aktivitäten von Law Clinics in ihrem Gerichtsbezirk wahrnehmen, hierzu: *Kilian*, AnwBl. 2016, S. 483, 484; ein positives Gegenstück ist das Projekt der Bucerius Law School Hamburg, die mit Rechtsanwälten zusammenarbeitet, hierzu: *Dastich/Udich*, AnwBl. 2013, S. 721, 727 f.

<sup>7</sup> *Baer*, AnwBl. 2015, S. 816, 817 f.

<sup>8</sup> Vgl. *Schröder*, in: FS Ehlers, 2015, S. 211, 228.

<sup>9</sup> Oder mit Hilfe eines sonstigen Rechtsdienstleisters, dem die konkrete Rechtsdienstleistung erlaubt ist, vgl. § 6 Abs. 2 S. 1 Var. 1 RDG.

übernehmen sollte.<sup>10</sup> Eine Möglichkeit zur Abhilfe soll dieser Beitrag aufzeigen, der am Beispiel der „Law Angels“ des Innovations- und Ideenraum Passau e.V.<sup>11</sup> (im Folgenden: InnoRivers) beschreibt, wie die organisatorischen und didaktischen Herausforderungen unter Berücksichtigung des Rechtsdienstleistungsgesetzes (RDG) bewältigt werden können (hierzu unter B.). Zuvor soll das Projekt kurz vorgestellt werden (hierzu unter A.). Neben der Vereinbarkeit des Projekts mit dem RDG wurde zunächst sichergestellt, dass die Beratungstätigkeit der „Law Angels“ als Praktikum nach Maßgabe der Bayerischen Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Juristen (bayJAPO) anerkannt wird (hierzu unter B. I. 2.). Erst danach konnte das Projekt mit der Auswahl geeigneter Gründer starten (hierzu unter B. II. 1.) Eine besondere didaktische Herausforderung bestand in dem heterogenen Ausbildungs- und Wissensstand der Studierenden (hierzu unter B. II. 2.).

## **A. Projektskizze**

Die Beratung von Startup-Unternehmen (im Folgenden: Gründer) durch Law Clinics ist freilich keine Besonderheit mehr.<sup>12</sup> Innovativ ist vielmehr die Zusammenarbeit mit einem Gründerzentrum, in dem die Studierenden ein vierwöchiges Praktikum absolvieren.<sup>13</sup> InnoRivers berät Gründer aus Passau und der

---

<sup>10</sup> OLG Brandenburg, NJW 2015, S. 1122, 1123; zur Kritik: *Dietlein/Hannemann*, NJW 2015, S. 1122, 1123 f.; *Wegner*, NVwZ 2015, S. 760, 760 der nicht nur das Urteil, sondern auch die Studierenden kritisiert, die „(...) überhaupt kein Konzept vorlegen konnten“.

<sup>11</sup> InnoRivers ging Anfang des Jahres 2017 in das „Gründerzentrum Digitalisierung Niederbayern. Standort Passau“ auf, das nunmehr der Projektpartner ist.

<sup>12</sup> So bietet das Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft seit 2013 eine Startup Clinic an (<http://www.hiig.de/startup-clinics-ein-neuartiges-angebot-fur-gruender/>, [Stand: 27.05.2017]), zum seit Herbst 2015 bestehenden Angebot der Universität Regensburg, Hoeren, in: GJLE/ZPR 2015, S. 133 ff.

<sup>13</sup> Derartige Innovationszentren existieren auch außerhalb von Passau, vgl. „Innovationszentrum Senftenberg“ (<http://www.innovationszentrum-senftenberg.de/>,



Umgebung, stellt Räumlichkeiten bereit und schafft mit diesem Angebot einen Kommunikationsraum, in dem Erfahrungen und Probleme miteinander geteilt und gelöst werden können.<sup>14</sup> Die Gründer müssen sich für eine Mitgliedschaft bewerben und zahlen, wenn ihr Projekt angenommen wird, einen monatlichen Mitgliedsbeitrag.<sup>15</sup>

## **B. Organisatorische und didaktische Herausforderungen**

### **I. Projektvorbereitung**

Die Rechtsberatung durch die Law Angels innerhalb des Praktikums bei InnoRivers ist gemäß § 7 RDG erlaubt (hierzu unter I. 1. a). Da das schriftliche Abschlussgutachten formal außerhalb des Praktikums fertiggestellt wird, ist auch § 6 Abs. 2 RDG einschlägig (hierzu unter I. 1. b). Keine Erlaubnis nach dem RDG benötigen die Schulungsveranstaltungen, die während des Semesters an der Universität Passau stattfinden (hierzu unter I. 1. c). InnoRivers wurde zudem vom Bayerischen Staatsministerium der Justiz (BayStMdJ) als sonstige Stelle i.S.d. § 25 Abs. 2 S. 1 Var. 8 bayJAPO anerkannt und darf Praktikanten ausbilden (hierzu unter I. 2.).

---

[Stand: 27.05.2017].) „Innovationszentrum Lichtenfels“ (<http://www.innovationszentrum-lichtenfels.de/>, [Stand: 27.05.2017].), auch München plant für 2017 den Bau des „Innovations- und Gründerzentrums für Smart City Solutions“ (<https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Arbeit-und-Wirtschaft/News/startupcenter-kreativquartier.html>, [Stand: 27.05.2017].).

<sup>14</sup> Vgl. zum Angebot von InnoRivers, sich bei einem „Netzwerkfrühstück zu vernetzen, <http://www.innorivers.de/angebote/netzwerkdeals/>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>15</sup> Ab € 10, 00 im Monat, vgl. <http://www.innorivers.de/>, [Stand: 27.05.2017].

## **1. Vereinbarkeit des „Law Angels“ Projekts mit dem RDG**

Bei der hier gewählten Organisationsform ist zwischen dem Rechtsrat, der während des Praktikums geleistet wird, und jenem Rechtsrat, der außerhalb des Praktikums erbracht wird, zu differenzieren. Jeweils muss eine gesetzliche Erlaubnis nach dem RDG vorliegen.

### **a) Erlaubnistatbestand während des Praktikums**

Zwar konnten die „Law Angels“ als Praktikanten unentgeltlich bei InnoRivers beschäftigt werden, weil das Mindestlohngesetz nicht anwendbar ist.<sup>16</sup> Aber eine Erlaubnis nach § 6 Abs. 2 RDG kam dennoch nicht in Betracht. Denn die Gründer zahlen an InnoRivers einen Mitgliedsbeitrag. Für entgeltliche Rechtsdienstleistungen innerhalb von Vereinen ist § 7 Abs. 1 Nr. 1 RDG anwendbar.<sup>17</sup> Danach sind Rechtsdienstleistungen erlaubt, die Vereinigungen im Rahmen ihres satzungsmäßigen Aufgabenbereichs gegenüber Mitgliedern erbringen, soweit sie gegenüber ihren anderen satzungsmäßigen Aufgaben nicht von übergeordneter Bedeutung sind. Dies ist der Fall, wenn die Rechtsdienstleistungen nur ein Hilfsmittel unter vielen sind, um den Gesamtzweck der Vereinigung zu erreichen.<sup>18</sup> Der Gesamtzweck wird nicht (ausschließlich) durch den konkreten Satzungszweck bestimmt, sondern es wird auf die tatsächliche Erfüllung satzungsmäßiger Aufgaben abgestellt.<sup>19</sup> Die Erlaubnis, Rechtsdienstleistungen zu erbringen, kann daher auch in verschiedene Rechtsbereiche hineinreichen, wenn eine ausreichende Anleitung durch einen qualifizierten Betreuer erfolgt<sup>20, 21</sup>.

---

<sup>16</sup> § 22 Abs. 1 Nr. 1 Var. 3 MiLoG i.V.m. § 25 bayJAPO.

<sup>17</sup> *Kleine-Cosack*, RDG, 3. Aufl. 2014, § 7 Rn. 9.

<sup>18</sup> Sog. „dienende Funktion“ der Rechtsdienstleistung, BGH, GRUR 2012, S. 79, 80.

<sup>19</sup> Gesetzesentwurf der Bundesregierung v. 30.11.2006, BT-Drs. 16/3655, S. 59; Dreyer/Geißler, in: Dreyer/Lamm/Müller, RDK-PK, 2009, § 7 Rn. 17.

<sup>20</sup> Vgl. *Kleine-Cosack*, RDG, 3. Aufl. 2014, § 7 Rn. 32; Dreyer/Geißler, in: Dreyer/Lamm/Müller, RDK-PK, 2009, § 7 Rn. 18; Finzel, RDG, 2008, § 7 Rn. 3.

*Die „Law Angels“ des Innovationszentrums Passau e.V. – Zwischen Universität und der Lebenswirklichkeit von Startup-Unternehmen*

Der Verein bezweckt die Förderung von Gründungsvorhaben in der Region Passau.<sup>22</sup> InnoRivers sieht sich als Ideenoase, in der die Gründer als „Gärtner“ ihrer Unternehmung tätig werden.<sup>23</sup> Die Expertise – also die Nährstoffe für den Boden – erhalten die Gründer u.a. durch die Vorstandsmitglieder von InnoRivers. Diese stammen alle aus dem nicht-juristischen Bereich. Beratende Vorstandsmitglieder sind u.a. Max Wittstruck<sup>24</sup> und Carolin Häussler, die einen Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre innehat.<sup>25</sup> Darüber hinaus wird den Gründern eine Infrastruktur zur Verfügung gestellt. So können etwa Büroräume angemietet werden. Viele Aktionen laden zudem zum „Netzwerken“ ein.<sup>26</sup> Die Rechtsdienstleitung ist daher für den Vereinszweck nicht von übergeordneter Bedeutung.

Zur Förderung von Unternehmen in der Gründungsphase ist es notwendig, Fragen aus unterschiedlichen Rechtsgebieten zu beantworten, da die Unternehmenskonzepte unterschiedlich sind.<sup>27</sup> Anders als etwa bei Mietvereinen steht nicht ein Rechtsgebiet im Mittelpunkt. Dies ist den besonderen Anforderungen an die Förderung von Gründern geschuldet, denen sich InnoRivers und seine Mitglieder verschrieben haben. Dieser gegenseitige Unterstützungs- und Förderungsgedanke verbindet alle Mitglieder und begründet zudem das von § 7 Abs. 1 Nr. 1 Var. 2 RDG geforderte gemeinschaftliche Interesse. Der individuelle

---

<sup>21</sup> Zur Anleitung unter B. III. IV.

<sup>22</sup> Vgl. § 2 Nr. 1 S. 2 der Satzung des Innovationszentrum Passau e.V.

<sup>23</sup> Vgl. [www.innorivers.de](http://www.innorivers.de), [Stand: 27.05.2017].

<sup>24</sup> Gründer der myMuesli GmbH.

<sup>25</sup> Inhaberin des Lehrstuhls für Betriebswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Organisation, Technologiemanagement und Entrepreneurship der Universität Passau.

<sup>26</sup> Vgl. <http://www.innorivers.de/angebote/netzwerk/>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>27</sup> Die „Law Angels“ haben Gründer im Markenrecht, aber auch in allgemeinen Fragen des Zivilrechts beraten.

Rechtsrat muss auch nicht allen Mitgliedern gleichermaßen zugutekommen.<sup>28</sup> Hinzukommt, dass es nicht jedem beliebigen Gründer freisteht InnoRivers beizutreten. Stattdessen werden die Projekte im Rahmen von Bewerberrunden ausgewählt, sodass auch die Rechtsberatung nicht der Allgemeinheit zur Verfügung steht.<sup>29</sup>

Nach § 7 Abs. 2 i.V.m. § 6 Abs. 2 S. 2 RDG muss die Vereinigung über die für die Erbringung der Rechtsdienstleistung erforderlichen personellen, sachlichen und finanziellen Mittel verfügen und sicherstellen, dass die Rechtsdienstleistung unter Anleitung einer zur Rechtsberatung qualifizierten Person erfolgt. Während Mietvereine und Gewerkschaften eine professionelle Organisationsstruktur benötigen, ist dies für andere Vereinigungen grundsätzlich nicht der Fall.<sup>30</sup> Anders als im Fall von Mietvereinen,<sup>31</sup> die zeitlich unbegrenzt für eine (unbestimmte) Vielzahl von Mietern Rechtsdienstleistungen anbieten, findet das „Law Angels“ Projekt (lediglich) zweimal im Jahr in den Semesterferien statt. Weder wird jeder Gründer in den Verein aufgenommen, noch wird jede Rechtsfrage angenommen. Daher konkretisiert sich als maßgebliches Kriterium, dass ein Volljurist bzw. „(...) eine Person mit Befähigung zum Richteramt (...)“<sup>32</sup> für die Dau-

---

<sup>28</sup> Vgl. *Kleine-Cosack*, RDG, 3. Aufl. 2014, § 7 Rn. 17.

<sup>29</sup> Wenn die Allgemeinheit in die Vereinigung eintreten kann, wird der Vereinigung ein Gruppeninteresse von der Rechtsprechung abgesprochen, vgl. OLG Saarbrücken, NJW-RR 2002, S. 570, 572 (zu Art. 1 RBERG, § 1 RBERG); BVerwG, DÖV 1974, S. 675 (zu Art. 1 RBERG, § 1 RBERG).

<sup>30</sup> Gesetzesentwurf der Bundesregierung v. 30.11.2006, BT-Drs. 16/3655, S. 60.

<sup>31</sup> Vgl. *Kleine-Cosack*, RDG, 3. Aufl. 2014, § 7 Rn. 32.

<sup>32</sup> Vgl. den Wortlaut von § 6 Abs. 2 S. 1 RDG, aber auch die Gesetzesbegründung zu § 6 RDG in BT-Drs. 16/3655, S. 58: „Bei der juristisch qualifizierten Person muss es sich nicht um einen Rechtsanwalt handeln, hierfür kommen alle Personen mit Befähigung zum Richteramt, z. B. (pensionierte) Richter, Beamte des höheren Verwaltungsdienstes oder Volljuristen aus anderen Berufen in Betracht.“

er des jeweiligen Law Clinic Abschnitts die Unterweisung der Rechtsberater übernimmt.<sup>33</sup>

### **b) Erlaubnistatbestand außerhalb des Praktikums**

Für Rechtsdienstleistungen, die außerhalb des Praktikums erbracht werden, ist § 6 Abs. 2 RDG einschlägig. Gemäß § 6 Abs. 2 RDG sind unentgeltliche Rechtsdienstleistungen außerhalb enger persönlicher Beziehungen erlaubt, wenn eine Person mit Befähigung zum Richteramt die Berater anleitet. Wie noch zu berichten sein wird, war es nicht möglich, die Nachbereitung der schriftlichen Rechtsgutachten unter Anleitung des Betreuers innerhalb der vierwöchigen Praktikumszeit fertigzustellen (hierzu unter IV.).

### **c) (Keine) Erlaubnis für Einweisungsveranstaltungen an der Universität erforderlich**

Nur der Vollständigkeit halber sei angemerkt, dass es für Einweisungsveranstaltungen „als solche“ – sei es durch einen Rechtsanwalt oder einen universitätsangehörigen Volljuristen – keines Erlaubnistatbestandes nach dem RDG bedarf. Das RDG ist in diesen Fällen nicht anwendbar, weil im Rahmen dieser Veranstaltungen keine Rechtsdienstleistungen i.S.d. § 2 Abs. 1 RDG erbracht werden.<sup>34</sup> In den Einweisungsveranstaltungen werden keine Einzelfallprobleme der Mandanten behandelt, und damit keine konkreten fremden Angelegenheiten i.S.d. § 2 Abs. 1 Hs. 1 RDG besorgt, sondern es wird abstrakt in die Rechtsgebiete eingeführt (hierzu unter III.).

---

<sup>33</sup> In den vergangenen beiden Semestern übernahm der Verfasser dieses Beitrags diese Aufgabe.

<sup>34</sup> Eine Rechtsdienstleistung ist gemäß § 2 Abs. 1 RDG jede Tätigkeit in konkreten fremden Angelegenheiten, sobald sie eine rechtliche Prüfung des Einzelfalls erfordert.

## **2. Anerkennung des Praktikums InnoRivers durch das BayStMdJ**

Im Rahmen der Vorbereitung wurde Kontakt mit dem BayStMdJ aufgenommen, um sicherzustellen, dass InnoRivers als sonstige Stelle i.S.d. § 25 Abs. 2 S. 1 Var. 7 bayJAPO<sup>35</sup> anerkannt wird.

Maßgeblich für die Anerkennung ist, dass im Rahmen des Praktikums eine Anschauung von praktischer Rechtsanwendung vermittelt wird, die Betreuung durch einen Volljuristen erfolgt und das Praktikum in der vorlesungsfreien Zeit absolviert wird.<sup>36</sup> Typisches Merkmal praktischer Rechtsanwendung ist, dass Sachverhalte nicht von vornherein feststehen, sondern unklar, unvollständig und Änderungen unterworfen sind.<sup>37</sup> Maßgeblich ist, dass die Rechtsfragen *aus Sicht der Praktikanten* nicht von vornherein feststehen. Daher ist nicht ausgeschlossen, dass der Betreuer vor Beginn des Praktikums diejenigen Fragen auswählt, die für die Studierenden geeignet sind.

Da sowohl die Vereinbarkeit des Projekts mit dem RDG als auch die Anerkennung des Praktikums durch das BayStMdJ gesichert waren, konnte das „Nährstoffangebot“ von InnoRivers für die Projekte der Gründer durch die „Law Angels“ ergänzt werden.

### **II. Auswahl der Gründer und der Studierenden**

Gemäß § 7 Abs. 2 RDG i.V.m. § 6 Abs. 2 S. 2 Hs. 1 RDG erfordert die Anleitung eine an Umfang und Inhalt der zu erbringenden Rechtsdienstleistungen

---

<sup>35</sup> Bayerische Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Juristen.

<sup>36</sup> Vgl. allgemeine zur Anerkennbarkeit der Beratertätigkeit als praktische Studienzeit, *Georgescu*, GJLE/ZPR 2015, S. 52 ff.

<sup>37</sup> Vgl. OLG Brandenburg, NJW 2015, S. 1122, 1123.

ausgerichtete Einweisung und Fortbildung. Wenn eine Einweisung vor dem eigentlichen Praktikum erfolgt, muss der Betreuer die Beratungsgegenstände vor Beginn des Praktikums ermitteln.<sup>38</sup> So sind existenzgefährdende Fragestellungen herauszufiltern, um ggf. eine Beratung durch einen Rechtsanwalt zu empfehlen (hierzu unter 1.). Schließlich müssen für die Rechtsfragen geeignete Studierende ausgewählt werden (hierzu unter 2.).

### **1. Auswahl der Gründer**

Die Auswahl der Gründer orientierte sich an deren Rechtsfragen.

Fragen, welche die Existenzgrundlage eines Geschäftsmodells „an sich“ betreffen, wurden nicht angenommen, weil sie offensichtlich besser anwaltlich geprüft werden sollten. Zum Beispiel wurde die Gestaltung eines Gesellschaftervertrags oder die Hilfe bei der Auseinandersetzung und Beendigung einer Gesellschaft abgelehnt. Einen interessanten Grenzfall bildete die Frage nach der (marken-)rechtlichen Zulässigkeit der Abbildung von Markennamen und -bildern als Werbung in einem Internetshop. Zwar war hier nicht die Geschäftstätigkeit des Gründers „an sich“ betroffen, weil die Werbung gegebenenfalls auch ohne die Markennamen erfolgen kann, aber für die Werbewirkung seines Internetshops war die Nennung der Markennamen wichtig. Nicht leichter wurde die Entscheidung dadurch, dass Kenntnisse des Markenrechts nicht zum Pflichtfachstoff der Ersten juristischen Staatsprüfung gehören. Die Mandate wurden in solchen (Grenz-)Fällen unter dem Vorbehalt angenommen, dass die (noch auszuwählenden) Studierenden gemäß ihres Ausbildungsstandes geeignet sind, sich in diese Rechtsgebiete (auch mit Hilfe einer Einweisung durch den Betreuer) einzuarbeiten.

---

<sup>38</sup> Zur Sichtung der Fälle als Überwachungspflicht, vgl. *Dastis/Udich*, AnwBl. 2013, S. 721, 724.

## **2. Auswahl der „Law Angels“**

Während im Wintersemester 2015 / 16 insgesamt zehn Studierende vom 3. bis zum 5. Semester teilnahmen, waren zwei von vier „Law Angels“ im Sommersemesterdurchgang 2016 erst im 2. Semester. Es galt zu prognostizieren, ob die Vorkenntnisse der Studierenden ausreichen, um die in den Einweisungsveranstaltungen vermittelten Inhalte zu lernen und im Praktikum zu vertiefen. Diese Prognose fällt grundsätzlich für Studierende im 2. Semester anders aus als für solche aus dem 4. oder 5. Semester. Anhaltspunkte für die Leistungsfähigkeit liefern die bisherigen Leistungen im Studium, der Interessenschwerpunkt und ein persönliches Gespräch mit den Studierenden. Der Betreuer legte jedoch einen wohlwollenden Maßstab an, da gemäß § 6 Abs. 2 S. 2 Hs. 2 RDG ohnehin im Einzelfall eine Mitwirkung bei der Erbringung der Rechtsdienstleistung erforderlich werden kann. Grundsätzlich sollte ein Mandat immer von mindestens zwei Studierenden bearbeitet werden, weil sich die Studierenden auf diese Art gegenseitig kontrollieren können („Vier-Augen-Prinzip“). Der heterogene Ausbildungsfortschritt kann zudem kompensiert werden, indem Studierende aus Anfangssemestern mit Studierenden aus höheren Semestern in einem Team arbeiten. Im Wintersemester 2015 / 16 wurde in 2er-Teams gearbeitet, wobei ein Studierender aus dem 5. Semester ein Team mit einem Studierenden aus dem 3. Semester bildete.

Dass im Sommersemester 2016 Studierende aus dem 2. Semester ausgewählt wurden, hatte Folgen auf die Auswahl des Mandanten und die Überwachungs- und Mitwirkungspflichten des Betreuers. So wurde bewusst ein Mandant ausgewählt, der u.a. Fragen aus dem Bereich Produkthaftung und Gewährleistungsrecht hatte. Denn diese Rechtsbereiche werden an der Universität Passau bereits im 2. Semester behandelt. Zudem wurde der Arbeitsfortschritt der Studierenden im Vergleich zum Vorsemester strenger kontrolliert (hierzu unter III. u. IV.).



### **III. Einweisung in der Vorlesungszeit**

In beiden Durchgängen fanden sechs Einführungsveranstaltungen innerhalb des Semesters statt.<sup>39</sup> Am Anfang stand eine Einführung in die anwaltliche Rechtsberatung. Dabei wurde bereits auf Fragen aus dem Referendariat vorgegriffen, etwa der Unterscheidung zwischen Darlegungs- und Beweisebene sowie der klassischen Aufteilung anwaltlicher Arbeit in die Ermittlung des Sachverhalts und dessen rechtlicher Beurteilung. Auch wurde geklärt, dass bei der spontanen Aufklärung von Rechtsfragen, etwa nach dem ersten Gespräch, äußerste Zurückhaltung geboten ist. Denn der Mandant orientiert sich natürlich an der Erstbeurteilung, wodurch (unnötige) Verwirrung entsteht, wenn im Abschlussgutachten ein anderes Ergebnis vertreten wird.

Schließlich wurden die Pflichten der Studierenden aus dem Mandatsvertrag geklärt.<sup>40</sup> Erst danach wurden die Grundlagen der zu bearbeitenden Rechtsgebiete erläutert.<sup>41</sup> Durch diese Vorgehensweise wurde illustriert, dass es nicht nur im Studium, sondern auch in der Praxis wichtig ist, erst die Grundlagen eines Rechtsgebiets zu lernen, bevor sich Detailwissen angeeignet wird. So wurden keinesfalls die konkreten rechtlichen Fragestellungen bereits in der Schulung diskutiert. Zum einen waren die Rechtsprobleme aufgrund neuartiger Produkte und Dienstleitungen oft noch nicht in der Literatur und Rechtsprechung behandelt. Zum anderen widerspräche diese Vorgehensweise § 6 Abs. 2 RDG. Denn nicht der Betreuer erbringt die Rechtsdienstleistung, sondern die Studierenden.<sup>42</sup> Wenn während des Praktikums eine Mitwirkung des Betreuers erforderlich

---

<sup>39</sup> Wiederum war der Verfasser dieses Beitrags zuständig für die Lehrveranstaltungen.

<sup>40</sup> Insbesondere Verschwiegenheits- und Dokumentationspflichten.

<sup>41</sup> Handels- und Gesellschaftsrecht, Datenschutzrecht, Internetrecht, Markenrecht (Wintersemester 2015/16); Produkthaftung, Datenschutzrecht, Urheberrecht, Internetrecht (Sommersemester 2016).

<sup>42</sup> Der Betreuer wird dadurch nicht zum Vertragspartner des Mandanten, vgl. *Wreesmann/Schmidt-Kessel*, NJOZ 2008, S. 4061, 4071; *Horn*, JA 2013, S. 644, 648.

wird, kann er einzelfallbezogen an der Rechtsdienstleistung mitwirken. Die Interessen der Mandanten werden daher hinreichend beachtet.

Als wichtige Praxisschulung wurde ein Mandantengespräch simuliert. Der fiktive Fall wurde von einer Mitarbeiterin des Lehrstuhls<sup>43</sup> vorgetragen, welche die Geschäftsführerin eines Unternehmens spielte. In dem Fall hatte sie einen Tisch für ein Mitarbeiteressen reserviert. Ein Mitarbeiter erschien nicht und das Menü entsprach nicht der bestellten Leistung. In tatsächlicher Hinsicht war es für die Studierenden schwierig, die anwaltliche Perspektive einzunehmen. So wurde regelmäßig vergessen zu fragen, welche Stellung die Mandantin in dem Unternehmen hat. Auch wurde nicht gefragt, ob es Schriftverkehr gab, in dem die konkrete Menüfolge festgelegt wurde.

Schließlich kann der Betreuer in der Einweisungsphase die Studierenden „erproben“. Keinesfalls sollten die Studierenden vorlesungsähnlich auf die Tätigkeit als „Law Angel“ vorbereitet werden. Vielmehr bietet sich die Kleingruppe für (Fall-)Diskussionen an. Wiederholungsfragen zur letzten jeweiligen Stunde überprüfen, ob die Studierenden die materiellen Grundlagen gelernt hatten.

Am Ende der Vorbereitungszeit konnte daher der Betreuer die Leistungsfähigkeit der Studierenden einschätzen. Angemerkt sei, dass nicht nur die höhersemestrigen Studierenden gute Leistungen erbracht haben.<sup>44</sup>

#### **IV. Praktikum bei InnoRivers**

Die Praktika waren jeweils eingeteilt in einen Auftaktworkshop, Mandantengespräche und Treffen mit dem Betreuer. Den Abschluss bildete die Präsentation der Arbeitsergebnisse vor den Mandanten.

---

<sup>43</sup> Frau Dipl. jur. Annika Kieck sei an dieser Stelle noch einmal für die Mitarbeit herzlich gedankt.

<sup>44</sup> Unter anderem erarbeitete sich ein „Zweitsemester“ aus dem Durchgang des Sommersemesters 2016 den Herstellerbegriff des Produkthaftungsgesetzes inklusive Fragen des internationalen Privatrechts.

*Die „Law Angels“ des Innovationszentrums Passau e.V. – Zwischen Universität und der Lebenswirklichkeit von Startup-Unternehmen*

In den Auftaktworkshops stellten die Gründer ihre Projekte und ihre Rechtsfragen vor, wobei die Gründer (unbewusst) ihre Fragestellungen erweiterten. Dies wurde vom Betreuer angesprochen, und eine (Mehr-)Beratung wurde abgelehnt, wenn eine Fortbildung der „Law Angels“ erforderlich gewesen wäre. Nach dem „Pitch“ der Gründer wurden erste Ideen ausgetauscht, bevor am Ende des Workshops die Einteilung der Studierenden zu den Projekten erfolgte.<sup>45</sup> Hierbei konnte der Betreuer auf die Erkenntnisse aus den Einweisungsveranstaltungen zurückgreifen (hierzu unter B. III.). Schließlich wurden von den Studierenden Termine für Mandantengespräche vereinbart.<sup>46</sup> In den nächsten vier Wochen konnte der Gründer jederzeit auf sein Team zurückgreifen. Es liegt in der Natur der (Rechts-)Praxis, dass die Perspektive der Gründer durch ein mehr an Rechtskenntnissen – vermittelt durch die Beratungsleistung der Studierenden – auf weitere (Rechts-)Probleme aus anderen Unternehmens- und Rechtsbereichen erweitert wird. Da eine Adhoc-Beratung durch juristische Laien grundsätzlich unzulässig ist, wenn kein Vorwissen in den Rechtsgebieten vorhanden ist, können die Rechtsfragen in diesen Fällen nur in Absprache mit dem Betreuer bearbeitet werden.<sup>47</sup>

Die Treffen mit dem Betreuer fanden alle zwei Wochen im ersten Durchgang, und wöchentlich im zweiten Durchgang statt. Dies war dem höheren Grad der Überwachungs- und ggf. Mitwirkungspflichten i.S.d. § 7 Abs. 2 S. 2 RDG i.V.m. § 6 Abs. 2 S. 2 RDG geschuldet. Da Studierende aus dem zweiten Semester (in Passau) keine Erfahrung in der Erstellung von Hausarbeiten haben,

---

<sup>45</sup> Im Wintersemester 2015/16 war nur ein Projekt ausgewählt worden, dass vollumfänglich betreut wurde.

<sup>46</sup> An diesen Gesprächen nahm der Betreuer nicht teil. Jedoch hatten die Studierenden ein schriftliches Protokoll des Gesprächs zu erstellen, das an den Betreuer unmittelbar danach auszuhändigen war. Im Übrigen wurde bei den (wöchentlichen) Treffen im Sommersemester 2016 der Sachverhalt konkretisiert.

<sup>47</sup> *Piekenbrock*, AnwBl. 2011, S. 848, 852; *Dux/Prügel*, JuS 2015, S. 1151, 1152; *Horn*, JA 2013, S. 644, 647.

musste hier eine besondere Hilfestellung angeboten werden. So wurden Struktur und Aufbau des Gutachtens besprochen, und die Rechtsfragen wurden konkret an geeignete Studierende verteilt, während Studierende in den höheren Semestern sich die Fragen in der Regel aussuchen konnten. Diese Impulse waren notwendig, damit die Studierenden nur die Schwerpunkte des von ihnen ermittelten Sachverhalts behandeln. Insoweit zeigte sich, dass den Studierenden – insbesondere in einer frühen Ausbildungsphase – das Gefühl und Vertrauen für die Schwerpunktsetzung in einem Gutachten fehlte.

Die Studierenden präsentierten im Abschlussworkshop ihre Ergebnisse, die kritisch hinterfragt wurden. Denn das schriftliche Abschlussgutachten musste nach dem Praktikum noch vervollständigt werden.<sup>48</sup> Eine Nachbereitung der Fälle durch den Betreuer ist zwar nicht vom RDG gefordert, wenn – wie hier – eine umfangreiche Einweisung erfolgt, aber didaktisch jedenfalls sinnvoll.<sup>49</sup>

### **C. Fazit**

Die Schnittstelle zwischen Universität und der Lebenswirklichkeit von (Startup)Unternehmen ist der Betreuer. Er hat sicherzustellen, dass das zu bearbeitende Mandat zum Wissenstand der studentischen Rechtsberater passt. Da die Einweisung vor der eigentlichen Beratung erfolgt, muss der Betreuer anhand der bisherigen Studienleistungen, eines persönlichen Gesprächs und der Einweisungsveranstaltungen prognostizieren, ob die Studierenden in der Lage sein werden, das Mandat zu bearbeiten. Wenn sich während der Einweisung, bzw. während der eigentlichen Rechtsberatung, die Prognose als unzutreffend

---

<sup>48</sup> Zum Erlaubnistatbestand nach dem RDG für diese Zeit unter B. I. 1. b).

<sup>49</sup> Vgl. Gesetzesentwurf der Bundesregierung v. 30.11.2006, BT-Drs. 16/3655, S. 58: Eine Durchführung der Rechtsdienstleistung durch den Volljuristen kann nicht gefordert werden.

herausgestellt hat, muss der Betreuer die Rechtsberater strenger überwachen und ggf. bei der Rechtsberatung mitwirken. Der Umfang von Überwachungs- und Mitwirkungspflichten kann sich daher während einer Beratungssituation – wie auch der Sachverhalt „an sich“ – dynamisch verändern.

## **D. Ausblick**

Auch Rechtsanwälte können von Law Clinics profitieren.<sup>50</sup>

Ein Mandat durchläuft innerhalb einer Law Clinic durch (unsichtbare) Filter. Für die Law Clinic ungeeignete Mandate werden abgelehnt (1. Filter).<sup>51</sup> Die Studierenden ermitteln den Sachverhalt und erarbeiten eine rechtliche Lösung (2. Filter), und der Betreuer wirkt im Einzelfall bei der Rechtsdienstleistung mit (3. Filter) bevor ggf. ein Rechtsanwalt mandatiert wird.<sup>52</sup> Der Rechtsanwalt erhält in diesen Fällen ein durch die Law Clinic „veredeltes“ Mandat.

---

<sup>50</sup> Vgl. auch zu Law Clinics in der Fachanwaltsausbildung, v. *Lewinski*, GJLE/ZPR 2016, S. 53 ff.

<sup>51</sup> Hierzu unter B. II. 1.

<sup>52</sup> Im Fall der „Law Angels“ haben drei von sechs Mandanten angegeben, die Rechtsfragen durch einen Rechtsanwalt weiter bearbeiten zu lassen.



# **Die RLC Trier: Kostenlose Rechtsberatung in der ältesten Stadt Deutschlands**

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>A. Aufbau und Ausbildung .....</b>	<b>33</b>
I. Die Law Clinics: Praxisnahe Erfahrungen während des Studiums .....	33
II. Die Gründungsphase der RLC Trier .....	34
III. Die Kick-Off-Veranstaltung: Startschuss der ersten Vortragsreihe.	35
IV. §6 RDG und die eigentliche Ausbildung .....	36
<b>B. Die Beratung .....</b>	<b>38</b>
I. Die Vorbereitungsphase .....	38
II. Die Terminvergabe & Arbeit der Koordinierungsstelle .....	40
III. Das Herzstück des Projekts: Die Beratung und deren Modalitäten.	41
IV. Konkrete Zahlen: Eine Bilanz der bisherigen Beratung.....	44

## **A. Aufbau und Ausbildung**

### **I. Die Law Clinics: Praxisnahe Erfahrungen während des Studiums**

Das Konzept der Law Clinics stammt aus dem anglo-amerikanischen Raum und beruht auf dem Grundgedanken, Studierenden des Rechts schon frühzeitig, d.h. während des Studiums, eine Möglichkeit der praktischen Anwendung des er-

worbenen theoretischen Wissens zu bieten.<sup>1</sup> Die Bedeutung der Law Clinics ist nicht von der Hand zu weisen: Durch die Arbeit an realen Lebenssachverhalten werden wichtige Erfahrungen und Zusammenhänge erlernt und eine praxisnahe Ausbildung garantiert.<sup>2</sup> Vor diesem Hintergrund entstanden im Zuge der Flüchtlingskrise Law Clinics, die insbesondere eine Unterstützung von Flüchtlingen, AusländerInnen und AsylbewerberInnen bzgl. administrativen, rechtlichen und sonstigen Fragen und Herausforderungen in Deutschland offerieren wollten.

## **II. Die Gründungsphase der RLC Trier**

Am 16.12.2014 gründete sich mit 24 Mitgliedern der Verein „Refugee Law Clinic Trier“<sup>3</sup> mit genau jenem Ziel: Der Aufbau einer kostenlosen Rechtsberatung für Flüchtlinge, AusländerInnen & AsylbewerberInnen. Zugleich wollte und will der Verein durch seine Unterstützung von Asylsuchenden in der weiterhin aktuellen Debatte um die Flüchtlingszuwanderung ein deutliches Zeichen für Weltoffenheit und Integration setzen. Zu diesem Zeitpunkt gab es bundesweit bereits eine Hand voll weitere RLCs, die meisten davon noch in Planung oder im Aufbau. Insbesondere die RLC Gießen<sup>4</sup> war hierbei zudem Vorbild für den Aufbau und die Entwicklung der RLC Trier. Eine vergleichbare Initiative im Großraum Trier gab es zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht.

Nach der Gründung und der Eintragung ins Vereinsregister am 09.03.2015 fand das Projekt schnell Anklang an der Universität und in der Stadt Trier. Von vielen Seiten gab es Unterstützung für die Arbeit und die Ziele der RLC Trier: Sowohl die Stadtverwaltung als auch das Bundesamt für Migration & Flücht-

---

<sup>1</sup> *Giesecking*, FS Tiedemann/Giesecking „Flüchtlingsrecht in Theorie und Praxis – 5 Jahre Refugee Law Clinic an der Justus-Liebig-Universität Gießen“, Nomos Verlag, 1. Auflage 2014, 34f.

<sup>2</sup> *Paal*, GJLE Vol. 3, 05/2016, 1ff.

<sup>3</sup> Im Folgenden als RLC Trier bezeichnet.

<sup>4</sup> *Giesecking*, FS Tiedemann/Giesecking, 2014, 33ff.



*Die RLC Trier: Kostenlose Rechtsberatung  
in der ältesten Stadt Deutschlands*

linge sowie die Universität Trier begrüßten die Eigeninitiative der Studierenden und sicherten ihre Hilfe zu. Zügig verknüpfte sich die RLC Trier mit regionalen Kooperationspartnern wie dem Bistum Trier, dem Multikulturellen Zentrum, der AG Frieden Trier und der Ökumenischen Beratungsstelle für Flüchtlinge in den beiden großen Erstaufnahmeeinrichtungen. Die frisch gewählten Vorstandsmitglieder, zu diesem Zeitpunkt neun Personen, übernahmen verschiedene Ressorts in eigener Verantwortung und arbeiteten zusammen mit engagierten Mitgliedern an Ausbildungs- & Marketingkonzepten, Beratungsrichtlinien sowie Förderanträgen. Gerade letztere waren für den jungen Verein enorm wichtig, kam man ohne finanzielle Zuwendungen schnell ans Ende jeglicher Kapazitäten. Noch heute finanziert sich der Verein ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden sowie Förderungen. Derzeit hat die RLC Trier 160 Mitglieder.

**III. Die Kick-Off-Veranstaltung: Startschuss der ersten Vortragsreihe**

Das Asyl- und Ausländerrecht ist kein Teil des Pflichtfachstoffes, der im juristischen Studium gelehrt wird. Auch ein Schwerpunkt dieser oder ähnlicher Art existierte an der Universität Trier nicht. Es wurde somit deutlich, dass eine Fortbildung für die späteren Berater / innen von Nöten sein würde. Zugleich sollte eine Einführung in die Materie sowohl das Projekt bewerben als auch das Interesse an der später einsetzenden Ausbildung fördern. Auftakt dieser ersten, einführenden Vortragsreihe des Sommersemesters 2015 bildete daher die Kick-Off-Veranstaltung am 28.04.2015: Prof. Dr. Jan Bergmann, LL.M. eur., Vorsitzender Richter am VG Stuttgart legte mit seinem Vortrag über „Die aktuellen Entwicklungen der europäischen Asylpolitik“ den Grundstein für die Ausbil-

*Die RLC Trier: Kostenlose Rechtsberatung  
in der ältesten Stadt Deutschlands*

dung der späteren Berater und Beraterinnen.<sup>5</sup> Weitere Veranstaltungen führten Interessierte an die Materie heran: U.a. folgten ein Vortrag von Wolfgang Grenz, dem ehemaligen Generalsekretär von Amnesty International Deutschland sowie ein Workshop von Dr. Constantin Hrushka, Legal Protection Officer der Schweizerischen Flüchtlingshilfe zum Selbstverständnis in der Beratungspraxis. Herr RA Dr. Jonathan Leuschner erläuterte in einer Veranstaltung in Kooperation mit der KEB Trier die Besonderheiten des Asylverfahrens von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Die Veranstaltungen waren gut besucht, die Resonanz der Studierenden durchweg positiv, der Bedarf an fertig ausgebildeten Berater / innen hoch.

#### **IV. §6 RDG und die eigentliche Ausbildung**

§6 des Rechtsdienstleistungsgesetzes stellt das Einfallstor für die Arbeit der Law Clinics dar. Im Ergebnis legt dieser fest, dass eine unentgeltliche Rechtsberatung zulässig ist, sofern die Berater / innen im Vorfeld von ausgebildeten Personen eingewiesen, weitergebildet oder angeleitet werden.<sup>6</sup> Es wurde mithin deutlich, dass eine enge Kooperation mit Volljuristen und professionellen Fachkräften von Anfang an notwendig war, um Interessierten die Befähigung zur rechtlichen Beratung auf den Weg zu geben.<sup>7</sup> Vor diesem Hintergrund wurde im ersten Jahr ein detailliertes Ausbildungskonzept entwickelt, welches grds. auf drei Säulen beruht und jenem der RLC Gießen ähnelt<sup>8</sup>: Jeweils im Wintersemester sollte Theorie in Gestalt von Ringvorlesungen durch im Asyl- und Ausländerrecht tätige Volljuristen angeboten werden. Im Rahmen einer Abschlussklausur sollte sowohl die Qualität als auch Tauglichkeit der angehenden Berater

---

<sup>5</sup> Vgl. <http://www.trier-reporter.de/refugee-law-clinic-trier-startet-ausbildungsangebot/>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>6</sup> Giesecking, FS Tiedemann/Giesecking, 2014, 35ff.

<sup>7</sup> Giesecking, FS Tiedemann/Giesecking, 2014, 37.

<sup>8</sup> Giesecking, FS Tiedemann/Giesecking, 2014, 40ff.

*Die RLC Trier: Kostenlose Rechtsberatung  
in der ältesten Stadt Deutschlands*

/ innen geprüft werden. In einem zusätzlich angebotenen, regelmäßig stattfindenden Tutorium, sollten zudem ebenfalls unter der Anleitung von Rechtsanwälten / Rechtsanwältinnen Fälle bearbeitet und so das theoretisch erlangte Wissen vertieft werden. Wichtig war in diesem Zusammenhang für die RLC Trier auch die Tatsache, dass das Erlangen der Beratungsqualifikation nicht notwendigerweise an das rechtswissenschaftliche Studium geknüpft wird: Auch Studierende anderer Studiengänge oder sonstige Interessierte können ohne Einschränkung an den Veranstaltungen teilnehmen und sich für die Abschlussklausur anmelden. In einem zusätzlich konzipierten Tutorium werden inzwischen solche Mitschreiber / innen auch an die Grundlagen des Verwaltungsrechts herangeführt. Neben der Theorie sollten zudem praktische Erfahrungen gewonnen werden: Dies wird durch einen Workshop in zwischenmenschlicher Kommunikation sowie der Simulation von Beratungssituationen, insbesondere aber auch durch Hospitationen bei Anwälten und der Teilnahme an Beratungsgesprächen der Ökumenischen Beratungsstelle sowie der RLC Trier selbst sichergestellt. Letztlich sollen fortlaufende Weiterbildungsveranstaltungen und Zusatzqualifikationen über das Winter- & Sommersemester verteilt offeriert werden, bspw. Vorträge zum Asylbewerberleistungsgesetz,<sup>9</sup> zum Arbeitsmarktzugang oder ein Workshop über die Informationsgewinnung bzgl. Herkunftsländer bzw. dem Erkennen und dem richtigen Umgang mit Traumata.<sup>10</sup>

Für den von Universität Trier erteilten Lehrauftrag für die Vortragsreihe des ersten Wintersemesters 2015 / 2016 konnte Herr RA Dr. Reinhard Marx gewonnen werden, der im Rahmen dessen in mehreren Ringvorlesungen die recht-

---

<sup>9</sup> *Spitzlei*, JA 03/2017, 165ff.

<sup>10</sup> Zur Problematik der Traumaerkennung & -bewältigung vgl. *Brandmaier/Kruse*, FS Tiedemann/Giesecking, 2014, 125ff.

lichen Grundlagen des Asyl- und Aufenthaltsrecht erläuterte.<sup>11</sup> Insgesamt schrieben 26 Personen die Abschlussklausur, allesamt erfolgreich. Im Wintersemester 2016 / 2017 hielt Herr RA Dr. Jonathan Leuschner die wichtige Grundlagenvorlesung, insgesamt schrieben sechzehn Personen die Abschlussklausur zum ersten Schreibtermin. Beworben wird das Ausbildungsprogramm durch Plakate an der Universität, Informationsveranstaltungen, Email-Verteiler, die Homepage und Facebook. Erfahrungsgemäß spricht man auf jedem dieser Kanäle zumindest einige Interessierte an. Das von der Universität Trier zur Verfügung gestellte und von der Koordinierungsstelle besetzte Büro dient zudem als Anlaufpunkt für Mitglieder und Interessierte.

## **B. Die Beratung**

### **I. Die Vorbereitungsphase**

Die Vorbereitung der konkreten Beratung war mit großem Aufwand verbunden. In einem ersten Schritt wurden Beratungsrichtlinien entworfen, durch welche die Beratungsmodalitäten als solche festgelegt werden sollten. Insbesondere der Umfang der Beratungsleistung musste von Anfang an eindeutig sein. So wurde in §2 der Richtlinien u.a. festgelegt: „Die RLC Trier berät die Geflüchteten bis zur Erlangung eines Status. Zu Fragen des Familiennachzugs sowie der Erwerbstätigkeit kann auch nach Erlangung eines Status beraten werden. Zu Klagen auf „das bessere Recht“ wird von der RLC Trier nicht beraten. In erster Linie geht es somit um eine „ehrliche Beratung“.<sup>12</sup>

---

<sup>11</sup> <http://www.ramarx.de/fortbildung.html>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>12</sup> <http://www.trier-reporter.de/wir-wollen-ehrlich-beraten/>, [Stand: 27.05.2017].

*Die RLC Trier: Kostenlose Rechtsberatung  
in der ältesten Stadt Deutschlands*

Die RLC Trier berät den Mandanten / die Mandantin bis zum Zeitpunkt einer möglichen mündlichen Verhandlung. Eine Vertretung während der mündlichen Verhandlung ist auf Grund des Rechtsdienstleistungsgesetzes nicht zulässig. Über die Grenzen der Beratung durch die RLC Trier wird schon im ersten Gespräch hingewiesen. Im Rahmen der Vorbereitung eines Mandanten / einer Mandantin für die Anhörung kann unter Umständen eine Begleitung durch die RLC Trier zum Anhörungstermin stattfinden. Ob dies notwendig bzw. sinnvoll ist steht im Ermessen der Berater / innen.

Die Beratung selbst erfolgt jeweils in möglichst festen Teams: Kriterien sind u.a. das Geschlecht, die Semesterzahl, das gewählte Studium und die Beratungserfahrung. Vor Beginn der Beratung muss zudem eine Selbstverpflichtungserklärung von den Berater / innen unterschrieben werden, die noch einmal die Bedeutung einer verantwortungsbewussten Beratung klar stellt.

Die RLC Trier sieht sich nicht in Konkurrenz,<sup>13</sup> sondern als Ergänzung zur Anwaltschaft. Dies zeigt auch die Wahl eines Beiratsmodells, das die Zusammenarbeit mit Anwälten und Anwältinnen vorsieht. In Trier gibt es nur wenige Anwälte und Anwältinnen, die im Bereich des Flüchtlings- und Ausländerrecht tätig sind. Außerdem können sich viele Flüchtlinge keine anwaltliche Beratung leisten. Fälle, welche die juristischen Fähigkeiten übersteigen, werden an Rechtsanwälte und -anwältinnen abgegeben. Der Einsatz des Beirates spielt eine wichtige Rolle in der Beratung: Es wurde eine zentrale Liste erstellt, in der festgehalten wurde, welches Beiratsmitglied in welchem Umfang die RLC Trier unterstützen möchte und zu welchen Zeiten eine Unterstützung möglich ist. Zudem wird jedem Beratungsteam ein bestimmtes Beiratsmitglied zugeteilt. Bei Fragen wendet sich jedes Beratungsteam zunächst an das ihm zugeordnete Bei-

---

<sup>13</sup> Ausführlich hierzu *Bauer*, GJLE Vol. 3, 05/2016, 37ff.

*Die RLC Trier: Kostenlose Rechtsberatung  
in der ältesten Stadt Deutschlands*

ratsmitglied. Ist ein Beiratsmitglied bspw. nicht erreichbar, der Fall aber besonders dringend und in ähnlichen Fällen kann von dieser Vorrangregelung abgewichen werden. Die dann erfolgende Kontaktaufnahme mit einem anderen Beiratsmitglied soll sich danach richten, welche Mitglieder in letzter Zeit seltener kontaktiert wurden. Die Einbindung des Beirats war bisher unproblematisch und meist förderlich für die rechtliche Beratung und den Abschluss des Mandats.

Als Beratungsort wurde die Möglichkeit eines von der Universität separaten Büros zentral in der Stadt realisiert: Die RLC Trier bekam die Gelegenheit, zusammen mit der Ehrenamtsagentur Trier / SEKIS sich eine Büroetage zu teilen und so für die Mandanten einfacher erreichbar zu sein.<sup>14</sup> Aus datenschutzrechtlichen Gründen war es zudem notwendig, dass nur die RLC Trier Zugang zu dem Raum hat, da mandantenbezogene Daten vertraulich behandelt werden sollen. Seit August 2016 wird in diesem Büro beraten.

## **II. Die Terminvergabe & Arbeit der Koordinierungsstelle**

Seit Beginn des Jahres 2016 wurde im Rahmen des Welcomeprojekts des DAAD eine studentische Hilfskraftstelle finanziert, ab dem 01.05.2016 kam sogar noch eine zweite hinzu. Die beiden Hilfskräfte bilden hierbei die sog. Koordinierungsstelle und fungieren als Dreh- und Angelpunkt der Beratung und Schnittstelle für die Berater / innen, Mandanten, Dolmetscher, Behörden, Beiratsmitglieder und Kooperationspartner. Die Koordinierungsstelle bearbeitet in erster Linie Anfragen und die Erstterminvergabe in Rücksprache mit den jeweiligen Beratenden und eventuell benötigten Dolmetschern / Dolmetscherinnen.

---

<sup>14</sup> <http://www.trier-reporter.de/menschen-beruhigen-und-helfen/>, [Stand: 27.05.2017].

*Die RLC Trier: Kostenlose Rechtsberatung  
in der ältesten Stadt Deutschlands*

Sie übernimmt außerdem die Mandatsverwaltung und überwacht zusammen mit den Beratern / Beraterinnen die Einhaltung etwaiger Fristen.

Jene Teams, die Interesse an der Beratung haben, teilen der Koordinierungsstelle im Vorfeld einen oder mehrere feste Zeitpunkte mit, die als Grundlage für eine später erfolgende Vermittlung der Termine dienen. Eine offene Sprechstunde existiert nicht: Termine erfolgen nur auf Anfrage. Meist werden für eine etwa drei bis vier Stunden dauernde Sprechstunde mehrere Termine angelegt.

Eine Beratung via Email ist ebenfalls nicht möglich: Bedingt durch die Umstände des einzelnen Fälle kann eine rechtliche Bewertung nur im Rahmen eines persönlichen Gesprächs erfolgen. Terminanfragen können elektronisch oder telefonisch eingereicht werden: Bei der Erstterminvergabe sollen bereits zentrale Informationen, wie Name und Kontaktdaten des / der Ratsuchenden, Herkunftsland, Sprachkenntnisse, Möglichkeit, einen Sprachmittler / eine Sprachmittlerin mitzubringen und der Stand des Verfahrens abgefragt werden. Bei der Reihenfolge der Terminvergabe wird grundsätzlich nach Dringlichkeit des Anliegens abgewogen. Hierbei ist unbedingt auf anstehende Anhörungstermine und den Ablauf von Fristen zu achten. Bei gleich dringlichen Anfragen ist der Eingang der Anfrage maßgeblich.

### **III. Das Herzstück des Projekts: Die Beratung und deren Modalitäten**

Beraten wird inhaltlich zu Fragen des Asyl- und Ausländerrechts. Hierbei kann auch zu Grundzügen des Familiennachzugs, der Erwerbstätigkeit und des Zugangs zu Sozialleistungen beraten werden. Durch die Koordinierungsstelle liegen meist bereits sämtliche relevanten Informationen (insbes. Anliegen, Stand des Verfahrens und Sprachkenntnisse) vor, zur Abgleichung nimmt das Beratungsteam jedoch regelmäßig eine kurze Kontrolle zu Beginn des Termins vor.

*Die RLC Trier: Kostenlose Rechtsberatung  
in der ältesten Stadt Deutschlands*

Anschließend wird die Arbeit der RLC Trier kurz erläutert, insbesondere welche Art von Leistung erbracht wird und in welchem Rahmen beraten wird. Hierzu unterschreibt sowohl das Beratungsteam als auch der Mandant einen Mandatsvertrag. Dieser wurde auf der Grundlage einer professionellen anwaltlichen Beratung erstellt und klärt noch einmal über die wesentlichen Punkte auf: Kostenfreiheit, Kompetenzen, Grenzen & Datenschutz. Für den Fall der Täuschung über das konkrete Anliegen wird dem Beratungsteam die Möglichkeit eines Rücktritts vom Vertrag eingeräumt. Den Mandatsvertrag gibt es derzeit in Deutsch, Englisch, Französisch, Arabisch und Russisch.

Ohne einen unterschriebenen Mandatsvertrag kann keine Beratung erfolgen. Minderjährige müssen den Vertrag durch einen Bevollmächtigten unterschreiben lassen. Hat der potenzielle Mandant keine Kenntnisse bzgl. der oben aufgelisteten Sprachen oder allgemeine Verständnisschwierigkeiten wird der Mandatsvertrag Schritt für Schritt zusammen mit einem Dolmetscher übersetzt. Der Einsatz von Dolmetschern selbst ist ebenfalls in den Beratungsrichtlinien verankert. So wurde in §9 festgelegt: „Vor dem Ersttermin wird abgefragt, welche Sprachkenntnisse vorhanden sind und ob ein Dolmetscher / eine Dolmetscherin aus dem Bekanntenkreis mitgebracht werden kann. Wird ein Dolmetscher / eine Dolmetscherin aus dem Dolmetscherpool benötigt, organisiert die Koordinierungsstelle eine / n Dolmetscher / Dolmetscherin für den Termin. Wenn möglich soll der Erstkontakt ohne Dolmetscher / Dolmetscherin stattfinden, bspw. wenn der / die Ratsuchende über ausreichende Deutsch- oder Englischkenntnisse verfügt.“

Der Dolmetscherpool besteht weitestgehend aus ehrenamtlichen Helfern und umfasst derzeit rund 25 verschiedene Sprachen. Besondere Beratungsrelevanz erreichen insbesondere die afghanischen Dialekte Dari und Paschtu. Auch die



*Die RLC Trier: Kostenlose Rechtsberatung  
in der ältesten Stadt Deutschlands*

Dolmetscher / innen unterschreiben vor der ersten Teilnahme an einer Beratung eine Selbstverpflichtungserklärung über die Bedeutung ihres Tuns. Die Beratungsteams werden im Rahmen der Ausbildung darin geschult, Verständnisschwierigkeiten zwischen dem Mandanten und den Dolmetschern zu erkennen und ggf. die Beratung abubrechen, sollte sich eine Kommunikation als schwierig erweisen.<sup>15</sup> Derartige Probleme sind in der Praxis bisher jedoch noch nicht aufgetaucht.

In einem ersten Schritt nimmt das Beratungsteam den Sachverhalt und alle wesentlichen Informationen auf. Je nach Anliegen kann dies erhebliche Zeit in Anspruch nehmen. So kann allein dieser Vorgang von einer halben Stunde bis zu drei Stunden dauern. Wurde der Sachverhalt lückenlos aufgeklärt, findet die eigentliche Beratung statt. In der Regel wird zu Recherchezwecken u.ä. ein Zweittermin mit dem Mandanten vereinbart. Insbesondere etwaige benötigte Unterlagen, Formulare und Informationen müssen meist nachgereicht werden. Zu jedem Termin wird ein Protokoll durch das Team angelegt, welches die Daten des Mandanten und das erfolgte Vorgehen enthalten muss. Dieses wird von der Koordinierungsstelle kontrolliert und fließt in die Mandatsverwaltung ein. Nach dem erfolgten Ersttermin liegt es grds. im Ermessen des Beratungsteams, inwieweit die eigentliche Beratung vorgenommen wird. Die Bearbeitungsdauer eines Mandats ist hierbei unterschiedlich: Meist erledigt sich ein Mandat nach einem Zweit- oder Dritttermin, doch insbesondere die rechtliche Hilfe im Familiennachzugsverfahren kann sich auch über Monate hinweg ziehen.

Die Beratung kann die Beraterteams trotz erfolgter Schulung und Ausbildung sowohl emotional belasten als auch fachlich an ihre Grenzen stoßen lassen. Um

---

<sup>15</sup> Zur Problematik des Dolmetschens vgl. insbesondere *Kadrić*, FS Tiedemann/Gieseckig, 2014, 72ff.

sie in solchen Fällen zu unterstützen und auch über die Beratung hinaus zu schützen wurde ein Konzept der Selbstreflexion entwickelt: Unter der Anleitung von Studierenden der Psychologie kann sich in regelmäßigen Treffen über bestimmte Situationen und belastende Erfahrungen ausgetauscht werden. Jedes Treffen wird dabei unter ein bestimmtes Thema gestellt, z.B. der Umgang mit einem traumatisierten Mandanten oder die Möglichkeiten der Informationsgewinnung.

In fachlicher Hinsicht soll im Rahmen einer regelmäßigen Supervision mit einem Beiratsmitglied die Qualität der rechtlichen Beratung sichergestellt werden: Auch hier haben die Beratungsteams die Möglichkeit, Fragen zu bestimmten Fällen an einen Volljuristen zu stellen und sich über bestimmte Konstellationen und Probleme auszutauschen.<sup>16</sup>

#### **IV. Konkrete Zahlen: Eine Bilanz der bisherigen Beratung**

Seit Juli 2016 berät die RLC Trier. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden insgesamt über 50 Mandate angenommen und betreut, wobei die Zahl der Anfragen an sich um ein Vielfaches höher liegt. Meist scheitert eine konkrete Terminvergabe an mangelnder Rückmeldung der potenziellen Klienten, die inzwischen erfolgte anwaltliche Betreuung oder Selbsterledigung des Problems. Insbesondere kurzfristige Anfragen, in denen z.B. am nächsten Tag eine Frist ausläuft, können meist nicht bearbeitet werden. In solchen Fällen weist die Koordinierungsstelle vor dem Hintergrund einer Liste von kooperierenden Anwälten im Raum Trier auf die Notwendigkeit einer professionellen Beratung hin. Aufgrund mangelnder Rückmeldung war es auch leider unumgänglich, FAQs zu den Beratungsmodalitäten zu entwickeln: Meldet sich ein potenzieller Mandant über einen

---

<sup>16</sup> Vgl. *Enns/Hilb*, FS Tiedemann/Giesecking, 2014, 52f.

*Die RLC Trier: Kostenlose Rechtsberatung  
in der ältesten Stadt Deutschlands*

gewissen Zeitraum nicht mehr, verfällt der von der Koordinierungsstelle vorgeschlagene Termin, damit dieser von einem anderen Mandanten wahrgenommen werden kann. Dies wird den Klienten auch von Anfang an mitgeteilt.

Die Hauptherkunftsländer der Mandanten sind Syrien, Afghanistan, der Iran und der Irak. Vereinzelt kamen Mandanten auch aus afrikanischen Ländern wie Eritrea oder aus osteuropäischen wie Albanien. Inhaltlich betrachtet geht es bei den Anliegen insbesondere um den Familiennachzug, die Anhörungsvorbereitung, den Zugang zum Arbeitsmarkt oder zur Hochschule sowie um allgemeine Probleme mit Behörden. Die RLC Trier wollte von Anfang an besonderes Augenmerk auf die Anhörungsvorbereitung legen, um so eine Vielzahl von Menschen bei einem der wichtigsten Schritte des Asylverfahrens zu unterstützen, Es wurde aber im Rahmen der ersten Monate schnell festgestellt, dass es den typischen Mandanten gerade auch um die Beratung zu Folgeproblemen infolge des Erlangens eines Status geht. Dieser Aspekt wurde im Rahmen des zweiten Ausbildungsdurchgangs berücksichtigt.

Betrachtet man die Entwicklung der RLC Trier seit der Gründung Ende 2014 beeindruckt die Selbstverständlichkeit mit der sich das Projekt in der Stadt Trier und an der Universität als langfristiges Projekt etabliert hat. Der Verein lebt letztlich durch seine engagierten Mitglieder: Nur diese machten die rasanten Fortschritte möglich und waren für eine im höchsten Maße produktive und angenehme Zusammenarbeit aller Beteiligten verantwortlich.



# **Die Refugee Law Clinic Hamburg: Aufbau einer Beratung für geflüchtete Frauen**

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>A. Was ist die Refugee Law Clinic Hamburg? .....</b>	<b>47</b>
<b>B. Warum Law Clinics?.....</b>	<b>48</b>
<b>C. Unser Konzept.....</b>	<b>50</b>
I. Ausbildung.....	50
II. Beratung.....	51
III. Qualitätssicherung .....	51
<b>D. Unsere Erfahrungen .....</b>	<b>52</b>
<b>E. Aufbau einer Beratung für geflüchtete Frauen .....</b>	<b>53</b>
<b>F. Schlusswort.....</b>	<b>55</b>

### **A. Was ist die Refugee Law Clinic Hamburg?**

Die Refugee Law Clinic Hamburg (RLC) ist ein studentisch initiiertes Projekt, in dem Studierende der Rechtswissenschaft an der Universität Hamburg für die ehrenamtliche Flüchtlingsberatung qualifiziert werden. Unser Ziel ist es eine hochwertige kostenlose Rechtsberatung für Flüchtlinge durch Studierende der Rechtswissenschaft anzubieten. Die Qualität der Ausbildung, stetige Fortbildung und die enge juristische Supervision der Beratungstätigkeit stehen daher

## *Die Refugee Law Clinic Hamburg: Aufbau einer Beratung für geflüchtete Frauen*

für uns im Mittelpunkt. Damit erfüllt die RLC auch die Anforderungen des Rechtsdienstleistungsgesetzes.<sup>1</sup>

Nachdem bereits im Sommer 2015 ein kleiner Pilotzyklus geschult wurde („unsere Pioniere“), welcher im Herbst 2015 mit Unterstützung des Universitätskollegs mit den ersten Beratungen begann, startete die Ausbildung des ersten regulären Zyklus nach dem hier beschriebenen Modell zum WS 2015 / 16. Mit Beenden der Ausbildung unserer Berater aus dem Jahrgang WS 2015 / 16 können wir nun wöchentliche Beratungen an vier Standorten in Hamburg anbieten und einen neuen Jahrgang zum WS 2016 / 17 ausbilden.

Seit dem Frühjahr 2016 hält zudem eine Gruppe von Examinierten und andere Engagierte, die nicht an dem regulären Ausbildungsprogramm teilnehmen (unsere "Freiwilligen") regelmäßig allgemeine Informationsvorträge zum Asylverfahren in Erstaufnahmeeinrichtungen.<sup>2</sup>

Außerdem konnten Ende 2016 die ersten Dolmetschenden zur Unterstützung der Beratung geschult werden.

### **B. Warum Law Clinics?**

**Für die Rechtssuchenden** liegen die Vorteile auf der Hand: Sie erhalten kostenlose Rechtsberatung.

Doch auch die rechtswissenschaftlichen Fakultäten erkennen zunehmend die Vorteile:

---

<sup>1</sup> Vgl. Hannemann/Dietlein, Studentische Rechtsberatung und Clinical Legal Education in Deutschland, 1. Aufl. 2016; S. 149; Vogler, ZJS 2013, 135,137ff.

<sup>2</sup> <https://www.jura.uni-hamburg.de/studium/studiengang-rechtswissenschaft/lehrveranstaltungen/law-clinics/refugee-law-clinic/freiwillige.html>, [Stand: 27.05.2017].

## *Die Refugee Law Clinic Hamburg: Aufbau einer Beratung für geflüchtete Frauen*

**Für die Studierenden** bedeuten Law Clinics eine Möglichkeit, ehrenamtliches Engagement und Studium miteinander zu verbinden und dabei vertiefte Kenntnisse in einem gesellschaftlich relevanten Bereich zu erwerben. Zudem bieten die vorgeschriebenen Studienpraktika nur im geringen Umfang Möglichkeiten zur eigenverantwortlichen, längerfristigen praktisch-juristischen Arbeit. In einer Law Clinic erlernen Studierende nicht nur die Rechtsanwendung an sich, sondern auch das professionelle Auftreten nach außen, Zuverlässigkeit und Verantwortungsbewusstsein, organisatorische Fähigkeiten und den produktiven Umgang mit Herausforderungen und Konflikten in diversen Settings.<sup>3</sup>

**Für die Universität** bedeuten Clinics zum einen eine Möglichkeit, die gesellschaftliche Aufgabe der Hochschulen in besonderer Weise durch einen Wissenstransfer in die Praxis zu verwirklichen. Eine Law Clinic fördert außerdem den kollegialen Zusammenhalt zwischen den Studierenden – nicht nur arbeiten die Studierenden für einen gemeinsamen sozialen Zweck, es können sich auch Fortgeschrittene und Anfangssemester austauschen. Die RLC Hamburg setzt intensiv auf Gruppenübungen und fördert auch fachübergreifende Kompetenzen. Law Clinics ermöglichen so ein partizipatives, eigenmotiviertes Lernen, das besonders hohe Lernerfolge erzielen kann.<sup>4</sup>

**Für die Gesellschaft** sind Law Clinics ebenfalls von Bedeutung: Hier werden verantwortungsbewusste, reflektierte und sozial kompetente JuristInnen ausgebildet, die bereits während des Studiums mit Ausgrenzungserfahrungen konfrontiert werden und durch ihre Arbeit zum Ausgleich gesellschaftlicher Un-

---

<sup>3</sup> Vgl. Tiedemann/Giesecking, LKRZ 2010, 236, 239; Bücken/Woodruff, JZ 2008, 1068, 1070 ff.

<sup>4</sup> Vgl. Antz, Generationen lernen gemeinsam: Methoden für die intergenerationelle Bildungsarbeit, 1. Aufl. 2009, S. 34 f.; Eschenbach, Wissensmanagement und Wissenscontrolling in lernenden Organisationen, 1. Aufl. 1997, S. 98; <https://www.juwiss.de/5-2016/>, [Stand: 27.05.2017].

gleichheiten beitragen. Als Berufstätige werden sie durch diese Erfahrungen nachhaltig geprägt sein und ihre Expertise weiterhin in gesellschaftlich verantwortungsvoller Weise einsetzen können.

## **C. Unser Konzept**

### **I. Ausbildung**

Die Ausbildung der Studierenden für die ehrenamtliche Rechtsberatung erstreckt sich über ein akademisches Jahr. Jeder Ausbildungszyklus der RLC Hamburg besteht aus drei Elementen:

In einem *einführenden Seminar* erarbeiten sich die Studierenden das grundlegende Fachwissen zum Flüchtlingsrecht und erwerben erste Praxiskompetenzen für die Flüchtlingsrechtsberatung.

In einem *Praktikum* machen sie sich in einer kooperierenden Anwaltskanzlei mit den Grundzügen der praktischen Arbeit vertraut. Das Praktikum findet soweit möglich in den Semesterferien statt.

In einer *vertiefenden Übung* festigen die Studierenden ihr Fachwissen, reflektieren ihre ersten Praxiserfahrungen und erarbeiten sich Standards für die Beratungsarbeit.<sup>5</sup>

Nach Ableistung ihres Praktikums beginnen die Studierenden parallel zur Übung mit der *Hospitation* bei den Beratungen der RLC und *Supervisionssitzungen*.

---

<sup>5</sup> <https://www.jura.uni-hamburg.de/studium/studiengang-rechtswissenschaft/lehrveranstaltungen/law-clinics/refugee-law-clinic/konzept.html>, [Stand: 27.05.2017].



## **II. Beratung**

Die Studierenden beraten wöchentlich jeweils an vier Standorten in Teams von 2–4 Personen. Die einzelfallbezogene Rechtsberatung umfasst das behördliche Asylverfahren und das Dublin-Verfahren sowie die Familienzusammenführung.

Zwei Studentinnen sind zudem auf die Beratung von Frauen, Mädchen und LGBTI besonders spezialisiert.

Die Studierenden beraten in ihnen vertrauten Sprachen und mit Dolmetschenden auf Farsi, Dari, Arabisch, Russisch, Englisch, Französisch und Deutsch.

## **III. Qualitätssicherung**

Das Rechtsdienstleistungsgesetz fordert, dass die unentgeltliche Rechtsberatung durch Studierende von einer Person mit Zweitem Juristischem Staatsexamen angeleitet wird.<sup>6</sup> Dies umfasst zum einen die Ausbildung - hier durch die Lehre mit Ass. iur. Helene Heuser - und zum anderen das anwaltliche Praktikum. Zudem müssen sich die BeraterInnen laufend fortbilden.<sup>7</sup> Dazu bietet die RLC Hamburg intensive thematische Workshops, Trainings, selbstorganisierte Arbeitsgruppen und Vorträge von ExpertInnen. Hierzu zählen u.a. Diversity-Trainings zur Vorbereitung auf die interkulturellen Beratungs-Settings, Workshops zum Umgang mit Traumatisierten, Fortbildungen zum Recht der Familienzusammenführung, sowie Vorträge zu beratungsrelevanten Fachthemen. Schließlich erfolgt eine regelmäßige juristische Supervision der Einzelfälle aus der Beratungsarbeit durch die auf das Asylrecht spezialisierten Rechtsanwälte, RA Heiko Habbe und RA Björn Stehn; weitere Beiräte stehen für die Mitwirkung an Fällen ad hoc zur Verfügung. Zudem dienen regelmäßige Intervisions-

---

<sup>6</sup> BT – Drs. 16/3655, S. 58; Meyer, AnwBl 2015, 833, 834.

<sup>7</sup> Vgl. BT – Drs. 16/3655, S. 58; Meyer, AnwBl 2015, 833, 834.

gespräche der Studierenden der Unterstützung beim Umgang mit Stress und Konflikten.

## **D. Unsere Erfahrungen**

In einer Großstadt wie Hamburg ist die Nachfrage an kostenloser Rechtsberatung für Geflüchtete entsprechend groß, weshalb unser Beratungsangebot bereits nach kurzer Zeit rege wahrgenommen wurde. Um eine flächendeckende Versorgung an Beratung sicherzustellen, haben wir in vier Stadtteilen Hamburgs, in der näheren Umgebung von Erstaufnahmeeinrichtungen und großen Folgeunterkünften unsere Beratungsstandorte eingerichtet.

Sprachliche Differenzen konnten bei den Beratungen stets mit Dolmetschenden, Handzeichen und Sprachwechselln überwunden werden.

Überwiegend sind es junge Männer und Familien, die unser Beratungsangebot in Anspruch nehmen. Alleinstehende Frauen sind eher selten und teilweise verängstigt, sodass eine adäquate Beratung und Aufklärung erheblich erschwert wird. Unser Beratungsangebot lebt von der „Mund – zu – Mund – Propaganda“ und schafft einen regen Informationsaustausch innerhalb der Einrichtungen unter den Bewohnern. Zumeist bleiben Ratsuchende dabei in Ihren bestehenden sozialen Gruppierungen, weshalb Frauen nur selten durch Bekannte dazu ermuntert werden in die Sprechstunde zu kommen und auch weniger rechtliche Informationen durch den Austausch mit anderen vertrauten Bewohnern erlangt werden. Dadurch entgehen ihnen wichtigen Informationen bzgl. des Asylverfahrens sowie die Möglichkeit Kenntnis über ihre Ansprüche und Rechte in Deutschland erlangen.

Aus diesem Grund wollen wir eine Beratung für geflüchtete Frauen anbieten und es ihnen ermöglichen sich in einem geschützten Rahmen zu informieren und ggf. spezifisch beraten zu lassen.

### **E. Aufbau einer Beratung für geflüchtete Frauen**

Anfangs hatten wir die Idee einmal monatlich eine Frauensprechstunde an einem unserer neu gegründeten Standorte einzuführen, welcher nur durch Beraterinnen und einer Frauenbeauftragten der RLC betreut wird. Nach einiger Zeit der Pilotphase mussten wir feststellen, dass es nur einen geringen Zulauf gibt und die angedachte Zielgruppe von der eingeführten Sprechstunde nicht erreicht wird. Wir ließen die Frauensprechstunde weiterlaufen und haben uns bzgl. unseres Beratungskonzeptes mit Flüchtlingen der Beratungsstunde, ehrenamtlichen Flüchtlingshelfern, Schutzorganisationen und Experten zum Thema Frauenschutz ausgetauscht. Es wurde angemerkt, dass eine für Frauen geschützte Beratung an unseren derzeitigen Standorten schwierig zu verwirklichen sei, da die Besucherinnen vor dem Beratungsort von Männern abgefangen werden könnten bzw. es sich herumsprechen könnte, dass die Frauen in der Beratung waren. Manchen Frauen wird es durch ihre Ehemänner oder die Familie sogar ausdrücklich verboten eine Beratung wahrzunehmen. Insbesondere bei gewaltbetroffenen Frauen gibt es große Hürden. Sie können sich zusätzlich um die Sicherheit ihrer Kinder sorgen. Zudem wird die Problematik des nicht ausreichend geschützten Ortes und Rahmens der Beratung verstärkt durch das mangelnde Vertrauen in beratende Personen.

So gelangten wir zu der Erkenntnis, dass eine zielgruppengerechte Beratung in einem ausreichend geschützten Raum, welcher bestenfalls den Ratsuchenden bereits bekannt ist bzw. in der unmittelbaren Umgebung liegt, stattfinden muss

## *Die Refugee Law Clinic Hamburg: Aufbau einer Beratung für geflüchtete Frauen*

sowie eine Vertrauensperson in der Beratungssituation anwesend sein sollte, damit diese angstfreier besucht werden und vertrauensvoller ablaufen kann.

Für den Aufbau einer solchen Frauenberatung gäbe es fünf mögliche Ansätze:

1. Beratung während eines regelmäßig stattfindenden Frauentreffs
2. Beratung bei einer ehrenamtlich organisierten Kinderbetreuung
3. Beratung in den Räumlichkeiten von bereits etablierten Sozialarbeitenden
4. Beratung in speziellen Schutzeinrichtungen für Frauen
5. Beratung in Kirchengruppen

Die Beratung kann in zwei Abschnitten erfolgen. Zuerst wird mit Hilfe von Dolmetscherinnen ein allgemeiner Informationsvortrag zum Asylverfahren, Frauenrechten, Gewaltschutz und Grundlagen des deutschen Familienrechts mit der anschließenden Möglichkeit für Nachfragen gehalten. Danach könnten wir dann eine einzelfallbezogene Beratung anbieten. Durch den vorangegangenen Vortrag erhoffen wir uns, das Vertrauen der Frauen für eine weitergehende Beratung gewinnen zu können. Außerdem könnte so das Weiterreichen an Informationen innerhalb der betreffenden sozialen Gruppen in den Einrichtungen gefördert werden und so zur besseren Aufklärung ihrer Ansprüche und Rechte in Deutschland beitragen.

Ergänzend zu diesen Beratungsveranstaltungen soll es wie zuvor zusätzlich die allgemeine Möglichkeit geben einen individuellen Beratungstermin mit einer der Frauenbeauftragten der Refugee Law Clinic zu verabreden. Darauf soll auch bei den oben beschriebenen Informationsvorträgen hingewiesen werden. Damit wäre auch sichergestellt, dass die betreffenden Frauen sich nicht sofort nach

dem Informationsvortrag entscheiden müssen, ob sie beratende Hilfe in Anspruch nehmen möchten; sie könnten sich das in Ruhe überlegen und zu jeder Zeit auf diese Möglichkeit zurückgreifen.

## **F. Schlusswort**

Die RLC Hamburg zeichnet sich insbesondere durch die Versuche des Aufbaus einer genderspezifischen Beratung aus. Die Beratung von geflüchteten Frauen kommt generell noch viel zu kurz in Deutschland. Es ist sinnvoll, wenn Refugee Law Clinics hierfür ein Bewusstsein entwickeln und entsprechend aktiv werden. Die Arbeit von Law Clinics sollte stets den herrschenden Zeitgeist und die aktuelle soziale sowie politische Lage berücksichtigen, auch um Zielgruppen effektiv zu erreichen, denn nur so kann das Beratungsangebot allen zugänglich gemacht werden.



# **Studentische Rechtsberatung auf der agäischen Insel**

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>A. Refugee Law Clinic Hamburg.....</b>	<b>57</b>
<b>B. Der Einsatz auf Chios .....</b>	<b>58</b>
I. Die Rechtslage auf Chios.....	58
1. <i>Erste Anhörung</i> .....	59
2. <i>Besonders Schutzbedürftige</i> .....	61
3. <i>Familienzusammenführung nach Dublin-III-Verordnung</i> .....	62
II. Die humanitäre Lage und der Beratungsablauf auf Chios.....	63
<b>C. Ausblick .....</b>	<b>66</b>

## **A. Refugee Law Clinic Hamburg**

Die Refugee Law Clinic Hamburg (RLC Hamburg) ist ein studentisch initiiertes Projekt, in dem Studierende der Rechtswissenschaft für ehrenamtliche Flüchtlingsberatung im Bereich des Asylrechts ausgebildet werden. Im Wintersemester 2015 / 16 begann der erste offizielle Zyklus.<sup>1</sup> Jeder Ausbildungszyklus besteht aus einem Einführungsseminar, einem Praktikum sowie einer vertiefenden Übung. Nach Ableistung des Kernprogramms beginnen die Studierenden mit der Hospitation bei den Beratungen an den derzeit fünf verschiedenen Standorten im Großraum Hamburg. Neben einer regelmäßigen juristischen Supervision

---

<sup>1</sup> Zur Entwicklung der studentischen Rechtsberatung in Deutschland, Hannemann/Czernicki, GJLE 2015, S. 30 ff.

mit den auf das Asylrecht spezialisierten Rechtsanwälten bietet die RLC Hamburg zur Sicherung der Beratungsqualität eine Reihe intensiver thematischer Workshops, Trainings, selbstorganisierte Arbeitsgruppen und Vorträge von Experten.

## **B. Der Einsatz auf Chios**

Im Juni 2016 erreichte die RLC Hamburg ein Aufruf des mittlerweile als „Refugee Law Clinics Abroad“ bekannten Initiative, das Mitwirkende für ein Pilotprojekt Asylrechtsberatung auf der Insel Chios in Griechenland suchte. Geplant war, insbesondere mit Blick auf das in Kraft getretene EU-Türkei-Abkommen vom 18.03.2016<sup>2</sup>, vor Ort Rechtsinformationen an die Flüchtlinge in einer Art „Nothilfe“ zu erteilen. Es entstand letztlich ein Team aus mehreren Freiwilligen der deutschlandweiten RLCs. Die RLC Hamburg beteiligte sich mit 2 ihrer Berater / innen an dem Projekt.

### **I. Die Rechtslage auf Chios**

Wesentlicher Inhalt des EU-Türkei-Abkommens mit Wirkung auf den 20.03.2016 ist die Rückführung aller „irregulären“ Migranten, die von der Türkei auf die griechischen Inseln gelangen.<sup>3</sup> In den ersten Monaten nach dem Inkrafttreten des Abkommens ist die tägliche Durchschnittszahl der Neuankommlinge auf den ägäischen Inseln um 95% gesunken.<sup>4</sup> Flüchtende Menschen weichen seitdem auf gefährlichere Wege nach Europa aus und die Todeszahlen

---

<sup>2</sup> Rat der EU, Pressemitteilung Nr. 144/16 vom 18.03.2016, abrufbar: <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2016/03/18-eu-turkey-statement/>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>3</sup> Nr. 1 S. 1 des EU-Türkei-Abkommens: Alle neuen irregulären Migranten, die ab dem 20. März 2016 von der Türkei auf die griechischen Inseln gelangen, werden in die Türkei rückgeführt.

<sup>4</sup> Vgl. <http://data2.unhcr.org/en/situations/mediterranean/location/5179>, [Stand: 27.05.2017].



sind folglich gestiegen.<sup>5</sup> Der erstmaligen Unterbringung und Registrierung der Neuankömmlinge auf Chios dient der sogenannte „Hotspot“ der Insel.

Das Asylverfahren auf den griechischen Inseln verläuft in mehreren Schritten. Die Rechtsgrundlage dafür bildet das griechische Gesetz 4375<sup>6</sup> und zuständig für dessen Durchführung ist der *Greek Asylum Service* (GAS). Aufgrund starker Unterbesetzung der griechischen Behörden sind darüber hinaus Mitarbeiter des *European Asylum Support Office* (EASO) sowie solche des UNHCR unterstützend tätig. An der EU-Außengrenze findet meist direkt bei der Ankunft der Boote ein Debriefing der Insassen durch FRONTEX statt. Die Schutzsuchenden gelten dann bis zu 25 Tagen als inhaftiert und werden zu dem Hotspot gebracht.<sup>7</sup> Dort erfolgt eine EURODAC-Registrierung. Daraufhin bekommt jeder Flüchtling eine Art Ausweis mit einer individuellen Nummer. Im Laufe des Verfahrens haben die Flüchtlinge eine Residenzpflicht auf der Insel und dürfen diese ohne Erlaubnis nicht verlassen. Äußern die Geflüchteten bei der Registrierung ein Asylgesuch, dann müssen sie auf einen Termin für die erste Anhörung warten.

## **1. Erste Anhörung**

Der Termin der ersten Anhörung, auf den die Asylsuchenden nicht selten monatelang warten, wird durch Aushang auf den in jedem Camp vorgesehenen schwarzen Brettern und in ganz unterschiedlichen Zeitabständen bekanntgegeben. Bei der ersten Anhörung handelt es sich um ein sog. *Admissibility-Interview*, in dem über die Zulässigkeit des Asylantrages entschieden wird.<sup>8</sup>

---

<sup>5</sup> Vgl. <https://www.proasyl.de/news/zwei-wochen-danach-die-ersten-fatalen-folgen-des-eu-tuerkei-deals/>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>6</sup> Für die englische Übersetzung siehe: <http://www.refworld.org/docid/573ad4cb4.html>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>7</sup> Vgl. BT-Drs. 18/9148 v. 06.07.2016.

<sup>8</sup> Art. 54 ff. Gesetz 4375.

Hier liegt es bei den Schutzsuchenden durch individuelle Schilderungen, glaubhaft zu machen, dass die Türkei für sie kein sicherer Drittstaat bzw. kein erster Asylstaat sei. Die Praxis dieser Anhörung war zur Zeit unseres Einsatzes auf Chios extrem nebulös. Zunächst war nicht geklärt, ob alle Flüchtlinge das *Admissibility-Interview* durchlaufen müssen oder nur diejenigen aus Syrien. Die Anhörung selbst konnte je nach individueller Geschichte bis zu fünf Stunden dauern. Einerseits konnten Gründe wie die Misshandlung seitens der türkischen Stellen (bspw. die Inhaftierung oder Aufgriffe durch die Polizei sowie das Erleben von *Pushbacks*, d.h. (illegaler) Zurückschiebungen an der türkischen Grenze nach Syrien<sup>9</sup>) der Widerlegung der ungeschriebenen Vermutung von griechischen Behörden dienen, wonach die Türkei als sicherer Drittstaat eingestuft wurde. Andererseits konnten Gründe wie ein in der Türkei gestellter Asylantrag oder der Besitz einer sog. *temporary-protection*<sup>10</sup> zur Unzulässigkeit des Antrages in Griechenland führen.

Wegen unzureichender Rechtsinformation war es den Flüchtlingen stets unklar, dass die eigentlichen Fluchtgründe in ihren Heimatländern in dem *Admissibility-Interview* meistens außer Acht bleiben. Die Berater aus den RLCs haben in Einzelgesprächen versucht, den Flüchtlingen diesen Vorgang zu verdeutlichen und sie auf die möglichen Fragen der ersten Anhörung vorzubereiten.

Gegen einen Unzulässigkeitsbescheid, der anschließend ergehen kann, gibt es eine sehr kurze Rechtmittelfrist von fünf Tagen.<sup>11</sup> Hier wurde versucht, die betreffenden Personen möglichst schnell zu identifizieren und die Fälle an die praktizierenden Anwälte weiterzugeben.

---

<sup>9</sup> Vgl. <https://www.hrw.org/print/283648>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>10</sup> Vgl. [http://www.goc.gov.tr/files/\\_dokuman28.pdf](http://www.goc.gov.tr/files/_dokuman28.pdf), [Stand: 27.05.2017].

<sup>11</sup> Art. 61 Abs. 1 lit. d Gesetz 4375.

Wird jedoch in der ersten Anhörung - idealerweise nach Würdigung aller entscheidenden Einzelheiten - festgestellt, dass die Türkei für die Person nicht sicher ist, bekommt sie neben einem vorübergehenden Aufenthaltstitel für Griechenland ein Ticket für die Überfahrt nach Athen mit der Fähre. Erst dort wird in einer zweiten Anhörung, nämlich dem *Substantial-Interview*, nach den Gründen gefragt, die zur Flucht aus dem Heimatstaat geführt haben. Legen abgelehnte Asylbewerber jedoch ein Rechtsmittel ein, bleiben sie müssen sie meist monatelang auf der Insel ausharren. Als wir dort waren gab es viele anhängige Beschwerdeverfahren, die unbearbeitet blieben.

## **2. Besonders Schutzbedürftige**

Bei der Neuansiedlung syrischer Staatsangehöriger in der EU (im Verhältnis 1:1 zu deren Rückübernahme von den griechischen Inseln durch die Türkei) sind nach der EU-Türkei-Erklärung ausdrücklich die VN-Kriterien der Schutzbedürftigkeit (*vulnerability*) zu berücksichtigen.<sup>12</sup> Die Kriterien für schutzbedürftige Personen sind über die genannte Erklärung hinaus gleichermaßen auf Flüchtlinge nicht syrischer Herkunft nach Art. 31 Nr. 7 lit. b AsylVerfRL (RL 2013 / 33 / EU) i.V.m. Art. 21 f. AufnahmeRL (RL 2013 / 33 / EU) anzuwenden.

Trotz der klaren Tragweite von Fällen der besonderen Schutzbedürftigkeit, handelte es sich bei den als schutzbedürftig anerkannten Personen vor Ort meist „bloß“ um Opfer von Folter oder sexueller Gewalt sowie jenen, die unter schweren nicht auf der Insel zu behandelnden Krankheiten litten.

Das liegt daran, dass zum einen die besondere Schutzbedürftigkeit der Personen bei der Registrierung nicht anerkannt wurde oder diese nicht die entsprechenden

---

<sup>12</sup> Nr. 2 S. 1 des EU-Türkei-Abkommens: Für jeden von den griechischen Inseln in die Türkei rückgeführten Syrer wird ein anderer Syrer aus der Türkei in der EU neu angesiedelt, wobei die VN-Kriterien der Schutzbedürftigkeit berücksichtigt werden.

Beweise vorlegen konnten. Zum anderen waren in einer Reihe von Fällen die Ursachen für die besondere Schutzbedürftigkeit erst nach der Registrierung eingetreten. Beispielsweise sind einige Frauen erst nach ihrer Ankunft auf der Insel in den Camps zu Opfern sexueller Gewalt geworden.

Die RLC-Berater haben deshalb bei der Identifizierung der infrage kommenden Personen mitgewirkt, indem sie jenseits der Rechtsberatung die Flüchtlinge, die gesundheitliche Beschwerden hatten, zum Krankenhaus begleitet haben oder die zuständigen Stellen (z.B. die Campverwaltung oder den UNHCR) auf die entsprechenden Fälle aufmerksam gemacht haben. So konnte eine Unterbringung in den vorgesehenen Hotels, Zurverfügungstellung eines Rechtsanwaltes oder im Endeffekt eine beschleunigte Überfahrt nach Athen zwecks Weiterbehandlung bewirkt werden

### **3. Familienzusammenführung nach Dublin-III-Verordnung**

Von zentraler Bedeutung bei der Beratungsarbeit war die organisatorische Hilfestellung hinsichtlich der Familienzusammenführung im Rahmen der Dublin-III-Verordnung (VO Nr. 604 / 2013 / EU). Diese ist immer dann möglich, wenn sich ein Familienmitglied aus der sog. Kernfamilie bereits in einem anderen Dublin-Staat befindet und dort einen Asylantrag gestellt hat. Dieser Staat ist dann für die Bearbeitung der Asylanträge anderer Familienmitglieder aus der Kernfamilie (z.B. bei Kindern sofern noch nicht volljährig) zuständig.<sup>13</sup>

Viele Flüchtlinge hatten bereits ihren Ehepartner oder ein minderjähriges Kind in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union, häufig in Deutschland. In diesen Fällen wurde versucht, mit den entsprechenden Personen bzw. den Vormündern Kontakt aufzunehmen und die notwendigen Unterlagen (wie z.B.

---

<sup>13</sup> Vgl. Art. 9, 10, 11 und 17 Abs. 2 Dublin III-VO.

die Ausweise, die Heiratsurkunde bzw. die Einverständniserklärung) beizubringen. Bei Vollständigkeit der Unterlagen gab es die Möglichkeit, einen früheren Anhörungstermin für die auf der Insel befindlichen Personen zu bekommen. Allerdings war eine große Hürde die Tatsache, dass viele Flüchtlinge ihre Unterlagen auf dem Fluchtweg verloren hatten und die Neubeschaffung der Nachweise mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden war.

## **II. Die humanitäre Lage und der Beratungsablauf auf Chios**

Die Insel Chios, die nur wenige Kilometer vom türkischen Festland entfernt liegt, wurde trotz einer offiziellen Kapazität von 1100 Schutzsuchenden in ihrem Hotspot Vial zumindest bis August 2016 insgesamt von ca. 3200 Flüchtlingen bewohnt. Allein in Vial leben noch derzeit ca. 2000 Flüchtlinge, was die defizitäre Infrastruktur der Insel zeigt.

Innerhalb der Geflüchteten existiert eine auffallende Spaltung zwischen den verschiedenen Nationalitäten, Ethnien und Religionen. Als Folge der Raumknappheit sowie gewaltsamer Auseinandersetzungen in dem Hotspot zwischen den Flüchtlingen sind ferner zwei weitere inoffizielle Zeltcamps, nämlich Souda und Dipethe, direkt in der Stadt Chios am Hafen entstanden. Die Lage in diesen Camps war katastrophal. Die Bewohner, unter denen sich auch schwangere Frauen befanden, hatten einen sehr begrenzten Raum zur Verfügung und mussten auf dem Boden schlafen. Sie waren von den geringen Nahrungsrationen, die täglich dreimal ausgegeben wurden, abhängig.

Schulmöglichkeiten für die Kinder wurden in sehr begrenztem Rahmen und lediglich ein- bis zweimal in der Woche üblicherweise durch die NGOs organisiert. Darüber hinaus jedoch wurde auch die Mitwirkung der fähigen Flüchtlinge, u.a. als eine Art *Empowerment* für die Beschulung der Kinder herangezogen, was an sich positive Auswirkungen hatte.

Die gesundheitliche Versorgung war ebenso unzureichend. Das einzige öffentliche Krankenhaus war für die Schutzsuchenden nur schwer erreichbar. Diese hatten meist nicht die Mittel, sich eine Fahrt dorthin zu leisten und mussten alleine oder sogar mitsamt kleinen Kindern in gesundheitlich schlechtem Zustand bei der Hitze ca. 30 Minuten zu Fuß dorthin laufen. Ferner spielten bei der Behandlung der Geflüchteten finanzielle Erwägungen regelmäßig eine entscheidende Rolle. Dem Verfasser ist der Fall einer älteren afghanischen Frau bekannt, die allein aufgrund ihres hohen Alters zur Kategorie der besonders Schutzbedürftigen gehörte, bei der das künstliche Gebiss auf dem Fluchtweg rausgefallen war. Das Krankenhaus lehnte ihr aufgrund der hohen Kosten einen Ersatz ab. Die Tatsache, dass sie über längere Zeit nicht in der Lage war, jegliche Nahrungsmittel zu kauen, führte bei ihr zu intensiven Magenproblemen.

Durch die große Hitze, täglich um ca. 40 Grad, gestaltete sich die Arbeit auch für uns schwierig. Denn viele Flüchtlinge blieben tagsüber in den Zelten oder verbrachten die Zeit am Wasser. Erst mit der Dämmerung bot sich die Gelegenheit, mit ihnen Besprechungen zu führen.

Auch dann verblieben unsere Gespräche nicht ohne Hindernisse. Der Zugang zu dem Hotspot, der ungefähr acht Kilometer von der Stadt entfernt liegt und von der griechischen Polizei stark überwacht wird, wurde uns permanent verwehrt.<sup>14</sup> So mussten wir den Schwerpunkt unserer Beratungsarbeit auf die beiden Zeltcamps in der Stadt setzen. Unsere sprachliche Verständigung mit den Flüchtlingen war nicht immer reibungslos. Nichtsdestoweniger wurde sie vor allem durch das große Engagement einiger Flüchtlinge sowie diejenige von RLC-

---

<sup>14</sup> Details zum Hotspot-System in Griechenland und Italien: Nora Markard/Helene Heuser, Möglichkeiten und Grenzen einer menschenrechtskonformen Ausgestaltung von sogenannten Hotspots an den europäischen Außengrenzen, April 2016, abrufbar unter: <https://www.jura.uni-hamburg.de/studium/studiengang-rechtswissenschaft/lehveranstaltungen/law-clinics/refugee-law-clinic/publikationen/hotspots.pdf>, [Stand: 27.05.2017].

Berater / innen, die mit den entsprechenden Sprachen vertraut waren, erleichtert.

Der Verfasser konnte in vielen Fällen als Übersetzer für die durch die NGOs beauftragten Anwälte in ihren Besprechungen mit den Flüchtlingen oder bei der Polizei im Rahmen der Vernehmung tätig werden. Dies hat noch tiefere Einblicke in andere relevante Angelegenheiten außerhalb der Camps ermöglicht.

Abgesehen von der enormen Desinformation hinsichtlich des Verfahrens führten weitere Faktoren wie mangelnde Zukunftsperspektiven, unterschiedlichste Krankheiten, die nicht immer effizient behandelt werden, das langsame Aufbrauchen des gesparten Geldes, die sehr beschränkte Bewegungsfreiheit sowie die hohen Temperaturen in dieser Zeit häufig zu Körperverletzungs-, Gewalt- und Vermögensdelikten. Hinzu kommen die Übergriffe auf die Flüchtlinge und die Zeltcamps mit Brandsätzen und Steinen seitens der Rechtsradikalen. Viele Schutzsuchende haben des Öfteren Überlegungen anstellen müssen, zurück in die Türkei zu gehen oder illegal weiter zu reisen. Nach Angaben einiger von ihnen sollen die Schmuggler für Weiterreisen von der Insel beträchtliche Geldsummen verlangt haben. Diese scheitern jedoch regelmäßig. Die illegal Reisenden werden dann festgenommen und auf die Insel zurückgeführt.

Es wurde uns in kurzer Zeit die Unfähigkeit des Verwaltungsapparats die Sicherheit und den Schutz der Bewohner vor Rechtsgutsverletzungen durch Dritte sicherzustellen deutlich. Am Rande sei erwähnt, dass für die Verwaltung der Flüchtlingsunterkünfte auf Chios die griechische Regierung, der UNHCR sowie zahlreiche griechische bzw. internationale NGOs kooperierend tätig sind. Nichtsdestoweniger leisten insbesondere die NGOs einen großartigen Beitrag zu Informationsbereitstellung, dem Angebot an Übersetzungsdiensten bzw. Rechtsbeiständen.

### **C. Ausblick**

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass auch die RLC-Berater / innen nicht zuletzt als Teil der europäischen Zivilgesellschaft und dank der Möglichkeit zur Ausbildung im Asylrecht im Laufe des Jurastudiums - wenngleich vor Ort mit gravierenden Erschwerungen konfrontiert -, den Schutzsuchenden gewisse Hilfe und Beistand leisten konnten. Wie erwähnt konnten sie sich in vielen Fällen sogar über die eigentliche Beratungsarbeit hinaus für die Flüchtlinge und deren Belange einsetzen.

Es gab während dieser Zeit für jeden von uns Momente, die sehr bedrückend waren. Momente, wo wir versucht haben, Worte zu finden oder schlicht für die Leute da zu sein. Zumal wir in einigen Fällen nichts tun konnten. Überwältigend waren stets unsere Begegnungen mit den Geflüchteten in ihren bitterlich einfachen Unterkünften, wenn sie sich in den Zelten um uns gekümmert haben und uns Tee oder gar Essen angeboten haben. Schließlich haben uns aber die Erfolge motiviert, die wir in dem einen oder anderen Fall erzielen konnten.





# „Ich habe da ein Problem mit meinem Vermieter“ Ein typisierter Fall der Legal Clinic Hannover

## Inhaltsverzeichnis

<b>A. Einleitung .....</b>	<b>68</b>
I. Terminvereinbarung.....	69
II. Vorbereitung.....	69
III. Beratung.....	70
1. Gerichtliches Mahnverfahren.....	71
2. Prozesse, Kosten und die Risiken.....	72
3. Beweislast.....	72
4. Gesamtschuldnerische Haftung.....	73
5. Schreiben der Berater*innen.....	74
IV. Evaluation.....	74
<b>B. Fazit.....</b>	<b>74</b>

## A. Einleitung

Die Legal Clinic der Leibniz Universität Hannover hat im Jahr 2016 über 100 Rechtsberatungen durch Jurastudierende durchgeführt. Das Beratungsangebot richtet sich ausschließlich an Studierende der Universität.<sup>1</sup> Im Jahr 2016 befassten sich 42% der Beratungen mit Mietrecht, der weitaus größte Teil. Mit 22 Beratungen nimmt das weite Feld des Vertragsrechts den zweiten Platz ein. Beratungen im Bereich des Arbeitsrechts wurden am dritthäufigsten in An-

---

<sup>1</sup> Vgl. <https://www.jura.uni-hannover.de/legalclinic>, [Stand: 27.05.2017].

*„Ich habe da ein Problem mit meinem Vermieter“ Ein typisierter Fall der Legal Clinic Hannover*

spruch genommen (12 %). Sowohl das Miet- als auch das Arbeitsrecht spielen eine große Bedeutung im Leben der Mandanten. In dieser Situation kann es sein, dass ein Mandant „Recht hat“ und ein Prozess aus Sicht des Mandanten möglich wäre. Zugleich aber sollten die (negativen) Auswirkungen auf die Beziehung zum Vermieter oder Arbeitgeber nicht außer Acht gelassen werden. Oft kommen Mandanten zur Legal Clinic, die noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft haben, bevor ein Streit in einem Prozess enden muss. Im Folgenden wollen wir den Ablauf einer typisierten Beratung darstellen.

## **I. Terminvereinbarung**

Zunächst vereinbart der zukünftige Mandant einen Termin mit den Mitarbeiter\*innen der Legal Clinic. Angenommen werden vor allem Fälle aus dem Zivilrecht, die einen Streitwert von 1.000 Euro<sup>2</sup> nicht überschreiten. Der Mandant übersendet eine kurze Zusammenfassung des Problems, für unser Beispiel:

„(...) Ich habe ein Problem mit meinem Vermieter, betreffend die Auszahlung meiner Mietkaution und würde gerne Ihre Hilfe in Anspruch nehmen. Ich bin im Juni 2016 ausgezogen. (...)“<sup>3</sup>

## **II. Vorbereitung**

Die Vorbereitung der Beratung findet anhand der schriftlichen Schilderung des Problems statt. In diesem Beispielfall geht es um Mietrecht, im speziellen um das Grundwissen zum Thema Kautio. In der Vorlesung haben die Berater\*innen u.a. gelernt, dass eine Mietkaution auf einem gesonderten Konto an-

---

<sup>2</sup> Die Grenze von 1.000,00€ wurde frei gewählt. Beachtet wurde dabei u.a.: Risiken für die Mandanten, allgemeines Haftungsrisiko, die „Konkurrenz für Anwälte“ vgl. dazu Julia Bauer in GJLE 2016, S. 37, 42 (Unter der Annahme einer Grenze von 3.000,00€).

<sup>3</sup> Abgeändert aus einem Originalfall der Legal Clinic Hannover aus 2016.

gelegt werden muss, dass eine Mietkaution nicht höher sein darf als drei Monatsmieten und dass Mietkaution und Mietsicherheit lediglich alternativ verlangt werden können, §551 I, III BGB.

Die Darstellung des Problems ist allerdings so kurz, dass sich eine genaue Vorbereitung schwierig darstellt. Eine wichtige Frage könnte in der Beratung aber sein: Wie lange darf ein Vermieter die Kautions nach dem Auszug zurückhalten? Vielen Berater\*innen, die bereits einen Mietkautionsfall bearbeitet haben, ist das Urteil des BGH<sup>4</sup> bekannt. Dieses stellt fest: Generell sollte nach 6 Monaten die Mietkaution zurückgezahlt werden, es sei denn, es stehen noch Abrechnungen der Nebenkosten aus.<sup>5</sup> Der Mandant in unserem fiktiven Fall ist bereits seit mehr als 6 Monaten ausgezogen.

In der Vorbereitung können die Berater\*innen feststellen, dass der Mandant voraussichtlich einen Anspruch auf Rückzahlung der Mietkaution hat. Allerdings hört die Lehre da auf, wo festgestellt werden kann, dass ein Anspruch besteht.

### **III. Beratung**

In der Beratung geht es zunächst darum, den Sachverhalt genau zu erfassen. Dabei kann man beobachten, dass Berater\*innen, die länger an der Legal Clinic teilnehmen, gezieltere Fragen zur Sachverhaltsermittlung stellen können. In unserem Fall schildert der Mandant, dass er vor 9 Monaten aus einer Wohngemeinschaft mit vier weiteren Mitbewohner\*innen in einer Genossenschaftswohnung ausgezogen sei. Alle fünf Mitbewohner\*innen waren als Hauptmieter im Mietvertrag eingetragen. Nach mehreren Schreiben mit dem ehemaligen

---

<sup>4</sup> BGHZ 101, 244 ff.

<sup>5</sup> Vgl. BGHZ 101, 244 ff.

*„Ich habe da ein Problem mit meinem Vermieter“ Ein typisierter Fall der Legal Clinic Hannover*

Vermieter sei ihm die Kautionszahlung bis auf 150,00 € zurückgezahlt worden. Diese 150,00 € möchte der Mandant jetzt mit Hilfe der Legal Clinic von der Genossenschaft zurückfordern. Die Wohngenossenschaft sagt demgegenüber, dass für das Jahr 2015 Nebenkostennachzahlungen in Höhe von 150,00 € fällig geworden seien. Dem Schreiben, in dem diese Kosten aufgeführt sind, ist kein Original der Abrechnung der Stadtwerke beigelegt. Der Mandant hat laut eigener Aussage bis zu seinem Auszug die Akten der WG verwaltet. Er könne sich erinnern, im Jahr 2014 Nachzahlungen für die Nebenkosten in Höhe von nur 24,00 € pro Person geleistet zu haben. Der Mandant habe bereits versucht die Rechnungen für die Nebenkostenabrechnungen für das Jahr 2015 von den anderen Bewohnern der WG zu beschaffen, diese hätten allerdings auch keine Rechnung bekommen.

Zu diesem Zeitpunkt wird für die Berater\*innen deutlich, dass es nicht darum geht, dem Mandanten zu erklären, wann er einen Anspruch auf Rückzahlung der Kautionszahlung hat. Vielmehr geht es darum, weitere Fragen des Sachverhalts zu klären, eine effektive Durchsetzung eines Anspruchs zu unterstützen und Risiken bei der Durchsetzung einzuschätzen.

## **1. Gerichtliches Mahnverfahren**

Erfahrenere Berater können hier auf die Anforderungen und Besonderheiten des gerichtlichen Mahnverfahrens eingehen (§§ 688 ff. ZPO). Das gerichtliche Mahnverfahren kann bei einem Amtsgericht beantragt werden. Das Gericht versendet einen Mahnbescheid, welcher, sollte dieser unwidersprochen bleiben, nach zwei Wochen berechtigt einen Vollstreckungsbescheid zu beantragen.<sup>6</sup>

---

<sup>6</sup> Schüler in Münchener Kommentar zur ZPO 5. Auflage §694 ZPO Rn. 1.

Allerdings endet das Mahnverfahren durch einen einfachen Widerspruch ohne ein Ergebnis. Nach einem Widerspruch kann das (kostengünstige) Mahnverfahren in ein (kostenintensives) Klageverfahren übergeleitet werden. Es bietet sich von daher nur für unbestrittene Forderungen an.<sup>7</sup> Das, was für den Mandanten im ersten Moment nach einem scharfen Schwert klingt, zeigt sich in der Praxis oft stumpf, vor allem dann, wenn die Forderung umstritten ist. In Fällen wie dem hier vorliegenden ist ein Gerichtliches Mahnverfahren von daher häufig erfolglos.

Der Mandant ist hiervon enttäuscht und fragt nach den Erfolgsaussichten eines Gerichtsverfahrens, da es bereits vorher immer wieder zu Problemen mit dem Vermieter gekommen sei und es ihm jetzt „um’s Prinzip“ gehe.

## **2. Prozesse, Kosten und die Risiken**

Zunächst gilt es immer auf die hohen finanziellen und sozialen Risiken eines Prozesses hinzuweisen. Anhand einer Prozesskostenrechner-App<sup>8</sup> kann festgestellt werden, dass die Prozesskosten bei einem Streitwert von 150,00 € unter einigen groben Annahmen sich auf ca. 420,00 – 460,00 € belaufen. Die Wahrscheinlichkeit, den Prozess zu gewinnen oder zu verlieren – und damit auch die Kosten der Gegenseite tragen zu müssen –, können die Berater\*Innen selten einschätzen.

## **3. Beweislast**

Diese Frage entscheidet sich unter anderem an den Beweisregeln des Zivilprozesses (§§ 282 ff. ZPO). Auch wenn diese in der ZPO Vorlesung angesprochen

---

<sup>7</sup> Voit in Musielak/Voit ZPO 14. Auflage, §688 ZPO Rn. 1.

<sup>8</sup> wie z.B.: FORIS PKR von FORIS AG (iOS u. Android) oder ROLAND PKR von ROLAND Rechtsschutz-Versicherungs-AG (iOS u. Android).

werden, wird der Umgang mit den Beweisregeln in den Beratungsgesprächen der Legal Clinic geübt. Eine Grundregel lautet: Jede Partei muss das beweisen, was für sie vorteilhaft ist.<sup>9</sup> Die Gegenseite des Mandanten müsste also eine Rechnung der Versorgerbetriebe vorlegen können, um die Kosten in Höhe von 150,00 € zu beweisen. Der Mandant meint daraufhin, dass es „wohl unmöglich“ für die Vermieter sei eine solche Rechnung zu produzieren.

#### **4. Gesamtschuldnerische Haftung**

Hier widersprechen die Berater\*innen und der Anwalt: Zum einen sei es sehr wohl möglich, dass eine Rechnung in dieser Höhe für das Jahr 2015 bestehe. Wenn die Gegenseite im Prozess eine solche Rechnung vorweisen könne, würde der Mandant den Prozess voraussichtlich verlieren. Zum zweiten gäbe es auch die Möglichkeit, dass der Mandant gesamtschuldnerisch für alle Mitbewohner in Haftung genommen wurde. Denn wenn man die Zahlen von 2014 zu Grunde legt (24,00 € laut der Erinnerung des Mandanten) würden bereits Nebenkosten für 2015 in Höhe von 30,00 € pro Mitbewohner\*in (bei fünf Mitbewohner\*innen) den Betrag ergeben, welchen der Vermieter einbehalten hat. Käme dieses Ergebnis im Prozess heraus, könnte der Mandant zwar von seinen ehemaligen Mitbewohner\*innen ihren Anteil einfordern, allerdings müsste er die Prozesskosten und den Anwalt der Gegenseite bezahlen, da die Genossenschaft dann korrekt gehandelt hätte. Diese Bedenken teilt der Mandant. Einen Prozess hält er jetzt für zu risikoreich.

---

<sup>9</sup> Rosenberg'sche Formel: Rosenberg, Die Beweislast, 5. Aufl. 1965, § 9 II 5.

## **5. Schreiben der Berater\*innen**

Die Berater\*innen der Legal Clinic Hannover bieten dem Mandanten daraufhin an ein Schreiben zu verfassen, das aus der Sicht des Mandanten die Situation darstellt und diese rechtlich unterfüttert. Das Schreiben werden die Berater\*innen dem Mandant zur Verfügung stellen. Er kann das Schreiben selber versenden oder als Zusammenfassung seiner Position in Zukunft für etwaige Verhandlungen nutzen. Der Mandant nimmt dieses Angebot dankend an und überlässt den Berater\*innen seinen Mietvertrag und den relevanten Schriftverkehr in Kopie zum Verfassen des Schreibens. Der Mandant bedankt sich bei den Berater\*innen und dem Anwalt.

## **IV. Evaluation**

In der Evaluation stellt sich heraus, dass die meisten Mandanten nicht genau wussten, wie ihre rechtliche Position ist. Ihre Motivation, die Beratung der Legal Clinic aufzusuchen, ist eine objektive Einschätzung ihrer Position. 95% der Mandant\*innen sind mit der Beratung sehr zufrieden oder zufrieden. Und das auch dann, wenn die Berater\*innen dem Mandanten oder der Mandantin erklären, dass sein oder ihr Problem rechtlich nicht in seinem oder ihrem Sinne gelöst werden kann.

## **B. Fazit**

Für die Frage ob der Mandant oder die Mandantin einen Anspruch hat oder Unterstützung für seine / ihre Position im Recht findet sind vor allem die genaue Klärung des Sachverhalts und die Grundsätze aus den Grundlagenvorlesungen relevant. Die Frage der Durchsetzung ist zwar in den Vorlesungen zur ZPO Thema, wird aber von den meisten Berater\*innen besonders durch die



*„Ich habe da ein Problem mit meinem Vermieter“ Ein typisierter Fall der Legal Clinic Hannover*

praktische Anwendung im Rahmen der Legal Clinic Hannover geschult. Auch der Umgang mit den Beweisregeln des Zivilprozesses und besondere Formen der Anspruchsdurchsetzung wie das Gerichtliche Mahnverfahren werden in der Legal Clinic erlernt und vertieft. Die Einschätzung von prozessualen Risiken kann erlernt werden, wird aber auch in der Legal Clinic oft den erfahrenen Anwälten überlassen. Die Arbeit der Legal Clinic bietet den Studierenden erste praktische Orientierung und ein Gefühl dafür, welche Probleme sich in der Praxis ergeben können. Die Legal Clinic wird von den Jurastudierenden sehr gut angenommen: 89 % der Studierenden der Juristischen Fakultät Hannover finden die Legal Clinic hilfreich oder sehr hilfreich<sup>10</sup>. Das zeigt sich auch bei den Teilnehmerzahlen. Mittlerweile melden sich so viele Interessierte, dass ein Losverfahren für die neuen Berater\*innen eingeführt wurde.

---

<sup>10</sup> Vgl. [https://www.jura.uni-hannover.de/fileadmin/fakultaet/Dokumente/diversity/Diversity\\_Bericht\\_2016.pdf](https://www.jura.uni-hannover.de/fileadmin/fakultaet/Dokumente/diversity/Diversity_Bericht_2016.pdf), S. 9, [Stand: 27.05.2017].



# **Die Humboldt Law Clinic Grund- und Menschenrechte**

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>A. Gründung und Anliegen der Clinic.....</b>	<b>77</b>
<b>B. Konzept und curriculare Einbindung .....</b>	<b>79</b>
<b>C. Kooperationspartner und Projekte .....</b>	<b>81</b>
<b>D. Veranstaltungen und Blog .....</b>	<b>82</b>
<b>E. Verbund und Vernetzung mit anderen Clinics .....</b>	<b>85</b>
<b>F. Ausblick und Ziele .....</b>	<b>85</b>

## **A. Gründung und Anliegen der Clinic**

Die Humboldt Law Clinic Grund- und Menschenrechte (HLCMR) wurde als zweite Law Clinic deutschlandweit 2011 am Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Geschlechterstudien der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin von Prof Dr. Nora Markard, Jacqui Zalberg und Prof. Dr. Dr. h.c. Susanne Baer LL.M. gegründet. Zunächst als ausschließlich englischsprachige Human Rights Law Clinic konzipiert, wird sie heute primär auf Deutsch unterrichtet, wobei einzelne Projekte auf Englisch durchgeführt werden oder teils spanische oder arabische Sprachkenntnisse voraussetzen. Die HLCMR ist ein interdisziplinäres und praxisbezogenes Ausbildungsprogramm. In enger Zusammenarbeit mit Verbänden, Nichtregierungsorganisationen und weiteren

Partner\_innen aus der Praxis sollen sich die Studierenden möglichst frühzeitig mit konkreten menschen- und antidiskriminierungsrechtlichen Fragen aus einer praktischen Perspektive auseinandersetzen. Neben dem Erwerb inhaltlicher Kenntnisse in den Bereichen Grundrechte, Völkerrecht und Antidiskriminierungsrecht werden den Studierenden auch die gängigen (kritischen) Menschenrechtstheorien vermittelt, ebenso wie die Werkzeuge und Herausforderungen bei der gerichtlichen oder rechtspolitischen Durchsetzung von Menschenrechten. Methodisch werden das wissenschaftliche Arbeiten sowie die kritische Auseinandersetzung mit Rechtsfragen gefördert. An den einjährigen Zyklen nehmen nicht nur Jura-Studierende verschiedener Jahrgänge, sondern auch Studierende der Gender-Studies teil, was die Auseinandersetzung mit den behandelten Themen aus verschiedenen wissenschaftlichen Perspektiven sowie einen besonders produktiven Erfahrungsaustausch unter den Studierenden ermöglicht. Es geht zudem auch darum, zu erleben und zu reflektieren, was es heißt, gleiche Rechte in der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu erkämpfen und durchzusetzen und was die Nutzung von Recht für die unterschiedlichen Akteure und insbesondere auch für die Betroffenen bedeuten kann.

Thematisch liegt der Fokus auf vielfältigen nationalen Fragestellungen im Bereich der Menschenrechte und des Antidiskriminierungsrechts. Die HLCMR arbeitet beispielsweise zu den Rechten von Kindern, zu rassistischer Diskriminierung oder zur Diskriminierung im Zusammenhang mit Geschlecht oder Behinderung oder zu Menschenhandel. Vereinzelt werden auch Menschenrechtsverletzungen im Ausland thematisiert, z.B. beim Thema „Business und Human Rights“, wenn es um die Verantwortung deutscher Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen in ihren Zulieferbetrieben oder in Produktionsstätten im Ausland geht. Aus der gemeinsamen Arbeit entstehen z.B. Rechtsgutachten, Beratungsleitfäden, Klageschriftentwürfe und Amicus Curiae.

## **B. Konzept und curriculare Einbindung**

Das einjährige Programm der HLCMR beginnt jeweils zum Wintersemester mit einer wöchentlichen 2-stündigen Einführung in Grund- und Menschenrechte und in Antidiskriminierungsrecht. Dabei geht es nicht nur um materiell-rechtliches Wissen, sondern auch um spezifische rechtliche und rechtsbezogene Mechanismen der Durchsetzung sowohl auf internationaler, als auch auf regionaler, nationaler und supranationaler Ebene. Vermittelt wird Wissen über den Ablauf, die praktischen Vorteile und spezifischen Herausforderungen etwa von Alternativberichtsverfahren zu den Ausschüssen der Vereinten Nationen im Vergleich zu Individualbeschwerdeverfahren vor Gerichtshöfen, etwa dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Die Studierenden erarbeiten sich, inwiefern die Berufung auf Menschenrechte auch vor deutschen Fachgerichten möglich ist und beschäftigen sich *en detail* mit der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zur Pflicht der Fachgerichte zur völkerrechtskonformen Auslegung nationalen Rechts. In Diversity-Workshops und Workshops mit Expert\_innen aus der Praxis reflektieren die Studierenden ihre eigene Verortung sowie strategische Überlegungen, die im Bereich der Grund- und Menschenrechts- sowie der Antidiskriminierungsarbeit von Bedeutung sind. Methodenworkshops vermitteln Wissen, um empirische Forschung durchführen zu können. In einem Blogworkshop erlernen die Studierenden Grundkenntnisse zum juristischen Bloggen und können schon frühzeitig eigene Beiträge auch veröffentlichen.<sup>1</sup>

Nach dem einführenden Kurs jeweils im Wintersemester absolvieren die Studierenden in der vorlesungsfreien Zeit im März / April ein jeweils vierwöchiges

---

<sup>1</sup> Der Blog der Clinic zu grund- und menschenrechtlichen Themen, auf dem Beiträge von Expert\_innen aus Wissenschaft und Praxis sowie ausgewählte Beiträge der Studierenden veröffentlicht werden, ist abrufbar unter: <http://grundundmensenrechtsblog.de/>, [Stand: 27.05.2017].

Praktikum bei einem Kooperationspartner der HLCMR. Für den Erwerb fachübergreifender Erkenntnisse und Fähigkeiten im Einführungskurs erlangen die Jura-Studierenden berufsfeldbezogene Zusatzqualifikations-Punkte (BZQ-Punkte). Während des Praktikums beginnen die Teams aus jeweils zwei Studierenden mit der Recherche und der Niederschrift ihres Schriftstücks zur von ihnen bearbeiteten Thematik. Das Praktikum ist im Rahmen des Jura-Studiums als Teil des Pflichtpraktikums gemäß § 6 JAG 2003 (Berlin / Brandenburg) i. V. m. § 2 JAO 2003 (Berlin / Brandenburg) anrechenbar. Im Anschluss an das Praktikum findet im Sommersemester das Vertiefungsseminar statt, das kolloquiumsartig gestaltet ist und das primär darauf abzielt, im engen Austausch mit den wissenschaftlichen Mitarbeitenden der Clinic die jeweils abschließenden Schriftstücke in jedem der Teilprojekte fertigzustellen. Während des Sommersemesters besuchen die Studierenden die Kooperationspartner der anderen Teams und erhalten so über ihr eigenes Projekt hinaus wertvolle Einblicke in weitere praktische Berufskontexte und tauschen sich miteinander über die von den einzelnen Teams zu bewältigenden Herausforderungen bei der Fertigstellung der einzelnen Schriftstücke aus. Über eine möglichst engmaschige Betreuung durch die wissenschaftlichen Mitarbeitenden der Clinic verbunden mit den Anregungen der Projektpartner erlernen die Studierenden das Erstellen eines wissenschaftlichen Standards entsprechenden Schriftstücks. Die auf diese Weise entstehenden Rechtsgutachten, Policy Paper oder rechtliche Leitfäden werden von den Projektpartnern im Rahmen ihrer menschenrechtlichen oder antidiskriminierungsrechtlichen Arbeit weiter genutzt. Hervorragende abschließende Schriftstücke werden in der Working Paper-Reihe der HLCMR veröffentlicht.<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup>

Alle Workingpaper können auf der homepage der HLCMR ([hlcmr.de](http://hlcmr.de)) abgerufen werden unter: <http://hlcmr.de/publikationen/>, [Stand: 27.05.2017].

### **C. Kooperationspartner und Projekte**

Die HLCMR kooperiert mit renommierten Akteuren der Menschenrechts- und Antidiskriminierungsarbeit, etwa mit Einrichtungen wie dem Deutschen Institut für Menschenrechte (DIMR), dem European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR), der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) sowie mit Verbänden und Vereinen, wie dem Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe (bff), der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben (ISL), dem Verein Intersexuelle Menschen, Trans Gender Europe (TGEU) aber auch mit Rechtsanwälten und Rechtsanwältinnen aus der menschenrechtlichen und antidiskriminierungsrechtlichen Praxis.<sup>3</sup>

Entsprechend befassen sich die Projektteams mit Fragen aus ganz unterschiedlichen Lebens- und Rechtsbereichen. Es geht um materielle rechtliche Fragen des nationalen, unions- oder völkerrechtlichen Antidiskriminierungsrechts und der Menschenrechte, z.B. des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes, des Grundgesetzes, der Europäischen Menschenrechtskonvention oder der UN-Menschenrechtskonventionen, aber auch um Fragen der praktischen Rechtsdurchsetzung. So haben Studierende der Clinic in der Vergangenheit eine Rechtsprechungsdatenbank zusammengestellt mit Entscheidungen zum Thema Menschenhandel, andere Teams erstellten Rechtsgutachten, beispielsweise über Entschädigungsansprüche nach operativen Eingriffen an intersexuell diagnostizierten Kindern, bei rassistischer Diskriminierung am Einlass von Diskotheken, über die Voraussetzungen der Gewährung von Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, über den Zugang zu Gesundheitsleistungen von geflüchteten Kin-

---

<sup>3</sup> Ein Überblick über die Kooperationspartner der HLCMR findet sich online unter: <http://hlcmr.de/kooperationen/>, [Stand: 27.05.2017].

dern oder über die Möglichkeiten der Drittbeteiligung von Verbänden in Gerichtsverfahren.<sup>4</sup>

Gegenwärtig führt ein interdisziplinäres Team Prozessbeobachtungen an Berliner Strafgerichten durch, um die Wirkung von Geschlechterstereotypen in Sexualstrafverfahren zu erforschen. Ein weiteres Team beschäftigt sich mit der Registrierungspraxis von in Deutschland geborenen Kindern geflüchteter Eltern im Lichte der Vorgaben der UN-Kinderrechtskonvention. Ein anderes Team untersucht das Bundesteilhabegesetz auf Vorschriften, die Asylsuchende mit Behinderung diskriminieren. Eines der Teams unterstützt im Abgeordnetenhaus in Berlin die Menschenrechtsarbeit bei der Fraktion Bündnis 90 / die Grünen.

Neben der Erstellung der Schriftstücke, die von den Projektpartnern bei ihrer weiteren Arbeit genutzt werden, sowie der Veröffentlichung der bislang 13 Workingpaper konnte die HLCMR auch bei der praktischen Rechtsdurchsetzung einzelne Erfolge erzielen. So haben Studierende der HLCMR im Jahr 2011 gemeinsam mit dem Verein Intersexuelle Menschen e.V. einen Schattenbericht erstellt und diesen in Genf beim UN-Anti-Folterausschuss vorstellen können. Im selben Jahr war ein Projektteam der Clinic gemeinsam mit dem ECCHR beteiligt an der Abfassung eines Amicus Curiae Briefs, der Eingang fand in das *Kiobel v. Dutch Petroleum* Verfahren vor dem US Supreme Court.

## **D. Veranstaltungen und Blog**

Am Ende jedes einjährigen Zyklus veranstaltet die HLCMR eine Festveranstaltung, bei der die Arbeit der Studierenden und der Projektpartner gewürdigt wird. Dazu werden jedes Jahr Expertinnen und Experten aus der Praxis eingela-

---

<sup>4</sup> Ein Überblick über die gegenwärtigen sowie alle bisherigen Projekte der HLCMR findet sich online unter: <http://hlcmr.de/projekte/>, [Stand: 27.05.2017].



den, die eine Keynote Speech zu einem aktuellen menschenrechtlichen Thema halten, bei der letzten Veranstaltung etwa Dr. Miriam Saage-Maß vom ECCHR zum Thema „Unternehmen vor Gericht – globale Kämpfe um Menschenrechte“. Ein Höhepunkt war die Jubiläumsveranstaltung nach dem Zyklus des Jahrgangs 2014 / 2015, zu deren Anlass Bundesverfassungsrichterin Prof. Dr. Dr. h.c. Baer LL.M., der ehemalige UN Sonderberichterstatter Prof. Dr. Nowak LL.M., die Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtsfragen Dr. Wittling-Vogel, die Leiterin des Antidiskriminierungsnetzwerks Berlin, Andrades sowie Wolfgang Kaleck vom ECCHR als Podiumsgäste zum Thema „Menschenrechte in der juristischen Profession“ diskutierten und den Studierenden Vielfalt und Möglichkeiten aber auch die Herausforderungen der menschenrechtlichen Berufsfelder aufzeigten.

Auch beteiligt sich die HLCMR regelmäßig an der Organisation universitärer Diskussionsveranstaltungen und Tagungen. So organisierte sie beispielsweise gemeinsam mit dem Team des Lehrstuhls für Öffentliches Recht und Geschlechterstudien der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin (an den die HLCMR angegliedert ist) eine Podiumsdiskussion zum Thema „Feministische Politik als Politik der Menschenrechte am Beispiel Abtreibung und Pränataldiagnostik).<sup>5</sup> Gemeinschaftlich mit zwei weiteren Law Clinics der Humboldt-Universität (der Humboldt Consumer Law Clinic sowie der Humboldt Law Clinic für Internetrecht<sup>6</sup>) organisierte die HLCMR im Juni 2016 eine internationale Tagung zum Thema Strategische Prozessführung, zu der nationale und internationale Experten und Expertinnen eingeladen waren. Auf dem

---

<sup>5</sup> Die Veranstaltungsankündigung ist abzurufen unter: <https://plone.rewi.hu-berlin.de/de/lf/ls/bae/aktuell/veranstaltungen/index.html>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>6</sup> Humboldt Law Clinic Internetrecht: <http://www.hlci.de>, [Stand: 27.05.2017]; Humboldt Consumer Law Clinic: <http://lawclinic.rewi.hu-berlin.de/clc>, [Stand: 27.05.2017]. In der Zwischenzeit gibt es noch eine weitere Law Clinic an der Humboldt-Universität, die Refugee Law Clinic: <http://rlc-berlin.org>, [Stand: 27.05.2017].

Panel der HLCMR debattierten Dr. Sarah Elsuni, Adam Weiss, Nomzamo Zondo und Tarek Naguib die Förderung individueller, politischer und Gemeinschaftsinteressen bei strategischer Prozessführung in Menschenrechtsfällen.<sup>7</sup> Im Februar 2017 fand ein Expertinnen-Workshop zu Geschlechterstereotypen und sekundärer Viktimisierung in Sexualstrafverfahren statt.

Seit Ende 2015 betreibt die HLCMR den grundundmensenrechtsblog auf dem wöchentlich ein Beitrag zu einer aktuellen menschenrechtlichen oder antidiskriminierungsrechtlichen Fragestellung im Blogformat veröffentlicht wird. Autorinnen und Autoren der Beiträge sind in erster Linie die gegenwärtigen oder ehemaligen Studierenden der HLCMR. Sie besprechen aktuelle Gerichtsentscheidungen, stellen ihre Projekte vor greifen ein aktuelles menschenrechtliches Thema aus aktuellen der politischen Debatte auf. Durch das rechtswissenschaftliche Bloggen sollen die Studierenden die Kompetenz erwerben komplexe Fragestellungen kurz und allgemein verständlich darstellen zu können, außerdem soll eine Möglichkeit geschaffen werden, antidiskriminierungsrechtliche und menschenrechtliche Diskussionen in der Rechtswissenschaft anzustoßen. Gelegentlich werden zu speziellen Themen auch Beiträge von Rechtsexperten oder Expertinnen veröffentlicht, beispielsweise zum Thema Menschenrechte und Bergbau von Claudia Müller-Hoff, zum Anspruch auf Kita-Plätze von Prof. Dr. Friderike Wapler oder zur durchgängigen Haftung in der Produktionskette des Textilkonzerns Kik von Carolijn Terwindt.<sup>8</sup>

---

<sup>7</sup> Einen Mitschnitt des Panels findet sich online unter <http://hlcmr.de/tagung-strategic-litigation-am-24-06-2016/>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>8</sup> Alle Blogbeiträge können abgerufen werden unter: [www.grundundmensenrechtsblog.de](http://www.grundundmensenrechtsblog.de), [Stand: 27.05.2017].

## **E. Verbund und Vernetzung mit anderen Clinics**

Die HLCMR ist eingebunden in den Verbund der Law Clinics der Humboldt-Universität, dem auch die Consumer Law Clinic, die Internetrechts Law Clinic sowie inzwischen auch die Refugee Law Clinic angehören. Der Verbund wird durch eine Koordinationsstelle betreut und bietet zum einen die Möglichkeit zu regelmäßigem Austausch und zum anderen eine Plattform für gemeinsame Aktivitäten, etwa die Organisation von Veranstaltungen, die Vernetzung mit dem European Network for Clinical Legal Education (ENCLE) oder das Einwerben von Drittmitteln. Im Verbund mit den beiden erstgenannten anderen Law Clinics der Humboldt-Universität konnte im Jahr 2016 eine umfängliche finanzielle Weiterförderung durch das Bundesbildungsministerium erreicht werden, die den Ausbau und die Ausstattung der HLCMR in der jetzigen Form ermöglichte.

Daneben betreut die HLCMR ein enges Kooperationsprojekt mit der DePaul Chicago Law School und dem Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien (ZtG), in dessen Rahmen seit 2015 in den Sommersemesterferien ein vierwöchiges Summer School Programm stattfindet, das sich um die Themen Intersektionalität und Menschenrechte sowie Geschichte, Erinnerung und das Recht dreht und bei dem neben einem anspruchsvollen Unterrichtsprogramm ein kulturelles und historisches Begleitprogramm angeboten wird.<sup>9</sup>

## **F. Ausblick und Ziele**

Langfristiges Ziel des HLCMR Teams ist es, daran mitzuwirken, dass die HLCMR sowohl ein fester, unterstützender Bestandteil der Menschenrechtsar-

---

<sup>9</sup> Weitere Informationen zur Summer School können abgerufen werden unter: <https://law.depaul.edu/academics/study-abroad/berlin-germany/pages/default.aspx>, [Stand: 27.05.2017].

beit wird als auch die dauerhafte Verankerung des Law Clinic Konzeptes als anerkanntes Ausbildungsprogramm in der juristischen Ausbildung. Die HLCMR bemüht sich daher um den Ausbau eines Alumni\*ae Netzwerkes zur persönlichen und menschenrechtsthematischen Vernetzung der Studierenden mit den ehemaligen Teilnehmenden. Ansatzpunkt für eine Institutionalisierung der Law Clinics in der juristischen Ausbildung wäre zunächst eine Verbesserung der Anerkennung der erbrachten Leistungen für die Studierenden beispielsweise im Rahmen der Freischussverlängerung (z.B. nach § 13 Abs. 2 JAO Berlin) oder des universitären Schwerpunktbereichsstudiums (§ 5 JAG). Um die Qualität des Ausbildungsprogrammes zu sichern und das Angebot weiter ausbauen zu können sowie zur Ermöglichung einer längerfristigen Projekt- und Personalplanung, ist eine stabile und langfristige Finanzierung der Law Clinics deutschlandweit unabdingbar.



# **Regensburgs Rechtberatung für Flüchtlinge**

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>A. Refugee Law Clinics.....</b>	<b>88</b>
<b>B. Der Schnellstart .....</b>	<b>90</b>
<b>C. Studierende als Berater.....</b>	<b>91</b>
<b>D. Beide Parteien profitieren.....</b>	<b>92</b>
<b>E. Die Verstetigung als Schwierigkeit.....</b>	<b>93</b>
<b>F. Legal Leverage Platform e.V. ....</b>	<b>94</b>

## **A. Refugee Law Clinics**

Nach wie vor spaltet kaum ein Thema Deutschland derart wie die „Flüchtlingskrise“. Auf allen Ebenen der Politik wird ohnehin wild darüber diskutiert und selbst diejenigen, die sich im Übrigen selten für die politischen Geschehnisse des Landes – und schon gar nicht Europas interessieren, haben eine deutliche Meinung zur Asylpolitik. Klar also, dass sich auch Studierende positionieren und Flagge zeigen wollen. An rund 30 Universitäten haben sie dazu die Möglichkeiten, indem sie einer Refugee Law Clinic beitreten. In diesen auf Migrationsrecht spezialisierten studentischen Rechtsberatungen versuchen die Studierenden, den Flüchtlingen bei juristischen Fragestellungen zu helfen und lernen dabei selbst

## *Regensburgs Rechtberatung für Flüchtlinge*

noch eine ganze Menge. Auch im bayerischen Regensburg wurde eine solche Law Clinic 2015 gegründet – mit großem Zuspruch, der bis heute nicht abreißt. Doch was genau macht die Refugee Law Clinic Regensburg eigentlich, wie ist sie entstanden und wer leitet sie?

Law Clinics – frei übersetzt: Rechts-Kliniken – finden ihren Ursprung in den Vereinigten Staaten, wo sie unter dem Begriff „legal (aid) clinics“ bekannt sind. Wegen fehlender Beratungs- und Prozesskostenhilfe gab es dort schon immer eine hohe Nachfrage nach kostengünstiger beziehungsweise kostenloser Rechtsberatung. Unentgeltlicher studentischer Rat wurde dementsprechend gut angenommen. In Deutschland war es Studierenden hingegen bis 2008 aufgrund des Rechtsberatungsgesetzes verboten, eine unmittelbare Beratung durchzuführen. Die Wende trat mit dem Rechtsdienstleistungsgesetz ein, das das Rechtsberatungsgesetz ersetzte. Unentgeltliche Rechtsdienstleistungen waren fortan unter gewissen Bedingungen erlaubt. Die unmittelbare Folge: Law Clinics sprossen deutschlandweit wie Pilze aus dem Boden. Beraten werden hier Privatpersonen oder Unternehmen auf vielfältigen Rechtsgebieten – die Kliniken suchen sich selbst einen oder mehrere Bereiche aus. Im Trend liegen dabei derzeit die Gründungen von Refugee Law Clinics, die sich rechtlicher Probleme von Flüchtlingen annehmen. Auf Initiative eines Lehrstuhls oder von Studierenden selbst entstehen immer mehr dieser Rechtsberatungsvereine zugunsten von Asylsuchenden. So auch an der Universität Regensburg: Zum Wintersemester 2015 / 2016 gründete Professor Alexander Graser gemeinsam mit seinen wissenschaftlichen Mitarbeitern Dr. Larissa Borkowski und Dr. Christian Helmrich sowie Rechtsanwalt Dr. Christoph Lindner am Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Politik eine auf Flüchtlingshilfe spezialisierte Law Clinic.

## **B. Der Schnellstart**

„Larissa hatte diese Idee schon länger und hat nicht locker gelassen. Als dann klar war, dass auch Christian, der vor seiner Promotion schon Erfahrung als Anwalt gesammelt hatte, am Lehrstuhl arbeiten würde, war sie plötzlich realisierbar“, beschreibt Graser die Anfänge der Refugee Law Clinic. Erste Vorbereitungen für die Gründung trafen die Juristen schließlich im Frühjahr 2015. „Man braucht viele Mitstreiter. Zunächst mussten wir uns also mit der Stadt, Caritas und anderen Organisationen, die sich für Flüchtlinge einsetzen, in Verbindung setzen. Zudem benötigten wir unbedingt die Unterstützung der Hochschule und der Fakultät“, erzählt der Professor. Viel zu tun also für die Verantwortlichen. Doch weil schon nach der Ankündigung der Gründung so viele – auch dringende – Anfragen eintrafen, arbeiteten sie mit Hochdruck am Start der Klinik, so dass bereits ein halbes Jahr später der laute Startschuss mit einem großen Fest gefeiert werden konnte. Inoffiziell nahm die Law Clinic sogar bereits im Juli den Betrieb auf. Dabei arbeiteten Helmrich, Borkowski und Graser anfangs noch selbst als Berater für die Asylbewerber. Eine Aufgabe, die heute fest in studentischer Hand liegt. Der Lehrstuhl ist hingegen für die Ausbildung und die Supervision zuständig. Dazu gehört auch die Fallselektion, denn die Law Clinic kann und will nicht alle Fälle annehmen, wie Graser verrät: „Wenn es um sehr kurze Fristen oder um Strafrecht geht, leiten wir die Fälle meist an einen Rechtsanwalt weiter. Dabei steht für die Flüchtlinge einfach zu viel auf dem Spiel.“ Alle anderen Fälle aus dem Ausländerrecht und auch aus dem Sozialrecht (beispielsweise Fragen rund um Gesundheitsleistungen) werden von der Law Clinic übernommen.



### **C. Studierende als Berater**

Nun kommen die Studierenden ins Spiel. Sie sind diejenigen, die als Berater direkten Kontakt zu den Hilfesuchenden haben. Die angehenden Juristen können sich für einen Fall melden, den sie dann – gemeinsam mit mindestens einem weiteren Mitglied – bearbeiten. Die Berater arbeiten also stets im Team. „Optimalerweise besteht eine Gruppe aus erfahrenen und weniger erfahrenen Beratern“, meint Graser. So wäre der Lerneffekt für die Einsteiger und zugleich auch eine optimale Beratung für die Flüchtlinge gewährleistet. In diesen Teams nehmen die Studenten erstmals Verbindung zu den Flüchtlingen auf und treffen sich mit ihnen. Hier wird die Sachlage nochmals detailliert erörtert. Die Berater analysieren im Nachhinein gemeinsam den Sachverhalt und suchen nach Lösungen. Im wöchentlichen Teammeeting der Law Clinic können sie den Fall und auch ihre vorgeschlagene Strategie vorstellen. Gemeinsam versuchen die Betreuer des Falls und die weiteren Mitglieder der Klinik dann, die bestmögliche Lösung zu finden. Auch außerhalb der Treffen haben die Berater stets einen Ansprechpartner, an den sie sich wenden können, denn jedem Fall ist ein Mitglied des sogenannten Fachrats zugeteilt. Dieses Gremium, geleitet von Raphaela Etzold, setzt sich aus ebenfalls ehrenamtlich engagierten Mitarbeitenden der Universität zusammen, die allesamt mindestens das erste juristische Examen abgelegt haben. Darüber hinaus können sich die Teams aber auch jederzeit an die Mitglieder wenden, die Volljuristen sind und unter deren Anleitung – wie von § 6 Absatz 2 Satz 1 Rechtsdienstleistungsgesetz gefordert – die Beratung erfolgt. Die Berater haben also viele mögliche Ansprechpartner, sind zunächst aber frei bezüglich des Vorgehens. Dies erfordert eine hohe Eigenverantwortlichkeit, was auch so beabsichtigt ist.

## **D. Beide Parteien profitieren**

„Wir wollen natürlich den Flüchtlingen helfen, aber es ist auch unser Ziel, die Ausbildung der Studierenden voranzutreiben“, erklärt Graser. Profitieren sollen also nicht nur die Rechtssuchenden, sondern auch die Studierenden, die so bereits frühzeitig Praxiserfahrung sammeln können. Die praktische Fallbearbeitung wird zudem durch Workshops – oftmals geleitet von externen Referenten – gezielt geübt. Fernen können sich die Juristen die Arbeit als Schlüsselqualifikation, welche Voraussetzung ist, zum ersten Staatsexamen zugelassen zu werden, anrechnen lassen. Auch die anderen Law Clinics betreiben den Dualismus zwischen unentgeltlicher Hilfe und Ausbildung der Studenten. Allerdings sorgen sich einige Universitäten fast ausschließlich um die Ausbildung der Studierenden und lassen dabei den sozialen Nutzen teils fast gänzlich außer Acht. Bei anderen Kliniken hingegen steht die Beratung im Vordergrund – zulasten ihrer Mitglieder, die kaum ausgebildet werden. Graser ist deshalb besonders stolz darauf, wie gut seinen Mitstreitern und ihm in Regensburg der Spagat gelungen ist. „Wir haben ein sehr vielfältiges Ausbildungsprogramm, gleichzeitig stehen wir den eher sozial engagierten Law-Clinics aber in Sachen Fallzahlen in Nichts nach“, freut sich der 46-Jährige. Bisläng fast 200 übernommene Mandate sprechen dabei für sich. Mitmachen kann bei der Law Clinic übrigens jeder Student, selbst Studierende aus anderen Studiengänge. „Wir finden für alle eine Aufgabe. Jeder, der sich engagieren will, kann sich sicher sein, bei uns gebraucht zu werden“, stellt der Jura-Professor klar. Er betont, dass auch keine Vorkenntnisse im Migrationsrecht notwendig sind: „Das Ausländerrecht ist so kompliziert, dass man ohnehin nicht alles wissen kann. Für jeden Fall sind Spezialkenntnisse notwendig, weshalb man sich immer erst in die Thematik einlesen muss – egal, ob man schon länger oder neu dabei ist.“ Selbst die Gründer seien zunächst auf dem Gebiet nicht gerade bewandert gewesen, versichert Graser: „Unser Prinzip war tatsächlich: learning by doing!“ Voraussetzung für eine

Mitgliedschaft in der Refugee Law Clinic Regensburg ist lediglich, dass man eingeschriebener oder ehemaliger Student der Universität oder der OTH Regensburg ist. Bislang zählt die Klinik gut 170 Mitglieder – von Erstsemestern über Referendare bis hin zu Volljuristen sind alle juristischen Entwicklungsstufen vertreten.

### **E. Die Verstetigung als Schwierigkeit**

Das Vorhaben der Berater ist es, Gerichtsverhandlung durch Behördenkommunikation im Vorfeld zu vermeiden. Falls dies doch einmal nicht gelingen / möglich sein sollte, stehen der Law Clinic etliche Kooperationsanwälte zur Verfügung. Diese Partner der Klinik haben sich auf die betreffenden Rechtsgebiete spezialisiert und arbeiten mit ihr zusammen, leiten unter anderem die Workshops. Professor Graser ist dankbar für ihre Mithilfe, wie auch die Unterstützung aller anderen, die sich für die Law Clinic einsetzen. Dabei erlebte er immer wieder positive Überraschungen – seien es großzügige Förderungen wie beispielsweise die der evangelischen Kirche, der Studienstiftung oder die des Deutschen Akademischen Austauschdiensts (DAAD) oder der große Zuspruch der Studierenden, der den Law-Clinic-Initiator besonders begeistert. Aber auch Herausforderungen kreuzen Grasers Weg: „Das sind Dinge, an die wir häufig gar nicht gedacht haben, weil wir auf dem Gebiet, einen solchen Verein aufzubauen, natürlich selbst keinerlei Erfahrungen hatten.“ So gestalte sich vor allem die Aufrechterhaltung des gewöhnlichen Betriebs rund um die Semesterferien als schwierig: „Während der Prüfungsphase tauchen Studenten nun mal drei bis vier Wochen ab. Anschließend machen dann viele Urlaub, Praktika oder schreiben Haus-, Seminar- oder Studienarbeiten.“ Klar ist also: Die Klinik ist darauf angewiesen, dass sich ihr weitere Studierende anschließen – auch, weil mit den Absolventen der Universität immer wieder Mitglieder Regensburg und damit die Law Clinic verlassen. Graser blickt aber optimistisch in die Zukunft. Es

werde immer Studierende geben, die sich sozial engagieren wollen, ist sich der dreifache Familienvater sicher. Daran glaubt auch Clara Schmidt, Mitglied des fünfköpfigen Law-Clinic-Leitungsrats. Die Arbeit im Team mache schließlich – auch wegen Veranstaltungen außerhalb der Meetings – enorm Spaß und gebe den Beratern viel zurück. Die 21-Jährige kann aus eigener Erfahrung sprechen: „Wir erleben große Dankbarkeit der Flüchtlinge, aber auch auf Seiten der Begleiter, zum Beispiel durch die Mitarbeiter der Jugendhilfe.“ Zu sehen, dass sie im Leben der Geflüchteten etwas bewirken, ihnen wirklich helfen können, treibt die Berater und Verantwortlichen der Law Clinic an. Nicht nur deshalb strahlt Graser, als er erzählt, das Projekt sei jetzt schon größer und erfolgreicher, als es sich die Gründer jemals hatten vorstellen können. Nur nachlassen dürfe jetzt keiner, denn trotz des großen Erfolgs ist dem Professor auch klar: „Die Nachfrage nach Beratung wird immer größer sein, als wir sie je stillen könnten.“

## **F. Legal Leverage Platform e.V.**

Die Refugee Law Clinic Regensburg ist ein Projekt des Legal Leverage Platform e.V. „Der Verein betreibt die Law Clinic, lässt ihr aber sehr viele Freiheiten“, versichert Graser, der den eingetragenen Verein beinahe zeitgleich zur Law Clinic aufzog. Diese Rechtsform hat den Vorteil, dass Privatpersonen, Unternehmen oder auch Organisationen steuerabzugsfähig an den gemeinnützigen Verein spenden können. Der Legal Leverage Platform e.V. betreibt neben der Law Clinic weitere Projekte. So wurde 2016 beispielsweise das aus München bekannte „KinoAsyl“ in Regensburg veranstaltet. Auf dem Festival wurden Filme rund um die Herkunftsländer der in Regensburg lebenden Flüchtlinge gezeigt. Auch ein Blog über verwaltungsgerichtliche Verfahren ist in Planung.



**In Dubio pro peritia  
– Praktische Studienerfahrungen, die  
Rechtsstellung eines Praktikanten und  
Erkenntnisse aus Europa –**

**Inhaltsverzeichnis**

<b>A. Vorbemerkung - Praktische Studienzeit in Brüssel .....</b>	<b>96</b>
<b>B. Finanzierung des Praktikums .....</b>	<b>99</b>
<b>C. Praktikumsvertrag .....</b>	<b>99</b>
<b>D. Meine Erfahrungen in Brüssel .....</b>	<b>100</b>
I. Die Arbeit im Parlament.....	101
II. Das Praktikantenleben.....	102
III. Belgische Kultur .....	104
<b>E. Fazit.....</b>	<b>104</b>

**A. Vorbemerkung - Praktische Studienzeit in Brüssel**

Die praktische Studienzeit, wie sie von den Ausbildungsgesetzen der Länder vorgesehen wird<sup>1</sup>, ist für den Studenten der Rechtswissenschaft eine Möglichkeit, Einblicke in die Rechtspraxis zu gewinnen und so das mühsam erworbene, zugleich aber noch abstrakte juristische Wissen in der Praxis anzuwenden. Die

---

<sup>1</sup> Exemplarisch: §8 JAG (NRW), §25 JAPO (Bayern), §14 NJAVO (Nds.), § 5 Abs. 3 JAPrO (BW).

*In Dubio pro peritia – Praktische Studienerfahrungen, die Rechtsstellung eines Praktikanten und Erkenntnisse aus Europa –*

Ausbildungsgesetze erlauben es, die praktische Studienzeit im Ausland abzuleisten.<sup>2</sup> Ein Praktikum in Brüssel bietet sich in diesem Rahmen besonders an. Wohl keine andere Stadt ist so auf Praktikanten eingestellt. Man trifft auf eine städtebaulich wie kulturell einzigartig attraktive Umgebung und kann dies dann noch mit einer anspruchsvollen Tätigkeit kombinieren.<sup>3</sup>

Neben Vermietern, die sich insbesondere auf kurze Mietzeiten und Praktikanten eingestellt haben, gibt es auch eigene Praktikantenwohnheime, die von gemeinnützigen Organisationen betrieben werden. Nahezu alle Organe und Institutionen der Europäischen Union bieten die Möglichkeit, ein Praktikum zu absolvieren oder auch die Referendarstation abzuleisten. Beides ist ein geeigneter Weg, um einen vertieften Einblick in die Aufgabenbereiche und die Arbeitsweisen der jeweiligen EU-Institution zu gewinnen. Angehende Juristen haben bei der Suche nach einer Praktikumsstelle in Brüssel besonders gute Chancen, da sie durch das Studium mit den Prozessen der Gesetzgebung und dadurch mit den wohl wichtigsten Aspekten der Europäischen Institutionen in Brüssel,<sup>4</sup> vertraut sind.

Besonders interessant und gleichermaßen spannend ist es, als Praktikant im Europäischen Parlament die Arbeit des Parlaments, der Fraktionen und der Abgeordneten kennenzulernen. Die Hauptaufgaben des Parlaments ist das Mitwirken am Gesetzgebungsprozess, die Haushaltsaufsicht und die Aufsicht über die

---

<sup>2</sup> Exemplarisch: §8 III 2 JAG (NRW), §25 II 1 JAPO (Bayern), §14 II 2 NJAVO (Nds.); es empfiehlt sich vor dem Praktikum Rücksprache mit dem zuständigen Justizprüfungsamt zu halten.

<sup>3</sup> *Neubacher*, JuS 1998, 574 (575).

<sup>4</sup> Vgl. Fairhurst, 8. Auflage, 2010, S. 134 ff., Stephan Hobbe, *Europarecht* 6. Auflage, §10 rn. 55.

*In Dubio pro peritia – Praktische Studienerfahrungen, die Rechtsstellung eines Praktikanten und Erkenntnisse aus Europa –*

Kommission.<sup>5</sup> Die Abgeordneten selbst übernehmen neben der parlamentarischen inhaltlichen Arbeit auch die Rolle eines Vermittlers zwischen der Europäischen Union und den heimischen Wahlkreisen. Es liegt daher für die Abgeordneten nahe, einen Praktikanten aus dem eigenen Wahlkreis nach Brüssel zu holen, um dieser Aufgabe gerecht zu werden und Einblicke in das parlamentarische Leben zu gewähren.

Die offiziellen Praktikanten des Parlaments, die in einem sehr strengen Verfahren ausgewählt werden, mischen sich unter die Praktikanten der politischen Fraktionen, zu denen schließlich noch jene Praktikanten hinzukommen, die direkt und ganz unabhängig vom Parlament von den einzelnen Europa-Abgeordneten engagiert werden.

Es sei auch erwähnt, dass die Kommission zweimal jährlich 500 bezahlte Praktika von fünf Monaten Dauer ausschreibt, für die sich jedoch zehnmal so viel Kandidaten beim Praktikantenbüro melden.<sup>6</sup>

So zahlreich sind also die Wege, aber auch die Hindernisse, um Praktikant im Europa-Parlament zu werden.

Bei all dem ist es von entscheidender Bedeutung, sich möglichst frühzeitig zu bewerben, da die Anzahl der Plätze begrenzt ist.<sup>7</sup>

---

<sup>5</sup> Vgl. *Fairhurst*, 8. Aufl., 2010, S. 116 ff., Hölscheidt in *Grabitz/Hilf/Nettesheim*, Das Recht der Europäischen Union 46. Ergänzungslieferung 2011, Art. 14 EUV m. 22, Biber/Epiney/Haag, Die Europäische Union, 9. Auflage §4 rn. 20 ff.

<sup>6</sup> *Otto Harnier/Jean Paul Jacqué*, Kommentar zum EU-/EG-Vertrag, 6. Auflage, EG Art. 218, Rdnr. 18.

<sup>7</sup> *Brummund*, JA 2011, VI (VIII).



## **B. Finanzierung des Praktikums**

Ein Praktikum in Brüssel wird in der Regel nur gering vergütet. Normalerweise reicht die Vergütung nicht einmal, um die eigenen Mietkosten abzudecken. Eine Ausnahme bilden Praktikanten der Kommission, die bereits einen Studienabschluss mitbringen müssen und aus diesem Grund auch eine gut bezahlte Praktikumsstelle haben.<sup>8</sup> Ähnlich vergütet werden die Praktikanten des Europaparlaments.<sup>9</sup> Für Praktikanten der Abgeordneten gibt es keine interne Regelung, und die Abgeordneten vergüten das Praktikum nach Belieben. Es wird angeraten, sich frühzeitig über die Finanzierung des Praktikums Gedanken zu machen. Neben der klassischen Eigenfinanzierung sind auch Stipendien möglich, bspw. ein PROMOS Stipendium des DAAD<sup>10</sup>, Stipendien der Rotary Clubs oder auch eine Praktikumsförderung über das europäische Erasmusprogramm.

Natürlich kann man sich auch um Studien-Stipendien der Begabtenförderwerke bewerben und darüber das Praktikum finanzieren. Mancher Stipendienggeber hat hierfür auch gesonderte Zuschüsse, die man abrufen oder um die man sich intern (wenn man bereits Stipendiat des Begabtenförderwerkes ist) bewerben muss.

## **C. Praktikumsvertrag**

Im Parlament und auch bei anderen Stellen in Brüssel ist es üblich, dass zwischen Praktikant und Praktikumsgeber ein Praktikantenvertrag geschlossen wird. Dies ist für die Praktikumsgeber in vielerlei Hinsicht sinnvoll. Zum einen kommt der Praktikant häufig mit sensiblen Daten wie politischem Hintergrund-

---

<sup>8</sup> 1159,40 € Stand Mai 2017, nähere Informationen auf: <http://ec.europa.eu/stages>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>9</sup> Vgl. Art. 20 der internen Regelung über Praktika und Studienaufenthalte beim Generalsekretariat des Europäischen Parlaments.

<sup>10</sup> Informationen erhält man häufig beim International Office seiner Universität.

wissen und vertraulichen Anfragen von Bürgern in Berührung, zum anderen kann so eine Vergütung bestimmt oder ausgeschlossen werden. Auch für die Praktikanten hat ein solcher Vertrag Vorteile. So dient der Vertrag als Nachweis einer eventuell gewährten Vergütung und außerdem verpflichtet sich der Praktikumsgeber, den Praktikanten in einer Weise zu beschäftigen, die seiner Ausbildung dient.<sup>11</sup> Aus dem Praktikantenvertrag und aus §630 BGB kann sich zudem ein Anspruch auf ein Praktikums-Zeugnis ergeben.<sup>12</sup> Es sei darauf hingewiesen, dass der Praktikant in einem solchen Fall ein Recht auf ein Zeugnis hat, das seine Leistungen hervorhebt und nicht unbegründet negativ ausfällt.

Für einen Praktikantenvertrag gelten grundsätzlich die allgemeinen vertragsrechtlichen Vorschriften.<sup>13</sup>

Jedoch muss bedacht werden, dass das Praktikum im Ausland stattfindet und daher nicht zwingend deutsches Recht anwendbar ist. Es wird jedoch regelmäßig im beiderseitigem Interesse sein, dass zwischen deutschem Praktikanten und ebenfalls deutschem Abgeordneten deutsches Recht zumindest stillschweigend vereinbart wird.<sup>14</sup> Praktikantenverträge können natürlich auch mündlich vereinbart werden,<sup>15</sup> jedoch gehen dann beide Seiten das Risiko der Beweisbarkeit des Vertrags und dessen Inhalts ein.

## **D. Meine Erfahrungen in Brüssel**

Schon allein der Umstand, mit so vielen Nationalitäten, unterschiedlichsten kulturellen Hintergründen und verschiedenen Fremdsprachen in Be-

---

<sup>11</sup> Vgl. Scherer, NZA 1986, 280, 282ff; Schade, NZA 2012, 654, 654 ff.

<sup>12</sup> Vgl. Scherer, NZA 1986, 280, 282; Schade, NZA 2012, 654, 657.

<sup>13</sup> Scherer, NZA 1986, 280.

<sup>14</sup> Vgl. Art. 3 I Nr. 1 lit. b) EGBGB iVm Art. 3 Verordnung (EG) Nr. 593/2008 (Rom I).

<sup>15</sup> Schmidt, AR-Blattei "Volontär und Praktikant" D; ders., BB 1971, 313; Herold-Hohn-Romanovszky, Vorteilhafte Arbeitsverträge, 2. Aufl., S. 246.

rührung zu kommen, war faszinierend und aufregend zugleich. Ein Abenteuer erwartete mich in Brüssel.

## **I. Die Arbeit im Parlament**

Allgemein lässt sich zu der Arbeit im Parlament sagen, dass sie sehr spannend, umfangreich und interessant ist. Die Praktikumszeit vergeht dann in der Regel schneller, als man denkt.

Man begleitet seinen Abgeordneten in die verschiedenen Ausschüsse, verfolgt interessante Plenar-Debatten und bekommt so mit der Zeit einen recht ordentlichen und vor allem umfassenden Einblick in die Alltagsaufgaben eines Europa-Abgeordneten.<sup>16</sup>

Wenn man Glück hat, dann darf man an fast allen Aufgaben mitarbeiten, die ein wissenschaftlicher Mitarbeiter zu erfüllen hat. Dazu gehörten klassische Büroaufgaben (wie bspw. Briefe und Emails organisieren), das Anfertigen von Entwürfen zu Schriftsätzen und Stellungnahmen und das Schreiben von kurzen Berichten über die aktuelle Entwicklung politischer Themen.

Die Arbeitssprache in den deutschen Abgeordneten Büros ist in der Regel Deutsch, da die deutschen Abgeordneten viel untereinander und mit den Menschen aus ihren Wahlkreisen Kontakt haben. Die Parlamentsverwaltung hat die Büros außerdem so verteilt, dass deutsche Abgeordnete zusammen, je nach Fraktion, auf einer Etage ihre Büros haben.

Trotzdem kommt man auch mit vielen anderen Nationalitäten und deren Sprachen in Berührung. Dass in Brüssel die unterschiedlichsten Sprachen aufeinander

---

<sup>16</sup> Mitglied des Europäischen Parlaments (MdEP).

dertreffen, wird erlebt man insbesondere in den einzelnen Ausschüssen.<sup>17</sup> Daher empfehlen sich, neben der Muttersprache auch Englisch- und idealer Weise (wenn auch nicht zwingend erforderlich) Französischkenntnisse. Als Praktikant wird einem häufig die Aufgabe zugewiesen, an Sitzungen der einzelnen Ausschüsse teilzunehmen, um dort die Verhandlungen zu protokollieren. Die meisten Redner tragen in ihrer eigenen Landessprache vor, weswegen es in jedem Sitzungssaal zahlreiche Übersetzerkabinen gibt, die je nach Bedeutung der Sitzung mit bis zu drei Übersetzern für jede europäische Sprache besetzt sind.<sup>18</sup>

So selbstverständlich die Teilnahme an diesen Sitzungen ist, so ist sie doch eine der wichtigsten und prägendsten Erfahrungen des Praktikums, da man hier direkt in das politische Geschehen eintaucht.

Der Verfasser empfiehlt überdies, mutig zu sein und auch mal nachzufragen, ob man auch an nicht unkonventionellen Aufgaben wie z.B. einer Besuchergruppenführung aus dem Wahlkreis des Abgeordneten oder größeren Projekten des Büros mitarbeiten, sie vielleicht sogar selbstständig durchführen darf. Das schärft den Blick für die Details und macht das Praktikum erst richtig interessant.

## **II. Das Praktikantenleben**

Eine Unterkunft in Brüssel zu finden, ist gar nicht so schwierig. So halten die Abgeordneten Listen von Wohnungen bereit, die vornehmlich an Praktikanten vermietet werden und die einem nach erfolgreicher Bewerbung aushändigt werden.

---

<sup>17</sup> Vgl. Bieber/Epiney/Haag, Die Europäische Union, §4 m. 113 (23 Vertragssprachen Stand 2012).

<sup>18</sup> Otto Harnier/Jean Paul Jacqu e, Kommentar zum EU-/EG-Vertrag, 6. Auflage, EG Art. 218, Rdnr. 20.

*In Dubio pro peritia – Praktische Studienerfahrungen, die Rechtsstellung eines Praktikanten und Erkenntnisse aus Europa –*

Bei dem städtischen Verkehrsbetrieb MIVB / STIB kann man in der BOOTIK in der Nähe der Börse Monatskarten für den öffentlichen Nahverkehr kaufen. Das ist sehr zu empfehlen, da man sich mit den öffentlichen Nahverkehrsmitteln in Brüssel ausgezeichnet fortbewegen kann und dank des Monatstickets Geld spart. Nachts muss man jedoch vorsichtig sein. Zum einen fahren die U- und Straßenbahnen nicht die ganze Nacht durch. Zum anderen ist es in Brüssel nachts, insbesondere im dann ausgestorbenen Europaviertel, sehr gefährlich. Kurz nachdem der Verfasser sein Praktikum beendet hatte, wurde die bayrische Abgeordnete Frau Dr. Niebler nachts im Europaviertel überfallen und ausgeraubt.<sup>19</sup> Anfang 2011 kam es darüber hinaus noch zu einem zweiten Überfall im Europaparlament auf die dortige Postfiliale.<sup>20</sup>

Die Abende als Praktikant kann man in Brüssel erstaunlich interessant und facettenreich gestalten, da die Abgeordneten regelmäßig eine Vielzahl Einladungen erhalten, die sie jedoch idR nicht alle persönlich wahrnehmen können und daher an ihre Mitarbeiter bzw. Praktikanten delegieren.

Zudem findet seit Jahren jeden Dienstag ein Stammtisch der Praktikanten am Place Jourdan im *Chez Bernard* statt, eine sehr gemütliche Kneipe in unmittelbarer Nähe zum Parlament. Die Kontakte, die dort geknüpft werden können, reichen weit über den Kreis der Praktikanten des Europaparlaments hinaus.

Insbesondere die Abendveranstaltungen der Interessengruppen in den Landesvertretungen oder Hotels von Brüssel sind für einen Praktikanten Highlights, da er dort eine andere Facette des politischen Brüssels kennenlernen kann (außer-

---

<sup>19</sup> „Brüssel ist Europas Hauptstadt des Verbrechens“, Die Welt 19.10.2009.

<sup>20</sup> „Bewaffneter Überfall im Europaparlament – während des EU-Gipfels“, Stern 04.02.2011.

dem gibt es gute und kostenlose Verköstigung: Schließlich werden Mitglieder des Europäischen Parlamentes erwartet!).

Bei Essen, Getränken und Unterhaltung treffen sich dort Politiker, Beamte und Interessenvertreter, um sich zu vernetzen und über aktuelle politische Themen zu diskutieren. Häufig trifft man dort interessante und einflussreiche Persönlichkeiten, die an der europäischen Gesetzgebung aktiv mitarbeiten.

### **III. Belgische Kultur**

Brüssel bietet dem Praktikanten das Nachtleben einer Großstadt, vielfältige Sehenswürdigkeiten abseits des Europaviertels und das faszinierende Miteinander unterschiedlichster Kulturen. Als Belgiens Hauptstadt wird Brüssel weder Flandern noch der Wallonie zugerechnet, daher sind sämtliche Straßennamen sowohl in Französisch als auch in Niederländisch geschrieben. Die vorherrschende Sprache in Brüssel ist jedoch Französisch, lediglich an den Stadträndern überwiegt Niederländisch.

### **E. Fazit**

Ein Praktikum oder eine Referendarstation in Brüssel ist zum einen sehr lehrreich, da man voll und ganz in die Routinearbeit in den Büros der Abgeordneten eingebunden wird, und zum anderen auch nachhaltig prägend, da man sieht, wie das Europäische Parlament arbeitet, wie sich die Praxis zur (an der Uni gelerten) Theorie verhält, und man ein Gefühl für die Aufgabenbereiche und die Arbeitsweisen des Europäischen Parlaments und der anderen EU-Institutionen gewinnt.

*In Dubio pro peritia – Praktische Studienerfahrungen, die Rechtsstellung eines  
Praktikanten und Erkenntnisse aus Europa –*

Wer in Brüssel war, kommt in der Regel mit einem guten Netzwerk zurück nach Deutschland und hat überdies gute und interessante Erfahrungen in einer faszinierenden Stadt sammeln können.

Einzig negativ ist, dass Brüssel eine sehr teure Stadt ist. Trotzdem gibt es wohl kaum ein Praktikum oder eine zeitlich begrenzte Tätigkeit, die einen besseren Einblick in unsere im Umbruch befindliche politische Welt geben könnte. Es gilt, was Kurt Tucholsky so treffend formuliert hat: „Erfahrungen vererben sich nicht – jeder muss sie allein machen.“

Trotzdem; Die hohen Erwartungen werden sicherlich nicht enttäuscht werden! Wer also den organisatorischen Aufwand und die Mühen der Reisevorbereitung nicht scheut, der wird in Brüssel großartige Erfahrungen sammeln können.<sup>21</sup>

---

<sup>21</sup> Neubacher, JuS 1998, 574 (575).





*Dr Emma Jones, Hugh McFaul and Francine Ryan*

# **Clinical legal education in the United Kingdom: Origins, growth and the technological innovations and challenges of its future**

## **Contents**

<b>A. Introduction .....</b>	<b>108</b>
<b>B. The past and present of CLE in the UK.....</b>	<b>109</b>
I. Defining CLE in the context of UK law schools.....	109
II. The History of CLE.....	111
III. Current CLE practice in UK law schools .....	113
IV. CLE and the marketization of higher education .....	115
<b>C. Technological innovation in the justice system .....</b>	<b>117</b>
I. The international rise of information technology and ODR.....	117
II. Technological innovations in the UK justice system.....	118
III. CLE and technological innovation .....	121
IV. Harnessing technology in UK CLE.....	122
<b>D. Preserving the human face of law in an online environment .....</b>	<b>124</b>
I. Relational approaches to law and “soft skills” .....	124
II. Challenges and opportunities in the online law clinic .....	128
<b>E. Conclusion.....</b>	<b>135</b>

## **A. Introduction**

This essay will begin by exploring the increasingly important role of clinical legal education („CLE“) within the United Kingdom („UK“). In doing so, after providing an initial definition of CLE, it will situate its development within the wider international context, as well as exploring the challenges currently posed to CLE by broader changes in UK higher education, in particular its growing marketization.

In considering the future of CLE in the UK, this essay will focus on the potential offered by the increasing prevalence of information technology within society and its utilisation as a way of communicating legal advice and information. This can involve both the use of online methods of communication within CLE, for example, via emails and online video conferencing, and also the development of new products which provide innovative routes to promote access to justice, such as downloadable apps. The example of The Open University in the UK will be used to demonstrate how information technology can be harnessed within CLE, drawing on its current

development of an online pro bono<sup>1</sup> project, Open Justice, which includes the provision of an online law clinic staffed by students and housed within an optional pro bono module attracting academic credit.

The final part of this essay will offer a critique of the use of technology within CLE, focusing in particular on the example of an online law clinic. It will use

---

<sup>1</sup> The phrase pro bono derives from *pro bono publico*-- „for the public good“. A definition of pro bono activity is provided by the *Joint Pro Bono Protocol for Legal Work* agreed by the Law Society, Bar Council and Chartered Institution of Legal Executives representing the major branches of the English legal profession. This states (at section 1.1) that “when we refer to Pro Bono Legal Work we mean legal advice or representation provided by lawyers in the public interest including to individuals, charities and community groups who cannot afford to pay for that advice or representation and where public and alternative means of funding are not available.”

existing work on the importance of the affective domain<sup>2</sup> within law to reflect on how both inter-personal dynamics and intra-personal traits may impact on the way in which the technology is utilised and the engagement with such innovations by those providing, and those receiving, advice through online mediums.

Overall, the discussions in this essay will demonstrate that CLE has developed to become a well-established and increasingly important part of the UK legal landscape. This can be further enhanced and developed through harnessing appropriate and innovative technologies, but only when attention is also paid to the human face of online legal work and the demands and opportunities it affords for individuals involved in it.

## **B. The past and present of CLE in the UK**

### **I. Defining CLE in the context of UK law schools**

The types of activity included under the umbrella of CLE in the UK context are varied and it is impossible to provide neat definitional parameters. It is worth noting that the English word *clinic* is derived from the Greek *klinikos*, which can be translated as „from the bed“. As Giddings points out, this shows the inspiration that CLE has taken from medical education which emphasises the importance of applying theoretical knowledge in a practical setting.<sup>3</sup> As such, he offers the following useful definition of CLE:

---

<sup>2</sup> The term affective domain is used here to refer to the emotions and feelings of individuals involved in CLE, drawing on the definition by Shuman and Scherer in Pekrun and Linnenbrink-Garcia, *International Handbook of Emotions in Education*, 2014, 18; see also Boekaerts in Pekrun and Schutz, *Emotion in Education*, 2007, p.37.

<sup>3</sup> Giddings, *Promoting Justice through Clinical Legal Education*, 2013, p.14.

„Clinical legal education involves an intensive small group or solo learning experience in which each student takes responsibility for legal or law-related work for a client (whether real or simulated).“<sup>4</sup>

Giddings emphasises the key pedagogical principle that CLE involves students being active in the learning process and having the opportunity to reflect and learn from their experience<sup>5</sup>. In doing so it goes beyond skills training and calls on students to engage with the law as an open ended subject and to scrutinise wide ranging social and legal issues which facilitates professional ethical development in a practical context.<sup>6</sup>

Whilst reflective student practice can be considered a hall mark of CLE, there is a broad range of student activity that fits under this pedagogical umbrella to the extent that Kemp *et al* argue that argue that „CLE can mean different things in different contexts“.<sup>7</sup> Drummond and McKeever point out that a common type of activity is for students to provide legal advice to members of the public under supervision.<sup>8</sup> However, even here the range of activities are considerably varied. Kerrigan and Murray show that law clinics can range from in-house advice and representation clinics, which can provide a similar service to the client that they would expect if they went to a law firm for advice, to advice- only services which assist the client in identifying the legal issue and provide a referral service to other agencies.<sup>9</sup> In addition to in-house activities, students may take part in placements or externships or specialist projects such as the Innocence Pro-

---

<sup>4</sup> Giddings, footnote 3, p.14.

<sup>5</sup> For a wider discussion of the relevance of reflective learning see Kolb, *Experiential Learning: Experience as the Source of Learning and Development*, 2nd ed, 2014.

<sup>6</sup> Drummond and McKeever, *Access to Justice through University Law Clinics*, 2015, p. 12.

<sup>7</sup> Kemp, Munk and Gower, *Clinical Legal Education and Experiential Learning: Looking to the Future*, 2016, p.2.

<sup>8</sup> Drummond and McKeever, footnote 5, p.12.

<sup>9</sup> Kerrigan and Murray, *A Student Guide to Legal Education and Pro Bono*, 2011, pp.1-2.

ject<sup>10</sup>, or Free Representation Unit<sup>11</sup>. Kerrigan and Murray also argue that Public Legal Education („PLE“) activities such as Streetlaw<sup>12</sup>, which are designed to enhance public awareness of legal issues, should also be included in the definition, despite being at first sight distinct from traditional legal practice, as although not involving the delivery of individual legal advice it does involve „working to a specific brief and interacting with the public in relation to legal rights and responsibilities“.<sup>13</sup>

Thus it can be seen that CLE refers to a wide variety of student activity within UK law schools but has a commonality in its pedagogical approach giving primacy to active participation and reflective learning. As Giddings' definition illustrates, inherent within this approach is the aspiration to develop the reflective abilities and professional ethics of learners exposed to CLE activities. In addition to the above educational purposes, CLE also arguably has a role to play in developing a culture of commitment to pro bono and social justice legal work amongst the next generation of lawyers.<sup>14</sup> However, pro bono and CLE are conceptually distinct in that their primary aims are different. Pro bono activities seek to provide free legal services whereas the primary focus of CLE activities are the educational benefit it provides to students.

## **II. The History of CLE**

The origins of CLE are commonly traced back to the publication of a journal article in 1933 by Jerome Frank, „Why Not a Clinical Lawyer-School?“ where the Yale Research Associate argued that the law schools should move away from the academic based case law approach, which remains the orthodoxy in

---

<sup>10</sup> <https://www.innocenceproject.org/>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>11</sup> <http://www.thefru.org.uk/>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>12</sup> <http://streetlaw.org/>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>13</sup> Kerrigan and Murray, footnote 9, p.7.

<sup>14</sup> Rhode, *Fordham Law Rev.*, 1999, 2415.

common law jurisdictions, towards a practical model inspired by medical school clinical teaching.<sup>15</sup> This movement had gained momentum by the 1950s, with grants from The Ford Foundation which supported the widespread development of CLE in US law schools. This growth led to the current situation of the vast majority of US law schools incorporating clinical programmes<sup>16</sup>, the existence of the Clinical Legal Association („CLEA“) and an active academic journal: the *Clinical Law Review*.<sup>17</sup>

Although the growth of the CLE movement in the US was given a boost by the capital support of the Ford Foundation, Drummond and McKeever<sup>18</sup> argue that the motivations for the growth in CLE were as much to do with the constitutional imperative of providing legal services for the poor as for educational purposes. The development of CLE in Australian law schools followed a similar pattern in that it focused on community legal centres and providing a service to the poor that would not otherwise be available. Arguably it is this mode of historical development that at least contributes to the current CLE movement with its focus on public service in addition to its educational rationale.<sup>19</sup>

The development of CLE in the UK differed in that, aside from a handful of Universities offering CLE in the 1970s and 1980s<sup>20</sup>, engagement with clinical methods was sporadic. Kent University and the University of Warwick were

---

<sup>15</sup> Frank, *Univ. Penn. Law Rev.*, 1933, 907.

<sup>16</sup> Note that the American Bar Association has a mandatory requirement that all law schools provide opportunities for students to access law clinics or field placements Standard 303 ABA(2015). There is no equivalent requirement for UK undergraduates.

<sup>17</sup> Kemp *et al*, footnote 7.

<sup>18</sup> Drummond and McKeever, footnote 6;

<sup>19</sup> For a wider discussion of the development of CLE in Australia see Giddings, footnote 3.

<sup>20</sup> It should be noted that the routes to qualification as a lawyer in the UK can be contrasted to the US route to qualification, which has no equivalent of a vocational stage of training. The US route consists of an undergraduate degree followed by a three year J.D. degree and a subsequent requirement to pass the bar exam.

early pioneers opening a clinic in 1973 and 1976 respectively but only four law school clinics were operating in the 1980s: Warwick, Northumbria, Birmingham and London's Southbank University. The CLE movement developed greater traction in the next decade with an increase in the number of CLE offerings<sup>21</sup> resulting in the formation of a national support body for legal clinicians: The Clinical Legal Education Organisation („CLEO“).<sup>22</sup> That the resurgence in interest clinical methodology stems from as recently as the 1990s could partly be due to the fact that in the UK, until the 1980s, the existence of extensive provision of state funded legal services meant the imperative to provide legal services for the poor did not yet exist. The recent cuts to state funded provision for legal services<sup>23</sup> have heralded an era of increased unmet legal needs, especially amongst economically marginalised groups. As such this has led to a renewed focus on what the role UK law schools can play in attempting to meet this need. Overall, Bloch argues that CLE has grown into a truly global movement which has a concern for legal reform and social justice.<sup>24</sup>

### **III. Current CLE practice in UK law schools**

CLE is now a significant feature of UK law school practice. The most recent comprehensive survey of clinical activity was conducted by Carney *et al* in

---

<sup>21</sup> Grimes, IJCLE, 2000, 1.

<sup>22</sup> CLEO remains active in supporting the development of CLE and pro bono work in the UK and works with Northumbria Law School to publish the *International Journal of Clinical Legal Education*.

<sup>23</sup> The UK has seen a marked retrenchment in the scale of legal services provision over recent decades. The legal aid system has gone from being recognised as one of the most generous to one that, with the passing of the Legal Aid, Punishment and Sentencing of Offenders Act 2012, has undergone a considerable reduction in scale and scope. For a wider discussion of the impact of legal aid reforms to access to justice see Sommerlad, Sanderson, *Journal of Social Welfare and Family Law*, 2013, 305.

<sup>24</sup> Bloch, *The Global Clinical Movement: Educating Lawyers for Social Justice*, 2011. The Global Alliance for Justice Education brings together clinical practitioners from around the world and The European Network of Clinical Legal Education includes many CLE practitioners from civil law jurisdictions.

2014 on behalf Law Works.<sup>25</sup> They achieved responses from 80 UK law schools, which amounts to 73% of the total number. Of those that responded 96% reported involvement in pro bono or CLE activity which equates to at least 70% of the total number of UK law schools, a marginal increase from the previous survey in 2010 but a considerable one in comparison to the first survey in 1995. Carney *et al* estimate that this equates to approximately 10 000 law students taking part in CLE activities across the UK.<sup>26</sup> The 2014 survey illustrates the increasing variety of activity taking place across the CLE sector. PLE activities, including Streetlaw, amounted to the most frequently occurring form of activity, with 67 out of the 80 law responding law schools reporting engagement in this area. This is to be expected given that these type of activities can be less resource intensive to supervise and therefore cheaper to provide than law clinics which tend to require higher level of professionally qualified supervision. Nevertheless, law clinics were the second most popular type of activity with 45 law schools engaging in generalist advice work and 35 in specialist advice work. Of the specialist advice clinics, the four most popular types of law were Employment, Family, Welfare and Housing, the popularity of which can be seen in the context of declining levels of state-supported legal advice in these areas. Other work included the Innocence Project and court and tribunal representation in addition to miscellaneous work such as mentoring and form filling assistance.<sup>27</sup>

The report illustrated that CLE activity was increasingly incorporated into the academic curriculum as part of degree programme with 25% of law schools

---

<sup>25</sup> Law Works is the Law Society's pro bono charity, formerly known as the Solicitors' Pro Bono Society. The Law Society is the professional body for Solicitors operating in the English legal system. .

<sup>26</sup> Carney, Dignan, Grimes, Kelly and Parker, 2014, <https://www.lawworks.org.uk/sites/default/files/LawWorks-student-pro-bono-report%202014.pdf>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>27</sup> Carney *et al*, footnote 26, p.4.



providing academic credit for their CLE programmes compared to only 10% in 2010.<sup>28</sup> This is perhaps reflective of wider trends in the higher education sector including the drive to deliver employability skills as part of undergraduate degree programmes, in addition to the increased market competition between providers.

Thus the current landscape within UK law schools includes varied and vibrant CLE provision which has seen a marked increase since the Universities of Kent and Warwick began their pioneering experimentation with clinical legal education in the 1970s. The final section of part B will offer some brief reflections on some of the challenges and opportunities facing CLE in the face of the UK's dynamic legal education landscape.

#### **IV. CLE and the marketization of higher education**

The sustained growth of CLE provision within the UK over recent years leaves it in a strong position but also facing numerous challenges. In particular, the aspirations of CLE practitioners to deliver both a rich educative experience and contribute to wider aims of promoting access to justice have to be seen in the context of the environment in which law schools operate. The UK higher education sector has experienced increasing levels of marketization over recent decades which has had a significant impact on law schools.<sup>29</sup> UK law schools now operate in an environment that has been subjected to progressive marketization with the advent of comparative league tables for research quality and the introduction of some of the most expensive tuition fees in Europe. This has combined with reductions in public funding to result in an increasingly consumerist student population and higher education institutions which have to

---

<sup>28</sup> Carney *et al.*, footnote 26, p.5.

<sup>29</sup> Thornton, *Privatising the Public University: The Case of Law*, 2012.

seek competitive advantage wherever possible.<sup>30</sup> Recent developments look set to exacerbate this trend as the implications of the UK's imminent withdrawal from the European Union is likely to make the University funding environment increasingly competitive<sup>31</sup> and reliant on student fee income. The introduction of the Teaching Excellence Framework<sup>32</sup> (TEF) provides an additional metric to measure University performance and thus increase competition between providers.

These changes provide both challenges and opportunities for clinical practitioners in the UK. The increased emphasis on the quality of teaching heralded by TEF is arguably likely to increase universities interest in the provision of CLE, given the pedagogic benefits and consequent levels of students satisfaction associated with experiential learning. However Drummond and McKeever point to the fact that the social justice mission of CLE may be pushed out in the rising tide of marketization.<sup>33</sup>

In addition to student fee income, universities in the UK receive funding via the Research Excellence Framework (REF)<sup>34</sup>. The most recent exercise took place in 2014 and the panel noted that although it welcomed legal education research the quality of the outputs were uneven.<sup>35</sup> As Drummond and McKeever argue this can present a challenge to investment in research into CLE methods and

---

<sup>30</sup> Thornton, footnote 29, p.7; Drummond and McKeever, footnote 6, p.13.

<sup>31</sup> <https://www.theguardian.com/education/2016/dec/01/brexit-significant-risk-universities-income>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>32</sup> <http://www.hefce.ac.uk/lt/tef/>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>33</sup> Drummond and McKeever, footnote 6, p.13.

<sup>34</sup> This exercise rates the comparative quality of the research outputs of universities and research funding is distributed proportionately according to these rankings.

<sup>35</sup> REF, 2014, <http://www.ref.ac.uk/media/ref/content/expanel/member/Main%20Panel%20C%20overview%20report.pdf>, 71, [Stand: 27.05.2017].

practices, if university authorities take the view that the requisite standard cannot be met in this field.<sup>36</sup>

However, arguably, there is ample opportunity CLE practitioners to experiment in innovative methods of legal service delivery which can produce quality research outputs that will help develop policy on the future shape of legal service provision. The organic development of CLE provision and the increasing levels of collaboration with local partners seems to provide fertile ground for the development of innovative evidence based practice. One such area of innovation that CLE practitioners have the opportunity to respond to is that led by the increased use of information technology in the provision of justice. The potential role that UK CLE practitioners can play in responding to these and other technological innovations within the UK's legal system will be explored further in part C below.

## **C. Technological innovation in the justice system**

### **I. The international rise of information technology and ODR**

Information technology is increasingly a key component of our lives - the forecast for the number of smart phone users in the UK by the end of 2017 is 44.9 million.<sup>37</sup> Google and other search engines are regularly used to find information and locate services. In 2016 the internet was used daily by 41.8 million adults in the UK, 77% of adults purchased goods or service online and 89% of households had access to the internet.<sup>38</sup> The most popular devices to access

---

<sup>36</sup> Drummond and McKeever, footnote 6, p.14.

<sup>37</sup> <https://www.statista.com/statistics/270821/smartphone-user-in-the-united-kingdom-uk/>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>38</sup> Office for National Statistics, 2016, [www.ons.gov.uk/peoplepopulationandcommunity/householdcharacteristics/homeinterne](http://www.ons.gov.uk/peoplepopulationandcommunity/householdcharacteristics/homeinterne)

the internet were mobile or smart phones with 71% of people using them. The popularity of those devices is the ability to connect on the move.<sup>39</sup> Technology allows people to access information, communicate at a distance and at a time to suit them.

The use of information technology has also become an increasingly significant factor in the delivery of legal education, legal services and in the adjudication of civil disputes. Smith and Patterson show that this is an area with potential to provide innovative solutions to increase access to legal advice.<sup>40</sup>

Technology is starting to drive the administration of justice with virtual courts and online dispute resolution („ODR“) providing alternative methods of resolving legal issues. ODR is a process where legal disputes are resolved via web based systems and there are a number of different versions of this. For example, in The Netherlands, the Dutch government is pioneering the use of ODR with the Rechtwijger.nl project (translated as ‘signpost to justice’, ‘roadmap to justice’ or ‘conflict resolution guide’). This launched in 2014, helping people with divorce related issues and was extended in 2015 to include landlord- tenant, consumer conflicts and employment issues.

## **II. Technological innovations in the UK justice system**

Within the UK, the impact of the reduction in legal aid and the rise of litigants in person has led to a re-think in how justice is delivered.

„To serve the needs of a 21<sup>st</sup> Century society, the justice system must be *digital by default* and design.... The creation of online justice cannot therefore simply

---

tansocialmediausage/bulletins/internetaccesshouseholdsandindividuals/2016, [Stand: 27.05.2017].

<sup>39</sup> Office for National Statistics, footnote 39 p.4.

<sup>40</sup> Smith and Patterson, Face to Face Legal Services and Their Alternatives: Global Lessons from the Digital Revolution, 2015.

## *Clinical legal education in the United Kingdom*

be a matter of digitising what might be called the frontline processes. It must go further than that. It must properly embrace what is described as Online Dispute Resolution.<sup>41</sup>

In England and Wales there are some existing examples of ODR.<sup>42</sup> The Ministry of Justice launched Money Claim Online („MCOl“) in 2002, a form of ODR which allows claimants and defendants to make or respond to a money claim online. A MCOL is for fixed amounts of money less than £100,000 against no more than two defendants in England and Wales. If the claim is disputed it will proceed to hearing before a District Judge.<sup>43</sup>

The importance of digital engagement was further outlined by the publication of the 2016 Civil Courts Structure Review by Lord Briggs („the Briggs Report“). The focus has been on designing a new process that incorporates the experiences of other jurisdictions but is more transformative. The Briggs Report proposes a new online court to be used by litigants which will become a compulsory form of civil dispute resolution for certain types of claim. The value and types of claims the online court will adjudicate on are significant. Lord Briggs recommends the online court should deal with claims up to £25,000 but it should be a gradual implementation process, starting with claims below £10,000, and at the beginning be limited to specified money claims, for example, contractual claims for remedying defects. This would exclude

---

<sup>41</sup> Ryder, *The Modernisation of Access to Justice in Times of Austerity*, 5<sup>th</sup> Annual Ryder lecture, the University of Bolton, 2016.

<sup>42</sup> The English and Welsh largely share a legal system, whereas in Scotland and Northern Ireland the legal systems are significantly different, although CLE is thriving across all four countries.

<sup>43</sup> The guidance for making a claim is 27 pages long and is complicated for a lay person to follow. It is available online at [https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment\\_data/file/520203/money-claim-online-user-guide.pdf](https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/520203/money-claim-online-user-guide.pdf), [Stand: 27.05.2017]. If, the claimant secures judgment and the defendant fails to pay the debt the claimant can only also request a warrant online.

unspecified money claims, for example personal injury, professional negligence cases, and non-monetary claims such as injunctions, specific performance and possession of homes. However, it is expected in the future unspecified money claims will fall within the remit of the court.

The recoverable costs regime will be the same as used in the Small Claims Track<sup>44</sup> but in addition there will be a fixed cost payment for advice at the start to determine the merits of a case. It is not intended that lawyers will be excluded from the online court, but limiting it to fixed recoverable costs potentially significantly reduces the role of lawyers are likely to play in the process.

One of the other interesting aspects of the report is the recommended introduction of legally qualified Case Officers who will be responsible for managing and resolving online disputes through either mediation or early neutral evaluation. The introduction of Case Officers provides new career opportunities for law students, but it also highlights that law students need to be prepared for the changing role of legal professionals and that legal education has to adapt to reflect the realities of an online justice system. CLE will need to respond to the changes that are beginning in the justice system by utilising technology in its delivery and working and ensuring that law students can meet the resulting challenges and harness the opportunities provided the next section will consider the role of technological innovation within CLE, using the example of The Open University to highlight the potential in this area.

---

<sup>44</sup> The Civil Procedure Rules Part 27: <https://www.justice.gov.uk/courts/procedure-rules/civil/rules/part27>, [Stand: 27.05.2017]. The Practice Direction part 7.2 states the amount paid for legal advice and assistance in small claims is a sum not exceeding £260.00.

### **III. CLE and technological innovation**

„The future of legal service is neither Grisham or Rumpole. Nor is it wigs, wood panelled court rooms, leather bound tomes, or arcane legal jargon. It will not even be the now dominant model of lawyering, which is face-to-face, consultative professional services by advisers who meet clients in their offices, whether glitzy or dusty, and dispense tailored counsel. To meet the needs of clients, we will need to dispense with much of our current cottage industry and re-invent the way in which legal services are delivered.“<sup>45</sup>

As examined in part C, section I, and emphasised by Susskind, in the future the internet and information technology will be critical within legal services and dispute resolution. CLE has an important role to play in this technological engagement, with Walker *et al* arguing that law schools can become effective knowledge centres in society in a technological age by focusing not only traditional CLE activities but on using the internet to create and develop resources that address societal need.<sup>46</sup> Law students should be encouraged to think of new ways to be the producers of knowledge in a digital age to help address legal problems.

CLE teaches a variety of skills and offers the ability to incorporate digital skills and literacy into its curriculum in a way which prepares students for future legal practice:

„.....the digital lawyer will be employing a broader range of skills and an outlook that reflects not simply what the new technologies do but the manner in which they do it.“<sup>47</sup>

---

<sup>45</sup> Susskind, *Tomorrow's Lawyers*, 2013, p.xv.

<sup>46</sup> Walker, Durwin, Hwang, Langlais, Boyd, *Chi.-Kent Law Rev.*, 2013, 879.

<sup>47</sup> Katsh E, *Pitt. L Rev.*, 1994, 55. 1141- 1175 p.1169

It is not just about teaching students „computer skills“ but about gaining an understanding of the way in which technology works and an appreciation of the issues that may arise when using technology.<sup>48</sup>

The incorporation of technology within the CLE curriculum also provides scope for students to consider how it could be used to address access to justice. For example, in the US, Rostain *et al* discuss how students at Georgetown University Law Center developed a ‘Same-Sex Marriage Adviser app that could be used across fifty states in America. The purpose of the app is to help users decide whether they are able to get married or cohabit in the state in which they live and what impact it might have on their legal rights. Similar projects are happening at Chicago-Kent College of Law, New York School and Vermont Law School.<sup>49</sup>

#### **IV. Harnessing technology in UK CLE**

Despite wider technological developments, Kerrigan and Murray show that traditionally CLE in the UK has involved universities providing law clinics on a number of different areas of law in a face-to-face setting.<sup>50</sup> Some law schools locate their law clinic in the law faculty, whereas others choose to share premises with community groups or other advice centres. Kerrigan and Murray do not discuss delivering CLE online and in the UK there are no law faculties currently providing an online law clinic.<sup>51</sup> However, despite this lack of technological innovation to date, the first online law clinic within the UK is scheduled to open in 2017 as part of The Open University’s Open Justice project,

---

<sup>48</sup> Goodenough and Lauritsen, 2013, p.70.

<sup>49</sup> Rostain, Skalbeck and Mulcahy, *Chi.-Kent Law Rev.*, 2013, p.745.

<sup>50</sup> Kerrigan and Murray, footnote 9, pp.1-2.

<sup>51</sup> The University of Cumbria was piloting an online law clinic but that does not appear to be still operating as their website states that students have the opportunity to work on law cases in a Street law project and at a local business centre. Other universities offer email advice, and or skype interviews including Strathclyde University.



## *Clinical legal education in the United Kingdom*

involving the creation of a CLE model that embraces technology and gives law students the opportunity to develop important digital literacy skills.<sup>52</sup>

The planned online law clinic will provide advice on contract, tort and consumer issues and, as the project develops, will be expanded to other areas of law. Prospective clients will complete an online web form which will outline their legal issue, students will conduct virtual interviews using web based technology and prepare letters of advice sent via email in a bespoke case management system. All documents and matters that relate to the client will be stored online. There will be no „physical“ law clinic it will be a „virtual“ law clinic.

The online nature of the law clinic will allow it to offer a service that clients can access at a time of their choosing, from any location in the UK, with no physical barriers and no costs of attendance. It aims to replicate the flexibility The Open University provides in higher education to CLE and put technology at the forefront of its offering. However, in preparing to launch the clinic, it has also been necessary to consider how both students and clients will interact with, and in, the online environment. In essence, how to avoid losing the “human face”<sup>53</sup> of law. This will be explored further in part D.

---

<sup>52</sup> The Open University is the largest UK University and a leading expert in flexible higher education. Its law degree is the most popular in the UK and it currently has 7,000 students studying on it. The Open University provides distance learning combining online delivery with face to face or online interaction and personalised tutor support ([www.open.ac.uk](http://www.open.ac.uk), [Stand: 27.05.2017]) The majority of Open University students are part time combining study with work and or caring responsibilities. They are geographically spread across the UK with a small number of students overseas.

<sup>53</sup> The term “human face” is used by Tyler and Raines who refer to it as challenging “the idea that technology is inherently depersonalizing,” CRQ, 2006, 333, 337

## **D. Preserving the human face of law in an online environment**

### **I. Relational approaches to law and “soft skills”**

In the online law clinic, students will be required to engage with clients in online settings (or via other non-face-to-face forms of communication), work together in virtual teams and provide advice, support and assistance in ways which utilise technology. It thus foreshadows the type of legal profession predicted by Susskind<sup>54</sup> and the ways in which legal practice will increasingly interact with ODR and online courts.<sup>55</sup> However, there is something of a paradox in that, while law is increasingly looking towards technologically-based solutions for dispute resolution, at the same time the fundamentally relational nature of legal practice is also being more widely acknowledged.<sup>56</sup>

This concept of relationality can be defined in terms of a theoretical approach which suggests that:

„Because people are all inter-connected, one's actions that affect a colleague, client, adversary, neighbor, or community will eventually have some direct or indirect impact on someone else in the organization.“<sup>57</sup>

In other words, this approach views it as necessary to focus on mutual benefit in transactions with others, because a purely individualistic self-interested approach is both ineffective and misguided – anything you do for purely for yourself will affect others, which will in turn, at some point in the future, impact

---

<sup>54</sup> Susskind, footnote 46.

<sup>55</sup> As noted above, there will still remain a role, although potentially reduced, for lawyers. Case Officers will have an increasing role to play and the judiciary will retain a role as final arbiter if no settlement is reached.

<sup>56</sup> See, for example, Wald, Pearce, *Geo. J. Legal Ethics*, 2016, 601, 605.

<sup>57</sup> Wald, Pearce, footnote 57, p.616.

on you.<sup>58</sup> Therefore, in a legal setting, a lawyer taking a relational approach must develop a dialogue and mutual engagement with their client to understand their true interests and objectives<sup>59</sup> as well as being aware of the wider „web of relationships“ of adversaries, colleagues, family and friends both the client, and the lawyer, will form a part of.<sup>60</sup>

This concept of the legal profession as relational has also been used in a somewhat wider sense within models of legal practice (particularly within the US), to embody a form of lawyering that is fundamentally all about creating and developing positive relationships and enhancing wellbeing.<sup>61</sup> This approach, it is argued, provides a form of antidote to the adversarialism of common law jurisdictions and positions lawyers as creative, emotionally intelligent problem-solvers<sup>62</sup> whose focus is on “a desire to maximize the emotional, psychological, and relational wellbeing of the individuals and communities involved in each legal matter”.<sup>63</sup> These models have tended to move away from a focus on the intersection between self-interest and mutual benefit and instead assume a more altruistic, intrinsic motivation on the part of lawyers.<sup>64</sup>

Interestingly, at the same time as such innovative models have developed, the more commercialised, profit-driven and mainstream legal sectors within both the US and UK, as well as elsewhere, have also begun to acknowledge the

---

<sup>58</sup> Wald, Pearce, footnote 57, p.616.

<sup>59</sup> Wald, Pearce, footnote 57, p.617; Stier, J. Legal Educ., 1992, 303.

<sup>60</sup> See, for example, Brooks, Rev Jur. U. P. R., 2009, 23, 32.

<sup>61</sup> Brooks, U. Balt. L. Rev., 2011, 395; Brooks, footnote 61; There are many interesting models of legal education and practice which incorporate specifically relational aspects, for a good summary of these see Daicoff, Santa Clara L. Rev., 2012, 795 and Daicoff, Pepp. Dis. Rev. L. J., 2006, 1; see also Wright, Lawyers as Changemakers, 2016.

<sup>62</sup> Menkel Meadow, Temp. L. Rev., 1999, 785; Daicoff, 2012, footnote 62.

<sup>63</sup> Daicoff, 2006, footnote 62, p.5.

<sup>64</sup> See, for example, Brooks' reference to “peace keepers and good citizens” (footnote 61, p.42) and Daicoff's characterisation of law as a “healing profession” (2006, footnote 62, p.1), see also Silver, The Affective Assistance of Counsel. Practicing Law as a Healing Profession, 2007.

benefit of developing their client care provision and prioritising the creation of positive relationships with clients, albeit with an emphasis on preserving reputation and client retention to maximise profitability.<sup>65</sup> A recent report by UK legal consultants, Peppermint Technology, suggests that:

„With enhanced competition widely forecast, a key battleground is likely to be customer service. Firms that successfully differentiate themselves on the quality of their end-to-end offering will be the survivors of the future. Meanwhile, firms that are strong on the black-letter law, but weak on customer satisfaction, could have no clients to impress with their good results.“<sup>66</sup>

Each of these drives towards a more relational approach, whether for altruistic or materialistic motives, has arguably generated some similar results. Namely, a greater focus on lawyers' possessing so-called soft skills<sup>67</sup>, those skills which are not subject or content-related, but instead are required for workplace success.<sup>68</sup> In particular, lawyers are expected to have strong inter-personal skills and be able to deal with others effectively. For example, the statement of competencies required to practice as a solicitor in England and Wales has four over-arching themes, one of which is „working with other people“.<sup>69</sup> This includes developing and sustaining „effective and professional relations” with clients and others and being able to communicate appropriately both orally and

---

<sup>65</sup> Goulandris, *IJTL*, 2015, 272; Palihawadana, *Barnes*, *The Service Industries Journal*, 2004, 101.

<sup>66</sup> Peppermint Consulting, 2016, 7.

<sup>67</sup> It should be noted that this term has been used as a commonly accepted phrase, however, the term “soft” arguably wrongly diminishes the importance of affect.

<sup>68</sup> See, for example, Charmorro-Premuzic, *Arteche*, *Bremner*, *Greven* and *Furnham J. Educ. Psychol.*, 2010, 221, 221; *Andrews and Higson*, *Higher Education in Europe*, 2008, 411, 419.

<sup>69</sup> *SRA*, 2016, <https://www.sra.org.uk/solicitors/competence-statement.page>, [Stand: 27.05.2017].

in writing.<sup>70</sup> The intra-personal traits of lawyers have also become increasingly emphasised too, often around notions of self-management, from time-keeping to decision-making and behaving ethically.<sup>71</sup> Many of these skills imply an acknowledgment and understanding of the affective domain which has previously been seen as largely antithetical to the law and legal practice.<sup>72</sup> For example, interpreting a client's emotions during an interview is arguably key to understanding their needs and in determining how to respond to them.<sup>73</sup>

In the UK context, this is highlighted by the 2013 Legal Education and Training Review report, commissioned by key stakeholders in the legal profession in England and Wales, which argued that “the affective and moral dimensions are critical to professional practice”.<sup>74</sup> It highlighted “emotional intelligence” as a key legal competency and also referred to empathy with clients and resilience to cope with change and uncertainty.<sup>75</sup> The former, narrow traditions of the legal profession and its focus on a wholly analytical manner of “thinking like a lawyer”<sup>76</sup> whilst disregarding the personal elements involved have been significantly weakened. Instead, the importance of the human side of legal practice has become clear and visible.

Nevertheless, much of the work on such soft skills within the legal profession has assumed a face-to-face interaction between the legal practitioner (or law student) and their colleagues and clients. For example, Binder *et al*'s seminal

---

<sup>70</sup> SRA, footnote 71.

<sup>71</sup> Finch and Fafinski, *Employability Skills for Law Students*, 2016, 13.

<sup>72</sup> For discussion of the traditional divide between law and emotion see Abrams and Keren, *Minn. L. Rev.*, 2010, 1997; Maroney, *Law & Hum. Behav.*, 2006, 119; For discussion of its importance in legal practice, see Brooks, footnote 62; Silver, footnote 65.

<sup>73</sup> Kelton, *Clev. St. L. Rev.*, 2015, 459; Gerdy, *Neb. Law Rev.*, 2008, 1.

<sup>74</sup> LETR, 2013, para. 4.83 <http://www.letr.org.uk/>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>75</sup> LETR, footnote 75, para. 4.83 and table 2.3.

<sup>76</sup> Krannitch, Holbrook and McAdams, *Denver, U. L. Rev.*, 2009: 381, 381; James, *L. Teach.*, 2008, 85, 91.

work on a client-centered approach to legal practice emphasises the importance of „non-verbal cues“, such as a client’s body language, in interviewing situations.<sup>77</sup> The literature on the legal profession is much sparser on how to translate such skills and an understanding of the affective domain into online and technology-driven settings. This is unfortunate when there is evidence from other disciplines that feelings and emotions have an equally significant role to play in such environments as they would in a face-to-face scenario,<sup>78</sup> requiring lawyers (and law students) to have the ability to adapt their processes and techniques to ensure that the benefits of a relational approach can be maintained as technology develops. The challenges and opportunities involved in preserving this will be considered further in the next section of this essay.

## **II. Challenges and opportunities in the online law clinic**

For students in an online law clinic, arguably one of the first challenges that arises is the need to ensure that clients are willing and able to access their services. Despite technology having become an integral part of many peoples’ lives, a recent report by the UK government suggested that one in ten UK adults had still never used the internet.<sup>79</sup> For those lacking basic digital capability, the key reasons were found to be not only issues with access (such as a lack of internet connection) and a lack of digital skills, but also issues of motivation and confidence.<sup>80</sup> Others who have basic digital capability may „lack the confidence and knowledge to make the most of the digital economy, whether at work or

---

<sup>77</sup> Binder, Bergman, Price, Tremblay, *Lawyers as Counsellors: A Client-Centred Approach*, 2<sup>nd</sup> Ed, 2004, 52-54.

<sup>78</sup> See, for example, Arguedos, Daradoumis, Xhafa, *Comput. Human Behav.*, 2016, 517; Ayoko, Konrad, Boyle, *EMJ*, 2012, 156; Cheshin et al, *Org. Behav. Hum. Decis. Process.*, 2011, 2.

<sup>79</sup> Department for Culture, Media and Sport (DCMS), 2017, <https://www.gov.uk/government/publications/uk-digital-strategy/2-digital-skills-and-inclusion-giving-everyone-access-to-the-digital-skills-they-need>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>80</sup> DCMS, footnote 80.

beyond”.<sup>81</sup> A 2015 report found that levels of digital skills declined amongst those aged 45 and over and were lowest in the 65 plus age band.<sup>82</sup> The level amongst social grades A, B, C1 was also found to be significantly higher than amongst C2, D and E’s.<sup>83</sup> In other words, digital literacy is lowest amongst some of the most vulnerable groups in society. These are groups who, another recent study has shown, are likely to suffer legal issues, with the unemployed, lone parents, those on means-tested state benefits and those with a “long-standing, limiting illness or disability” amongst those particularly likely to experience more than one legal problem.<sup>84</sup> In other words, those who may need to access legal help and guidance the most may face the biggest practical and affective barriers to doing so in an online environment.

There is no simple solution to this issue. At a national level, both government and charitable initiatives and those of larger employees and companies are being encouraged, for example, through the creation of a Digital Skills Partnership in the UK.<sup>85</sup> In relation specifically to ODR, the approach of existing providers appears to be focused on ensuring a user-friendly platform with comprehensive instructions for use, for example, the Rechtwijger.nl project provides a pdf document for its debt platform and an instructional video for its

---

<sup>81</sup> DCMS, footnote 80.

<sup>82</sup> Ipsos MORI, 2015, <https://www.gov.uk/government/publications/uk-digital-strategy/2-digital-skills-and-inclusion-giving-everyone-access-to-the-digital-skills-they-need>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>83</sup> Ipsos MORI, footnote 83. Social grades A, B and C1 relate to individuals in professional, managerial and administrative forms of work. Social grades C2, D and E relate to individuals who are manual, casual or low grade workers, state pensioners or unemployed (<http://www.nrs.co.uk/nrs-print/lifestyle-and-classification-data/social-grade/>, [Stand: 27.05.2017].)

<sup>84</sup> Ministry of Justice 2017, [www.gov.uk/government/uploads/system/attachment\\_data/file/596491/key-findings-from-legal-problem-resolution-survey-2014-to-2015.pdf](http://www.gov.uk/government/uploads/system/attachment_data/file/596491/key-findings-from-legal-problem-resolution-survey-2014-to-2015.pdf),4, [Stand: 27.05.2017].

<sup>85</sup> DCMS, footnote 80.

divorce platform.<sup>86</sup> For individual law clinics, it may be that there is a form of self-selection at work as if your clinic is promoted via social media, you may be more likely to reach prospective clients who have a certain level of digital skills. However, these may not be the clients most in need of your services or from whom the richest experiential learning can evolve.

It is arguable that students working within online law clinics will have to develop a range of soft skills and a broader affective understanding to assist prospective clients in navigating the technology. This may well include utilising forms of empathetic understanding – putting themselves in the client’s shoes<sup>87</sup> – to recreate the client journey through the webpages and plot not only the client’s technological journey, but also their emotional one. For example, do they feel nervous and intimidated? Excited and eager? Barkai and Fine have suggested that, in a face-to-face environment, any visit to a lawyer’s office, regardless of the subject-matter, will engender emotive responses in clients.<sup>88</sup> This will arguably be exacerbated where potentially new and previously unexperienced technologies are involved. Interestingly, in a small empirical study relating to online counselling, it was found that several participants did experience technical barriers beyond their control which did disrupt the establishment of the client-counsellor relationship, but others experienced very few problems.<sup>89</sup> For any online law clinic it will be necessary to carefully monitor these issues.

Of course, the discussion above assumes it is the online law clinic’s clients who may struggle to engage online. The question of whether a new generation of students can be treated as “digital natives” – people who have grown up

---

<sup>86</sup> <http://www.hiil.org/project/?itemID=2641>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>87</sup> Definitions of empathy are highly contested and this is just one a number of definitions (Batson in Decety and Ickes, *The Social Neuroscience of Empathy*, Ch.3).

<sup>88</sup> Barkai and Fine, 1983, *Southwest. Uni. Law Rev.*, 505, 510.

<sup>89</sup> Haberstroh, Duffey, Evans, Gee, Trepal, *J. Ment. Health Couns.*, 2007, 269, 247.



surrounded by digital technology and who have fully adapted to its use in all areas of life<sup>90</sup> - is a contentious one. Certainly, in the UK context it would seem unwise to make any assumptions on this, in light of the increasing diversity in ages and backgrounds of many law students.<sup>91</sup> It is possible that students may also lack confidence in interacting in an online environment and may themselves require a significant level of support and guidance in this arena.<sup>92</sup> Research has found that negative emotional responses from students can adversely affect their attitudes, behaviours and their learning outcomes in a variety of settings.<sup>93</sup> Alepis suggests that students operating in an online environment, outside the classroom, and without a teacher present, may find these negative consequences exacerbated.<sup>94</sup> Arguedas *et al* (2016) suggest that such negative emotions require mental or behavioral adjustment, whereas positive emotions urge students to explore the computer-based environment and direct the actions that they take in it.<sup>95</sup>

Therefore, those supervising within the online law clinic will need to be aware of student levels of capability and confidence, for example, via some form of diagnostic tool at the start of students' online work (the approach planned at The Open University) and be prepared to scaffold appropriate technological support, guidance and training into students' experiential learning experience to ensure that it is not inhibited or diminished.

---

<sup>90</sup> Kennedy, Judd, Churchward, Gray, Krause, *Australasian J. Educ.*, 2008, 108; Prensky, *On the Horizon*, 2001, 1.

<sup>91</sup> Thomas, L. *Teach.*, 2006, 239, 245; LETR, footnote 75, paras. 6.6 and 6.7.

<sup>92</sup> Castillo-Merino and Serendell-Lopez, *Comput Human Behav.*, 2014, 476, 476 link this directly to student motivation, which in term impacts on student efficacy.

<sup>93</sup> Finch, Peacock, Lazdowski, Hwang, *IJME*, 2015, 23, 25; Alepis, *Expert Syst. Appl.*, 2011, 9840, 9840; Bromberger, *The Legal Educ. Rev.*, 2010, 45.

<sup>94</sup> Alepis, footnote 95, p.9840.

<sup>95</sup> Arguedas, Daradoumis, Xhafa, footnote 79, p.517.

For students working with the online law clinic, they are likely to be collaborating in some form of small group on the project. By way of illustration, at The Open University, students will work on client files in groups of three or four. This in itself requires a range of soft skills and a certain level of affective understanding, bringing a range of opportunities and challenges that must be tailored to the online environment. It may be that students are working within a wholly virtual team. In other words, a team „whose members are geographically and temporally dispersed and work remotely, often dependent on electronic technology“.<sup>96</sup> Students may be communicating largely, or even solely, via email, online forums and video conferencing technology. The importance of affect in this team setting should not be under-estimated. Fineman *et al* suggest that:

„Virtual workplaces are sites where people bond, trust, love, get angry, frustrated, make friends, create enemies, shape their identities, confront their loneliness, feel oppressed or liberated.“<sup>97</sup>

They argue that such virtual workplaces offer huge potential for emotion to be constructed and expressed in novel ways and for new protocols for communication to be developed.<sup>98</sup> To assist in this, students may need to be encouraged to set ground rules for their work together and think about appropriate processes for communicating with each other. It may also be necessary to consider the broader ways in which this type of virtual team interaction can be fostered through legal education, for example, via the use of chat room or video game

---

<sup>96</sup> Ayoko, Konrad, Boyle, footnote 79, p.157. These are also sometimes described as “e-teams” (Zacarro, Bader, *Organ. Dyn.*, 2003, 377, 377).

<sup>97</sup> Fineman, Maitlis, Panteli, *Hum. Relat.* 2007, 555, 555; see also Friedman, Anderson, Brett, Olekalns, Goates, Lisco, *J. Appl. Psychol.*, 2004, 369, who suggests there is some evidence that people are less emotionally inhibited in online settings than they would be in face-to-face formats (p.374)

<sup>98</sup> Fineman, Maitlis, Panteli, *Hum. Relat.* 2007, 555, 556.

simulations.<sup>99</sup> The role of the online clinic supervisor will also have to be carefully thought-out. Hart and Mcleod argue that effective communication is essential to forge relationships within virtual teams, but emphasise that this needs effective facilitation, for example, by ensuring that time is made for regular contact and that tasks provided clearly foster interaction.<sup>100</sup>

This focus on communication as key is mirrored in much of the literature on ODR and affect, which considers how users (who, in the case of the online law clinic, will be clients) are able to communicate effectively in an environment which has been described as „socially impoverished“. <sup>101</sup> This label has been given because of the online setting’s lack of the social cues which are often drawn upon in face-to-face settings. For example, interviewing a client in person you may notice their hands shaking or sweating or observe facial expressions in detail.<sup>102</sup> Some of this has potential to be replicated in an online setting, where some form of video conferencing is used so that the students and client can see each other and make use of some visual cues. Where more reliance is placed on text-based communications, such as emails, the issues are likely to be exacerbated.<sup>103</sup> Tone and emotion can be harder to convey and interpret, jokes may be taken seriously and smiling, eye contact and verbal cues such as pitch and volume are all lacking.<sup>104</sup> Drawing on Fineman *et al’s* argument, it could be suggested that novel ways can be found to combat these (for example, through

---

<sup>99</sup> Goldberg, Pepp. Disp. Resol. L. J., 2014, 1, 23. The Open University are currently piloting the use of virtual reality software in such situations.

<sup>100</sup> Hart, Mcleod, Organ. Dyn., 2003, 352.

<sup>101</sup> Nadler, Negotiation Journal, 2001, 333, 337.

<sup>102</sup> Keltner, footnote 74.

<sup>103</sup> Fineman, Maitlis, Panteli, footnote 98, p.557; Nadler, footnote 102.

<sup>104</sup> Poblet, Cassanovas, Int’l Rev. Law Comp. Tech., 2007, 145, 149; Nadler, footnote 102. Despite these concerns over issues with communication online, empirical findings on the topic are mixed - Tyler and Raines, footnote 54.

the use of emoticons).<sup>105</sup> Nevertheless, it remains an issue that students (and supervisors) must be aware of and deal with explicitly.

A related concept, which is included in a number of articles relating to ODR and affect, is that of how to develop trust in an online setting.<sup>106</sup> In many ways, the issue of trust encompasses most of the issues raised so far in the online clinic setting. Ebner and Zeleznikow, mirroring the earlier discussion on potential technological barriers for both clients and students, refer to the need for clients to trust the technology involved, stating „ODR must convince users that they can trust that the technology used will be benevolently designed or at least neutral.“<sup>107</sup>

Ebner and Zeleznikow and others also refer to the idea of trust between the parties, suggesting that building a rapport to facilitate open and constructive communication can be difficult in the online environment.<sup>108</sup> Whilst an online law clinic is unlikely to involve any form of mediation or ODR at present, this arguably reflects the concerns raised regarding both communication within a virtual team and between students and clients. Similar issues of trust could also be seen to apply to the use of technology through apps and other platforms intended to widen access for justice. As Poblet and Cassanovas state:

„If we consider ODR as a communicative process involving individuals engaged in interactive decision-making, we will need to admit that emotions are

---

<sup>105</sup> Fineman, Maitlis, Panteli, footnote 98, p.557. Although their use arguably implies a shared understanding between those who are interacting online, which may not be present in unfamiliar technological settings.

<sup>106</sup> Ebner, Zeleznikow, J. Pub. Law Pol., 2015, 143; Goldberg, footnote 100; Nadler, footnote 102.

<sup>107</sup> Ebner, Zeleznikow, footnote 107, p.155.

<sup>108</sup> Ebner, Zeleznikow, footnote 107, p.155.

an essential component of the individuals' attitudes towards the disputing process, regardless of the specific tool used".<sup>109</sup>

To explore, discuss and ultimately resolve these issues, earn trust, preserve the benefits of a relational approach and achieve the goal of broadening access to justice, all those involved in both online law clinics and ODR, as well as those working in CLE and pro bono more widely, will need to begin from the starting point the affective domain has an important role to play in the utilisation and enhancement of technology: The human face of the law should not be forgotten, as ultimately the law involves very human issues and, potentially, very human costs.

## **E. Conclusion**

This essay has demonstrated the development of CLE within the UK, which has led to it becoming a strong and well-established part of the legal education landscape, despite the challenges brought by the marketisation of higher education. However, to meet the needs of students and contribute to social justice, CLE cannot remain static. In 2001 Barry *et al*<sup>110</sup> segmented CLE into three waves, the third wave being the future of CLE, which considered how CLE could adapt to the digital age. They recognised then the importance of technology and how it could transform the delivery of CLE. The examples given in this article demonstrate that technological innovations have huge potential to develop the scope of CLE. Online CLE is still in its infancy but rapid change will take place in the coming years, reflecting the pace of technological change and wider developments that are occurring within justice systems.

---

<sup>109</sup> Poblet and Cassanovas, footnote 105, p.148.

<sup>110</sup> Barry, Dubin, Joy, *Clinical L. Rev.*, 2001, 1

„Aside from influencing the place of clinical education in the new millennium, technological advances will affect the forms of clinical education by making possible new and different teaching and service opportunities and clinical models“<sup>111</sup>

Such technological innovations will impact on in all aspects of CLE and also the wider legal profession. However, alongside the opportunities, there will also be challenges involved. The future lawyer may have to be a digital lawyer, but, despite being potentially geographically remote, they will still be required to interact with clients, members of their virtual team and others. They will still require the inter and intra-personal skills to develop a relational approach to their work. Technological innovation does not preclude the use of such approaches, but it does require new ways of thinking and working if the benefits are to be translated into the online environment and the human face of CLE preserved

---

<sup>111</sup> Barry, Dubin, Joy, footnote 112, p.53



# **Street Law Clinic in Ireland: A journey without end.**

## **Contents**

<b>A. Introduction.....</b>	<b>138</b>
<b>B. Clinical legal education.....</b>	<b>139</b>
<b>C. Higher Education in Ireland .....</b>	<b>141</b>
<b>D. Legal education in Ireland .....</b>	<b>143</b>
<b>E. Provision of undergraduate legal education .....</b>	<b>144</b>
<b>F. Street Law .....</b>	<b>146</b>
<b>G. Street Law at LYIT .....</b>	<b>147</b>
<b>H. Future developments.....</b>	<b>153</b>
<b>I. Conclusion .....</b>	<b>155</b>

## **A. Introduction**

Clinical legal education is a relatively new phenomenon in Ireland and has really only emerged since 2005<sup>1</sup>. However, this is and has been clearly

---

<sup>1</sup> *DONNELLY, L.* 2015. Clinical Legal Education in Ireland: Progress and Potential. Galway: Free Legal Advice Centres Limited and Public Interest Law Alliance.



changing. Law schools have recognised the added value that this form of education can provide for their students and most law schools in Ireland now have some form of clinical legal education<sup>2</sup>. This paper purports to outline the context in which this development has taken place by particular focus on the development of clinical legal education in Letterkenny Institute of Technology (known as LYIT) which is at the forefront in terms of the provision of a variety of clinical legal education models, the most recent addition being the development of an accredited Street Law module. The concept of clinical legal education as it may be understood in Ireland is outlined but this must be considered in the national context being the national higher education framework and the position of the system of undergraduate legal education within it. It is in this context that LYIT has developed their clinical legal education modules, culminating in the design and delivery of the first accredited Street Law module in undergraduate legal education in Ireland. Part of this journey involved an attempt to use the Street Law model to address migrant rights issues, and the opportunities and challenges arising are discussed. This paper concludes by outlining the current Street Law provision in LYIT and their hopes for the future.

## **B. Clinical legal education**

There is no singular or universal definition of clinical legal education. As with many similar concepts possible definitions range from those that are simple and succinct to those that are lengthier and increasingly complex. Kerrigan and Murray<sup>3</sup> take a concise approach defining clinical legal education “as learning

---

<sup>2</sup> Ibid.

<sup>3</sup> KERRIGAN, K. & MURRAY, V. 2011. *A student guide to clinical legal education and pro bono*, Basingstoke ; New York, NY, Basingstoke ; New York, NY : Palgrave Macmillan.

through participation in real or realistic interact legal interactions coupled with reflection on this experience”. However, they then go on to describe four typical characteristics, which make an activity clinical legal education namely learning by doing; learning through interaction in role as a lawyer or other participant in the legal system; learning by reflecting on the experience their experience; and addressing real or realistic legal issues<sup>4</sup>.

In the Irish context, Donnelly<sup>5</sup> chose to use what he described as a comprehensive description which originated with Professor Richard Wilson however a key phrase in this definition is that “the focus is on student experiential learning- learning by doing -for academic credit”. The balance of the definition primarily describes the variety of learning situations, which can come within these parameters. Comparison of both definitions yields more similarity than difference - the emphasis in both is on learning by doing. Kerri-gan and Murray<sup>6</sup> however see reflection on the experience as an integral part while Professor Wilson places a similar importance on the public interest aspect of clinical legal education at (a view also taken by Donnelly<sup>7</sup>).

Both definitions unanimously endorse the learning that is effected through experience and strongly support the inclusion of clinical legal education in legal education to enable and enhance both the general and the lawyering skills of law students. The question that then arises is whether such learning has a place in Irish higher education and legal education in particular.

---

<sup>4</sup> Ibid, 5-9.

<sup>5</sup> See note 2 above.

<sup>6</sup> See note 4 above.

<sup>7</sup> See note 2 above.

### **C. Higher Education in Ireland**

The Higher Education Authority (known as the “HEA”) is the statutory planning and development body for higher education and research in Ireland<sup>8</sup>. The role of the HEA is to facilitate a higher education system that “maximises opportunities and ensures a high-quality experience for students”<sup>9</sup>. There is a clear emphasis on student centred provision.

In terms of policy, in 2011 the HEA prepared a new national strategy for higher education published as the National Strategy for Higher Education to 2030<sup>10</sup> known as the Hunt Report<sup>11</sup>. This Hunt Report therefore sets out the current higher education policy in Ireland. To put it in context, when it was published in 2011, higher education in Ireland was just coming to the end of the period covered by the Bologna process<sup>12</sup>. However, during the Bologna process Ireland had experienced many changes - in particular a period of economic profitability colloquially known as 'the Celtic Tiger' followed by a severe recession. This state of transition was acknowledged and addressed by the Irish Government in their report titled “Building Ireland’s Smart Economy. A framework for Sustainable Economic Renewal”<sup>13</sup> which inter alia indicated that our education system needed to reflect the changing needs of our society and economy. In

---

<sup>8</sup> Higher Education Authority, 2013-last update, About the HEA [Homepage of Higher Education Authority], [Online]. Available: <http://www.heai.ie/en/about-hea>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>9</sup> Ibid.

<sup>10</sup> Report of the Strategy Group, 2011. *National Strategy for Higher Education to 2030*. 1. Dublin: Department of Education and Skills.

<sup>11</sup> Colin Hunt being the chairman of the Higher Education Strategy Group

<sup>12</sup> The Bologna process involved over 47 National higher education systems in Europe including Ireland with the primary intention of standardising higher education throughout Europe and in particular was designed to enhance the quality of higher education across Europe, the mobility of students and the employability of graduates (Irish Universities Association). It had begun in 1999 and formally ended in 2010.

<sup>13</sup> Department of the Taoiseach, 2008. *Building Ireland's Smart Economy. A framework for Sustainable Economic Renewal*. Dublin: Government Publications.

response, the Hunt Report<sup>14</sup> published a vision of an Irish higher education sector which intended to successfully meet the many social, economic and cultural changes facing Ireland in the future.

In the context of this article, the section of the report on “Higher education in a changing society” is of most relevance. This section of the report highlights the important role of higher education in national economic development, particularly in the context of the competitive global environment. The report acknowledges that this is not a new feature of higher education in Ireland, in that higher education has historically delivered the highly skilled graduates who have contributed to the economic well-being of the state however, in the current economic climate, the importance of higher education retaining and reinforcing its role in this regard is more significant than ever. The priority of particular relevance herein is the development of appropriately skilled undergraduates. In particular, the report identifies the core skills that need to be developed in all graduates to be “quantitative reasoning, critical thinking, communication skills, team-working skills and the effective use of information technology”.<sup>15</sup> There is less emphasis on subject specific provision and more emphasis on a broader knowledge base with learning objectives that “explicitly seek to nurture in students the creativity, enthusiasm and skills required for continual engagement with learning”.<sup>16</sup> In doing so graduates will develop a capacity for lifelong learning – making them adaptable and responsive to the continuous changes in the wider social economic, environmental and civic society.<sup>17</sup> There is immediately a clear resonance between the objectives of the Hunt Report and the benefits in terms of skill development of clinical legal education.

---

<sup>14</sup> See note 11 above.

<sup>15</sup> Ibid, 35.

<sup>16</sup> Ibid, 35.

<sup>17</sup> Ibid.

## **D. Legal education in Ireland**

The Hunt Report applies to all disciplines at third level including legal education. The only other policy directive affecting legal education in Ireland are the awards standards for an Honours Bachelor of Laws and Masters of Laws set by Quality and Qualifications Ireland.<sup>18</sup> This was the first attempt at setting standards for academic legal education in Ireland. However, at that time, as there was legislation pending which included provision for legal education (the Legal Services Bill) which anticipated reforms to the regulation of legal education it was deemed inappropriate to develop standards for law qualifications. The existing position was therefore continued, where standards were set by reference to similar awards described in the National Framework for Qualifications and equivalent to the awards already granted by Irish universities and recognised by accredited professional bodies (the only accredited professional body to date is the Honourable Society of the King's Inns known as the 'King's Inns' being the professional body for barristers). In this context, it should be noted that there are only two professional lawyers in Ireland, namely solicitors and barristers. It is not necessary to have a law degree to qualify as a solicitor - admission to the roll of solicitors is achieved by passing an entrance exam, completion of Law Society courses and a period of apprenticeship with a practising solicitor. However, the subjects included in the entrance examination are typically covered in an undergraduate law degree. In contrast the King's Inns does require applicants to hold either an approved law degree or postgraduate diploma from a third level institute (approval is determined by the inclusion of set subjects to a required standard in the course of the qualification) prior to sitting their entrance exam which again is followed

---

<sup>18</sup> Quality And Qualifications Ireland 2015. Awards Standards for Honours Bachelor of Laws and Master of Laws.

by further courses and a period of apprenticeship.

Thus, the requirements emanating from the legal professional education framework as it currently stands are entirely subject specific. However the academic requirements set by Quality and Qualifications Ireland while reinforcing the position of the professional bodies, also necessitates compliance with the Hunt report by requiring that graduates “demonstrate attainment of all of the learning outcomes contained in the NFQ award-type descriptor for the Honours Bachelor’s Degree”.<sup>19</sup> Clearly all providers of undergraduate law degrees are bound to comply with these policy provisions.

### **E. Provision of undergraduate legal education**

Delivery of undergraduate legal education is primarily facilitated through seven universities and 14 Institute of Technology together with various smaller institutions and other specialist colleges.<sup>20</sup> Historically the universities offered a traditional academic education whereas the original remit of the Institute of Technology sector (originally titled ‘Regional Technical Colleges’), as confirmed by the Regional Technical Colleges Act 1992, was and is to provide vocational and technical education on a regional basis (section 5). Consequently, the courses available in the Institute of Technology sector are often distinguishable from those on offer in the universities by their focus on practice.

LYIT was established in 1971 and is one of these regional Institutes of Technology where the prospectus confirms that each course “combines academic theory with practical skills development” and the skill sets fostered are developed in

---

<sup>19</sup>

Ibid.

<sup>20</sup>

See note 9 above.

collaboration with employers. The majority of students come from within the region to study across a range of disciplines including law. Legal education with a practical orientation has been an important part of the LYIT offering. Since inception, the courses have developed from a National Certificate in Legal Studies to the current provision of both a Bachelor of Arts in Law with Criminal Justice over four years and an LLB over three years. However all iterations have consistently included a strong practical component. These programmes were the result of the most recent programmatic review of the Department of Law and Humanities in 2012, which was clearly cognisant of the then, recently published Hunt Report. In particular the requirement that the undergraduate curriculum “place more emphasis on generic skills, especially those required for the workplace and for active citizenship” and expressly include the acquisition of generic skills in the learning outcomes<sup>21</sup> created an opportunity for the development of new modules to enable the acquisition of these skills. In response, several new clinical modules requiring practical application of the law were included in both programmes. Examples included an alternative dispute resolution module using simulation, a work placement module and a capstone module titled ‘Law in action’ focusing on the use of standardised clients in interviewing. Whilst these modules represented a significant development of clinical legal education the majority were confined to the academy and apart from the work placement module did not cross into the ‘real world’. Such provision for clinical legal education at undergraduate level is unfortunately not yet the norm in Ireland. In 2015 the Free Legal Advice Centres Limited and the Public Interest Law Alliance commissioned a report reviewing clinical legal education in Ireland, in particular at undergraduate level, with a view to assessing its current position and how it might develop in the future.<sup>22</sup> In the review of the current legal clini-

---

<sup>21</sup> See note 11 above, 56.

<sup>22</sup> See note 2 above.

cal legal education offerings, of the various programmes considered in detail, five of the seven were placement or work experience programs (where the students spend some time either in law firms or in various public interest organisations) while the remaining two were research based.<sup>23</sup> In the third of their concluding recommendations the report recognises that ‘the “live client” model where students work on “real-world” cases under the supervision of qualified lawyers’<sup>24</sup> is the best form of clinical legal education, the focus on internships and research is primarily because those models are relatively easily resourced, established and maintained. The ambition to expand the offering into the ‘real world’ was however on the agenda if the opportunity arose and this opportunity subsequently arose in respect of a Street Law programme.

## **F. Street Law**

“Street Law is an interactive, engaging Law School program that places law students in high schools to teach high school students about the law, the legal system and the students roles in both”.<sup>25</sup> It originated in the United States in 1972 in the Georgetown University Law Centre and by 2016 over 70 law schools in the United States and 50 law schools overseas were participating in the Street Law programme.<sup>26</sup> The benefits for the recipient audience range from an understanding of the law, the legal system and underlying values and issues, civic education to promote their participation in their democracy, and encouragement to understand and potentially participate in the variety of

---

<sup>23</sup> Ibid.

<sup>24</sup> Ibid, 47.

<sup>25</sup> ARTHURS, S. G. 2015. Street Law: Creating Tomorrow's Citizens Today. *Lewis & Clark L. Rev.*, 19, 925.

<sup>26</sup> SCOTT, L. M., ARBETMAN, L., O'BRIEN, E. L., MCMAHON, E. & JOHNSON, W. E. 2016. *Street law: A course in practical law. Teacher Manual*, Columbus, McGraw Hill Education.



vocational opportunities that exist in the legal system.<sup>27</sup> Through their participation law students also acquire and practice many of the skills required by the Hunt Report including analytical and critical thinking skills, communication and advocacy skills, creativity and problem-solving skills<sup>28</sup>.

## **G. Street Law at LYIT**

The introduction and development of the Street Law clinic within the law programmes at LYIT represented a significant landmark in the development of our clinical law offerings. Following the programmatic review in 2012 and in response to the positive feedback received on the existing clinical modules from all stakeholders, students and employers in particular, the programme development team wished to extend the clinical offering. The objective of any such extension was to both enhance law student skills while simultaneously providing a service to the local community. However, it was difficult to design a new and innovative clinical model in the context of limited resources, a relatively small law department and in an environment where the live clinic has proved difficult to develop nationally. There have been difficulties developing the live client clinic module in Ireland for reasons that are not always entirely clear and are often articulated around issues involving “insurance” and “fear of litigation”<sup>29</sup> but may in fact be partly related to the fact that legal academics are increasingly more likely to have doctoral qualifications rather than practitioner experience.<sup>30</sup> The Street Law clinic goes some way to addressing this deficiency by facilitating skills development and fostering crucial community relationships.

---

<sup>27</sup> Ibid.

<sup>28</sup> See note 26 above.

<sup>29</sup> See note 2 above.

<sup>30</sup> PARIS, M.-L. & DONNELLY, L. 2010. Legal Education in Ireland: A Paradigm Shift to the Practical. *German LJ*, 11, 1067.

*Street Law clinic in Ireland: A journey without end.*

Street Law allows the students to experience meaningful community engagement whilst simultaneously enabling important stakeholder groups to inform the development of our law programmes and law students to provide a service to the community.

The Street Law module in LYIT was initially developed in 2015 and this was in partnership with local secondary schools with the final year law students teaching law to Transition Year pupils who are aged 15-16. The ‘Transition Year’ (TY) is a one-year programme taken after the Junior Certificate cycle when the students are 15 to 16 years of age and before the two-year Leaving Certificate cycle begins. Each school designs its own Transition Year programme, within set guidelines, to suit the needs and interests of its students. In establishing its own distinctive programme content, the school takes into account the possibilities offered by local community interests.<sup>31</sup> It is typically elective and involves a year of community projects, work placement and fostering of “life skills” prior to commencing the two-year Leaving Certificate cycle, which culminates in the all-important Leaving Certificate. The Leaving Certificate results determine the “points” obtained which in turn determines access to third level college. The transition year is therefore an ideal time to introduce projects such as Street Law as it allows second level pupils to experience extra-curricular and novel subject areas as well as developing their skills and building confidence.

LYIT law students have to date delivered Street Law lessons across a range of second level schools in County Donegal. The lessons have focused primarily on

---

<sup>31</sup> DEPARTMENT OF EDUCATION AND SCIENCE. 2017. *Transition Year* [Online]. Dublin: Department of Education and Science. Available: <http://www.education.ie/en/Schools-Colleges/Information/Curriculum-and-Syllabus/Transition-Year-/FAQs.html>, [Stand: 27.05.2017].

*Street Law clinic in Ireland: A journey without end.*

teaching areas of law chosen by the pupils, including Sport and the Law, Cyberbullying, Police Stop and Search Powers, Young Workers Rights and Human Rights, thus creating a bespoke programme of legal lessons with an important emancipatory element. The methodology is interactive with the focus very much on exploring possibilities in terms of the role of the law and its relevance to the young person as opposed to imparting all the relevant aspects of the black letter law.

The extension of the Street Law project to other relevant, in particular marginalised, community groups has been an objective from the outset. It was envisaged that once the clinic was established it would reach out to various local Non-Governmental Organisations (NGO's) to inform them of the existence of the clinic in the hope that they might consider Street Law to address their unmet legal needs or furnish their members and / or users with legal information. In the event the first approach came from the NGO sector and sooner than expected, confirming that the need for public legal education, particularly in the context of the NGO sector where there remain clear unmet legal needs.

In this context, the Street law clinic co-ordinators were approached by the Migrant Rights Centre Ireland (MRCI), an NGO based in Dublin. The MRCI wanted to raise awareness amongst undocumented migrant fishermen of a new government initiative through which they could acquire residency rights and regularize their employment relationships upon registration. Notwithstanding the apparent benefits to the fishermen there had been a very low level of respon-

*Street Law clinic in Ireland: A journey without end.*

se, perhaps inevitably, which the MRCI wished to address through the provision of legal information to the target group and their communities.<sup>32</sup>

There has been well-documented exploitation of migrant fishermen in Ireland<sup>33</sup> although it is a problem that is not unique to Ireland. The Irish government reported that the new registration scheme was both protective and preventative since it required the employer / vessel owner to provide a written contract of employment and enabled the migrant worker to thus register upon payment of a fee and legitimise their Irish residency.<sup>34</sup> The goal was to legitimise undocumented workers and their families and create an incentive to do so by providing residency rights, albeit within a very specific framework which effectively allowed employers to control the process.

The MRCI is in Dublin, which is on the east coast of Ireland while Donegal is in the North West. Donegal however with its lengthy coastline has a large fishing community, including both local and visiting boats, hence the need for the clinic's assistance. It was agreed that the Street Law clinic in LYIT would prepare information leaflets and assist in organizing and facilitating information sessions whereby efforts would be made to reach out to the undocumented workers, inform them of their potential legal rights, consider whether they were

---

<sup>32</sup> MIGRANT RIGHTS CENTRE IRELAND. *New government scheme for migrant fishermen in Ireland* [Online]. Migrant Rights Centre Ireland. Available: <http://www.mrci.ie/blog/new-government-scheme-for-migrant-fishermen-in-ireland/>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>33</sup> THE GUARDIAN. 2015. *Revealed: Trafficked migrant workers abused in Irish fishing industry*. [Online]. The Guardian. Available: <https://www.theguardian.com/global-development/2015/nov/02/revealed-trafficked-migrant-workers-abused-in-irish-fishing-industry>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>34</sup> DEPARTMENT OF AGRICULTURE FOOD AND THE MARINE. 2015. *Report of the Task Force on Non-EEA Workers in the Irish Fishing Fleet* [Online]. Dublin: Department of Agriculture Food and the Marine,. Available: <https://www.agriculture.gov.ie/media/migration/publications/2015/TaskForceReport141215.pdf>, [Stand: 27.05.2017].

entitled to avail of the scheme, and generally help with the provision of relevant information.

A number of students from the clinic volunteered to work on the project, some of whom are bilingual, and the appropriate information leaflets were drafted, based on the supervised research of the students in the clinic. The MRCI had arranged for the translation of the leaflet into seven different languages, which were printed and made ready for distribution. The clinic proceeded to schedule the information sessions - fixing a date, venue and arranging for local promotion of the event. However, despite these extensive preparations the returns were minimal as very few members of the target fishermen or their representatives attended. It was perhaps unsurprising and the MRCI reported a similarly low response rate in other parts of the country yet the experience was disappointing for the clinical students.

This experience served to illustrate the reality of clinic while highlighting the challenge of making clinic matter. In the national context there had been a low response to the initiative, therefore, the experience should not have been unexpected, however the idealism of clinic promises that it might. In this instance, access to the target audience was the primary difficulty but in hindsight, this scenario should perhaps have been foreseeable given that undocumented migrants are by their very nature difficult to reach and vessel owners perhaps likely to be less than enthusiastic about the approach. This conundrum required both the MRCI and the Street Law clinicians to take a resourceful approach and consider alternative routes to access migrant workers who by their very nature tend not to leave the vessels and as such are “unreachable” and unlikely to comply with the registration requirements - a classic accessibility problem, not uncommon in the migrant rights arena.

*Street Law clinic in Ireland: A journey without end.*

To address the issue of access to the migrant workers a decision was made to promote the information sessions through local community groups and members of the Irish fishing community, and to use social media and Facebook in particular. The social media contact was particularly fruitful as it enabled the workers to make contact with the service whilst simultaneously protecting their anonymity and eventually meetings were held with some family members and community representatives in attendance.

There is no doubt that the experience yielded valuable experiential learning for the law students, however, it also demonstrates some of the challenges that clinic faces more generally in reaching its intended audience. In turn, this also challenges the clinic co-ordinator to anticipate and find appropriate, practical solutions. It is suggested that, because Immigration Law is complex, Street Law clinics should work with lawyers and other professionals as well as including reflective activities in the programme<sup>35</sup> and indeed both these measures were included in this initiative, thus whilst the learning was undoubtedly valuable it will also be relevant to future similar initiatives.

At a recent conference presentation on this topic, a number of innovative ideas were generated by the audience. Possibilities included an online advice clinic, or the idea of an onshore post-box where workers could post questions and receive replies from the clinic in an incognito manner which would protect anonymity.<sup>36</sup> It is necessary to anticipate the challenges presented by clinic, such as those which arose in the migrant rights arena, particularly as the lack of accessibility is likely to present as a generic problem in trying to reach other

---

<sup>35</sup> See note 27 above.

<sup>36</sup> CULLEN, S. & HEVERIN, B. 2016. Street Law Clinic and Migrant Rights; the challenges of outreach. *European Network of Clinical Education Conference*. University of Valencia.

audiences most in need of the Street Law intervention. It is only by such anticipation can solutions to overcome such challenges be created. All such obstacles will create ideal opportunities for learning by both the Street Law academic supervisors, their law students and target audiences.

## **H. Future developments**

Street Law clinic LYIT is currently working in partnership with the School Completion Programme in Donegal, a collaborative, multi-agency intervention designed to create a bridge between school and home, assisting young people who are at risk of early school completion. This cohort of school pupils, aged 15, come to LYIT campus for their Street Law lessons. In so doing the students not only get the full benefit of the Street Law interactive learning methodology and exposure to the law and the positive role modelling by the law students but also receive a crucial insight into the possibilities of academic life. It is hoped that this exposure will not only encourage some of the participants to continue with their schooling but might also motivate some to pursue third level education which hitherto would not have been on their agenda at all.

The LYIT clinic is also currently designing a Street Law programme for youth worker mentors who work with young offenders. The objective of this programme is to provide a critical insight into the relevant law to those who are charged with providing guidance and support to young people who have committed offences involving anti-social behaviour.

The clinic is also developing a collaborative relationship with local youth organisations with a view to designing a bespoke Street Law programme for young

people, which would contain elements of peer mediation and restorative practice.

All of these developments clearly highlight the significant future possibilities for community engagement, which can be created and fostered by these and other proposals to expand LYIT's Street Law programme. This will enable the potential of law students to engage positively with the local community in a mutually beneficial relationship that gives the law students a significant role within the law and places them at the heart of positive role modelling. Civic engagement is recognized as being beneficial to both students and the community in equal measure and indeed third level institutions are now obliged to include aspects of civic engagement as part of the student experience<sup>37</sup> and the Street Law clinic clearly provides opportunities to do just that.

This development of Street Law in LYIT, in collaboration with local agencies, is intended to create "Street Law heroes", being law students that serve the local community, helping to fill the "gap" that is so often articulated by marginalised communities. Through their participation, the law students become confident in their ability to teach, reflect and self-assess their own role within the law. The migrant fishermen were once such community and the lesson learned was that clinic is a learning curve for all involved and, as with all experiential learning, the learning comes from reflecting upon a "disturbance".<sup>38</sup>

---

<sup>37</sup> CAMPUSENGAGE. 2017. Dublin: campusengage. Available: <http://www.campusengage.ie/>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>38</sup> SYLVESTER, C. 2016. Re-inventing the Wheel: Using Kolb's Learning Cycle and Dewey's Model of Reflective Thought to Classify Experiential Learning in the Law curriculum *Society for Research into Higher Education Conference 2016*. Celtic Manor, Newport, Wales: Society for Research into Higher Education.



## **I. Conclusion**

Higher education policy in Ireland explicitly prescribes generic and / or transferrable skill development as an inherent part of all undergraduate education and law is no exception. Anecdotal evidence supports the contention that participation in the Street Law module facilitates the acquisition of these skills. There is little empirical evidence to support this contention apart from the study and quantitative analysis of the effects of participation in the Street Law programme by high school students in a Street Law clinic in Washington which found that the critical thinking skills of the high school students improved by almost 25%.<sup>39</sup> Further research is required to give credence to the anecdotal reports from LYIT and others. In response, funding has been secured for a research masters student to evaluate the Street Law programme in LYIT and these findings will have significant impact on the future development of the Street Law programmes.

In the interim, it is now the expectation of both national and international employers that law graduates will have some exposure to skills development through work placement, civic engagement or other clinical modules. In the absence of live clinic, role-play simulation is an option, which can be useful if managed carefully and evaluated frequently. Another clinical option, which satisfies the dual aims of skills development and community engagement, is the Street Law clinic. This is relatively new in Ireland although the Street Law ethos of sharing resources means it is an accessible option for law schools to consider. In its first iteration, the LYIT Street Law clinic has focused on schools and more recently explored options around providing information to NGO's. The Migrant Rights initiative presented an opportunity to develop clinical skills in this regard and, whilst challenging in terms of accessibility, it allowed the

---

<sup>39</sup> See note 26 above.

*Street Law clinic in Ireland: A journey without end.*

clinicians to reflect upon the usefulness or otherwise of such initiatives and how the needs of undocumented migrant workers might best be served. The result of this may be that live clinic needs to embrace the notion of an online and / or social media presence as well as community engagement at every level if it is to become truly accessible to those who need pro bono legal information. If, as it seems, Street Law can add value for a wide variety of stakeholders then the possibilities are endless.



# Service-Learning, Teaching Innovation and Legal Clinic in Spanish Universities: On the way!

## Contents

<b>A. Service-Learning in Spain .....</b>	<b>158</b>
I. Spanish Service-Learning Network (REDAPS).....	159
II. University Service-Learning Network (ApS(U)) .....	163
<b>B. Teaching innovation as propeller.....</b>	<b>173</b>
<b>C. Law Clinics in Spain .....</b>	<b>177</b>

“Walker, your footprints  
are the path, and nothing else.  
Walker, there is no path,  
the path is made by walking”  
(Antonio Machado, in *Proverbios y Cantares*)<sup>1</sup>

## **A. Service-Learning in Spain**

What is Service-Learning (S-L)? There are a variety of definitions, but in Spain is widely accepted the definition proposed by the Service-Learning Promoter Center in Catalonia (*Centre Promotor d'Aprenentatge Servei*)<sup>2</sup>:

---

<sup>1</sup> In Spanish: “Caminante, son tus huellas el camino y nada más; Caminante, no hay camino, se hace camino al andar”.

*“Service-Learning is an educational proposal that combines processes of learning and service to the community in a well integrated project, in which students are trained by addressing the social needs and improvements of the the community”<sup>3</sup>*

We understand Service-Learning as a discovery, not an invention: There is no patent right or exclusive use right but it is available for anyone who wants to apply it. In fact, there are very interesting experiences that are S-L experiences, but its promoters are not aware of it. Consequently, in Spain we have a growing community of users of the methodology of the ApS, whose first seeds we can fix at the beginning of this century.

### **I. Spanish Service-Learning Network (REDAPS)**

External influences came mainly from Latin America, especially Argentina. It is essential to recognize two Argentinian organizations: Foundation SES<sup>4</sup> and Latin American Center for Solidarity Service and Learning (CLAYSS)<sup>5</sup> Those first seeds germinated in Catalonia in 2004 with the creation of the previously mentioned Service-Learning Promoter Center (*Centre Promotor d’Aprentatge Servei*). And they also fell in the Basque Country, with the creation of its corresponding promoter center: Foundation ZERBIKAS<sup>6</sup> in 2008. Both

---

<sup>2</sup> <http://www.aprenentatgeservei.org/index.php?cm=03>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>3</sup> Batllé, Roser (2012) *Service-Learning and Empathy*. <http://roserbatlle.net/wp-content/uploads/2012/08/service-learning-and-empathy2.pdf>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>4</sup> Foundation created in 1999, and its director, Alberto Croce, is a important diffuser of S-L in his visits to Spain: <http://www.fundses.org.ar/es>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>5</sup> *Centro Latinoamericano de Aprendizaje y Servicio Solidario*, created in 2002, which is the host of Iberican-American Service-Learning Network (*Red Iberoamericana de Aprendizaje Servicio*) founded in Buenos Aires in 2005. Its *alma mater*, María Nieves Tapia, is a frequent speaker in relation with this methodology. <http://www.clayss.org/english/>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>6</sup> ZERBIKAS Fundazioa. [www.zerbikas.es](http://www.zerbikas.es), [Stand: 27.05.2017].

organizations have produced free materials and guides to help the start-up and improving of S-L experiences<sup>7</sup>.

But in its later diffusion other Foundation has played an important role: it was Foundation Ashoka, with its Ashoka Fellows Program. Its goal is to identify social entrepreneurs and support them with a salary for three years. The commitment of the chosen entrepreneurs consists of develop the wining proposed idea. Ashoka-Spain contacted with Roser (Charo) Batllé<sup>8</sup> in 2006 and her project to expand the Service-Learning throughout the country was financed during three years, from 2009 to 2011, and this support represented a significant advance in the dissemination of S-L en Spain. Foundation Zerbikas and the municipality of Portugalete (Basque Country) hosted the first meetings of the Spanish network of Service-Learning (*Red Española de Aprendizaje-Servicio REDAPS*<sup>9</sup>) and little by little new promoter groups were created in different regions (autonomous communities in Spanish geographical organization)

---

<sup>7</sup> As example, some guides in Spanish can be found in: <http://www.zerbikas.es/guias-practicas/>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>8</sup> She has a major role in the creation of the network and she is it current president. She has a very dynamic blog where you can find a lot of interesting news and resources related with S-L <https://roserbatlle.net>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>9</sup> <https://aprendizajeservicio.net/bienvenida/>, [Stand: 27.05.2017].

Table 1: Evolution of REDAPS network

Year	Place	Meeting
2008	Portugalete	I Meeting
2009	Portugalete	II Meeting
2010	Portugalete	III Meeting and informal creation of REDAPS network
2011	Portugalete	IV Meeting
2012	Barcelona	V Meeting
2013	Madrid	VI Meeting
2014	Logroño	VII Meeting and formal creation as Association
2015	Valencia	VIII Meeting + I S-L Awards
2016	Gijón	IX Meeting + II S-L Awards
2017	L'Hospitalet	Next X Meeting + III S-L Awards

Source: the author

As a result of this process, nowadays there are 17 promoter / impeller groups spread throughout the Spanish geography, as we can see in the next map. Each group has its own dynamic, maturation level and size, as a result of a *contagion*<sup>10</sup> process. The whole process has been based on a bottom-up strategy, a kind of *fine rain*, as we usually say in REDAPS, with three pillars: territorial basis, pluralism and exchange.

---

<sup>10</sup> It is no coincidence that Roser Batllé chose that word for the title of her book explaining all this process. See for more details in: Batllé, Roser (2013) *Service-Learning in Spain: The Contagion of a Necessary Pedagogical Revolution*. PPC Ed., Madrid.

Map 1: Distribution of members of REDAPS net



Source: the author

Once the Network was formalized in 2014, one of its first action has been to implement –following the dissemination strategies used elsewhere and inspired by the Presidential Awards to the Argentinian experiences of S-L– the Spanish S-L Awards<sup>11</sup>. However, these awards exclude university experiences among their candidates. The reason for this is that in parallel in Spain is forming another network centered on the university S-L. although there is collaboration between the two networks, and there is a group of people members of both, the

---

<sup>11</sup> This is a new initiative developed in collaboration with Edebé Publishing house and Fundation EDUCO: In each edition about 150 experiences of S-L in Spain han been presented, becoming a good showcase to make them known for the public and the mass media. <http://aprendizajeservicio.com>, [Stand: 27.05.2017].



university idiosyncrasy and agenda generate different needs that require a particular solution.

Further, other two thematic networks around S-L were created in Spain. First of them is connected with the municipalities that drive S-L in their territories inside the State Network of Educating Cities (*Red Estatal de Ciudades Educadoras RECE*)<sup>12</sup> and the other network is especially focused on –primary and secondary- teacher training centers, named *Red Dos Mares*<sup>13</sup>, operative during 2011 to 2013.

## **II. University Service-Learning Network (ApS(U))**

In 2008 the previously mentioned Catalan Service-Learning Promoter Center published -in Catalan language- a book<sup>14</sup> about S-L and social responsibility in the universities that collected among others a sample of experiences already launched in Catalan universities. Most of them were connected with the faculties of education and pedagogy, but it is remarkable the inclusion in this book of the experience *Dret al Dret*<sup>15</sup> in the Faculty of Law of the University of Barcelona, with had been running for three years. But we will talk about this experience in detail later. In the research area we have the first Doctoral Thesis about S-L in Spain defended in 2005<sup>16</sup> in the University of Navarra.

---

<sup>12</sup> <http://www.edcities.org/rece/>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>13</sup> <http://www.dosmares-aps.es/index.php/es/>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>14</sup> Martínez Miquel (ed.) (2008) *Aprenentatge Servei i Responsabilitat Social de les Universitats*. Barcelona, Octaedro Ed. & Fundació Jaume Bofill. In 2010 the same editorial published the Spanish version: *Aprendizaje Servicio y Responsabilidad Social de las Universidades*.

<sup>15</sup> This is an expression that we can translate as “Right to Law” (“Derecho al Derecho” in Spanish)

<sup>16</sup> Martínez Odria, M.A. (2005) *Service-Learning o Aprendizaje-Servicio: una propuesta de incorporación curricular del voluntariado* (Transl: *A proposal for curricular incorporation of volunteering*). Pamplona, Universidad de Navarra.

## *Legal Clinic in Spanish Universities*

With this background, in 2010 the Institute of Education Sciences of the University of Barcelona organized the first university meeting on this subject focused on the exchange of experiences. One year later, this meeting brought together teachers and researchers of more than 50 universities that signed the Barcelona Declaration supporting S-L, with the commitment of the signatories to transfer this statement to the academic authorities of each university and to work in a network for deepen the training of teachers and activate joint research lines. In 2012 the meeting was called simultaneously with the International Conference on University Teaching and Innovation (CIDUI) 2012. In the following section we will analyse the role of the teaching and innovation conferences in the extensión of the S-L in Spanish universities.

From 2013 the meeting began to be itinerant by the Spanish geography, with congress format, with its corresponding call for papers, conferences, committees and presentations of communications and posters. Two years later, the Congress became international.

Table 2: Evolution of ApS(U) network meetings

Year	Place	Meeting		Hosting universities
2010	Barcelona	ApS(U)1 Congress	National	Universidad de Barcelona
2011	Barcelona	ApS(U)2 Congress	National	Universidad de Barcelona
2012	Barcelona	ApS(U)3 Congress	National	Universidad de Barcelona & Universidad Pompeu Fabra
2013	Bilbao	ApS(U)4 Congress	National	Universidad de Deusto & Universidad de Mondragón & Universidad del País Vasco
2014	Madrid	ApS(U)5	National	Universidad Autónoma de Madrid &

*Legal Clinic in Spanish Universities*

		Congress	Universidad Complutense & Universidad Nacional de Educación a Distancia & Universidad Politécnica de Madrid & Universidad Rey Juan Carlos
2015	Granada	ApS(U)6 National Congress + I International Congress	Universidad de Granada
2016	Santiago de Compostela	ApS(U)7 National Congress + II International Congress	Universidad de Santiago de Compostela
2017	Sevilla	Next ApS(U)8 National Congress + II International Congress	Universidad Pablo de Olavide & Universidad de Sevilla & Universidad Loyola Andalucía & Centro de Estudios Universitarios Cardenal Spinola

Source: the author

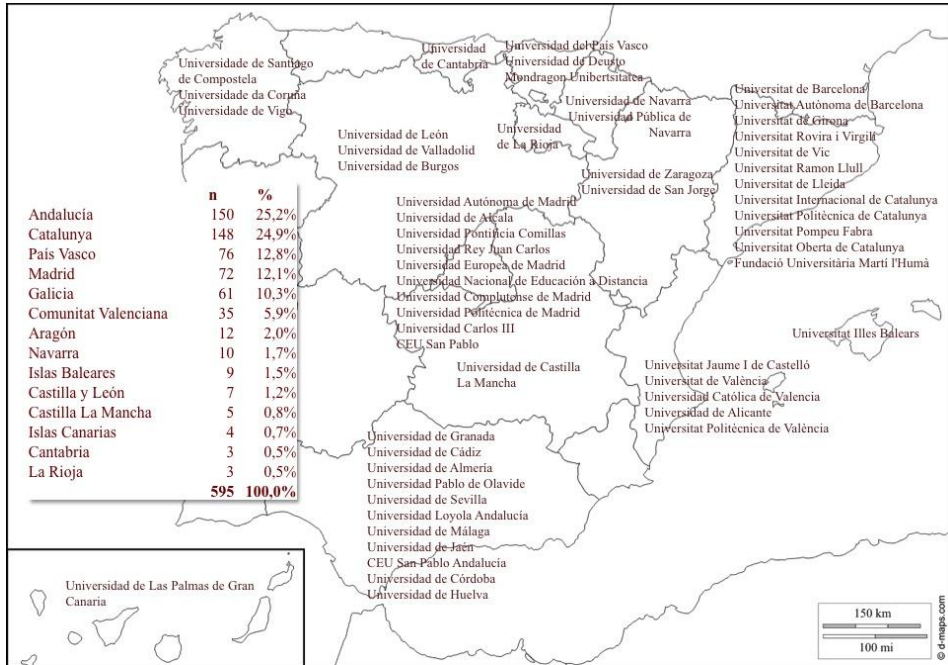
Map 2: Distribution of meetings of ApS(U) network



Source: the author

The first goal of the network is to generate an annual event to promote communication and exchange among teachers from different universities. According to the data of members for this year 2017, one third of the members belong to Andalusian universities and the other 25% to Catalanian ones, followed by around 12% to Basque universities and other 12% to universities from Madrid, followed closely by the participation of members of Galician ones with 10%. It is no coincidence that these were the places where the meetings of the network were held.

Map 3: Distribution of members and universities in ApS(U) network



Source: the author, using internal information of ApS(U) net

If we make the analysis in code of concrete universities, and its geographical distribution, Catalanian, Andalusian and Madrilenian universities stand out again, in that order, but it is logical considering that they are also the places where more universities are located. If we change the analysis from absolute terms to relative terms, the imagen varies. In Spain, there are officially identified 84 universities<sup>17</sup>, and we have in the network members belonging to

<sup>17</sup> According with the information included in the latest available report from the Spanish Ministry of Education, Culture and Sport: *Datos y cifras del sistema universitario español. Curso 2015-2016*. Ministerio de Educación, Cultura y Deporte, 2016. <http://www.mecd.gob.es/servicios-al-ciudadano->

## *Legal Clinic in Spanish Universities*

59 of them, with represents 66,7% as a good *indicador of spread* or propagation of the net among the Spanish universities. Approximately in half of the Autonomous Communities (or areas of territorial organization in Spain nowadays) ApS(U) have members located in all existing universities, which shows the result of the work in network during these 8 years from ist beginnings.

Table 3: Indicator of spread of ApS(U) network in Spanish universities

	<b>n</b>	<b>total</b>	<b>%</b>
Catalunya	12	12	100,0%
Andalucía	11	11	100,0%
Euskadi (Basque Country)	3	3	100,0%
Galicia	3	3	100,0%
Aragón	2	2	100,0%
Navarra	2	2	100,0%
Islas Baleares	1	1	100,0%
Castilla La Mancha	1	1	100,0%
Madrid	10	16	62,5%
Comunidad Valenciana	5	9	55,6%
Cantabria	1	2	50,0%
La Rioja	1	2	50,0%
Castilla León	3	9	33,3%
Islas Canarias	1	6	16,7%
Murcia	0	3	0,0%
Asturias	0	1	0,0%
Extremadura	0	1	0,0%
	<b>56</b>	<b>84</b>	<b>66,7%</b>

---

mecd/estadisticas/educacion/indicadores-publicaciones-sintesis/datos-cifras-sistema-universitario.html, [Stand: 27.05.2017].

## *Legal Clinic in Spanish Universities*

Source: the author, using internal information of ApS(U) net

Regarding distribution in public / private key, we observe that private universities are under-represented in the ApS(U) network (80% public – 20% private) with respect to their specific weight in all the Spanish universities (60% public – 40% private).

Unfortunately, we have no data of ApS(U) members depending on the faculty in which they work, what prevents us from doing an equivalent analysis regarding this criterion, and to quantify the presence of law schools in this network, which would be interesting for the purpose of this article. As an approximation, we can identify which of the universities in which the network has branched out have faculties of legal studies. Of the 64 Spanish universities now teaching legal qualifications, we have members in 45 of them (70%). Although we can not confirm how many of them in law schools, there is a *proximity effect* that has a interesting potential for the dissemination of S-L also in these schools, as a *breeding ground* for the proliferation of legal clinics inside. And this connexion appears clear, as we will see later when analyzing the distribution of legal clinics in Spain.

Map 4: Identification of universities with law school in ApS(U) network

## Legal Clinic in Spanish Universities



Source: the author, using internal information of ApS(U) net

We can collect other indicators that show us the connection of legal clinics and Service-Learning from the beginning of the ApS(U) network. For example, in the third meeting of this network (Barcelona, 2012) Antonio Madrid, coordinator of *Dret al Dret* project, has involved as one of the six guest speakers. And it is common to find some intervention on legal clinics and S-L & law among the communications submitted and accepted in the successive congresses of the network, although their weight is reduced compared to the global set of the themes presented in them. We shall return to this question later.

Returning to the process of dissemination of ApS(U) network, this itinerancy of annual meetings along the Spanish territory is part of the strategy for support teachers who are carrying out their experiences, giving them visibility in their own universities and arguments to boost the commitment to the S-L of the host universities of the congresses. We must not forget that it is a network composed



of individuals connected to the university world, but not by the universities themselves. Therefore universities are not institutionally represented but another goal of ApS(U) is to contribute to the institutionalization of S-L in universities.

The network itself is at this moment an informal network coordinated by a committee amending largely every year, as it lies primarily on the organizers of the annual event. In fact, in order to become a valid interlocutor with universities and other public and private institutions involved in higher education, as well as with other similar networks at international level, we are in the process of studying the urgency and modality for the formalization of the network, creating an association or similar that responds better to the new needs that arise to the network.

Institutionalizing the S-L in Spanish universities is one of the primary focusses of the network today. From 2013 an informal representative of ApS(U) was invited to the periodical meetings of one of the sectorial commission created by the Confederation of Rectors of Spanish Universities (CRUE). It was the commission for sustainable development in Spanish universities<sup>18</sup> and two years later, in 2015, was approved a technical document<sup>19</sup> that supported S-L as instrument for Social Responsibility and Sustainability of the University. It is

---

<sup>18</sup> CADEP: Comisión Sectorial de la CRUE para la Calidad Ambiental, el Desarrollo Sostenible y la Prevención de Riesgos en las Universidades Españolas. <http://www.crue.org/SitePages/Crue-Sostenibilidad.aspx>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>19</sup> CRUE/Comisión de Sostenibilidad (2015) *Institucionalización del Aprendizaje-Servicio como estrategia docente dentro del marco de la Responsabilidad Social Universitaria para la promoción de la Sostenibilidad en la Universidad*. <http://www.crue.org/Documentos%20compartidos/Recomendaciones%20y%20criterios%20tecnicos/2.%20APROBADA%20INSTITUCIONALIZACION%20ApS.pdf>, [Stand: 27.05.2017].

based, among others references, on the Royal Decree approving in 2010 the Statute of the University Student<sup>20</sup>, which in its article 64.3 states that:

*The universities will promote practices of social and civic responsibility combining academic learning in the different degrees with the provision of services to the community, aimed at improving the quality of life and social inclusion.*

It also refers to the Royal Decree of 2011 that establishes the Spanish framework of qualifications for higher education (MECES), which includes sustainability skills that require consistent methodologies for their development. And S-L arises as a suitable teaching methodology. In short, the commission proposes the institutionalization of S-L in Spanish universities to boost curricular sustainability, contribute to the development of a fairer society and improve academic and social learning stimulating skills development of students. And for that, it recognizes as a next step, that it is necessary for each university to approve an Institutional Declaration supporting the realization of S-L projects within the framework of teaching programs developed by teaching staff with their students, in external practices and in final dissertations<sup>21</sup> of degree and master level.

This emphasis on the need for institutionalize S-L in the university is also a demand to give sustainability and future to legal clinics, as a specific form of S-L for Law Schools. And in addition to recommendations as proposed by this commission of CRUE, we find other hopeful signs in this direction.

---

<sup>20</sup> Real Decreto 1791/2010 de 30 de diciembre por el cual se aprueba el Estatuto del Estudiante Universitario.

<sup>21</sup> In Spanish *Trabajos Fin de Grado* (TFG) y *Trabajos Fin de Master* (TFM).

## **B. Teaching innovation as propeller**

Much of the teaching innovation developed in Spanish universities over the last 15 years has a very clear trigger: the necessary adaptation of each and every one of the universities to the European Higher Education Area, started with the Bologna Declaration of 1999. It is not the purpose of this contribution to review in detail the whole process started with this Declaration to the current situation of our universities, but it is important to rescue from that process those elements that in practice have become drivers for innovations in teaching which *pave the way* for legal clinics and other S-L experiences.

Although the implementation of the Bologna Plan in the degree studies in Spain was not mandatory until the year 2010<sup>22</sup>, movements to adapt to the new situation that was emerging began years before in a process often painful and controversial, because forced to change long-established traditions in our universities, especially in law schools. The whole process can be read in key of resistances to change versus drivers of change. First of all, there is an important change of focus, from knowledges to skills, the new protagonists of the process. And that change creates mismatches with teaching methodologies prevailing until then, based largely on lectures. The new legislation established a procedure of periodic verification and accreditation for both undergraduate and postgraduate degrees. And further it is mandatory to establish quality assurance mechanisms.

Each university established its internal incentive systems to *grease the movement*. It became common that universities begin to assess the merits of teaching

---

<sup>22</sup> So what determines the Royal Decree of 2007: *REAL DECRETO 1393/2007, de 29 de octubre, por el que se establece la ordenación de las enseñanzas universitarias oficiales.* <https://www.boe.es/buscar/act.php?id=BOE-A-2007-18770>, [Stand: 27.05.2017].

innovation in key candidates to be hired or promoted to higher positions. And also the National Accrediting Agency for faculty reserves a percentage – however small- of the score in those merit competitions for merits related to educational innovation –something that until then was pretty stranger- and even setting minimum score to be a viable candidate.

Consequently conferences and congress related to educational innovation and their experimentation began to proliferate: both intra-university and supra-university. These events attracted not only their traditional audience, related with teaching, psychology or pedagogy. Teachers of all subjects began to attend these events as a way to obtain the new merit required. And these events saw increased greatly its interdisciplinary and convening power. In short, the demand for merit has created a growing market for events to accredit them.

But we must acknowledge that this situation has been an incentive for many members of faculty –some of them not voluntarily, of course- to start paying attention to the existing methodological alternatives and to experimenting *outside their confort zone*. This is a movement that would not have occurred in many cases without that external propeller. In short, an opportunity to methodologically renew our university class sessions.

It is not our goal to make an exhaustive list of the main teaching innovation congresses held in Spain but as example in the interdisciplinary area we can mention two: CIDUI<sup>23</sup> bianually from 2000 and FECIES<sup>24</sup> anually from 2004. We have previously mentioned that in law schools comparatively the challenge

---

<sup>23</sup> Congreso Internacional de Docencia Universitaria e Innovación (International Congress on University Teaching and Innovation), organized by Associació Catalana d'Universitats Públiques, based in Barcelona.

<sup>24</sup> Foro Internacional sobre la Evaluación de la Calidad de la Investigación y de la Educación Superior (International Forum on Quality Assessment of Research and Higher Education), organized by the Spanish Association of Behavioral Psychology (AEPC), based in Granada.

## *Legal Clinic in Spanish Universities*

han been greater and to respond to it, some law faculties began to organize innovations seminars to stimulate the reflection about teaching innovation in law subjects. And since 2005 a National Congress of Teaching in Legal Sciences (*Congreso Nacional en Ciencias Jurídicas*) has been organized every two years, in a rotating way, hosted by Faculties of Law located in north, center and south of the Spanish territory, until 2013<sup>25</sup>.

---

<sup>25</sup>

As we will see in the next section, three of these five host Law faculties already have a legal clinic, and two of them (Universitat Rovira i Virgili and Universitat de Valencia), are of the oldest, reference in which the rest have taken inspiration.

Table 4: National Congress in Teaching & Innovation in Law Sciences

Year	Place	Meeting	Hosting universities
2005	Tarragona	I Congreso Nacional de Docencia en Ciencias Jurídicas	Universitat Rovira i Virgili
2007	Málaga	II Congreso Nacional de Docencia en Ciencias Jurídicas	Universidad de Málaga
2009	Sevilla	III Congreso Nacional de Docencia en Ciencias Jurídicas <i>Innovación y calidad en la docencia del Derecho</i>	Universidad de Sevilla
2011	Valladolid	IV Congreso Nacional de Docencia en Ciencias Jurídicas <i>Coordinación y planificación en los estudios de Derecho</i>	Universidad de Valladolid
2013	Valencia	V Congreso Nacional de Docencia en Ciencias Jurídicas <i>Transformaciones en la docencia y el aprendizaje del Derecho</i>	Universitat de Valencia

Source: the author

While these initiatives are a symptom of the fact that law faculties, more traditional in terms of teaching methodology, have begun to reflect on -and change- their teaching practices, the fact that the impetus for this initiative has been halted in 2013 may be a cause for concern. Does it mean that we have reached the stated goal and transformed our university teaching according to new challenges?

Also, if we analyze the bibliographic production on new methodologies in the teaching and learning of Law published in Spain in these years, we can see a

prominent role of Information and Communication Technologies (ICT) as key and solution to the new teaching. And experience has shown us that ICT are a tool that alone will not transform the heart of educational practice in our universities. But these are topics for another article. What we wanted to show now to the reader is that the Bologna Process has been an opportunity to *turn on the switch* of innovative drive also in Law Schools in Spain. This fact *paves the way* for the gradual proliferation of legal clinics in our university environment. And it is a remarkable fact that most clinics have launched as teaching innovation projects in their universities.

### **C. Law Clinics in Spain**

Legal clinics have emerged in Spain in this century, therefore, we do not have a long tradition in this area. This first initiative began in 2002<sup>26</sup> in Tarragona with the beginnings of the Environmental Law Clinic at the Universitat Rovira i Virgili. In the 2005-06 academic year this clinic (*Clínica Jurídica Ambiental CJA*<sup>27</sup>) is integrated in the Center for Environmental Law Studies (*Centro de Estudios de Derecho Ambiental de Tarragona CEDAT*) and it becomes a mandatory activity for all students enrolled in the Master in Environmental Law at the Law School of Rovira i Virgili University. This is a public university located in Catalonia, and well located in the Spanish university rankings. The most recent was published in May 2007: *U-Ranking 2017*<sup>28</sup>, and this university

---

<sup>26</sup> MARQUES I BANQUE, M. (2015) “Legal Clinics and Public University” in *Education and Law Review*, nº 11, pp.1-5. (in Spanish); MARQUES I BANQUE, M. (2009) “La clínica jurídica ambiental” in CIDUI Simposi: Teaching, Researching and Learning, Barcelona. (in Catalan language)

<sup>27</sup> <http://www.cedat.cat/clinica/>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>28</sup> PEREZ, F. & ALDAS, J. (dirs) (2017) *U-Ranking 2017: Indicadores sintéticos de las universidades españolas*. Fundación BBVA & IVIE. DOI: [http://dx.medra.org/10.12842/RANKING\\_SP\\_ISSUE\\_2017](http://dx.medra.org/10.12842/RANKING_SP_ISSUE_2017), [Stand: 27.05.2017].

shares the third position with two other public universities: Universitat Politècnica of València and Universidad Carlos III of Madrid.

It is precisely Carlos III University (UC3M) the site creation of the second experience of legal clinics in Spain. In the 2004-2005 academic year the Institute of Human Rights *Bartolomé de las Casas*<sup>29</sup> set up within it a unit of legal clinics, again connected with postgraduate courses and proposed as teaching innovation project, as the previous Catalan experience. But in this case is a Master in fundamental rights, connecting it with four different clinics about human rights: European Systems for the Protection of Human Rights, Universal System of Protection of Rights, Inter-American System for the Protection of Human Rights and Education in Human Rights<sup>30</sup>. And since then they have been opening new clinics, for example: Clinic on Equality and Non-discrimination for disability, Clinic on Inclusive Education in Spain, Clinic in Teaching Rights at the Spanish universities, among others. All of them related to human rights. Clinics that are activated or deactivated according to the demands and needs. This 2016-17 academic year the activated clinic works analysing the obstacles for the full inclusion of women with intellectual and psychosocial disabilities. But in the 2004-2005 academic year we can find a

---

<sup>29</sup> [http://portal.uc3m.es/portal/page/portal/instituto\\_derechos\\_humanos/clinica\\_juridica](http://portal.uc3m.es/portal/page/portal/instituto_derechos_humanos/clinica_juridica); <https://clinicajuridicaidhbc.wordpress.com>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>30</sup> CUENCA GOMEZ, P. (2013) "Clinical legal education and rights of persons with disabilities. Reasons for law clinics on disability and experiences of the Human Rights Institute Bartolomé de las Casas" in Garcia Añon, J. (ed.) *Transformations in Legal Teaching and Learning. Proceedings of the Fifth National Spanish Conference on Legal Education*. Valencia, 11-13 september 2013. Unitat d'innovació educativa, Facultat de Dret, Universitat de València. [www.uv.es/innodret/pub/2013actas\\_congreso.pdf](http://www.uv.es/innodret/pub/2013actas_congreso.pdf) (in Spanish), [Stand: 27.05.2017].



first experience of street law (*Derechos fundamentales en la calle*<sup>31</sup>) carried out by students of second year of the degree in Law in UC3M.

An academic year later in 2005-2006, the University of Barcelona initiated the project *dret al Dret*<sup>32,33</sup> (*right to Right*)<sup>34</sup>, a legal macro-clinic that brings together different specialized legal clinics, in the beginning starting with areas related to public law, but in 2009-2010 it was extended to private law, with a Legal Clinic in Real State Law and Residential Mediation (*Clínica Jurídica en Derecho Inmobiliario y Mediación Residencial ClinHab*)<sup>35</sup>. In 2015 already has 14 clinics<sup>36</sup>, extended to 16 for this year 2017<sup>37</sup>. Due to its extension and theme, it is the largest clinic in Spain but it has also expanded from 2010 to the end-of-degree work (TFG in Spanish).

---

<sup>31</sup> BLAZQUEZ MARTIN, D. (2005) "*Derechos Fundamentales en la Calle*": *Una experiencia de educación jurídica clínica*, Universidad Carlos III de Madrid, Serie de Innovación Docente nº05-01-01-2005.

<sup>32</sup> As the coordinator of the project explains, "the project's name takes its name from a play on words: it means both direct access to justice and having a right –in the subjective sense- to justice. This second meaning summarises the aim of the small group of professors that started this project: to improve the defence and the exercise of rights of individuals and groups living in social exclusion." (MADRID PEREZ, A. (2013) "Mean Streets: the role of the university in promoting access to legal rights for people living in social exclusion: The experience from the "dret al dret" project", in FERNANDEZ EVANGELISTA, G. (ed.) *Mean Street: A Report on the Criminalisation of Homelessness in Europe*. Housing Rights Watch, p.197.

<sup>33</sup> <http://www.ub.edu/dretaldret/index.html>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>34</sup> MADRID PEREZ, A. (2010) "El acceso a los derechos: la experiencia del proyecto dret al Dret," in *Anuario de Filosofía del Derecho*, nº 26, pp.31-56; .

<sup>35</sup> ARROYO AMAYUELAS, E. et al. (2015) "CLINHAB: Teaching and social commitment", in *Education and Law Review*, nº 11, pp.1-28 (in Spanish)

<sup>36</sup> CAICEDO CAMACHO, N. (2015) "Trabajos de fin de grado: modalidades, objetivos y competencias a validar. La experiencia de la Facultad de Derecho de la Universidad de Barcelona", in *Docencia y Derecho: Revista para la Docencia Jurídica Universitaria*, nº 9, pp.1-11.

<sup>37</sup> General legal clinic, LC of human rights, penitentiary LC, LC of women, LG of civil rights, LC of social rights, LC of environment, LC of consumers, LC of functional diversity, LC of protection of children and adolescents, LC of gender and anti-discrimination law, LC of rights of local people and good administration, LC of foreigners, LC of fight against impunity, LC of real estate and mediation, and observatory of administrative practice of foreigners and refugee.

## *Legal Clinic in Spanish Universities*

By the same dates the *Legal Clinic for Social Justice (Clínica Jurídica per la Justícia Social*<sup>38</sup>) is created in the Universitat de València, again as a teaching innovation project of the university<sup>39</sup> and offering to the students, both undergraduate and postgraduate, to make their practice period in clinic modality. This Valencian clinic is also structures in four clinics: LC of public interest, LC of private interest, international LC of human rights, and LC of correctional and internment centers<sup>40</sup>.

These last two universities are located at the fourth level of the U-Ranking, along with five other universities, of which four have already created their own legal clinics, as we will see later.

Those four legal clinics are in the origin of the Network of Legal Clinics in Spanish Universities (*Red de Clínicas Jurídicas de las Universidades Españolas*<sup>41</sup>), convened for the first time in 2007 and is undergoing an accelerated growth of new members.

---

<sup>38</sup> <http://www.uv.es/clinica/clinica/inicio.html>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>39</sup> Valencia International Campus of Excellence (VLC/CAMPUS)

<sup>40</sup> GARCIA SAEZ, J.A. (2013) “Clínica jurídica y crisis económica: La experiencia de asesoría a la Plataforma por la Auditoría Ciudadana de la Deuda” in Garcia Añon, J. (ed.) *Transformations in Legal Teaching and Learning. Proceedings of the Fifth National Spanish Conference on Legal Education*. Valencia, 11-13 september 2013. Unitat d’innovació educativa, Facultat de Dret, Universitat de València. [www.uv.es/innodret/pub/2013actas\\_congreso.pdf](http://www.uv.es/innodret/pub/2013actas_congreso.pdf) (in Spanish), [Stand: 27.05.2017].

<sup>41</sup> <http://clinicas-juridicas.blogspot.com.es>, [Stand: 27.05.2017].

Table 5: Meetings of Legal Clinics Network in Spanish Universities

Year	Place	Meeting	Hosting universities
2007	Tarragona	I Encuentro de Clínicas Jurídicas de Universidades Españolas	Universitat Rovira i Virgili
2010	Valencia	II Encuentro de Clínicas Jurídicas de Universidades Españolas	Universitat de València
2013	Valencia	III Encuentro de Clínicas Jurídicas de Universidades Españolas	Universitat de València
2014	Madrid	IV Encuentro de Clínicas Jurídicas de Universidades Españolas <sup>42</sup>	Universidad Carlos III de Madrid
2016	Valencia	V Encuentro de Clínicas Jurídicas de Universidades Españolas	Universidad de Valencia
2018?	Alcalá	VI Encuentro de Clínicas Jurídicas de Universidades Españolas	Universidad de Alcalá de Henares

Source: the author

In 2010 we can find a first experience of inter-clinical collaboration in the framework of the Consolider Ingenio 2010-2013 *Time of Rights* (HURI-AGE) program<sup>43</sup>, which brought together 12 institute and research center in Human Rights of other 12 Spanish universities. This program involved the Carlos III University and the University of Valencia, and the activities of both clinics were part of the Consolider program's offer during those four years. But it is not the only experience of collaboration.

---

<sup>42</sup> In collaboration with the Center for Social Responsibility of the Madrid Bar Association (*Centro de Responsabilidad Social de la Abogacía Madrileña CRSAM*), created in 2006, works to spread the practice of probono among its associates and has published interesting guides available in its web: [http://crsa.icam.es/web3/cache/CRSA\\_crsa.html](http://crsa.icam.es/web3/cache/CRSA_crsa.html), [Stand: 27.05.2017].

<sup>43</sup> <http://tiempodelosderechos.es/es/descripcion.html>, [Stand: 27.05.2017].

Five years later, in 2015, a report<sup>44</sup> coordinated by four legal clinics is published, studying the situation of immigration detention centers in Spain and responding to the request made by the NGO *Pueblos Unidos*. The already known legal clinic of Valencia and Barcelona took part in the project, accompanied by two other clinics created just a year earlier: one in the jesuit university ICADE and the other in the public University of Valladolid, both created in 2013-2014 academic year.

In the last six years 13 other universities have debuted their new legal clinics, and two others have expanded their range of clinics in new fields: Universitat Rovira i Virgili with a new in LC of business, conected with a Master of Business Law<sup>45</sup> (postgraduate level again); and the University Carlos III has a new clinic in its Law School<sup>46</sup>

In this explosion of new initiatives there is a great variet of models. Some of them only work with law firms on probono projects. That is the case of the LC in *Universidad Internacional de La Rioja* (UNIR), from 2013 with a joint clinic with Fernando Pombo Foundation<sup>47</sup> or the experience of ICADE college in *Universidad Pontificia de Comillas*<sup>48</sup> (Madrid) from the same year 2013. Others established a collaboration agreement with a social organization and focus on

---

<sup>44</sup> *Situación actual de los centros de internamiento de extranjeros en España y su adecuación al marco legal vigente*: Informe elaborado por las Clínicas jurídicas de ICADE (Universidad Pontificia Comillas), Per la Justícia Social (Universidad de Valencia), Dret al Dret (Universidad de Barcelona) y el Observatorio de Derechos Humanos (Universidad de Valladolid) para la Organización No Gubernamental “Pueblos Unidos-Servicio Jesuita a Migrantes”, Junio 2015.

<sup>45</sup> *Clínica Jurídica dels Negocis (URV) Màster Universitari de Dret de l’Empresa i de la Contractació (MUDEC)* <http://www.urv.cat/ca/mudec/clinica-juridica/>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>46</sup> <https://www.uc3m.es/ss/Satellite/UC3MInstitucional/es/TextoMixta/1371221065702/>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>47</sup> *Clínica Jurídica UNIR-Fundación Fernando Pombo*. <http://www.unir.net/clinicalegal/>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>48</sup> <http://www.icade.comillas.edu/es/principal-cji>, [Stand: 27.05.2017].

## *Legal Clinic in Spanish Universities*

the needs of that group. It is the case of *Clínica Jurídica Villanueva* in the Complutense University in Madrid, working from 2014 for the Spanish Committee of Representatives of Persons with Disabilities (CERMI), or the case of the LC of Law School (CLPF) in Universidad de Alcalá<sup>49</sup> working from 2012 helping people with VIH, chronic illness or disability by the hand of various NGOs<sup>50</sup>. Others have a broader field of action, as, for example, the *Legal Clinic of IE University*<sup>51</sup> from 2014, or the Loiola<sup>52</sup> LC of University of Deusto from 2015, or the LC for Social Justice (CJJS-JSKJ)<sup>53</sup> in the Basque Country Public University. Some specifically include legal advice to the university community itself, as in the case of the LC in the private University of Navarra<sup>54</sup>.

And most important fact is that all they are young law clinics, who are exploring their new work spaces and evolving in their responses, in the way for the institutionalization in a context of budget cuts and limited funding possibilities in Spanish universities. In short, we can say that they are ‘under construction’. The phenomenon occurs in both public and private universities and according with the last ranking published in Spain, most of the best universities in Spain have their law clinic yet.

---

<sup>49</sup> <http://derecho.uah.es/facultad/clinica-legal.asp>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>50</sup> as CESIDA, Alcer, Federación Española de Parkinson, Plataforma de Organizaciones de Pacientes...

<sup>51</sup> <https://www.ie.edu/university/student-life/student-life/hands-on-work-at-the-legal-clinic/>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>52</sup> <http://derecho.deusto.es/cs/Satellite/derecho/es/clinica-juridica-loiola>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>53</sup> <http://www.ehu.eus/es/web/zuzenbide/gzkj>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>54</sup> <http://www.unav.edu/web/facultad-de-derecho/clinica-juridica>, [Stand: 27.05.2017].

Table 6: U-Ranking of Spanish universities measuring their efficiency

Ranking	Universities	¿legal clinic?
1°	Universitat Pompeu Fabra	no
2°	<del>Universitat Politècnica de Catalunya*</del>	<del>no</del>
	<b>Universidad Carlos III de Madrid</b>	yes
3°	<b>Universidad de Rovira i Virgili</b>	yes
	<del>Universitat Politècnica de València*</del>	<del>no</del>
	Universidad Autónoma de Madrid	no
4°	Universidad de Cantabria	no
	Universitat Autònoma de Barcelona	no
	<b>Universidad de Deusto</b>	yes
	<b>Universidad de Illes Balears</b>	yes
	<b>Universidad de Navarra</b>	yes
5°	<b>Universidad Miguel Hernandez de Elche</b>	yes
	Universidade de Santiago de Compostela	no
	<b>Universitat de Barcelona</b>	yes
	<b>Universitat de València</b>	yes
	Mondragon Unibertsitatea	no
	<b>Universidad de Alcalá</b>	yes
	Universidad de Alicante	no
	Universidad de Almeria	no
	Universidad de Córdoba	no
6°	Universidad de Murcia	no
	Universidad de Zaragoza	no
	<b>Universidad del País Vasco</b>	yes
	<b>Universidad Pablo de Olavide</b>	yes
	<del>Universidad Politécnica de Madrid*</del>	<del>no</del>
	Universidad Pública de Navarra	no

## *Legal Clinic in Spanish Universities*

Universidade de Vigo	no
Universitat de Girona	no
Universitat de Lleida	no
Universitat Jaume I de Castellón	no
Universitat Ramon Llul	no

Source: the author with data from U-Ranking index about the first 31 universities of the 61 included in the Ranking

Interpretation: \* The politechnical universities don't have Law School.

In black letters the universities with law clinic experience

But for the calculaton of these figures the U-Ranking report takes into consideration the entire educational offer of each university. If we focus in our analysis taking into account data only with respect to the Law Schools, and we locate them on the basis of the best legal title, the relative disposition changes:

Table 7: U-Ranking of Spanish universities measuring the efficiency of their Law Schools

Ranking	Universities with Law Schools	¿legal clinic?
1°	Universitat Pompeu Fabra	no
2°	<b>Universidad Carlos III de Madrid</b>	yes
	Universidad Autónoma de Barcelona	no
3°	<b>Universidad de Navarra</b>	yes
	<b>Universidad de Deusto</b>	yes
4°	<b>Universitat de València</b>	yes
	<b>Universidad de Rovira i Virgili</b>	yes
	Universidad de Alicante	no
5°	Universidad Autónoma de Madrid	no
	<b>Universitat de Barcelona</b>	yes
	<b>Universidad del País Vasco</b>	yes

### *Legal Clinic in Spanish Universities*

	Universidade de Santiago de Compostela	no
	Universidad de Zaragoza	no
	<b>Universidad Miguel Hernandez de Elche</b>	yes
	Universitat Ramon Llul	no
	Universidad Complutense	no
	Universidad de Cantabria	no
	Universidad de Granada	no
	<b>Universidad de Illes Balears</b>	yes
6°	Universidad de Murcia	no
	Universidade de Vigo	no
	<b>Universidad Pablo de Olavide</b>	yes
	Universidad Pública de Navarra	no
	<b>Universidad de Alcalá de Henares</b>	yes

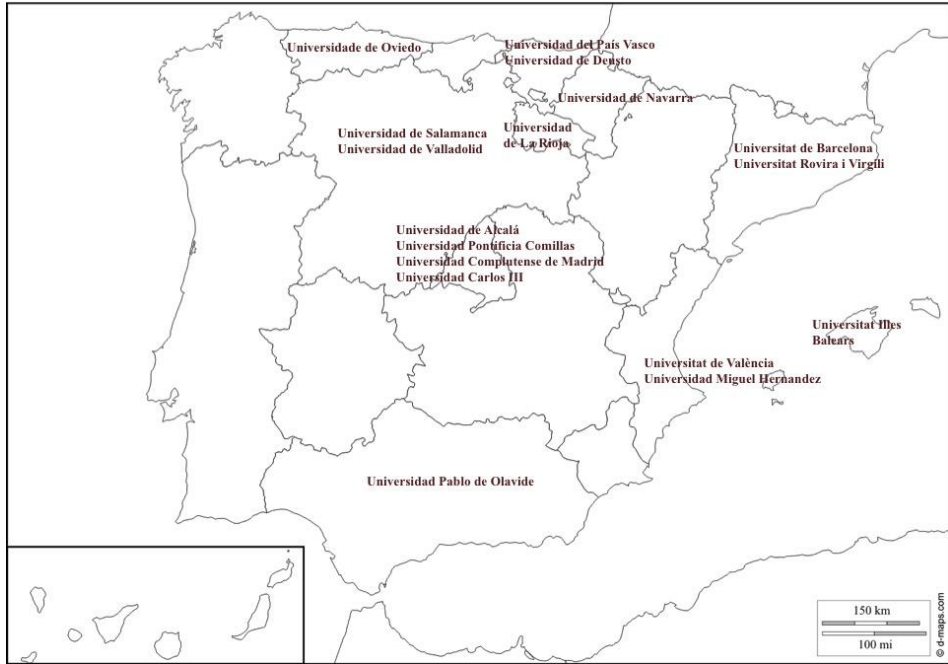
Source: the author with data from U-Ranking index

Although the positions vary from one table to another, the same 11 universities with legal clinic remain in both tables, showing us the weight (between 39% and 46%) of these universities in the top of the Spanish universities. But at the same time we can observe that 69% of the universities with legal clinics are located in the first two quartiles (1°+2°Q), and almost half (47%) in the 1°Q. These are some encouraging data, which will soon be out of date, once seen the increasing pace of expansion of legal clinic initiatives in Spanish universities.

Map 5: Identification of universities with detected law clinic experience



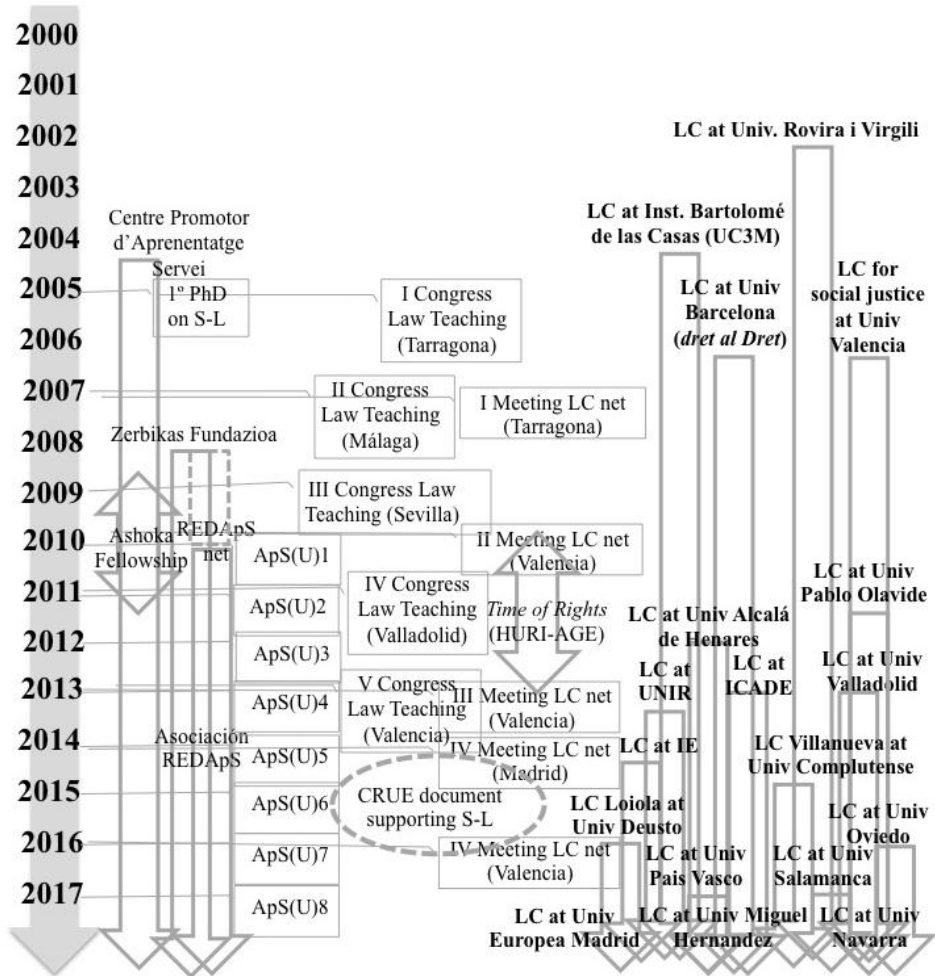
## *Legal Clinic in Spanish Universities*



Source: the author

## Legal Clinic in Spanish Universities

Map 6: Service-Learning, teaching innovation and Legal Clinic in Spain: Timeline as summary



Source: the author

## *Legal Clinic in Spanish Universities*

We start this article mentioning Antonio Machado and this is the situation of the Law Clinics in Spain: All of them are *walkers building the path*, step by step, with each experience, learning from the experiences and *footprints* left by colleagues from other clinics, and sharing it in the meetings of the network that are calling on more and more universities.



# The "Immigration and Asylum Clinic" of the University of Brescia facing the problem of immigration in Europe: new challenges to the effectiveness of migrants' rights

## Contents

<b>A. Introduction .....</b>	<b>192</b>
<b>B. The Clinical Legal Course at University of Brescia .....</b>	<b>195</b>
I. The origins of a Clinical Legal Course at University of Brescia.....	195
1. <i>The idea to "import" Clinical Legal Education Method at University of Brescia from overseas. ....</i>	<i>195</i>
2. <i>The structure and the functioning of the Legal Clinic Course at the University of Brescia .....</i>	<i>196</i>
3. <i>Which are the objectives of the Legal Clinic Course? .....</i>	<i>199</i>
<b>C. The „Immigration and asylum Clinic“ of the University of Brescia</b>	
<b>200</b>	
I. The need to set up a specific Clinic on Immigration and Asylum at the University of Brescia.....	200
1. <i>The birth of the „Immigration and Asylum Clinic“.....</i>	<i>200</i>
2. <i>Caseload and skills developed by students in the „Immigration and Asylum Clinic“ . ....</i>	<i>203</i>
<b>D. Free legal advice provided by the „Immigration and Asylum Clinic“ to asylum seekers .....</b>	<b>204</b>
I. Handling with cases related to asylum seekers.....	204

*The Asylum and Immigration Clinic of the University of Brescia facing the problem of immigration in Europe*

1. Teaching methods adopted in the clinic in relation to the cases of asylum seekers.....	204
2. Preparing students to the interview with an asylum seeker .....	206
3. Conducting the Interview with an asylum seeker.....	207
4. Writing a pleading to be presented to the local Commission the day of the interview .....	208

**E. Other major cases connected to immigration issues handled by the „Immigration and Asylum Clinic“..... 209**

I. The “Lampedusa case” and the “Pakistan case” handled by Brescia Law Clinic.....	209
1. The “Lampedusa case”: an overview .....	210
a) The “illegal detention” in the Center of identification and Expulsion (CIE) of Lampedusa (Sicily).....	211
b) The petition before the Committee against torture (so called CAT) of United Nations prepared and written by the students.....	212
c) The conclusion of the procedure in front of the CAT .....	213
2. “The Pakistan case” .....	215
a) Students’ activities in “Pakistan case” .....	216
b) Difficulties encountered by students in “Pakistan case” .....	217
c) The “Pakistan case” and the Limited Territorial Visa (LTV art. 25 “Schengen Code”) on “Humanitarian ground”: final remarks .....	218

**A. Introduction**

Up to ten years ago, the Clinical legal teaching method was not applied in the Italian academic system. In 2010, the University of Brescia was the first to set up a Legal Clinic Course<sup>1</sup> at Faculty of Law. Until that time

---

<sup>1</sup> See Amato, Developing strategies for academic and financial sustainability: the Brescia legal clinic’s experience, in Poillot (ed.), L’enseignement Clinique du droit, Larcier, 2014, p.143 ss.

*The Asylum and Immigration Clinic of the University of Brescia facing the problem of immigration in Europe*

the teaching of law took place almost exclusively through lectures, that is to say, through a theoretical learning. Clinical legal education<sup>2</sup>, instead, is a “legal teaching method based on experiential learning, which fosters the growth of knowledge, personal skills and values as well as promoting social justice at the same time. As a broad term, it encompasses varieties of formal, non-formal and informal educational programs and projects, which use practical-oriented, student-centered, problem-based, interactive learning methods, including, but not limited to, the practical work of students on real cases and social issues supervised by academics and professionals. These educational activities aim to develop professional attitudes and foster the growth of the practical skills of students with regard to the modern understanding of the role of the socially oriented professional in promoting the rule of law, providing access to justice and peaceful conflict resolutions, and solving social problems<sup>3</sup>”.

The absence of clinical legal courses in Italian universities determined some initial difficulties. In the Italian academic system, in fact, each form of teaching must be approved by the Ministry of Education (MIUR), that categorize it under a specific branch<sup>4</sup>. To overcome this concern, in 2009, the Faculty Council of the of University of Brescia has liberally approved the annual educational program<sup>5</sup> that offered a new elective course called “Cliniche Legali”.

---

<sup>2</sup> See Bartoli, *Legal Clinic in Europe: for a commitment of higher education in social justice*, *Diritto&Questioni pubbliche*, special issue, may 2016, p. 21.

<sup>3</sup> For the definition see <http://www.encl.org/about-encl/definition-of-a-legal-clinic>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>4</sup> See *Amato*, *Developing strategies for academic and financial sustainability*, cit., p. 144.

<sup>5</sup> So called “Manifesto degli Studi”.

*The Asylum and Immigration Clinic of the University of Brescia facing the problem of immigration in Europe*

Another major issue was the absence of two-tier career as scholars at University. In the United States, where clinical legal education was set up in the 1960s, there is a clear division between clinicians and academics. Hereafter we will see how the University of Brescia has tried to solve the problem.

It is finally important to emphasize that after overcoming the first difficulties, Brescia has managed to set up the first course of legal clinics in Italy. Its example was followed by several Italian universities and the clinical legal education is a teaching method now widely used by the Law faculties.<sup>6</sup>

---

<sup>6</sup> See *Carnelutti*, 'Clinica del diritto', *Rivista di diritto processuale* (1935), 175; *Bartoli*, Legal clinics in Europe: for a commitment of higher education in social justice, *Diritto & questioni pubbliche*, special issue, May 2016, available at: [http://www.dirittoquestionipubbliche.org/page/2016\\_nSE\\_Legal-clinics-in-Europe/index.htm](http://www.dirittoquestionipubbliche.org/page/2016_nSE_Legal-clinics-in-Europe/index.htm), [Stand: 27.05.2017]; *Poillot*, Comparing Legal Clinics: is there a way to a European Clinical Culture? The Luxemburg Experience, proceedings of the Naples Conference 15 - 16 October 2015; *Zencovich*, Ci vuole poco per fare un'Università migliore (Il Sirente, e-book 2011, 6 ; *Zencovich* (ed.), Come insegnare il diritto. Metodi, modelli, valutazione, Torino, Giappichelli, 2004, in the introduction, the Author discloses the importance of how to teach law, in the general vision of the economy of knowledge, which in Italy still remains a public service; *Pascuzzi*, Avvocati formano avvocati, Bologna, Il Mulino, 2015; *Ibidem*, Giuristi si diventa, Bologna, Il Mulino, 2008; *Ibidem* "Scienze cognitive e formazione universitaria del giurista". Sistemi intelligenti, 2007, p. 137 ff.; *Ibidem*, 'La scienza giuridica è disciplinare: può esserlo la didattica nelle facoltà di giurisprudenza?', in *Foro italiano*, 2007, pp. 94 - 99; *Ibidem*, "Dal sapere giuridico alle abilità del giurista (la missione delle Scuole forensi e di specializzazione per le professioni legali)", *Diritto e formazione*, 2007, pp. 127 - 132.



## **B. The Clinical Legal Course at University of Brescia**

### **I. The origins of a Clinical Legal Course at University of Brescia**

#### **1. The idea to “import” Clinical Legal Education Method at University of Brescia from overseas.**

The idea to establish a Legal Clinic Course at University of Brescia was promoted by a group of professors and researchers of the Department of Law<sup>7</sup>, with the intent to experience new teaching methods and advanced training at academic level. They were discontent of the state of legal education in Italy and they were aware of the total underestimation of the social dimension of law inside the academic teaching<sup>8</sup>.

The answer to their needs seemed to reside in that clinical education model, coming from overseas. In fact, they started studying and mapping the best practices with a special attention to the experience of U.S., where the Legal Clinic Education was born in 1960.

The first period was quite difficult especially because they knew that no Italian university had yet established a legal clinic course. In order to create such a course, in spring 2009 they invited a group of clinicians<sup>9</sup>

---

<sup>7</sup> i.e. Marzia Barbera, Patrizia De Cesari, Chiara Di Stasio, Chiara Perfumi and Fabio Ravelli

<sup>8</sup> See *Barbera*, The emerge of Italian Clinical Legal Education movement: the University of Brescia Law Clinic, forthcoming.

<sup>9</sup> Professor Jim Silk, Bob Solomon and Camille Carey.

*The Asylum and Immigration Clinic of the University of Brescia facing the problem of immigration in Europe*

from Yale Law School. They gave a series of workshop on Clinical Legal method both to students and Faculty members.

Then, in October 2009, a restricted delegation of scholars and students of the Department of Law visited some U.S. universities for a two weeks period of training in legal clinical education. The mission was aimed both to learn teaching methods adopted there and to tighten cooperative relations, to strengthen and to institutionalize partnerships already in place with the U.S. universities.

The Legal Clinic course started operating in 2010, at the University of Brescia. It was the first in Italy to set up a Legal Clinic course. The Clinic is mainly focused on cases of public interest<sup>10</sup>. By the time, the initial small team of academics involved reached a larger group and obtained the support of the Head of Department and the Headmaster of the Faculty. Therefore, after a first phase of skepticism<sup>11</sup>, the Brescia Bar Association started supporting the course. Currently eight lawyers of BBA work in the clinical program.

## **2. The structure and the functioning of the Legal Clinic Course at the University of Brescia**

University of Brescia Law Clinic is a multidisciplinary course. It involves many legal fields, such as: International Law, Civil Law, EU Law, Labor Law, Criminal Law. It is an elective course, offered across two

---

<sup>10</sup> See *Marella/Rigo*, Cliniche legali e giustizia sociale, *Diritto&Questioni pubbliche*, special issue, may 2016, p. 1

<sup>11</sup> See. *Amato*, Developing strategies for academic, cit., p.150.

*The Asylum and Immigration Clinic of the University of Brescia facing the problem of immigration in Europe*

semesters (Clinic I and Clinic II) and it allows the maturation of 6 credits. The course is open to all students of the 3rd, 4th and 5th year.

The teachers of the clinic choose the cases to be treated on the basis of the following criteria: their educational value, their exemplary nature and their social relevance. Cases can also be provided by non-profit associations which collaborate with the Clinic. The students of the clinic comply with all the rules of ethics and protection of privacy, as they sign a special declaration of intent. They work in small groups up to 2 to 7 people. Each group deals with one case, in the context of a specific legal field, and it operates under the supervision of a professor and a lawyer.

As for the legal support activities, students cannot formally represent the client before the court. This means that all procedural acts must be approved and signed by the lawyer who is in charge of the defense and who also plays the role of teacher-tutor in the Clinic, for the case and with the group of students assigned to him. The lawyers involved in the clinic sign with the University a “contract for teaching”, according to which they are considered “adjunct professors”. In our system, unlike that of the US, the figure of the "clinical Professor"<sup>12</sup> does not exist. He / she is a full professor who teaches only in a legal clinic course and thus may also play activities of legal assistance as regard of cases of his / her clinic. The adaptation of the American model to the Italian academic

---

<sup>12</sup> See *Amato*, Developing strategies for academic and financial sustainability, cit., p. 143.

*The Asylum and Immigration Clinic of the University of Brescia facing the problem of immigration in Europe*

system has led to choose the path of co-teaching, so that the teaching of the course is entrusted simultaneously with professors of the department and to lawyers of the Brescia Bar Association.

Although students cannot take a formal role in court, they may contribute to the drafting of the relevant acts of the process, under the lawyer's supervision and, with the permission of the judge, assisting at the public hearings.

The Clinical legal courses (I-II) includes 40 hours of lessons, most of which are devoted to the handling of the cases, the remaining are for seminars (usually held by guest lecturers, Italian and foreign). In some cases, simulations and role plays are used too. Attendance is compulsory and it is extremely important, even for the final evaluation of the clinical student. Other activities carried out by the students can be, for example:

- legal advice provided to disadvantaged groups, to individuals in need, to non-profit associations and local organizations acting in public interest protection;
- disclosure relating to the fundamental rights protected by law, with the aim of developing a culture of rights and enhancing the ability of people to integrate and have access to social benefits;
- cooperation with local institutions, non-profit associations, in order to support and contribute to the realization of projects of collective relevance.

### **3. Which are the objectives of the Legal Clinic Course?**

The introduction of a legal clinic course moves from the idea that students, during their university studies, should already have the opportunity not only to learn legal knowledge, but also to get in touch with the "living law".

Clinical Students learn the law through direct experience, that is, through the discussion of real cases, dealing with real people and participating in activities related to their defense and, if possible, assistance in court. In addition to the objectives related to teaching methodology, the Clinic aims to achieve additional goals:

- observe legal problems from the perspective of "advocacy";
- show the students that the law can be studied and applied not only in its technical, but also in its social dimension. The purpose is to address clinic activities towards individuals, organizations, local communities who need qualified legal assistance but they cannot bear the costs, in areas of great social importance such as: the protection of fundamental rights, housing, education, the environment, labor, immigration. That's why the legal assistance provided by clinicians is totally free;
- reflect on the legal, ethical and social issues raised by the cases.

The experience in a legal clinic course provides an opportunity for a training focused on the practice of law and on the active participation of students. The course, in fact, aims at encouraging students to develop legal skills such as: facts finding and the ability to apply the rules of law

to the case; the drafting of legal texts (contractual, litigation), the ability to assess legal risk; the defense activities (representation and legal assistance, investigations, relations with the witnesses); the relationship with the client, with the other party, with the judge.

## **C. The „Immigration and asylum Clinic“ of the University of Brescia**

### **I. The need to set up a specific Clinic on Immigration and Asylum at the University of Brescia**

#### **1. The birth of the „Immigration and Asylum Clinic“**

Inside the Clinical course, I and prof. Patrizia De Cesari<sup>13</sup> developed a specific Clinic focusing on immigration and asylum issues. The Clinic was set up essentially to solve concrete problems arising from immigration, which is nowadays such a topical issue within the European context, characterized by an increased migration flow and consequently migrant rights' protection issues. The Syrian conflict, for example, has left millions displaced, and the number of those embarking on dangerous journeys across the Mediterranean has held distressingly firm.

In the last decades, the European Union and national legislators, to solve the increased migratory pressure, have preferred a repressive approach aimed to repatriate illegal migrants to the countries of origin or departure, even those who were asylum seekers. The adoption of these measures has

---

<sup>13</sup> Full professor of International Law at University of Brescia, Department of Law.

been facilitated after the events of post September 11 when the relationship between migration and security concepts has regained its importance<sup>14</sup>. The fact that the perpetrators of the attacks were foreigners has left question marks in the minds as to the effectiveness of the border security and migration control systems. As a result of this, a number of states, especially the USA and EU Member States, have taken a series of measures to enhance the border security and migration control systems and fight international terrorism. The thought immediately flies to the famous practice of the interception and push-back of the migrants in the high seas by the Italian authorities or to the inhuman and degrading treatments suffered by migrants in the Center of Identification and Expulsion (CIE) by the Directive 2008 / 115 / CE<sup>15</sup>.

In this context, the Legal Clinic of Brescia has tried to introduce an innovative service for the Brescia community by developing a high-qualified free legal aid and advice to migrants who suffered a denial of their right.

---

<sup>14</sup> See *Di Stasio*, La lotta multilivello al terrorismo internazionale. Garanzia di sicurezza versus tutela dei diritti fondamentali, Giuffrè, 2010.

<sup>15</sup> See *Di Stasio*, La politica migratoria europea: da Tampere a Lampedusa, Napoli, 2012. There is a large literature on the treatment of migrants detained in identification and expulsion centers. See among others: *De Bruycker*, Audi alteram partem in immigration detention procedures between ECJ, the ECtHR and Member States, *Common Market Law Rev.*, 2015, pp. 569-590; *Palmisano*, Immigrazione e diritti di migranti e profughi dopo Lampedusa, *Dir. pubb. comp. eur.*, 2013, pp. XXI-XXIV; *Di Pascale, Nascimbene*, La sentencia del Tribunal de Justicia «El Dridi» y la inmigración irregular: problemas y perspectivas en el derecho de la Unión Europea y en el derecho italiano, *Revista española de Derecho Europeo*, 2012, pp. 107-128; *Rossi*, Sanzioni penali a carico degli stranieri irregolari e politica europea di rimpatri: note a margine della sentenza della Corte di giustizia nel caso «El Dridi», *Dir. pubb. comp. eur.*, 2011, pp.1230-1243; *Favilli*, L'attuazione in Italia della direttiva rimpatri: dall'inerzia all'urgenza con scarsa cooperazione, *Riv. Dir. Internaz.*, 2011, pp. 693-730.

*The Asylum and Immigration Clinic of the University of Brescia facing the problem of immigration in Europe*

Brescia is the third city in Italy in terms of number of migrants, and the second in the Lombardy Region (after Milan). The number of foreign residents in Brescia is 166.642 (ISTAT 2015), but it is one of the cities in Italy where we can observe an high degree of lack of integration.

The aim of this paper is to share the results of this new pattern of our *migrants focused clinic*, the problems we faced and the teaching methods we adopted. As main activity, the clinic usually supports asylum seekers before their audition in front of "Commissione territoriale per il riconoscimento della protezione internazionale" the Italian local Commission in charge to deal with asylum applications.

Apart from this, another important result of the work of the Clinic has been the submission to the *Committee Against Torture* of the United Nations (CAT) of a claim by the students to denounce the inhuman treatment suffered by migrants during their stay in the CIE of Lampedusa. Therefore, an important case, still open, submitted to our attention by the Local Red Cross Association, pertains the application of a Limited Territorial Visa (LTV), by article 25 of "Visa Code" (Reg. CE 810 / 2009) for a woman from Pakistan, who everyday faces a life- threatening condition because her two children were killed by terrorists during the attack to Peshawar Military School in December 2014. The problem we are going to solve deals with the possibility to let the Pakistan woman and her children legally enter in Italy, in order to submit the asylum application. As we will see below, the students of our Clinic prepared a motivated claim



*The Asylum and Immigration Clinic of the University of Brescia facing the problem of immigration in Europe*

to be submitted to the competent Authorities, arguing what would be the legal solution of the case.

**2. Caseload and skills developed by students in the „Immigration and Asylum Clinic“.**

The Immigration and Asylum clinic's caseload varies each semester, but it primarily focuses on asylum cases. Students in fact:

- follow the asylum seeker before his audition in front of Territorial Commission, the Italian administrative Commission in charge to deal with asylum applications;
- participate in the defense of immigrants detained at various Center of identification and expulsion (CIE);
- engage in human rights advocacy projects.

Student attorneys in the law clinic of Brescia have represented clients from countries as varied as Tunisia, Democratic republic of Congo, Pakistan, Guinea, Ghana.

Through client representation, advocacy and classroom instruction, students:

- learn substantive immigration law (national, European and International)
- develop interviewing and client relationship skills,
- practice and master a variety of legal advocacy techniques.
- explore different models for effective and collaborative lawyering

## **D. Free legal advice provided by the „Immigration and Asylum Clinic“ to asylum seekers**

### **I. Handling with cases related to asylum seekers.**

#### **1. Teaching methods adopted in the clinic in relation to the cases of asylum seekers**

As mentioned above, one of the most important activity of our clinic is to help, from a legal point of view, the asylum seeker before his interview in front of Territorial Commission, the Italian administrative Commission in charge to deal with asylum applications. Our Clinic has developed a free legal advice to asylum seekers trying to provide a practical response to the challenges raised by the EU in relation to a lack of legal aid for them.<sup>16</sup>

Before meeting the asylum seeker, our students receive a special training in order to be able to relate properly with the “client”, a “very special person” because of his life and his dramatic experiences.

In the first lessons, we give the students a legislative background on Immigration and Asylum legislation, both from a national and an International and EU perspective.

---

<sup>16</sup> See Proposal of recast Procedure Directive (i.e. Proposal for a Regulation of the EU Parliament and of the Council establishing a common procedure for international protection in the Union and repealing Directive 2013/32/EU, COM (2016) 467, 13th July 2016, which aims to introduce a free legal advice for asylum seeker, to enhance legal information.

*The Asylum and Immigration Clinic of the University of Brescia facing the problem of immigration in Europe*

Then we try to make them aware of the difficulties they will encounter and the specificity of a legal Clinic focused on immigration and asylum. In particular, in the cases related to an asylum application, we want them to understand that *cross-cultural communication* is really important when representing refugees. In fact, when you represent asylum seekers, almost by definition, you represent someone from a foreign country. In particular we want them to understand that there are high barriers and obstacles to communication like the disparities of notions and concepts. Quite common words can carry different meanings from one culture to another and be a source of misunderstanding. So it's fundamental being aware of these barriers because they can compromise the capacity to understand the asylum seeker's narration.

For most cases, the first source of information is the asylum seekers, so his narration can be crucial for fact-finding.

The persons in charge to deal with asylum application and, indeed, the judges understand the great barriers that refugees met to obtain objective proofs, and can grant relief based on the testimony of the applicant alone, but, in this case, the credibility of the asylum seekers is much more difficult to assess in the eyes of the judge.

Another concern of communication across cultures is the difficulty that can raise when you are trying to develop an open and trusting relation-

ship with the asylum seeker. In fact, from almost your very first contact, you are requesting him to share perhaps the worst periods of his life with you—in detail. Being skilled with cross-cultural communication can make the process of developing confidence with the asylum seeker much easier.

What can really make difficult to deal with cross-cultural communication is the interference with one own prejudice but, unfortunately, they are inevitable. A prejudice, or bias, is a mental approach, either positive or negative, that one associates with a person, thing, or group, which can compromise the communication, leading to judge the life of the interlocutor in the light of one own cultural models.

## **2. Preparing students to the interview with an asylum seeker**

How can we make students aware of the importance of cross-cultural communication? By preparing them to the interview with the client. For this purpose, we use the UNHCR Guideline titled “*Interviewing Applicants for Refugee Status*”<sup>17</sup>. The points of those Guidelines the students have focused on are: preparing the interview and conducting it.

First of all, in order to better conduct the interview, it is necessary to prepare the interpreter. In fact, in many cases, the interview will take place with the assistance of an interpreter. This may constitute an additional

---

<sup>17</sup> See UNHCR, *Interviewing Applicants for Refugee Status*, <http://www.unhcr.org/cgi-bin/texis/vtx/search?page=search&docid=3ae6bd670&query=RLD4>, [Stand: 27.05.2017].

obstacle to communication. It is important to brief the interpreter in advance of the interview to make sure that he or she understands what to do. It's important to explain how the interview will be conducted and what types of questions will be asked the applicant.

Secondly, the interviewer must be sure that the setting is suitable. In preparation for an interview, the interviewer should assume a caring attitude and provide a setting that encourages the applicant to communicate. It's important to give careful attention to the following details as they will influence the general atmosphere of the process:

- privacy;
- no interruptions;
- no noise;
- arrange the table and chairs on the same level and, if possible, in a well lit area.

### **3. Conducting the Interview with an asylum seeker.**

The first rule that an interviewer has to observe is that the questions must be directly addressed to the applicant and not to the interpreter, as a matter of respect.

Questions must be short, clear, so as to be able to receive an adequate response. To get the real story, it's necessary to establish a trust relationship between the interviewer and the interviewee.

Generally, the last question to the applicant should be: “What would you risk returning back to your country?”. This is the last question that the Territorial Commission ask the applicant. Before to close the interview, the interviewer should ask if the interviewee has any questions or if he wants to add something.

#### **4. Writing a pleading to be presented to the local Commission the day of the interview**

After the interview with the asylum seekers, students transcribe it and try to identify any inconsistencies in the narration of the facts. If they identify many contradictions, they meet again the asylum seeker in order to dispel this uncertainty.

The final activity of the students is to write a pleading that the asylum seeker will submit to the committee the day of the interview. The students have to reconstruct the events and argue from a legal point of view the reasons which led the applicant to leave his country. They must above all find historical evidence in the story of asylum seekers. So, for example, if the applicant declares that he fled his country because he belonged to a minority party and he was persecuted by the government, students must demonstrate that he was part of that party and that the opponents of the government in that country are persecuted. To find historical evidence students consult official sites as [www.REFWORLD.com](http://www.REFWORLD.com). Then they write the pleading that is usually divided in two parts: facts and law. They try to convince the commission

that the narration is credible and that the asylum seeker can obtain international protection.

All the asylum seekers supported by our clinic obtained the *status* of refugees. This demonstrates the importance of a legal advice to asylum seekers who often have none.

### **E. Other major cases connected to immigration issues handled by the „Immigration and Asylum Clinic“**

#### **I. The “*Lampedusa case*” and the “*Pakistan case*” handled by Brescia Law Clinic**

The Brescia Law Clinic, besides assisting asylum and international protection seekers for the interview in front of the local Commission, has handled some major cases connected to these issues. Examples is the so-called "left-to-die" migrant vessel<sup>18</sup>.

---

<sup>18</sup> In May 2012, having set sail from Tripoli, the vessel – which was packed with 72 African migrants attempting to reach Europe – ran into trouble and was left floating with the currents for two weeks before washing back up on Libyan shores. Despite emergency calls being issued and the boat being located and identified by European coastguard officials, no rescue was ever attempted. All but nine of those on board died from thirst and starvation or in storms, including two babies. As the Council of Europe stressed in a Resolution on the case adopted on 24 April 2012, “(w)hat made this case different, beyond the tragedy of the lives lost, was that the boat’s distress calls appear to have been ignored by a range of fishing vessels, a military helicopter and a large military vessel. Whereas many people have lost their lives in the Mediterranean Sea, the people involved in this boat tragedy could have been rescued if all those involved had complied with their obligations”<sup>18</sup>. The Council found that, in doing so, “vessels under national and/or NATO command failed in their duty to rescue a boat in distress”. In 2014, the Brescia clinic

*The Asylum and Immigration Clinic of the University of Brescia facing the problem of immigration in Europe*

In particular, the Clinic handled many cases about immigration issues, but we want to share the results of our *migrants focused clinic*, the problems we faced and the teaching methods we adopted in relation of two cases, we usually call:

- “*The Lampedusa case*”
- “*The Pakistan case*”

We chose those cases because they better represent the issues and concerns that EU is currently facing as a consequence of the greatest migration ever since the Second World War and where there is a serious risk of a denial of protection of migrants’ fundamental rights, in particular asylum.

**1. The “Lampedusa case”: an overview**

As we can observe, Immigration and Asylum clinic of the University of Brescia is a privileged laboratory of analysis and study of the problems

---

submitted to the Italian General Attorney for the military forces a request to speed up the inquiry which had been meandering along quite ineffectively for two years. The request has been ignored by the military magistrate so far and the case is now going to be brought to the Strasbourg Court by a group of human rights lawyers which includes the faculty who supervised the preliminary complaint in the Clinic. The clinic is collaborating on this issue with FIDH (Fédération internationale des ligues des droits de l’Homme), an international human rights NGO federating 178 organizations from 120 countries. FIDH had filed complaints against the military forces of all the other countries which were participating in the NATO operations in that area (IFrance, Uk, Spain, Belgium, US, Canada, Malta), for failure of duty to rescue. Presently, on appeal, the French *chambre de l’instruction* has reviewed the decision of the first instance prosecutor not to proceed and has started a judicial inquiry which is still going on.



*The Asylum and Immigration Clinic of the University of Brescia facing the problem of immigration in Europe*

related to immigration and asylum, both from a theoretical and empirical perspective.

From a theoretical point of view, law clinic is an important center of research, where all the stakeholders involved studied national, international and EU law with a critical approach, finding solutions and remedies for the problems arising from the cases followed.

For example, an important result of the Law Clinic of Brescia has been the submission to the *Committee Against Torture* of the United Nations (CAT) of a claim prepared and written by the students to denounce the inhuman treatment suffered by migrants during their stay in the Reception Center of Lampedusa. As a result of the so called "Arab Spring", in 2011, began a massive arrival of immigrants on Italian costs. Our assisted arrives in Lampedusa on September 14th, 2011 aboard an old unsafe and overcrowded boat, that was rescued and escorted by the Italian Coast Guard toward the Italian Costs. During the journey through the Mediterranean, which lasted 13 hours, migrants did not have food and water.

**a)The “illegal detention” in the Center of identification and Expulsion (CIE) of Lampedusa (Sicily)**

On 10-11<sup>th</sup> April 2012, the students of the Clinic, together with their professors, went to Tunis, where our client lived, in order to meet him.

*The Asylum and Immigration Clinic of the University of Brescia facing the problem of immigration in Europe*

During the meeting, they interviewed him in order to collect and record the story telling.

After that, we encouraged the students to seek the most important legal issues in the client's narration. Students were able to identify a number of legal aspects that have enabled them to qualify the detention of the claimant as illegal. The most relevant legal issues were:

- identification procedures conducted in violation of human dignity;
- Degrading conditions of life, overcrowded rooms, lack of food , poor hygiene;
- absence of any contact with the authorities and with volunteer organizations;
- Failure to inform migrants of imprisonment reasons in the CIE and of their rights such as the opportunity to apply for asylum .
- Situation comparable to "detention", however, in the absence of a judicial decision.

After the detention migrants were expelled and brought to Tunisia.

**b) The petition before the *Committee against torture* (so called CAT) of United Nations prepared and written by the students**

The Committee Against Torture (hereinafter CAT) is a committee established within the UN with the Convention Against Torture and other In-

human and Degrading Treatment, signed in New York in 1984. Before the CAT is possible, both for States and for individuals, to present petitions against States who assume to violate the articles of the Convention. It is a non-judicial remedy, the outcome of which does not produce judgments, but recommendations.

In our case, students assumed that Italian Government violated, in particular, article 1 of the Convention, because the claimant suffered inhuman and degrading treatment and he had been detained in the Reception Center of Lampedusa without a court order.

**c) The conclusion of the procedure in front of the CAT**

After having declared admissible our petition, on May 2016 the CAT rejected it for two (questionable) reasons:

*i. Lack of documentary evidence on the claimant's travel, stay on the detention facility in Lampedusa on a boat in Palermo, on the return to Tunisia?*

The students objected that it was very difficult to prove it because no court order was given to our claimant while he was in Lampedusa.

Therefore, after our client arrived in Lampedusa, he was literally stripped of all his belongings including his cell phone, so he was not able to document his "detention". With a formal letter, students first, and professors after, tried to ask the authorities of the detention facilities in

*The Asylum and Immigration Clinic of the University of Brescia facing the problem of immigration in Europe*

Lampedusa to access the database of the police where all migrants' information and fingerprints are stored, but they answered that no one has the permission to access it. The only evidence that students were able to submit to the Committee was an electronic file which recorded day, hour and other information of a call, done by our claimant, while he was in Lampedusa, to a free number. This free number belonged to an Italian ONG called ARCI which provides legal advice to migrants. The Committee considered this evidence insufficient.

*ii. Failure to exhaust all the domestic remedies (in accordance with art. 22 of the Convention)*

Also this argument raises several objections. In fact, it is difficult to imagine a domestic remedy available if there is no court order, which justifies the "detention". But in a similar case, a recent judgment of the European Court of Human Rights<sup>19</sup> ruled that the detention of three Tunisian nationals, who arrived in Lampedusa on a boat with many other migrants to escape the so called "Arab Spring", was "illegal" and in violation of several articles of the European Convention on Human Rights. Their detention at the Reception Center of Lampedusa was "without legal basis" and the reasons for their "imprisonment" were "unknown" to the three applicants, who "could not contest them".

---

<sup>19</sup> See ECHR, *Khlaifia e al. c. Italy*, appl. n. 16483/12, 1st September 2015 and Grand Chamber, 15 December 2016, appl. n. 16483/1.

Even if the CAT has rejected the petition that does not mean that the problems related to the lack of protection of migrants' rights in reception centers do not exist, even these problems have become more acute in recent times. The arguments of the CAT, in fact, are linked to the procedures but they are not related to the facts described in the petition. That is why our clinic aims to continue the work done so far in order to seek possible measures to solve the legal question.

## **2. “The Pakistan case”**

As we said, the clinic is a privileged laboratory of study also from an empirical point of view. The discussion of concrete cases enables understanding in advance deep legal gaps that are at the basis for the resolution of the case. For example, the legal Clinic of Brescia is still dealing with the case, submitted by the Local Red Cross Association, that deals with a woman from Pakistan, who everyday faces life- threatening condition because her two children were killed by terrorists during the attack to Peshawar Military School in December 2014. After few days, also her husband was killed because he had participated in demonstrations condemning the terrorist attack. Now the woman, with her three children lives in a Pakistani region unknown to us. Her brother who still live in Italy as refugee, asked for help to the local Red Cross. He would like his sister and nephews to come to Italy through legal channels. The Red Cross has tried the way of tourist visa but it was rejected. For this reason, the Local Red Cross call on Clinic asking our legal advice.

**a) Students' activities in "Pakistan case"**

The work of the students in this clinic was very hard. They first of all studied the national and the European Union law to find a legal channel to let her enter in Italy and also analyzed the geographical and historic context. Then they verified the presence of Terroristic Group in the Region of Peshawar.

After having collected all this information, they contacted the Italian Consul in Islamabad, asking for help. To prove the death of our client's children, they phoned the Military School in Peshawar asking for the list of all the students killed in the terroristic attack.

After all this research, since the EU legislator has not introduced yet a visa on humanitarian grounds to let asylum seekers legally entry in Europe, the only way they found to allow our client to legally enter in Italy was to ask for a Limited Territorial Visa (LTV) on humanitarian ground. The students filled the Schengen format for Visa to be submitted to the competent Authorities, motivating the possibility to obtain a Limited Territorial Visa (LTV), under article 25 of "Visa Code" (Reg. CE 810 / 2009). Before submitting it, they contacted the Office VI – *Visas* at the Foreign Ministry and they talked to the plenipotentiary who said them that to obtain a LTV is necessary an evidence of fear of persecution suffered by our client.

**b) Difficulties encountered by students in “Pakistan case”**

Students faced many difficulties while handling this case. First of all Pakistani Public Administration was reluctant to give them the information requested. Both the School in Peshawar and the Pakistani Consulate refused to give them the list of all the students died in the terroristic attack. Therefore, according to the Foreign Ministry students have to prove that the Pakistan woman has a well-founded fear of persecution in her country, to let her entry with a LTV. It is very difficult to prove this because she still lives in Pakistan. To obtain this information, students asked UNHCR to help them. In fact they needed a report from UNHCR local staff on the conditions of our assisted. UNCHR local staff answered that it could not provide such a report and it kindly invited them to contact *International Organization for Migration(IOM)* in Islamabad asking the report. Now we are still waiting for an IMO answer. If IOM won't answer to our request, we hope that the proposal to extend family reunification to the brothers and sisters of refugees will be approved. The amendment is contained in the proposal for a Dublin IV Regulation, presented by EU Commission on the 4<sup>th</sup> of June 2016.

The cases followed in the Clinic, as described above, show how an empirical approach can better help discover the most relevant breakpoints of the current Common European Asylum System, as the violation of human right of asylum seekers from the presentation of the application to

the hosting in the Reception Centers and the lack of safe pathways to let asylum seekers legally enter to UE.

**c) The “*Pakistan case*” and the Limited Territorial Visa (LTV art. 25 “*Schengen Code*”) on “Humanitarian ground”: final remarks**

As we observed, a clinic on immigration and asylum is a privileged center of research on immigration and asylum concerns. Thanks to real cases, it is possible to better explore key legal issues and to find concrete solutions. The “*Pakistan case*”, for example has allowed us to truly reflect on one key concern related to the current European asylum system, i.e. the lack of ways for asylum seekers to enter Europe in a legal and safe way. With regards to asylum, international asylum law is characterized by an inherent paradox: there is a right for every person to *leave* his or her country, but there is no concomitant right to *enter* another country, not even when one is being persecuted<sup>20</sup>. One can only apply for asylum once he / she has reached the border or entered the territory of the relevant State. The borders of the European Union are being increasingly hermetically closed. For instance, carriers are obliged to ensure that “aliens” carried by air or sea possess the necessary travel documents, and to return those who are refused entry into the Schengen states to a Third

---

<sup>20</sup> See Di Stasio, *La politica migratoria europea: da Tampere a Lampedusa*, Napoli, 2012.



*The Asylum and Immigration Clinic of the University of Brescia facing the problem of immigration in Europe*

State.<sup>21</sup> Even though refugees are explicitly excluded from its scope,<sup>22</sup> this provision has had as a practical consequence that asylum seekers cannot take conventional travel modes to Europe without the necessary travel documents. Most people in need of international protection are therefore entering the European Union illegally, generating the images that unfortunately have dominated the news in recent years: thousands of people risking and losing their lives on the Mediterranean, human trafficking and refugee camps in degrading conditions etc.

Good practices related to the pre-arrival stage are for example the adoption by Member states of instruments such as humanitarian visa. As mentioned above, in accordance with the Visa Code, a visa with limited territorial validity (VTL) shall be issued “when the Member State concerned considers it necessary on humanitarian grounds, for reasons of national interest or because of international obligations”.<sup>23</sup> A 2014 report of the European Parliament found that 16 Member States are already using guidelines concerning the humanitarian visa.<sup>24</sup> Moreover, in a 2016

---

<sup>21</sup> Convention implementing the Schengen Agreement of 14 June 1985 between the Governments of the States of the Benelux Economic Union, the Federal Republic of Germany and the French Republic on the gradual abolition of checks at their common borders, Article 26. This provision was given teeth by the penalties foreseen in Council Directive 2001/51/EC.

<sup>22</sup> “Subject to the obligations resulting from their accession to the Geneva Convention relating to the Status of Refugees of 28 July 1951, as amended by the New York Protocol of 31 January 1967.”

<sup>23</sup> Regulation (EC) No 810/2009 of the European Parliament and of the Council of 13 July 2009 establishing a Community Code on Visas (Visa Code), article 25, § 1, (a).

<sup>24</sup> European Parliament (Policy Department for Citizens’ Rights and Constitutional Affairs), ‘Humanitarian visas: option or obligation?’, September 2014, [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2014/509986/IPOL\\_STU\(2014\)509986\\_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2014/509986/IPOL_STU(2014)509986_EN.pdf), [Stand: 27.05.2017].

*The Asylum and Immigration Clinic of the University of Brescia facing the problem of immigration in Europe*

resolution, the Parliament advocated that “[p]ersons seeking international protection should be able to apply for a European humanitarian visa directly at any consulate or embassy of the Member States”<sup>25</sup>.

Some European Union States have already tested the application of VTL on humanitarian grounds related to asylum issues. In particular "humanitarian grounds" were always interpreted by the European Commission<sup>26</sup> in a restrictive manner and they were never related to the case of a refugee. However, since it is a wide and elastic category, definitely the "humanitarian grounds" can be used to this end.

In Italy, for example, practical application of VTL has been already in place. On December 14th 2015, the religious community of Sant’Egidio, together with the Waldensian Evangelical Church signed an agreement with the Italian Foreign Ministry to allow asylum seekers from Lebanon, Syria, Morocco and Sub-Saharan Africa to legally enter Italy via a system of private sponsorship. Following the issue of visas with limited territorial validity, as stated in article 25 of Regulation 810 / 2009, asylum seekers from these countries were allowed to legally enter Italy. This type of visa can be issued in exceptional circumstances, only on

---

<sup>25</sup> European Parliament resolution on the situation in the Mediterranean and the need for a holistic EU approach to migration, 12 April 2016, <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P8-TA-2016-0102&language=EN&ring=A8-2016-0066>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>26</sup> See European Commission Decision C(2010) 1620 final of 19.3.2010 establishing the Handbook for the processing of visa applications and the modification of issued visas.

*The Asylum and Immigration Clinic of the University of Brescia facing the problem of immigration in Europe*

‘humanitarian grounds’ when the Member State concerned considers it necessary<sup>27</sup>.

Therefore, since 2013 Germany has provided about 20.000 places for Syrian asylum seekers. Still, Germany has developed a program to encourage the entry of Syrian private sponsors in order to allow them to be reunited with their relatives<sup>28</sup>.

France provided about 1.400 visas to Syrian nationals, who have allowed them to reach France to apply for asylum<sup>29</sup>. It must also be recalled the decision of a French administrative court that ruled on the illegality of the refusal of a visa, in this case a VTL, required by a Syrian family which had expressly declared its intention to apply for asylum in France. According to the judge this refusal constitutes: "*une atteinte grave et manifestement illégale à une liberté fondamentale le refus de délivrer un visa à une famille syrienne qui souhaitait demander l'asile en France*". So, according the French judge, the refusal to issue a visa (VTL) to the applicant represents a serious and manifestly illegal violation of a fundamental right, namely the right to asylum<sup>30</sup>.

---

<sup>27</sup> For further details see Di Stasio, La crisi del “Sistema Europeo Comune di Asilo” (SECA) fra inefficienze del sistema Dublino e vacuità del principio di solidarietà, *Rivista di Diritto dell'Unione europea*, n. 2. 2017, pp. 209-247.

<sup>28</sup> See *Tsouardi/De Bruycker*, EU asylum policy: In search of solidarity and access to protection, Migration Policy Centre, Policy Brief, 2015, n. 6, <http://www.migrationpolicycentre.eu/>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>29</sup> Cfr. UNHCR, *Resettlement and other forms of Admission for Syrian Refugees*, April 14<sup>th</sup>, 2015.

<sup>30</sup> See Tribunal Administratif de Nantes –ord. 16 sept. 2014, *Mme K. et au tres*, n. 1407765.

*The Asylum and Immigration Clinic of the University of Brescia facing the problem of immigration in Europe*

In Belgium, therefore, the number of humanitarian visas issued gradually increased in these last years, for instance to family members of recognized refugees who do not qualify for family reunification. Recently, however, a political and media storm was caused by the refusal by the Belgian State Secretary for Asylum and Migration to implement a judgement of the Council for Alien Law Litigation (CALL), which *ordered* the issue of a humanitarian visa to a Syrian family in Aleppo, so that they could legally enter Belgium in order to apply for asylum.<sup>31</sup> It is therefore particular that a prejudicial question was thereafter asked by CALL to the Court of Justice of the European Union<sup>32</sup>. On 7 February 2017, Advocate General Mengozzi handed down his not binding opinion<sup>33</sup> in case *X, X v. État Belge*. It is very important because he first of all reaches the conclusion that the situation of the Syrian family in question is governed by the Visa Code and, therefore, by EU law. He also notes that, by adopting a decision under the Visa Code, the authorities of a Member State are implementing EU law and are therefore required to respect the rights guaranteed by the Charter. Advocate General Mengozzi states in that regard that the benefit of the fundamental rights laid down in the Charter, which

---

<sup>31</sup> See CALL, no. 176.577, 20 October 2016.

<sup>32</sup> The questions raised to the Court of Justice are on whether the term “international obligations” in article 25, § 1 (a) of the Visa Code includes the rights guaranteed by the EU Charter of Fundamental Rights, and whether a member state can therefore be obliged to issue a visa when there is a risk of violation of e.g. article 4 (prohibition of torture) or article 18 (right to asylum) of the Charter. See EU Court of Justice, case PPU, C-638/16 *X, X v État belge*,

<sup>33</sup> <http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=187561&pageIndex=0&doclang=FR&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=312343>, [Stand: 27.05.2017].

*The Asylum and Immigration Clinic of the University of Brescia facing the problem of immigration in Europe*

all Member State authorities acting in the context of EU law are required to observe, is enjoyed by the addressees of the measures adopted by such an authority, irrespective of any territorial criterion.

The Advocate General considers that a Member State is required to issue a visa on humanitarian grounds in a situation where there is a serious risk of breach of Article 4 of the Charter in particular, irrespective of whether there are any links between the person concerned and the requested Member State.

Accordingly, Advocate General Mengozzi proposes that the answer that the Court should give to the Conseil du contentieux des étrangers is that a Member State to which a third country national has applied for a VTL on humanitarian grounds is required to issue such a visa if substantial grounds have been shown demonstrating that a refusal to issue such a document would have the direct consequence of exposing that national to treatment prohibited by Article 4 of the Charter, by depriving that person of a legal remedy to exercise his right to seek international protection in that Member State.

Unfortunately another great opportunity to allow legal access to Europe to asylum seekers has been lost. In fact, the ECJ judgment of 7 March 2017<sup>34</sup> differs totally from the Advocate General's Opinion. The EU

---

<sup>34</sup> See judgment of the EU Court of Justice, 7 March 2017, case C-638/16 PPU, *X, X v. État Belge*.

*The Asylum and Immigration Clinic of the University of Brescia facing the problem of immigration in Europe*

Court in fact stated that in accordance with Article 1 of the Visa Code, such applications, even if formally submitted on the basis of Article 25 of that code, fall outside the scope of that code, in particular Article 25(1)(a) thereof, the interpretation of which is sought by the referring court in connection with the concept of ‘international obligations’ mentioned in that provision. In addition, as noted by the Belgian Government and the European Commission in their written observations, no measure has been adopted since then, by the EU legislature on the basis of Article 79(2)(a) TFEU, with regard to the conditions governing the issue by Member States of long-term visas and residence permits to third-country nationals on humanitarian grounds, the applications at issue in the main proceedings fall solely within the scope of national law<sup>35</sup>.

---

<sup>35</sup> See point 43-44 of the judgment.



*Carlo Caprioglio*

**Teaching Law, Promoting Social Justice  
– Notes on the development of Clinical Legal  
Education in Italy –**

**Contents**

**A. Clinical Legal Education in Italy: a brief overview..... 226**

**B. Legal culture, social changes and access to justice: understanding  
the introduction of LC in Italy..... 231**

**C. Legal Clinics as a “situated justice approach” to the law. .... 234**

**D. Some final remarks and critical issues. .... 237**

**A. Clinical Legal Education in Italy: a brief overview.**

Over the last ten years, the introduction of Legal Clinics in educational programs is the greatest innovation carried out in the Italian Law Departments. Therefore, law teaching in Italy is traditionally related to lectures and manuals learning, focused on Positive Law and Jurisprudence. Consequently, the awareness of Legal Clinics undoubtedly represents the result of a sort of “cultural revolution”. Currently, after almost ten years since the first trials, Clinical Legal Education is part of the Italian University system: it is proved by the capillary widespread from north to south of the country. Indeed, roughly fifteen Law Departments



*Teaching Law, Promoting Social Justice. Notes on the development of Clinical Legal Education in Italy.*

offer Clinical Legal Education courses, giving the possibility to choose a vast field of topics, according to their interests<sup>1</sup>.

In the light of the American model, since the beginning Italian Legal Clinics have aimed at promoting the access to justice, addressing their activities in regards of marginal, minority and discriminated social categories that face a number of obstacles to access to judicial protection and to address to professional and qualified legal defense. It is not by pure chance that Immigration and International Protection, Criminal and Labour Law are the main fields of Legal Clinics<sup>2</sup>. Indeed, in these fields, “structural<sup>3</sup>” factors – as legal, economic and cultural elements - usually affect the balance between parties, siding in favor of the one who is socially powerful: as, in the above-mentioned cases, public entities and employers.

The development of the phenomenon and the need to comply with a context not always positive, – due to the lack of funds and the adversity of certain academic circles, as well as the precarious work of certain lecturers – led Italian clinicians to experiment and diversify their organizational models<sup>4</sup>. As a result, a remarkable heterogeneity in different trials occurs under the organizational point of view. In this context, it is difficult to offer a detailed and comprehensive framework of

---

<sup>1</sup> When this text is written, Legal Clinics are carried out at the University of Brescia, Roma Tre, Torino, Torino IUC, Perugia, Firenze, Palermo, Catania, Verona, Bergamo, Milano-Bicocca, Genova, Bari, Teramo, Sassari and Napoli.

<sup>2</sup> C. Bartoli, *The Italian Legal Clinics Movement: Data and prospects* in “*International Journal of Clinical Education*”, Vol. 22, No. 2 (2015), pp. 213-229, p.223. Human rights, disabilities, anti-discrimination law, privacy and personal savings safeguard are among the topics of interest for Italian Clinics. Furthermore, the Clinic of the University of Perugia on Environmental Law represents an interesting experience since it offers legal support to local committees, associations and environmental movements.

<sup>3</sup> E. Berrey, S.G. Hoffman, L. B. Nielsen, *Situated Justice: a contextual analysis of fairness and inequality in Employment Discrimination Litigation*, *Law & Society review*, Vol. 46, No. 1 (2012), pp.1-36, pp. 3-4.

<sup>4</sup> C. Bartoli, *The Italian Legal clinics Movement*, *op. cit.*, p.221.

organizational and operational working methods in Italian Legal Clinics. Nevertheless, it is possible to pinpoint a number of common features.

Firstly, unlike the American experience, which represents the main reference point of any legal clinic trial, in Italy there are not full-time tenured professors assigned to deal with clinical legal courses. The Legal Clinics institutions initiative is due to tenured professors of different curricular courses, often relating to disciplines encompassing the study of Law and Philosophy. This is an aspect that highlights the clinical training criticalities, which demands a commitment of time and energy and weighing on professors who have already a significant educational responsibility, or it is assigned to researchers and contract scholars in precarious conditions who sometimes cannot guarantee the continuity of the educational trial over the years<sup>5</sup>.

With regards to operational working methods, most of Italian Clinics offer services open to the public, creating a direct contact between students and clients<sup>6</sup>. The relationship between students and real people in need of legal assistance is often the main success factor of legal clinics<sup>7</sup>: therefore, this encounter promotes feelings of empathy, sharing and emotional involvement in students<sup>8</sup>. Indeed, as Francesco Carnelutti pointed out in a 1935 essay that has been for a long time one of the few observations focused on this topic in the Italian debate, the contact

---

<sup>5</sup> *Ivi*, p. 214.

<sup>6</sup> For instance, since January 2012, the Immigration and Citizenship Law Clinic of the University of Roma Tre has set up a Front Office open to the public where, under the supervision of lawyers, students offer legal information to foreign citizens and collect the documents for the appeals. Since 2015, a similar activity is carried out by the Legal Clinic for Human Rights of the University of Palermo.

<sup>7</sup> M. R. Marella, E. Rigo, *Le cliniche legali, i beni comuni e la globalizzazione dei modelli di accesso alla giustizia e di lawyering*, in «Rivista Critica del Diritto Privato», n. 4, 2015, pp. 537-556, p. 551.

<sup>8</sup> C. Bartoli, *Legal Clinics in Europe: for a commitment of higher education in social justice*, in «Diritto e Questioni Pubbliche: Rivista di Filosofia del Diritto e Cultura Giuridica», Special Issue (2016), p. 24.

between students and real people is a core element in the education of a “clinical” legal expert. According to the author, a clinician should not have only a mere theoretical instruction, but he or she has to understand the needs of real people: in other words, he or she should have both a judicial and practical background<sup>9</sup>. After all, the encounter between students, lecturers and rights holders is the basis of the methods of legal clinics, which implies all the “transformative” capacities of teaching jurisprudence.

Furthermore, this issue is strictly interrelated with the relationship between the Legal Clinics and local community. Italian Legal Clinics, indeed, have a strong connection with the surrounding environment, that is to say that activities are based on the needs and types of clients, geographical and institutional context, as well as local practices. Consequently, it is possible to find a marked diversity in the activities, practices and instruments that characterize the variety of experiences. Among these, litigation is unquestionably the main activity within them. Nevertheless, Alternative Dispute Resolution’s techniques might be preferred to the specific sector of legislation or the institutional framework in which Legal Clinics take place. Moreover, a number of various practices, such as legal information programs, street law, the drafting of reports, disclosure documents, complaint and legislative reform proposals<sup>10</sup>.

In conclusion, in this general overview of the Italian situation, it is worth mentioning the increasing involvement of Legal Clinics in scientific research. By their nature, they encourage teamwork, knowledge sharing and circularity of research and teaching, by relating students, scholars and lawyers. Most importantly, Clinics are a precious “observatory” on practical law, focusing on its trans-

---

<sup>9</sup> F. Carnelutti, *Clinica del diritto*, in «Riv. di Dir. Proc. Civ.», 1935, 2/I, pp. 173-4.

<sup>10</sup> C. Bartoli, *The Italian legal clinics movement*, *op. cit.*, p. 224.

formations and social relationships: indeed, they go through sectors of the legal system that are often neglected by the highest representatives of the consolidated academic knowledge<sup>11</sup>. For these reasons, Legal Clinics have proven to be a fundamental tool to start and carry out very innovative scientific researches. The “Observatory on jurisprudence regarding administrative detention and removal of immigrants” is illustrative. The research project was created in 2013 in the framework of the Roma Tre Immigration and Citizenship Law Clinic and involves different Departments of Law, research centers and legal clinics at national level. The objective is to monitor and analyze the functioning of judicial bodies that oversee administrative detention and removal of third countries nationals<sup>12</sup>. Thanks to the collection and the analysis of the decisions made by the competent jurisdictions, research has underlined the serious shortcomings in the protection system of foreign nationals that are in administrative detention, as well as the unlawfulness that occurs in judicial practice. Consequently, the Observatory has drawn attention to the administrative detention of migrants, an issue that is rarely subject of reflection by Italian legal culture, despite the importance of the rights involved and the problematic coexistence of the institution with the higher principles of legislation<sup>13</sup>.

---

<sup>11</sup> In this respect, the attention that legal clinics pay to Immigration Law is a prime example, as otherwise this field would not be part of educational programs in Italian Law Departments, despite the social relevance of the migration phenomenon.

<sup>12</sup> The “Observatory on jurisprudence regarding administrative detention and removal of immigrants” is a research project coordinated by Legal Clinic on Immigration and Citizenship Law of the University Roma Tre that involve the Law Departments of the Universities of Bari, Florence, Bologna and Turin. The research results are available on the website: <http://www.lexilium.it>, [Stand: 27.05.2017].

<sup>13</sup> The reports of the Observatory have been mentioned by various international bodies: such for example, The *Contention Research Report 2014* of the European University Institute and the 2014 *Undocumented Justice* written by the International Commission of Jurists.

## **B. Legal culture, social changes and access to justice: understanding the introduction of LC in Italy.**

In his 1977 writings, Norberto Bobbio described the role of the jurist as strictly related to the idea he or she has of him / herself and to his / her function in society<sup>14</sup>; the author underlined that our changing society requires jurisprudence to be more realist, to establish an intense dialogue with other social sciences, focusing not only on Positive Law, but also on social relationships and administrative practices, that is to say “every reiterated behavior that is part or in addition or in contrast with formal standards”, that creates “the connective tissue of an institution”<sup>15</sup>.

In the light of these considerations, it is not by pure chance if the legal clinics introduction and development in universities has traditionally corresponded to periods of radical social changes. For instance, it is a known fact that the widespread of legal clinics in the United States was encouraged by the civil rights movements in the 60s<sup>16</sup>. The connection between Clinical Legal Education and social changes is even more evident in the countries where Legal Clinics developed in constitutional transition periods, such as in Latin America<sup>17</sup> and Western Europe<sup>18</sup>. Hence, the introduction of Legal Clinics in the academic *curricula* of Italian Law Departments should be related to social changes that society, political institutions and legislation have undergone over the last decade.

---

<sup>14</sup> N. Bobbio, *Dalla struttura alla funzione. Nuovi studi di teoria generale del diritto*, Roma-Bari, Laterza, 1977, p. 35.

<sup>15</sup> *Ivi*, pp. 38-42.

<sup>16</sup> R. J. Wilson, «Beyond Legal Imperialism», in F. Bloch (eds.), *The Global Clinical Movement. Educating Lawyers for Social Justice*, New York, Oxford University Press, 2011, p. 135.

<sup>17</sup> M. Berbec-Rostas et al., «Clinical Legal Education in Central and Eastern Europe», in F. Bloch (eds.), *The Global Clinical Movement*, *op. cit.*, p. 53.

<sup>18</sup> E. Castro-Buitrago et al., «Clinical Legal Education in Latin America», in F. Bloch (eds.), *The Global Clinical Movement*, *op. cit.*, p. 70.

*Teaching Law, Promoting Social Justice. Notes on the development of Clinical Legal Education in Italy.*

In Italy, the first Legal Clinics trials took place between 2008 and 2010 at the Universities of Brescia, Roma Tre and Turin (the latter, in cooperation with the International University College)<sup>19</sup>. Contrariwise, during the worsening of the economic crisis, the social cutbacks and the widespread of social intolerance, the above-mentioned activities aimed at establishing social justice and promoting access to justice among socially vulnerable individuals. The choice of the fields of study highlights these purposes: Labour Law at Brescia University and Immigration Law at Roma Tre and Turin Universities. A similar decision cannot be taken for granted, given the fact that, on the one hand, precarious work is becoming prevalent and over the last decade increasing attention has been paid to trade union rights and, on the other hand, a series of restrictive reforms on the rights of migrants citizens have been approved supported by a violent “anti-immigration” media campaign.

According to the author, the introduction of legal clinics should be interpreted taking into account the specific processes of the Italian society which is living a period of intensive and conflictual social restructuring, where economic recession has caused a general restriction of rights for certain social categories, as well as for the exercise of their rights. Currently, access to justice for persons who do not have sufficient financial resources to meet the costs of legal expenses is an extremely common issue. The legal aid system, actually regulated under the Presidential Decree No. 115 / 2002, officially ensures the right of defense to poor people, in application of Article 24 of the Italian Constitution. However, despite the formal provisions, the strict income limits required, the number of bureaucratic

---

<sup>19</sup> For more information about the activities of the Legal Clinics of Brescia, Roma Tre and Turin Universities: [www.clinicalegale.jusunibs.it](http://www.clinicalegale.jusunibs.it), [Stand: 27.05.2017], [www.clinicalegale.giur.uniroma3.it](http://www.clinicalegale.giur.uniroma3.it), [Stand: 27.05.2017], [www.giurisprudenza.unito.it/do/home.pl/View?doc=Cliniche\\_legali\\_Human\\_rights\\_migration\\_law\\_clinic.html](http://www.giurisprudenza.unito.it/do/home.pl/View?doc=Cliniche_legali_Human_rights_migration_law_clinic.html), [Stand: 27.05.2017].

obstacles to apply for legal aid and the exclusion of the costs of administration procedures considerably reduce the possibility to access to justice for disadvantaged groups<sup>20</sup>. Thusly, the free and qualified assistance offered by Legal Clinics can provide access to justice to citizens who, otherwise, would be excluded from exercising their rights. Legal Clinics activities, in fact, concern the lowest social ranks that more frequently have to face abuses, excesses and irregularities that, as Michel Foucault pointed out, don't represent the inevitable "misuses" «but the essential and permanent life of the "rule of law"»<sup>21</sup>. According to the French philosopher, the illegitimate behaviours of authorities are not simple «obstacles to the universal application of the law, but rather they guarantee its *regular course* [emphasis mine]»<sup>22</sup>. In other words, the ordinary application of laws by administrations and minor courts play a central role in creating practices that often go beyond the limits of formal legal provisions. Despite these practices inevitably have an impact on the real "social conditions of the possibility"<sup>23</sup> of the exercise of the rights, they have been rarely taken into consideration by scholars and academic researches. Indeed, as Luigi Ferrajoli argued, administrative practices are usually addressed to socially marginalized categories: consequently, the study of this issue is in turn emarginated from academic knowledge<sup>24</sup>. In this light, legal clinics can be a tool to guarantee access to justice to people who are in need of

---

<sup>20</sup> The procedures for the recognition of the International Protection are an outstanding example of what has been said. The Italian legislation, in fact, does not ensure legal aid during the "administrative" phases of the procedure. These complex but also crucial matters play a key role when the competent administrative authority rejects the request for international protection. In addition, asylum-seekers have often many difficulties in obtaining the documents required by the authorities to prove the income criteria for the access to legal aid.

<sup>21</sup> M. Foucault, *Préface* a M. Debard, J. L. Henning, *Les Juges kaki*, Paris, 1977, pp. 7-10, in M. Foucault, *Dits et Écrits*, vol. III, n. 191, pp. 138-140.

<sup>22</sup> *Ivi*, p. 140.

<sup>23</sup> P. Bourdieu, *La distinction: critique sociale du jugement*, 1979, trad. it. *La distinzione. Critica sociale del gusto*, Bologna, il Mulino, 1983, p. 427.

<sup>24</sup> L. Ferrajoli, *Diritto e ragione. Teoria del garantismo penale*, Roma-Bari, Laterza, 1998, p. 800.

legal assistance but that cannot afford the costs of the defense and the procedure and, at the same time, they shed light on issues, sectors of the legal and social order that are often ignored by academic legal culture.

### **C. Legal Clinics as a “situated justice approach” to the law.**

In the only empirical research focused on this topic, the author, Clelia Bartoli, describes as follows the development of Legal Clinics in Italy: «What is going on in Italy [...] is not simply the proliferation of single clinics, but the emergence of a new wave in academia. On the basis of the clinician idea and history, Italian scholars involved in this process are formulating a different way to teach law, and a different view of law too. [...] a paradigm shift through a more realistic, critical and socially committed conception of law»<sup>25</sup>. In other words, the widespread of Legal Clinics in Italy does not only pinpoint the introduction of an innovative educational methodology of Law, but it also reveals something more, that is the adoption of a new approach to Law.

Most Italian Legal Clinics have adopted a situated justice approach, that is to say a point of view that is detached from the dominating knowledge systems that currently compound the current “disciplinary regime”<sup>26</sup> of jurisprudence. According to Pierre Bourdieu, considering Law as a closed system, impervious to any political, economic and social pressures, which is typical of legal formalism, is a direct consequence of the claim for an absolute autonomy of both thinking and legal instruments compared to the other fields of social thinking<sup>27</sup>. As a

---

<sup>25</sup> C. Bartoli, *The Italian legal clinics movement*, *op. cit.*, p. 214.

<sup>26</sup> M. Foucault, *L'ordre du discours*, 1971, trad. it *L'ordine del discorso. I meccanismi sociali di controllo e di esclusione della parola*, Torino, Einaudi, 5a Edizione, 1979, pp. 31-32.

<sup>27</sup> P. Bourdieu, *La force du droit. [Éléments pour une sociologie du champ juridique]*, in «Actes de la recherche en sciences sociales», No. 64 (1986), pp. 3-19, p. 3.



*Teaching Law, Promoting Social Justice. Notes on the development of Clinical Legal Education in Italy.*

consequence, it is necessary to change our perspective in order to find the direct consequences of the existing power relations, economic factors and the “dominants”<sup>28</sup> interests in law and jurisprudence. In other terms, it is about to investigate, behind the “perfect rationality” of Jurisprudence and its categories, the different perspectives and interests of people who play powerful roles.<sup>29</sup> Such a demand for autonomy and neutrality belonging to “legal science” is not only conceived as a set of actors and relationships that are above the production of legal knowledge in itself, but it is also directly related to the methodology of legal education. In a 1982 article, Duncan Kennedy, one of the main representatives of the Critical Legal Studies Movement, claimed that “law schools are intensely political places, despite the fact that they seem intellectually unpretentious, barren of theoretical ambition or practical vision of what social life might be”<sup>30</sup>. The author’s criticism targeted a teaching methodology based on the clear separation between law and politics and focused on the study of property and contract law: that is to say to the body of legislation that composes “the ground rules of late-nineteenth-century laissez-faire capitalism”<sup>31</sup>.

On the contrary, legal clinics, influenced by the development of legal realism and then by the Critical Legal Studies Movement, propose a realistic and anti-formalist approach to law which brings into question the pledge of neutrality and impartiality towards social phenomena and the parties to the conflict. This is wide perspective towards social sciences that takes into account the factors that influence the exercising of the rights of individuals and vulnerable social groups;

---

<sup>28</sup> *Ibidem.*

<sup>29</sup> E. Berrey, S. G. Hoffman, L. B. Nielsen, *Situated Justice: A Contextual Analysis of Fairness and Inequality in Employment Discrimination Litigation*, *op. cit.*

<sup>30</sup> D. Kennedy, *Legal Education and the Reproduction of Hierarchy*, in «Journal of Legal Education», Vol. 32, No. 4 (1982), pp. 591-615, p. 591.

<sup>31</sup> *Ivi*, p. 597. On the issue, see also M. R. Marella, E. Rigo, *Le cliniche legali, i beni comuni e la globalizzazione dei modelli di accesso alla giustizia e di lawyering*, *op. cit.*

namely “the opportunities and normative categories that the law establishes; the roles of professionals like judges and lawyers; and material, social, and cultural resources”<sup>32</sup>.

Nevertheless, there is more. It brings into question some jurisprudence assumptions: in particular, legal clinics tend to reverse certain distinctions made by traditional jurisprudence. In this context, the subdivision between substantive and procedural law acquires great importance, especially because it is at the basis of Legal Education within Italian Universities. If on the one hand, this distinction is useful in terms of an analytic reconstruction of the legislation structure, on the other hand, it may produce an “artificial” division between substantive rights and the legal procedures to protect themselves. The latter, deprived of any substantial substrate are reduced to a mere exercise of neutrality and impartiality towards the parties<sup>33</sup>. The trial, as the “site” of litigation, is a fundamental step in the acceding to justice and ensuring the effectiveness of legal remedy. Furthermore, the litigation plays a decisive role in the recognition of rights, namely for individuals who are substantially or formally excluded. In this context, a situated justice approach “turns a critical eye toward the very notion of fairness”<sup>34</sup>. It is a reconstruction of the idea of “impartiality” in formal terms that strengthen the illusion that the trial is a neutral “place” where an “equal” dispute takes place around substantive legal claims. This illusion hides the “structural” advantages - economical, social and cultural - that influence the balance of the formally equivalent positions between the parties. For these reason, Legal Clinics, as part of the debate on rights, adopt a

---

<sup>32</sup> E. Berrey, S. G. Hoffman, L. B. Nielsen, *Situated Justice: A Contextual Analysis of Fairness and Inequality in Employment Discrimination Litigation*, *op. cit.*, p. 3.

<sup>33</sup> For an analysis aimed at proving the substantive content of “procedural rights”, see L. May, *Global Justice and Due Process*, Cambridge, Cambridge University Press, 2011.

<sup>34</sup> E. Berrey, S. G. Hoffman, L. B. Nielsen, *Situated Justice: A Contextual Analysis of Fairness and Inequality in Employment Discrimination Litigation*, *op. cit.*, p. 3.

“partisan” point of view towards Law: a point of view that is very unusual for Jurisprudence because it’s situated at the bottom of the legal and social system, but that precisely for these reasons it allows to understand the concrete possibilities for the recognition and the exercise of the rights.

#### **D. Some final remarks and critical issues.**

By drawing conclusions, the current framework of Italian legal clinics appears to be multi-faceted and dynamic. Despite the differences occurring among the various experiences, Legal Clinics have some common features, which form the clinical method’s paradigm: besides, on these elements also converge the main definitions of legal clinic given by international literature<sup>35</sup>. In methodological terms, the main reference remains the “learning by doing” approach, which characterizes most of the clinical trials started in the United States more than a century ago<sup>36</sup>. This method distinguishes legal clinics from other teaching methods, such as trial simulations and the case law study. Conversely, with regard to the “mission” taken by legal clinics – as pointed out in the previous paragraphs – the priority is to promote the access to justice among social disadvantaged classes and to guarantee the safeguard of the “new social rights”: for example, the right to healthcare and the right to a clean environment. Also in this case the Italian experience seems to be close to the US model, in which the “access to justice” purpose – in an institutional context where the right to action is not provided by a

---

<sup>35</sup> For an analysis of the definitions proposed by literature, see C. Bartoli, *Legal Clinics in Europe: for a commitment of higher education in social justice*, *op. cit.*, p. 22.

<sup>36</sup> J. Giddings et al., «The first wave of modern Clinical Legal Education», in F. Bloch (eds.), *The Global Clinical Movement. Educating Lawyers for Social Justice*, *op. cit.*, pp. 4-5.

public system of legal aid – has always been the very core of the mission of legal clinics<sup>37</sup>.

Nevertheless, the spreading and success of legal clinics also imply some risks: above all, a distortion of the model of Legal Clinic that has been described and the loss of its original function. By implementing the so-called “Bologna process” of alignment the European university system, the education reforms carried out in Italy in the last two decades emphasized the aspect of “professionalization”. In other words, they focused on the adaptation of academic *curricula* and teaching programs to the demands of labor market. Humanities and theoretical studies had to pay the worst consequences of these policies, for they do not fit the market and production demands. However, these reforms did not ignore Law Schools and legal studies. In fact, it is not pure chance that the recent reform of legal professions provides for the conclusion of agreements between the Law Departments and the local Bar associations, in order to allow students to do a part of the compulsory internship to become a lawyer during the course of the studies<sup>38</sup>. This period of early internship is thought to be carried out in external private law firms: nevertheless, some have seen in legal clinics the suitable instrument for introducing the early internship into the School of Law programs, so that it could be carried out in clinics themselves. Indeed, clinical methodology can appropriately offer a professional training, given that it permits to improve the technical skills required by the legal profession. The reduction of the legal clinic to a professionalization tool clearly implies the risk of nullifying its social purposes,

---

<sup>37</sup> L. Cruciani, “*And Justice for All*”. *Accesso alla giustizia e "law clinics" come beni comuni*, in *Rivista Critica di Diritto Privato*, Vol. 30, 2012, pp. 307-340.

<sup>38</sup> See Art. 40, under the section “Agreements between Universities and Bars and Law Societies”, Law No 247 of the 31st December 2012, named « The New Discipline of the Legislation of Legal Professions».

*Teaching Law, Promoting Social Justice. Notes on the development of Clinical Legal Education in Italy.*

with the result of undermining its potential to change society for better<sup>39</sup>. The tendency to complement the original model with other legal clinic models focusing on the combination “professionalization / specialization” makes it extremely necessary to clarify all the many new experiences that see clinic methodology as a reference. This need of clarity about what a Legal Clinic is seems to be really felt by Italian clinicians: so, it calls for a lively, open and critic debate on clinical instruction in Italy, that should also lead to a confrontation with the other European experiences.

---

<sup>39</sup> Cfr. in M.R. Marella, E. Rigo, *Le cliniche legali, i beni comuni e la globalizzazione dei modelli di accesso alla giustizia e di lawyering*, *op. cit.*



## **Rezension zu: Deckenbrock / Henssler, Kommentar zum Rechtsdienstleistungsgesetz (2015)**

Der „*Deckenbrock / Henssler*“ zum Rechtsdienstleistungsgesetz (RDG) knüpft an die Tradition des (zuletzt in 3. Auflage erschienenen) Kommentars von *Günter Rennen* und der BGH-Richterin *Gabriele Caliebe* zum Rechtsberatungsgesetz (RBERG) an und führt diese in sehr würdiger Weise fort. Der Kommentar in der Beck'schen Reihe „Gelbe Erläuterungsbücher“ ist 2015 verhältnismäßig spät nach Inkrafttreten des RDG (2008) erschienen, was allerdings letztlich der Umfang und die Tiefe dieses (von Beck als „Standardwerk“ beworbenen) Kommentars begründet. Der „*Deckenbrock / Henssler*“ kann in puncto Tiefgang überzeugen und behandelt praktisch jede Frage, die sich im Zusammenhang mit dem RDG (sowie der Rechtsdienstleistungsverordnung und dem Einführungsgesetz zum RDG) stellt oder auch nur stellen könnte. Mit 718 Seiten handelt es sich dabei auch um einen der längsten RDG-Kommentare am Markt.

Die Namen und die Expertise der Kommentatoren sprechen für sich: Der Kölner Anwaltsrechtler *Martin Henssler* hat die umfangreiche Einleitung zum RDG übernommen, die sich in einem solchen Umfang (über 100 Randnummern) bisher in keinem RDG-Kommentar findet. Dabei geht *Henssler* auch auf die Entstehungsgeschichte des RDG ein und gibt einen rechtsvergleichenden Überblick, der sicherlich umso „authentischer“ ist, da *Henssler* selbst am Gesetzgebungsverfahren zum RDG (als Sachverständiger im Rahmen der öffentlichen Anhörung vor dem Rechtsausschuss) beteiligt war. Aus der Feder von *Christian Deckenbrock* bzw. *Deckenbrock & Henssler* stammen die Kommentierungen zu den §§ 1, 2, 4 und 5 RDG. Der Name „*Deckenbrock*“ (Habilitation bei Prof.

*Rezension zu: Deckenbrock / Henssler, Kommentar zum  
Rechtsdienstleistungsgesetz (2015)*

*Henssler*) darf mittlerweile in (fast) keiner Ausgabe des Anwaltsblattes mehr fehlen. Entsprechend tiefgehend und fundiert sind die Kommentierungen zu den allgemeineren Normen des RDG, z.B. zu der Frage, was genau eigentlich eine „Rechtsdienstleistung“ ist, was im Einzelfall große Probleme aufwerfen kann (vgl. hierzu mittlerweile auch die Fragen angesichts von „LegalTech“). Bemerkenswert ist außerdem, dass das große Ganze stets im Blick behalten wird – der Rechtsdienstleistungsmarkt, die verfassungsrechtlichen Grundlagen und wo sich im Bereich des RDG Spannungen und Streitigkeiten ergeben.

*Wolfgang Dötsch*, Richter am Oberlandesgericht Köln, hat die Kommentierung der registerrechtlichen Fragen des RDG übernommen, Richterin Dr. *Melanie Rillig* die §§ 10 – 11 RDG samt Schlussbestimmungen (§§ 18 – 20 RDG) sowie VorsRiLG *Dirk Seichter* die §§ 16 – 17 RDG.

Für die besonders interessanten §§ 6 – 9 RDG (unentgeltliche Rechtsberatung, Rechtsberatung im Verein / in Berufs- und Interessensvereinigungen, Rechtsberatung durch öffentliche Stellen, Untersagung von Rechtsdienstleistungen durch die zuständige Behörde) zeichnet sich Dr. *Borbála Dux*, LL.M. verantwortlich, frühere Rechtsreferentin am EuGH und mittlerweile Rechtsanwältin in einer internationalen Wirtschaftskanzlei. Ihre Dissertation hat sie übrigens 2011 bei *Martin Henssler* (bei dem auch *Christian Deckenbrock* promovierte) zum Thema „Die pro bono-Tätigkeit des Anwalts und der Zugang zum Recht“ absolviert. Insofern scheint *Dux* vorausbestimmt, § 6 RDG zu kommentieren, der sich mit unentgeltlichen Rechtsdienstleistungen befasst. *Dux* geht hier auch auf den Themenbereich studentische Rechtsberatung / legal clinics ein und nimmt die anwaltsrechtlichen Bezüge (§ 49b BRAO / Verbot der Gebührenunterschreitung) mit, die sich bei anwaltlicher pro-bono-Tätigkeit stellen. Ausführlich be-



*Rezension zu: Deckenbrock / Henssler, Kommentar zum  
Rechtsdienstleistungsgesetz (2015)*

handelt *Dux* (wie etwa auch *Seichter* im Rahmen von § 3 RDG) die Rechtsfolgen, die sich beim Verstoß gegen das RDG ergeben.

Der *Deckenbrock / Henssler* ist damit „der“ Kommentar für das RDG, dem man nur eine weite Verbreitung wünschen kann. In kritischer Hinsicht sei allein bemerkt, dass der *Deckenbrock / Henssler* mittlerweile wieder einmal eine Neuauflage benötigen würde, in der die aktuelle Literatur und Rechtsprechung seit Ende 2014 verarbeitet wird. Diese 5. Auflage ist laut Aussage der Herausgeber aber bereits in Arbeit.

Die beiden Autoren können die Lektüre dieses Kommentares all denjenigen empfehlen, die sich mit den Anforderungen an Rechtsdienstleistungen auseinandersetzen. Insbesondere für studentische Rechtsberatungsstellen und Institutionen, die kostenlosen Rechtsrat unter anwaltlicher Aufsicht erteilen, werden hier viele kritische Fragen beleuchtet und geklärt.

*Deckenbrock, Christian / Henssler, Martin (Hrsg.), Rechtsdienstleistungsgesetz. Kommentar, 4., völlig neubearbeitete Auflage 2015. C.H. Beck, München. 718 S. ISBN 978-3-406-57060-5*



## Autorenverzeichnis

**Bager, Katharina;** Die Autorin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Humboldt Law Clinic Grund- und Menschenrechte.

**Biria, Khashayar;** ist seit 2013 Student der Rechtswissenschaften an der Universität Hamburg. Im Oktober 2015 hat er mit dem Schwerpunkt Europa- und Völkerrecht sowie dem ersten Zyklus der Refugee Law Clinic Hamburg begonnen. Er war Teil des Beraterteams auf Chios und berichtet hier aus eigener Erfahrung.

**Caprioglio, Carlo;** PhD Student in Legal Philosophy at the Law School of Roma Tre University. Assistant at the “Roma Tre Immigration and Citizenship Law Clinic”. Member of the research team of the project “Observatory on jurisprudence regarding administrative detention and removal of immigrants”, coordinated by Prof. Enrica Rigo, Roma Tre University.

**Cullen, Siobhan;** is a Law Lecturer at LYIT, having formerly practised as Solicitor, and advocates for the development of Clinical Legal Education in Irish undergraduate legal education. Both authors are joint co-ordinators of the Street Law clinic at Letterkenny Institute of Technology.

**Di Stasio, Chiara**, Lecturer of International Law at University of Brescia, Faculty of Law (Italy). Teaches and supervises students in the "Immigration and Asylum Law Clinic" of the University of Brescia, a live-client, in-house clinic focusing both on individual clients seeking asylum and similar forms of relief in Italy and on migrants whose Human Rights have been violated

**Dietlein, Georg**; hat von 2011 - 2015 an der Entwicklung der Law Clinics in Deutschland mitgewirkt und promoviert zur Zeit in Köln über anwaltliches Berufsrecht.

**Dr. Mugarra-Elorriaga, Aitziber**; Engagiert sich im Bereich der Legal Clinics in Spanien und setzt sich mit ihnen wissenschaftlich auseinander.

**Habel, Dominic**; ist z. Zt. Wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl von Prof. Dr. von Lewinski für Öffentliches Recht, Medien- und Informationsrecht der Universität Passau und zuständig für die „Law Angels“.

**Hähnchen, Susanne, Prof. Dr.**; Inhaberin des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht, Deutsche und Europäische Rechtsgeschichte sowie Privatversicherungsrecht an der Universität Bielefeld.

**Hannemann, Jan-Gero Alexander**; Stud. iur. an der Georg-August Universität Göttingen (vormals Genf, Oxford, Madrid, Singapur, Sydney) ist Präsident und Mitgründer des deutschen Dachverbandes der Legal Clinics „*Bund Studentischer Rechtsberater*“ (BSRB) sowie des „*German Journal of Legal Education*“ (GJLE). Außerdem hat er die Studentischen Rechtsberatung „*ProBono Göttingen*“ und die „*Refugee Law Clinic*“ an der Universität Göttingen mitgegründet. 2016 veröffentlichte er das erste Buch über Legal Clinics in Deutschland „*Studentische Rechtsberatung und Clinical Legal Education in Deutschland*“ im Springer Verlag.

**Heverin, Brónagh**; is a Law Lecturer at LYIT, having formerly practised as Solicitor, and advocates for the development of Clinical Legal Education in Irish undergraduate legal education. Both authors are joint co-ordinators of the Street Law clinic at Letterkenny Institute of Technology.

**Jones, Emma;** is a lecturer in law at the Open University in the United Kingdom. Emma originally qualified as a solicitor working in construction law. Her doctorate was on the role of emotion in undergraduate legal education in England and Wales. Emma is currently chair of The Open University Law School's clinical legal education module (W360 Justice in action). Her research interests focus on the role of emotion and wellbeing within legal education and legal practice.

**Kahre, Sarina;** engagiert sich in der Legal Clinic Hannover.

**Kinne, Nadine;** engagiert sich in der Refugee Law Clinic Hamburg.

**Kleinekemper, Lisa;** engagiert sich in der Legal Clinic Hannover.

**Kurth, Steffen, Dr.;** ist Anwalt in Bielefeld und engagiert sich als unterstützender Anwalt in der Studentischen Rechtsberatung Bielefeld.

**McFaul, Hugh;** the author is lecturer in law at the Open University in the United Kingdom and a non-practising barrister. He is responsible for the operation and supervision of The Open University's Open Justice Public Legal Education activities.

**Ryan, Francine;** is a lecturer in law at the Open University in the United Kingdom. She originally qualified as a solicitor and specialised in complex litigation claims. She was involved in pro bono work supervising trainee solicitors at a local law clinic. Francine is a lecturer in law with responsibility for managing The Open University's online Law Clinic. Her research interests focus on legal education in particular online learning and the impact technology is having on the legal profession.

**Roelen, Patrick;** *Engagiert sich in der "Rechtberatung Regensburg für Flüchtlinge".*

**Suchrow, Martin;** engagiert sich in der Legal Clinic Hannover.

**Theurer, Karin;** Die Autorin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Humboldt Law Clinic Grund- und Menschenrechte.

**Ulrich, Simeon;** ist Gründungsmitglied der RLC Trier und Student der Rechtswissenschaften. Er ist seit 2015 im Vorstand für diverse Ressorts (Ausbildung & Beratung, z.Z. Öffentlichkeitsarbeit) verantwortlich und war im Jahr 2016 ein Teil der für Terminanfragen & Mandatsverwaltung zuständigen Koordinierungsstelle der RLC Trier.





# Impressum

## **HERAUSGEBER**

Jan-Gero Alexander Hannemann:

In Kooperation mit dem  
**BUND STUDENTISCHER RECHTSBERATER**  
(BSRB)

[www.B-S-R-B.de](http://www.B-S-R-B.de)

Vertreten durch das Präsidium

**E-Mail:** [german-journal@B-S-R-B.de](mailto:german-journal@B-S-R-B.de)

**Internet:** [www.B-S-R-B.de](http://www.B-S-R-B.de)

BSRB e.V. ist ein im Vereinsregister des  
Amtsgerichts Göttingen eingetragener Verein.  
Die Satzung ist auf der Internetseite  
einzusehen.

Zitiervorschlag: Autor, GJLE Jahrgang, Seite.  
Bsp.: *Vogler*, GJLE 2014, 20.

## **KURATORIUM DES BSRB**

Prof. Dr. Zoll

Prof. Dr. Ahrens

Prof. Dr. Graebisch

Prof. Dr. Georg Borges

Prof. Dr. Florian Möslein

Prof. Dr. Hans Paul Prümm

Prof. Dr. Andreas Piekenbrock

Prof. Dr. Kai von Lewinski

Prof. Dr. Thomas Gross

Prof. Leah Wortham

Prof. Catherine F. Klein

RA Solos-Schetpina

Prof. Dr. Hans Schulte-Nölke

Prof. Dr. Fritz Jost

Prof. Dr. Christoph Safferling

Dr. Ralf Vogler

Prof. Dr. Carsten Momsen

Prof. Dr. Reinhard Singer

Dr. Martin Schockenhoff

Prof. Dr. Andreas Bücken

PD Dr. Erik Kraatz

Prof. Dr. Thomas Riehm

## **REDAKTION**

### **Chefredaktion**

Jan-Gero Alexander Hannemann

### **LAYOUT**

Jan-Gero Alexander Hannemann / Tino  
Wäscher

### **Kontakt**

[german-journal@b-s-r-b.de](mailto:german-journal@b-s-r-b.de)

## **VERLAG**

epubli GmbH, Berlin. Holtzbrinck  
Verlagsgruppe ([www.epubli.de](http://www.epubli.de))

Copyright: © 2017

Jan-Gero Alexander Hannemann

### **ERSCHEINUNGSORT**

Göttingen